



10. JAHRGANG, MÄRZ 1974, HEFT 1

GUNNAR STOLLBERG:

Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften
Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte
der Marxschen Theorie

ROBERT WHEELER:

Quantitative Methoden und die Geschichte der
Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen

KURT BEUTLER UND
UWE HENNING:

Die Marxsche Verwendung der Adjektive
"polytechnisch", "technologisch" und "tech-
nisch" in Verbindung mit pädagogischen Be-
griffen in den "Instruktionen für die Delegierten
des Provisorischen Zentralrats" (1866)

GERHARD SCHWERTL:

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
im Staatsarchiv Neuburg a. d. Donau

IRENE WAGNER:

The Labour Party Archives

ISABEL M. GARDNER:

The Hans Gottfurcht Papers

SIEGFRIED MIELKE:

Der Nachlaß Otto Suhrs im Berliner Landesarchiv

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-
VORHABEN

NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE

pogrom

Schriftenfolge zur Situation unterprivilegierter oder verfolgter
rassischer, ethnischer und religiöser Minderheiten (Mehrheiten).
Sonderausgaben, kartoniert, Unkostenbeitrag DM 2,50 incl. Porto.
Abonnement 12 Ausgaben DM 25,--.

Es liegen vor:

- (1) Die Afrobrasilianer
- (2) Dokumentation Frieden im Südsudan
- (3) Die Biharis in Bangladesh
- (4) Unterdrückung und Widerstand im Baskenland
- (5) Die Aché-Indianer - "Entwicklungsprobleme" in Paraguay
- (6) Südafrikas "Bantustans" - Anspruch und Wirklichkeit
- (7) Unabhängigkeit für Guinea-Bissau
- (8) Japans Unberührbare: Die Burakumin
- (9) Krimtataren - Massenbewegung für Rückkehr
- (10) Die Zigeuner-Diskriminierung trotz Völkermord

In Vorbereitung:

Papua - Lateinamerikas Indianer - Die Schwarzaustralier -
Die europäischen Zigeuner - Sowjetische Juden - Kurdistan -
Deportationen in Südafrika - Asiatische Minderheiten in Ostafrika -
Indische Minderheiten in Westindien - Die Indianer in deutschen
Geschichtsbüchern - u.a.

Gesellschaft für bedrohte Völker
- Gemeinnütziger Verein e.V. -
2 Hamburg 19, Osterstraße 22



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt	GUNNAR STOLLBERG: Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marxschen Theorie	S. 1
	ROBERT WHEELER: Quantitative Methoden und die Geschichte der Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen	S. 40
	KURT BEUTLER UND UWE HENNING: Die Marxsche Verwendung der Adjektive "polytechnisch", "technologisch" und "technisch" in Verbindung mit pädagogischen Begriffen in den "Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats" (1866)	S. 52
	GERHARD SCHWERTL: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Neuburg a. d. Donau	S. 58
	IRENE WAGNER: The Labour Party Archives	S. 71
	SIEGFRIED MIELKE: Der Nachlaß Otto Suhrs im Berliner Landesarchiv	S. 74
	ISABEL M. GARDNER: The Hans Gottfurcht Papers	S. 81
	PETER FRIEDEMANN: Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum	S. 84
	FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN	
	zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XIX. Bearbeitet von Rita Klunkert	S. 86
	NEUE LITERATUR	
	Max Schwarz, Seit 1881. Bibliographie des Verlages J. H. W. Dietz, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1973 (<i>Peter Lösche</i>)	S. 98
	Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumente aus den Jahren 1915 - 1918. Hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt, Frankfurt/M. 1973 (<i>Hans H. Biegert</i>)	S. 98
	Karl Liebknecht, Militarisme, Guerre, Révolution. Hrsg. von Claudie Weill, Paris 1970 (<i>Hans H. Biegert</i>)	S. 99
	Georg Lukács, Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx, Darmstadt und Neuwied 1972; ders., Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit, Darmstadt und Neuwied 1973 (<i>Gottfried Mergner</i>)	S. 100
	Dieter Otten, Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung. Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens, Westberlin 1973 (<i>Gunnar Stollberg</i>)	S. 101
	Jürgen Peiser, Gustav Struve als politischer Schriftsteller und Revolutionär, Frankfurt/M. 1973 (<i>Dorothea Fitterling</i>)	S. 103
	Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung, Würzburg 1973 (<i>Ernest Hamburger</i>)	S. 104
	Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1973 (<i>Helga Grebing</i>)	S. 105

Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972 (<i>Hans Herzfeld</i>)	S. 109
Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen, Stuttgart 1973 (<i>Hermann-Josef Rupieper</i>)	S. 110
Henry Ashby Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972 (<i>Hilmar Ruminski</i>)	S. 111
Philip Taft, Defending Freedom, American Labor and Foreign Affairs, Los Angeles 1973 (<i>Gerhard Beier</i>)	S. 113
Adolf Sturmthal, Comparative Labor Movements, Ideological Roots and Institutional Development, Belmont/Cal. 1972, (<i>Gerhard Beier</i>)	S. 115
KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE	S. 117
WALTER MOMPER: Die IX. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz	S. 123
GERHARD BEIER: Führende Kräfte und Gruppen in der deutschen Arbeiterbewegung. Büdinger Gespräche	S. 141
WALTER MOMPER UND SIGRID KRÜGER: 4. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI)	S. 144
HANS HERZFELD: In memoriam Georg Eckert	S. 148

ISSN 0046-8428

Redaktion: Rita Klunkert, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe. Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Preis: Einzelheft DM 7,- (Studenten DM 5,-), Jahresabonnement DM 28,- (Studenten DM 20,-) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15 - 105, beim Postscheckamt Berlin West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, und 13 - 19/20. Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

THEORIE UND ERFAHRUNG. DIE FASCHISMUSSCHRIFTEN ROSENBERGS, SERINGS UND STERNBERGS IM LICHT DER MARXSCHEN THEORIE

Von Gunnar Stollberg

EINLEITUNG

Gegenstand unserer Untersuchung sind die Faschismusschriften Arthur Rosenbergs, Fritz Sternbergs und Richard Löwenthals, die aufgrund dreier Gemeinsamkeiten Interesse erwarten können: Erstens hatte Rosenberg zunächst in der KPD, Löwenthal in deren Studentenorganisation und Sternberg in der Bildungsarbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung gearbeitet; 1927 hatte Rosenberg die KPD, 1929 Löwenthal die Studentenorganisation verlassen und 1931 war Sternberg der SAPD beigetreten,¹ denn alle drei hatten lange vor den Führungen der SPD und der KPD erkannt, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung zu deren Schwächung und der künftigen Niederlage gegen den Faschismus führen würde. Damit stehen sie im Einklang mit fast allen heutigen Faschismustheorien innerhalb der Linken. Sie wollten die Einheit der Arbeiterklasse auf einem "dritten Weg" zwischen reformistischer SPD und lediglich die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion verfolgender KPD wiederherstellen.

Zweitens haben Sternberg, Löwenthal und Rosenberg ihre Faschismusschriften während der ersten Jahre nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland verfaßt und geben damit auch die unmittelbaren Reaktionen auf die Niederlage und Verfolgung wieder.

Drittens wurden ihre Schriften während der Studentenrevolte mit dem Ziel neu ediert, zur aktuellen politischen Diskussion beizutragen, einer Diskussion, die inzwischen nicht mehr alle Repressionen und Konflikte wie etwa die Notstandsgesetze, die Ereignisse in Vietnam und Griechenland auf die gemeinsamen Nenner Faschismus und Imperialismus zurückzuführen, sondern eine differenzierte materialistische Faschismustheorie zu erstellen bestrebt ist. Derlei Bemühungen bedürfen nach dem chilenischen Putsch kaum einer Rechtfertigung.

Mit der Parole der studentischen Protestbewegung "Kapitalismus führt zum Faschismus" als Titel erschien 1967 ein Nachdruck von drei Aufsätzen, in denen Richard Löwenthal, Professor für Theorie und Geschichte der Außenpolitik an der FU Berlin, in den Jahren 1935/36 die Wandlungen des Kapitalismus zu faschistischen Herrschaftsformen abgehandelt hatte.² Anlaß dieses Nachdrucks war eine Diskussion zwischen Richard Löwenthal, Rudi Dutschke u. a. über das Technokratieproblem, in deren Verlauf Dutschke die Aufsätze Löwenthals kritisch gegen dessen spätere Äußerungen gewendet hatte.³

1 Vgl. den biographischen Exkurs, S. 37 ff.

2 Es sind dies unter dem Pseudonym "Paul Sering": *Die Wandlungen des Kapitalismus*, in: *Zeitschrift für Sozialismus* (im folgenden zitiert: ZfS), Karlsbad, Jg. 2 (1935), S. 704-725. Fotomechanischer Nachdruck Jg. 1-3 (1933 - 1936), Glashütten/Ts. und Bonn-Bad Godesberg 1970. Der Aufsatz wurde nachgedruckt in: *Kapitalismus führt zum Faschismus . . .*, Berlin 1967, S. 7-28. Ders., *Der Faschismus*, 1. Teil, in: ZfS, Jg. 2 (1935), S. 765-785. Nachdruck in: *Kapitalismus . . .*, a. a. O., S. 29-50. Ders., *Der Faschismus*, 2. Teil, in: ZfS, Jg. 2 (1935), S. 839-856. Nachdruck in: *Kapitalismus . . .*, a. a. O., S. 51-67. Ders., *Historische Voraussetzungen des Sozialismus*, in: ZfS, Jg. 3 (1936), S. 959-975. Nachdruck in: *Kapitalismus . . .*, a. a. O., S. 959-975. Die Aufsätze werden im folgenden als "Sering" nach der ZfS zitiert.

3 Vgl. den Protokollauszug in: *Kapitalismus . . .*, a. a. O., S. 3-6.

Ebenfalls 1967 besorgten Wolfgang Abendroth und einige seiner Schüler einen Nachdruck sozialistischer Analysen aus den Jahren 1930 bis 1936 zum Thema "Faschismus und Kapitalismus"; sie wollten damit ein politisches Handeln anleiten, das die Wiederkehr des Faschismus zu verhindern geeignet sein sollte.⁴ Uns wird der darin enthaltene Auszug aus Arthur Rosenbergs Broschüre "Der Faschismus als Massenbewegung" beschäftigen.⁵

Diesen Nach- und Neudrucken folgte – offenbar aus ähnlichen Motiven – einige Zeit später ein Raubdruck des Buchs von Fritz Sternberg "Der Faschismus an der Macht".⁶

Mit unserer Untersuchung wollen wir klären, ob diese historischen Faschismusanalysen dazu beitragen können, eine materialistische Faschismustheorie zu erstellen. Zwei Fragen werden daher im Mittelpunkt unserer Erörterungen stehen: zum einen, ob die Autoren das Phänomen "Faschismus" in seinen zeitgenössischen erfahrbaren sozialen und politischen Ausformungen richtig erkannt haben; zum zweiten, ob sie ihrem eigenen Anspruch gerecht geworden sind, marxistische Analysen zu liefern.

Wir werden die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings (i. e. Löwenthal) und Sternbergs mit folgenden Arbeitsschritten untersuchen: im ersten Abschnitt werden die Inhalte der Analysen zusammenhängend geschildert, da im folgenden nur noch einzelne Momente in unseren Gesichtskreis treten werden; im zweiten Abschnitt werden die Ziele und Ansprüche der drei Schriften geschildert und zum Teil am Anspruch der Marxschen Theorie selbst gemessen; im dritten Abschnitt wird die jeweils spezifische Marx-Rezeption der Autoren, soweit sie aus ihren Faschismusanalysen deutlich wird und diese trägt, untersucht; dabei wird zunächst die unmittelbare Rezeption der Marxschen Theorie und Begrifflichkeit, dann die Rezeption der Schriften Hilferdings, Lenins, Rosa Luxemburgs u. a. in ihrer Bedeutung für die Erfassung der ökonomischen und in zweiter Linie der sozialen Entwicklung zum Faschismus seitens der drei Autoren betrachtet. Dieser Abschnitt wird notwendig stärker philologischen Charakter tragen. Die Wichtigkeit dieser Philologie für die Möglichkeit, sozialökonomische Entwicklungen zu erfassen, wird – so hoffen wir – spätestens dann deutlich werden, wenn im vierten Abschnitt die Vorschläge Rosenbergs, Sternbergs und Serings zur antifaschistischen Strategie und Taktik sowie ihr Sozialismusbegriff kritisiert werden; schließlich werden wir im fünften Abschnitt unsere Ergebnisse zusammentragen.

4 *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, hrsg. von Wolfgang Abendroth, eingel. von Kurt Kliem, Jörg Kammeler und Rüdiger Griepenburg, Frankfurt/M. und Wien 1967, S. 17. Die Sammlung enthält Aufsätze von August Thalheimer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg, Otto Bauer und Angelo Tasca.

5 Arthur Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung*, a. a. O., S. 75-142. Originalausgabe: Historikus, *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung* (= Probleme des Sozialismus, 12), Karlsbad 1934. Im folgenden wird meist die Neuausgabe als "Rosenberg" zitiert; der dort nicht enthaltene 4. Teil nach der Originalausgabe als "Historikus".

6 Fritz Sternberg, *Der Faschismus an der Macht*, Amsterdam 1935 (Raubdruck o. O., o. J.). Im folgenden zitiert als "Sternberg".

1. INHALTSSKIZZEN DER FASCHISMUSSCHRIFTEN ROSENBERGS, SERINGS UND STERNBERGS

In seinem Buch "Der Faschismus als Massenbewegung", das 1934 in der Reihe "Probleme des Sozialismus" erschien, in der Schriften linkssozialistischer (Miles' "Neu Beginnen") wie rechtssozialdemokratischer Autoren (Kurt Geyers "Volk in Ketten") verlegt worden waren, wendet sich Arthur Rosenberg vor allem gegen die Anschauungen, der Faschismus sei eine eigenständige Bewegung der Jugend oder des Kleinbürgertums, die oft zu Illusionen eines Bündnisses von Faschisten und Sozialisten gegen die Kapitalisten oder Sozialisten und Kapitalisten gegen die Faschisten geführt hätten. Der Faschismus sei vielmehr die moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution. Kapitalistische Herrschaft sei nie direkt gewesen, sondern habe sich stets auf andere Volksschichten gestützt: zuerst auf die feudalen Elemente, dann auf die Intellektuellen, nunmehr auf die Bauern, Handwerker und sogar auf Teile der Industriearbeiterschaft.

Die liberale Massenbewegung des 19. Jahrhunderts habe sich mit zunehmender wirtschaftlicher Monopolisierung zu einer antiliberalen Bewegung gewandelt. Sei die später faschistisch genannte Ideologie bereits 1914 in Europa vorhanden gewesen, so sei die in Rußland entwickelte Stoßtrupptaktik gegen Demokraten, Sozialisten, Juden usw. erst später Gemeingut geworden (Rosenbergs Analysen der historischen Entwicklung in England, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn und Rußland interessieren hier nicht weiter). Diese Taktik sei von der Kapitalistenklasse stets, wenn auch wenig einheitlich, in Zeiten tiefer Zerrüttung der normalen Staatsgewalt geduldet worden. In Deutschland hätten sich die Kleinbürger und nichtindustriellen Teile des Proletariats wegen der Unentschlossenheit und Uneinigkeit der Republikaner und der Härte des Friedensvertrags von der Revolution und der Republik abgewandt; jedoch habe die kapitalistisch-nationalistische Rechte trotz des Übergangs der Exekutive an das Militär 1923 die Staatsgewalt noch nicht erobern können. Erst 1930 habe sie gegen die völlig vom Legalitätsprinzip gefangene SPD und die von der russischen Außenpolitik abhängige KPD in ihrer Bedrohung durch die Wirtschaftskrise die erste autoritäre Diktaturregierung eingesetzt, obgleich die Arbeiterbewegung kraftlos gewesen sei. Damals habe es drei Formen von Faschismus in Deutschland gegeben:

- die Nationalsozialisten,
- die Deutschnationalen und
- die Volkskonservativen (Brüning).

Viele Angestellte, Handwerksgesellen und Landarbeiter hätten sich in ihrer wirtschaftlichen Notlage weder der SPD, die als Mitschuldige der Not, noch der KPD, die als Phrasendrescherin habe erscheinen müssen, sondern der NS-Bewegung mit ihrer mittelständischen Ideologie angeschlossen. Die Nazis seien als politische Kraft ihres Massenanhangs wegen zunehmend vom Großkapital unterstützt worden und betrieben nach ihrer Machtergreifung eine Wirtschaftspolitik im Interesse des Großkapitals.

Anders habe z. B. die österreichische Sozialdemokratie die Arbeiterschaft und weite Teile des Mittelstands um sich scharen können und sei daher (1934) zwar militärisch vorübergehend unterlegen, aber "einzige Vertreterin der unterdrückten Volksmassen" geblieben,⁷

7 Historikus, a. a. O., S. 65. Der Inhalt des vierten und letzten Teils von *Der Faschismus als Massenbewegung* ist hier ausführlicher wiedergegeben, da der Abdruck in *Faschismus und Kapitalismus* nur die ersten drei Teile umfaßt und die Originalausgabe nur schwer zugänglich ist (u. a. UB Bonn, Signatur 62/7633/1934).

[vgl. jetzt H.-M. Wehler (Hg.), A. Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, Frankfurt/M u. a. 1974 (Ulstein-Tb)]

denn sie habe die Klassegegensätze nicht verwischt und damit der NS-Propaganda keine Ansatzpunkte geboten. Ohnehin habe der Faschismus überall dann angegriffen und gesiegt, wenn eine proletarische Revolution ins Stocken geraten sei. "Die unterdrückten Schichten, die Sozialisten und Demokraten, sollten daraus die Lehre ziehen, daß es überaus gefährlich ist, eine Revolution nur halb zu machen. Wenn die unterdrückten Volksmassen gezwungen sind, die Waffe der Revolution anzuwenden, dann müssen sie auch entschlossen bis zum Ende gehen".⁸ Dies hätten die Bolschewiki und die Sozialdemokraten in Österreich in positiver, die italienischen in negativer Weise bewiesen. "Ebenso fehlerhaft war es, daß die deutsche Sozialdemokratie meinte, sie könne nur durch Tolerierung Brünnings den Aufstieg der Nazis zur Macht verhindern. Wenn sich erst einmal in einem Lande eine terroristische faschistische Massenbewegung entwickelt hat, ist es reiner Selbstmord für die sozialistische Arbeiterschaft, wenn sie zwischen diesem Faschismus und der offiziellen Staatsgewalt einen Unterschied macht . . . Wenn dagegen die Sozialisten mit aller Kraft gegen den herrschenden Kapitalismus vorgehen, fesseln sie damit die schwankenden Schichten, selbst aus dem Mittelstand, an sich, und zwingen den Faschismus, auf seine zweideutigen Schlagworte zu verzichten".⁹

Rosenberg kritisiert auch die Faschismustheorie der KPD: "Manche Leute wiegten sich in der Illusion, und es waren nicht die schlechtesten, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft durch all das Blut und den Schmutz der Hitlerwirtschaft hindurch, mit Hilfe der Nazis zur Macht kommen werde. Aber es ist objektiv unmöglich, daß eine Klasse, die besiegt und geschwächt ist, plötzlich durch einen Farbenwechsel zur Macht gelangt".¹⁰

"Die deutsche Entwicklung lehrt, daß in einem modernen Industrieland eine faschistische Massenbewegung nur möglich ist, wenn sie breite Schichten von Arbeitnehmern gewinnt. Diese Propaganda unter den Arbeitnehmern zwingt den Faschismus zu den ärgsten Zweideutigkeiten und zu immer stärkeren Widersprüchen. Da die Partei nicht zugleich den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern dienen kann, trägt sie, je größer sie wird, um so mehr, Keime der Zersetzung in sich. Es liegt an den Arbeiterparteien selbst, ob sie diese Zersetzung durch eine geeignete Politik rechtzeitig herbeiführen. In Deutschland mußte erste die Machtübernahme durch den Faschismus kommen, ehe seine inneren Widersprüche offenkundig wurden. Es ist durchaus möglich, daß Hitler und seine 'gereinigte' Partei noch eine Zeitlang in Deutschland regieren werden. Termine für den Zusammenbruch anzugeben, ist heute noch schwieriger als früher".¹¹

"Nur eine demokratische und sozialistische Revolution wird das deutsche Volk von dieser Regierung befreien",¹² und es sei denkbar, daß die Arbeiterschaft aus dem Erleben des Faschismus lernen und "bei einem neuen 9. November [nicht] wieder ehrfurchtsvoll vor den Geheimräten und dem Reichsgericht Halt machen würde".¹³ Doch sei bis dahin ein langer und schwieriger Weg zu gehen.

8 Historikus, a. a. O., S. 69.

9 A. a. O., S. 70.

10 A. a. O., S. 75.

11 A. a. O., S. 74.

12 Ebd.

13 A. a. O., S. 75.

Paul Sering handelt in drei Aufsätzen über den Faschismus, die 1935/36 auf Initiative des Leiters der Auslandsabteilung von "Neu Beginnen", Karl Frank, in der "Zeitschrift für Sozialismus", dem theoretischen Organ der SoPaDe, erschienen und eine 1935 überarbeitete und erweiterte Fassung eines 1934 zur Diskussion innerhalb der "Leninistischen Organisation" verfaßten Manuskripts darstellen.¹⁴

Sering behandelt zunächst die kapitalistische Entwicklung hin bis zum "Doppelcharakter des staatlichen Interventionismus", um auf dieser Grundlage die politische Entwicklung von der "Interessendemokratie" über deren innere Wandlung während der ökonomischen Krise zum Entstehen der faschistischen Bewegung, zu deren politischer Machtergreifung und zum schließlichen Entstehen einer antifaschistischen Opposition zu gelangen. Im Anschluß an die Darlegung dieser "allgemeinen Gesetzmäßigkeiten" der Entwicklung zum Faschismus hin stellt Sering kurz die "historischen Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus" dar.

Sering will den Grundwiderspruch aller kapitalistischen Produktion, den zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, bis zu seinem gegenwärtigen Entwicklungsstand verfolgen. Die Produktivkräfte seien stürmisch weiterentwickelt, der Zusammenhang der Produzenten enger geworden; der Akkumulationsfonds reiche zur weiteren Produktionssteigerung aus. Die Akkumulation und technische Neuerung finde jedoch mehr und mehr in der chemischen und der Elektroindustrie statt, kaum mehr in der Schwerindustrie und der Landwirtschaft. Letztere müßten also stagnieren oder gar schrumpfen: ein Prozeß, der jedoch durch den hohen Anteil des fixen Kapitals in diesen Branchen erschwert und verlangsamt werde. Für seine Dauer würden diese Branchen stützungsbedürftig und durch ihre hohe Beschäftigtenzahl würden ihre Stützungsforderungen politisch bedeutsam. Damit aber sei durch diese Branchen die gesamte weitere Akkumulation gehemmt, durch Produktvernichtung und Erhöhung der Revenue auf Kosten des Akkumulationsfonds werde zunehmend Kapital vernichtet. So entstünden auch zwei Arten des Monopols: neben dem zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem in der chemischen und Elektroindustrie, das Monopol zur Produktionseinschränkung, vor allem in der Schwerindustrie. Entsprechend zwieschlächtigen Charakter trage auch der kapitalistische Staat, der einerseits auf den Gebieten der Infrastruktur, der Ausbildung und des Arbeitsschutzes sowie der imperialistischen Ausdehnung, besonders der neuen Industrien, progressive, die Entwicklung der Produktivkräfte fördernde Funktionen erfülle, andererseits aber in reaktionärer Weise die stützungsbedürftigen Branchen auf Kosten der florierenden subventioniere. Letztere Funktion werde historisch immer bedeutsamer. Zwar sei die technische Dynamik letztlich nicht ausschaltbar, aber die Klassenkämpfe stünden stets erneut vor der Gefahr des Absinkens in die Barbarei.

Im zweiten Aufsatz mit dem Titel "Der Faschismus" betrachtet Sering nun die politische und soziale Entwicklung auf der Basis der in sich widersprüchlichen ökonomischen Entwicklung, bei deren Analyse er vor allem auf Hilferding zurückgegriffen hatte. Er betont das Anwachsen der unproduktiven Schichten zu Lasten der produktiven, die Entstehung einer Schicht von Dauerarbeitslosen und einer von ruinierten Mittelständlern, die eben wegen der Arbeitslosigkeit nicht ins Proletariat integriert werden könnten. Ferner entsteht

14 Vgl. Kurt Kliem, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen"*, Phil. Diss. Marburg 1957 (masch.schr.), S. 151 ff.

in den stützungsbedürftigen Branchen eine gewisse Gemeinsamkeit zwischen Bourgeoisie und Proletariat, nämlich das Interesse am Fortbestehen des Betriebs.

Nach der Formierung von Klassenorganisationen sei das Parlament zu einer Interessensbörse geworden, an der das Sozialprodukt gemäß dem politischen Gewicht der einzelnen Schichten verteilt werde. Dieses System der Interessendemokratie zerfalle jedoch mit zunehmender Verschärfung der Klassengegensätze und zunehmender Organisation der ökonomischen Sphäre in parlamentarische Repräsentation der Klassengegensätze einerseits und zentrale Entscheidung seitens der Exekutive und der Bürokratie andererseits. Diese politischen Antagonismen verschärften sich noch in der Phase der ökonomischen Krise. In allen Klassen gewannen die unproduktiven, stützungsbedürftigen Schichten mehr und mehr die Oberhand. Bringe die Arbeiterklasse keine Führung hervor, die die oppositionellen Tendenzen in den Mittelschichten mit dem proletarischen Klassenkampf zu koordinieren vermöge, obgleich die proletarischen Aktionen die Krise zunächst weiter verschärfen und damit die Demokratie weiter erschüttern würden, so werde die Krise auf kapitalistische Weise gelöst: die faschistische Partei werde zum Sammelbecken der stützungsbedürftigen Schichten aller Klassen und repräsentiere überdies die Interessen auch der Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer. Nach der Machtergreifung erfolge eine Verengung der Massenbasis der faschistischen Bewegung, da ihre kleinbürgerlichen und proletarischen Teile notwendig in ihren Hoffnungen getäuscht werden müßten, weil auch die faschistische Führung den ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitalismus unterworfen sei. Die Massenbasis des (faschistischen) Staates werde allerdings davon nur mittelbar berührt. Durch die Zerschlagung aller demokratischen Organisationen und die faschistische Propaganda würden die Volksmassen atomisiert und entpolitisiert; Arbeiteropposition könne allenfalls auf Betriebsebene organisiert werden; alle Formen der Opposition entsprängen dem Widerspruch zwischen der Eigengesetzlichkeit der Klassengesellschaft und dem Bemühen des faschistischen Regimes um eine totale Regulierung dieser Eigengesetzlichkeiten. Die Opposition sei daher antifaschistisch in dem Sinne, daß sie auf die Freiheit, die Abschaffung der Diktatur gerichtet, also lediglich negativer Natur sein werde. Nach der Befreiung könne die parlamentarische Demokratie auf kapitalistischer Basis nur ein Übergang sein; zu entscheiden bleibe dann zwischen einem neuen reaktionären kapitalistischen Zentralismus und einem proletarisch-sozialistischen Zentralismus mit der Tendenz zur Überwindung der ökonomischen und politischen Widersprüche.

In seinem abschließenden Aufsatz geht Sering auf die historische Entwicklung in Deutschland ein. Mit den außenpolitischen Erfolgen des Kaiserreichs, dem ökonomischen Aufstieg und der Hoffnung auf Erweiterung seiner teildemokratischen Institutionen erklärt er die reformistisch-demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, und das weitgehende Ausbleiben des Kampfes um unmittelbar sozialistische Ziele, auch in der Revolution. Ökonomisch wie politisch habe während der Weimarer Republik zunächst der Chemiekonzern dominiert, dem in der Krise die Schwerindustrie gefolgt sei. Die alten Mächte hätten sich Hitler zwar dienstbar gemacht, müßten aber nun zusehen, wie er auf seine Weise ihre Interessen vertrete.

Sternbergs Buch "Der Faschismus an der Macht", 1934 geschrieben, 1935 in Amsterdam erschienen, ist in drei Teile geteilt: eine Analyse der Gründe des faschistischen Siegs über die Arbeiterbewegung, eine Abhandlung der inneren Widersprüche des an der Macht befindlichen Faschismus und die Entwicklung einer antikapitalistischen Strategie auf internationaler Ebene. Die Faschisten hätten, schreibt Sternberg, ihre Massenbasis aus den

Mittelschichten rekrutiert, da die Kleinunternehmer die sie weitaus mehr als die Großunternehmer treffenden sozialpolitischen Maßnahmen zur Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft nicht als Folgen des Niedergangs des Kapitalismus hätten erkennen können, sondern als Folgen der parlamentarischen Demokratie begriffen hätten, und damit der ständischen Agitation der Faschisten zugänglich gewesen seien. Der Sieg dieser faschistischen Bewegung über die Arbeiterbewegung sei jedoch nur aus der grundfalschen Politik der Arbeiterorganisationen erklärbar. Die SPD habe 1924 bis 1928 aufgrund der sehr günstigen Lohnentwicklung, die die Theorien vom krisenfreien und organisierten Kapitalismus zu bestätigen schien, starken Rückhalt in den Arbeitermassen gehabt. Nach der Zerstörung dieser Illusionen durch die Weltwirtschaftskrise hätten sich die Massen aber nicht zur KPD hingewendet, da sich diese mit ihrer aus Dauerarbeitslosen bestehenden, vom Produktionsprozeß fernen Mitgliedschaft und ihrer zum ausführenden Organ der sowjetischen Stalin-Fraktion herabgesunkenen Führung durch ihre Politik der RGO und der Einheitsfront von unten von den Massen isoliert hätte. So sei ein gemeinsamer Kampf von aktiver und Reserve-Arbeiter-Armee gegen den Faschismus unmöglich geworden.

Die faschistische Bewegung sei die vorgeschrittenste, konsequenteste bürgerliche Fraktion. Die Großbourgeoisie habe sich ihrer politischen Entmachtung durch die Faschisten nicht widersetzt, da sie zum ersten erkannt hätte, daß sie nur noch Hitler vor der sozialistischen Revolution habe retten können und da zweitens ihre ökonomische Machtstellung in Grundbesitz und Banken entgegen aller faschistischen Ideologie unangetastet bleiben würde. Zwar führe die faschistische Staatsmacht im wesentlichen die Wirtschaftspolitik ihrer Vorgänger fort, indem sie mit Rüstung und Arbeitsbeschaffung die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden suche. Der Aufschwung des staatlichen Sektors greife jedoch nicht auf die Privatwirtschaft über, und der deutsche Schuldnerkapitalismus stehe als schwächstes Glied der kapitalistischen Staatenwelt vor dem totalen Zusammenbruch. Daher verliere der Faschismus zunehmend seine Massenbasis bei den Bauern und den Mittelschichten, deren ökonomische Situation er nicht gebessert habe.

Die Bourgeoisie suche der Krise einerseits durch nationalstaatliche Abwehr der Weltmarktkrise, durch Autarkie, und andererseits durch Senkung des Lebensstandards des Proletariats zu begegnen. Letztlich könne sie nur ein erneuter imperialistischer Krieg vor dem Zusammenbruch retten. Die Senkung seines Lebensstandards werde aber den Widerstand des Proletariats hervorrufen, der auf nationaler wie internationaler Ebene von Kadern einer proletarischen Einheitspartei zu einem Kampf der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten gegen den Faschismus und für eine neue demokratische Republik umzumünzen sei. Dann müsse eine revolutionäre Massenpartei aufgebaut werden, die in einer Phase der Diktatur des Proletariats alte Ideologien ausrotten, einen sozialistischen Wirtschaftssektor auf- und ausbauen und so eine sozialistische Demokratie vorbereiten müsse. Unmittelbare Aufgabe der Sozialisten in Deutschland sei die Vorbereitung des Aufbaus einer proletarischen Einheitspartei durch illegale Kader.

2. ZIELE UND ANSPRÜCHE DER FASCHISMUSSCHRIFTEN ROSENBERGS, SERINGS UND STERNBERGS

Am knappsten und klarsten hat Sternberg sein Ziel formuliert. Er schreibt in Anlehnung an Marx' "18. Brumaire": "Proletarische Revolutionen . . . kritisieren beständig sich selbst". Im Dienste dieser Kritik steht dieses Buch. Es zeigt, wie der Faschismus in Deutsch-

land siegte; es zeigt die Konsequenzen, die sich aus der Niederlage für die deutsche, für die internationale Arbeiterklasse ergeben".¹⁵ Gegenüber Sternbergs 1926 erschienenem Buch "Der Imperialismus", das eine "Fortsetzung des Marx'schen Kapitals" sein sollte,¹⁶ ist der Anspruch also bescheidener geworden.

Rosenberg will, wie er sagt, den Nebel, den der Faschismus über seine eigene Natur verbreitet, aufhellen, damit das Proletariat den Gegner, den es besiegen wolle, genau erkennen könne:¹⁷ er sei Fleisch vom Fleische der Kapitalisten oder Feudalherren, und jede proletarische Hoffnung auf ein Bündnis mit ihm gegen die Kapitalisten oder gegen ihn mit den Kapitalisten sei illusionär.¹⁸ Rosenberg wendet sich kritisch gegen die Tolerierungspolitik der SPD und ihr Verhalten nach dem Januar 1933¹⁹ sowie gegen die Illusion der KPD, daß Hitler dem Proletariat den Weg an die Macht ebnen werde.²⁰

Serings Ziel und Anspruch gehen über die Sternbergs und Rosenbergs weit hinaus. Er schreibt zu Beginn seines dritten Aufsatzes über die ersten beiden: "Wir haben zu zeigen versucht, daß der deutsche Faschismus eine grundsätzlich neuartige Erscheinung ist, die aus dem Zusammenstoß der ökonomischen Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus mit einer voll entwickelten Interessendemokratie bei einer bestimmten Zuspitzung der Krise und der Klassengegensätze notwendig hervorgeht, sofern die sozialistische Gestaltung dieser Krise nicht gelingt. Wir haben uns dabei weitgehend auf das Erfahrungsmaterial der deutschen Entwicklung gestützt, aber soweit wie möglich von allen jenen Zügen dieser Entwicklung abgesehen, die durch historische und ökonomische Besonderheiten Deutschlands bestimmt waren. Diese Methode war für die Herausarbeitung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten notwendig, für die Orientierung über die besonderen Bedingungen und die besonderen Aufgaben der deutschen Revolution ist sie natürlich unzureichend".²¹

Alle drei Autoren wollen als Marxisten der Arbeiterbewegung Klarheit über ihren politischen Gegner verschaffen. Sternberg legt dabei besonderen Akzent auf die Fehler der Bewegung in ihrem antifaschistischen Kampf und die Lehren, die sich aus den Fehlern ergeben. Rosenberg ist um eine Klärung der Natur des Gegners bemüht, ohne daraus unmittelbar eine Gegenstrategie entwickeln zu wollen. Sering will das Neuartige am Faschismus innerhalb der ökonomischen und politischen Entwicklung herausarbeiten: die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Zusammenstoßes zwischen Monopolbildung und parlamentarischer Demokratie unter den Bedingungen einer Akkumulations- und allgemeinen Strukturkrise. In diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die vorwiegend aus der deutschen Entwicklung gewonnen wurden, sollen dann wiederum die Besonderheiten der deutschen Entwicklung eingegliedert werden, um dem revolutionären Kampf in Deutschland Orientierungshilfen geben zu können (diesen letzten Punkt hat Sering allerdings in seinem letzten

15 Sternberg, *Der Faschismus* . . ., a. a. O., S. V; Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED (im folgenden zitiert MEW), Berlin 1961 ff., Bd. 8, S. 111-207, hier S. 118.

16 Fritz Sternberg, *Der Imperialismus*, Berlin 1926, S. 8.

17 Rosenberg, a. a. O., S. 77 f.

18 A. a. O., S. 90.

19 Historikus, a. a. O., S. 70.

20 A. a. O., S. 75.

21 Sering, a. a. O., S. 959 f.

Aufsatz *nicht* ausgefüllt). Was die Orientierungshilfen angeht, stimmt Sering mit Rosenberg und Sternberg durchaus überein, und es ist für Marxisten wohl legitim und notwendig, Tageschichte mit diesem Ziel zu schreiben.²² Problematisch aber bleibt der Versuch eines Marxisten, allgemeine Gesetzmäßigkeiten in der Weise abzuleiten, wie Sering es getan hat. Verweilen wir einen Moment bei diesem Punkt, der in der Entwicklung und Geschichte der Marxschen Theorie einige Bedeutung erlangt hat.

Sering will auf die angedeutete Weise die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten einer *neuartigen* kapitalistischen Entwicklung erfassen; für Marx aber handelte "es sich nicht um den höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen", sondern "um diese Gesetze selbst", die es zu entwickeln galt.²³ Serings methodisches Vorgehen ist, mißt man es an seinem Anspruch, zwiespältig. Er will auf die gleiche Weise, in der Marx die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise und -verhältnisse ergründete, eine neuartige Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung erklären. Mit anderen Worten: er will mit Hilfe der Methode, die Marx zur Erkenntnis des Allgemeinen verhalf, ein neuartiges Allgemeines ergründen; ein neues Besonderes verallgemeinern, statt die Bewegungsformen der Widersprüche des Kapitalismus einschließlich ihrer "Variationen und Abstufungen in der Erscheinung" bis hin zur konkret-historischen Erscheinung zu verfolgen.²⁴ Diese Ungereintheiten sind dadurch zu erklären, daß Sering nicht an Marx' "Kapital", sondern an Hilferdings "Finanzkapital" orientiert ist.²⁵ Hilferding hat bei der Frage geschwankt, ob es sich beim Finanzkapital nur um eine besondere Form der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung oder um eine qualitativ neue Stufe handele, d. h. ob die

22 Vgl. Friedrich Engels, *Einleitung zu "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" von Karl Marx (Ausgabe 1895)*, in: MEW, Bd. 7, S. 511-527.

23 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde. (= MEW, Bd. 23-25), Berlin, 1962 ff. (im folgenden zitiert *Kapital* 1-3); hier *Kapital* 1, S. 12.

24 *Kapital* 3, S. 800; vgl. *Kapital* 1, S. 118 f.

In seinem 1946 in Lauf erschienenen Buch *Jenseits des Kapitalismus* hat Sering den Faschismus als politische Erscheinung, nicht als bloßes Produkt der ökonomischen Entwicklung bezeichnet. Er setze eine Krise der Demokratie und ein Versagen der Arbeiterbewegung voraus. Der Kapitalismus tendiere zur Monopolisierung und damit zur Planung. Ob diese Planung auf — wie immer unvollkommene — Wohlfahrt (USA) oder imperialistische Expansion (Deutschland) hinziele, entschieden die politischen (Klassen-)Kräfteverhältnisse (a. a. O., S. 89, 103-106, 109, 114, 119 f.). Damit hat Sering seinen früheren überhöhten Anspruch, eine allgemeine Entwicklung des Kapitalismus zum Faschismus darzustellen, zurückgeschraubt; andererseits wird die ökonomische Entwicklung in den Hintergrund gedrängt, wird der Kampf um den Sozialismus bei Sering zu einem Kampf um die Planungsinstanzen. Von diesen Positionen führt ein direkter Weg zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

25 Die Orientierung des Marxismus am Marxismus statt an Marx zu erklären, erfordert eine historische Untersuchung, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Daß Marx' *Kapital* schwierig verständlich und von den vorfindlichen Phänomenen entfernt ist und daher eher Engels, Hilferding, Lenin, Luxemburg etc. rezipiert wurden, kann nur ein Moment dieser Erklärung sein, die nicht in der Theoriegeschichte stecken bleiben dürfte, sondern deren sozioökonomische Grundlagen einbeziehen müßte.

Herausbildung des Finanzkapitals eine Vollendung der Beziehungen zwischen Geld- und industriellem Kapital oder aber eine Neu- und Sonderentwicklung darstelle.²⁶

In der Rezeption der Hilferdingschen Theoreme ist meist die letztere Möglichkeit betont und die Marxsche Theorie als Theorie des Kapitalismus der freien Konkurrenz interpretiert worden, die der Weiterentwicklung zwecks Erfassung neuer Phänomene bedürfe.²⁷

Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß eine Analyse des Faschismus, soweit sie an der Marxschen Methode orientiert ist, nicht durch Verallgemeinerung gewisser Momente der vorfindlichen historischen Realität zu allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Faschismus gelangen sollte; sie muß vielmehr die Marxsche Analyse der allgemeinen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise bis zu deren jeweiliger konkret-historischer Erscheinungsform verfolgen, um die wirklich vorfindlichen Tendenzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung erfassen zu können. Serings Anspruch, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Faschismus zu erarbeiten, hat sich als für einen Marxisten illegitim erwiesen.

Ebenfalls mit der Marxschen Theorie kaum vereinbar ist Serings Formulierung der Momente dieser Gesetzmäßigkeiten. Hätte er, wie er schreibt, den Zusammenstoß der Monopolisierung mit der parlamentarischen Demokratie im Augenblick der Krise erörtert, so hätte er nicht im Marxschen Sinne "die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse" in ihrem Konnex untersucht,²⁸ sondern politische und wirtschaftliche Momente einander gegenübergestellt. Zwar neigt, wie wir sehen werden, Sering in der Nachfolge Hilferdings zu dieser Trennung, doch würden wir Sering kaum gerecht, wenn wir diesen Punkt ins Zentrum unserer Kritik stellten.

26 Vgl. Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Frankfurt/M. 1968 (erstmalig Berlin 1910), S. 18 etwa mit S. 327 und S. 390. Siehe auch die hervorragende Studie von Thomas Hagelstange, *Kritik der Erklärungsversuche neuer Phänomene des Kapitalismus in Hilferdings "Finanzkapital"*, Diplomarbeit Soziologie, FU Berlin 1972 (masch.-schr.), der der vorliegende Aufsatz manche Anregung verdankt, bes. S. 55-60. Hilferdings Schwanken zwischen einer allgemeinen Kapitalismustheorie und der Darstellung besonderer zeitgeschichtlicher Probleme zeigt sich auch bei seiner Formulierung der Fragestellung für die Krisenentwicklung unter Monopolverhältnissen: Vgl. *Das Finanzkapital*, S. 389 f. Vgl. dazu auch Brigitte Nolte, *Die Auseinandersetzungen um die Krisentheorie in der Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg*, Diplomarbeit Politikologie, FU Berlin 1971, S. 39, S. 47.

27 Diese Tendenz ist bereits bei Engels sichtbar. Vgl. *Kapital* 3, S. 453 f. und seine *Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des "Kapital"*, a. a. O., S. 895-919, hier S. 909 und 917 ff. Lenin z. B. hat in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: W. I. Lenin, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1960, Bd. 22, S. 204 f. zwar von der "Ablösung des alten Kapitalismus" der freien Konkurrenz durch den neuen des Monopols gesprochen, allerdings betont, daß Marx diese neue Phase prophezeit habe. Erst Stalin hat 1924 den Leninismus als Weiterentwicklung des Marxismus für die Epoche des Imperialismus bezeichnet. Vgl. J. W. Stalin, *Über die Grundlagen des Leninismus*, in: J. W. Stalin, *Werke*, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1952, Bd. 6, S. 62-166, hier S. 63, eine Auffassung, die noch 1970 sowohl in der UdSSR als auch in der DDR vertreten wurde. Vgl. Horst Heininger und Peter Hess, *Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik*, Berlin und Frankfurt/M. 1970, S. 9, nach Thesen des ZK der KPdSU aus dem gleichen Jahre.

28 Vgl. Anm. 23.

Die Faschismusanalysen Rosenbergs, Sternbergs und Serings wollen also als marxistische Analysen der Arbeiterbewegung Orientierung im antifaschistischen Kampf geben. Es erscheint uns legitim und notwendig, sie an ihrem marxistischen Anspruch zu messen. Im folgenden Abschnitt werden wir uns daher den spezifischen Marx-Rezeptionen der drei Autoren zuwenden.

3. DIE MARX-REZEPTION ROSENBERGS, SERINGS UND STERNBERGS IN IHREN FASCHISMUSSCHRIFTEN

Auffällig ist, daß alle drei Autoren sich vielfach auf Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg, auf Wladimir Iljitsch Lenin und Otto Bauer, aber nur selten auf Karl Marx direkt berufen.

Rosenberg erwähnt Marx lediglich zur autoritativen Bestätigung eigener statistischer bzw. historischer Untersuchungen: "Man sieht, welch eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland der Arbeitnehmerschaft angehört . . . Die Voraussagen von Marx über die künftige soziale Entwicklung der modernen Industrieländer haben sich vollkommen bestätigt".²⁹ Er führt anschließend in recht großzügiger Weise statistisches Material über die Größenverhältnisse der Klassen auf, das er möglicherweise von Wladimir Woytinski entlehnt hat. Zum Schluß seiner Broschüre betont er zurecht, daß Marx, Engels und besonders Lenin die Bedeutung der Mittelschichten für die revolutionäre Taktik des Proletariats durchaus nicht verkannt hätten, diese Bedeutung aber nicht zentral sei.³⁰ Diese Worte sind offenbar zur Kritik an sozialdemokratischen und linkssozialistischen Positionen gesagt.

Problematisch ist die Übernahme der Marxschen Begrifflichkeit bei Paul Sering. Er setzt die Begriffe "gesamtgemeinschaftlich notwendige" und "produktive Arbeit" gleich: "Gesellschaftlich nicht funktionslos, aber unproduktiv vom ökonomischen Standpunkt ist der Hauptteil des rapid wachsenden Verteilungs- und Verwaltungsapparates. Marx hat formuliert, daß auch und gerade eine sozialistische Gesellschaft einen Verwaltungs- und Verteilungsapparat braucht, daß dessen Umfang aber durch Zentralisierung auf das gesellschaftlich notwendige Maß reduziert ist. In diesen Grenzen bezeichnet er die Funktion der betreffenden Apparate auch heute als produktiv; was darüber ist, sind gesellschaftliche Unkosten, faux frais der kapitalistischen Produktion".³¹

Es wird deutlich, daß Sering einen technischen Begriff von produktiver Arbeit hat: produktiv ist, was für den gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß

29 Rosenberg, a. a. O., S. 116. Vgl. dazu die Bemerkungen von Marx über die Polarisierung der kapitalistischen Gesellschaft in: *Das Elend der Philosophie*, in: MEW, Bd. 4, S. 180 ff.; außerdem *Theorien über den Mehrwert*, T. 1, in: MEW, Bd. 26. 1, S. 385 und *Kapital* 1, S. 790 f.

30 Historikus, a. a. O., S. 75. Vgl. etwa Marx' Schriften zur Entwicklung in Frankreich; vgl. dazu: Projekt Klassenanalyse, *Zur Taktik der proletarischen Partei. Marxsche Klassenanalyse Frankreichs 1848 - 71*, Westberlin 1972, Abschnitt V; ferner: Joachim Bischoff, *Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik. Thesen zur Strategie und Taktik der DKP*, in: *Sozialistische Politik* Jg. 1971, H. 14/15, S. 103-143, bes. S. 111-127; zu Lenin vgl. Projekt Klassenanalyse, *Leninismus - neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus ?* Westberlin 1972, S. 117-122, S. 388-403, S. 730-757.

31 Sering, a. a. O., S. 767.

notwendig ist, gleichgültig, ob auf kapitalistische oder sozialistische Weise produziert wird. Marx hingegen hat die Arbeit in der Verwaltung ("Buchführung") in seiner Analyse der kapitalistischen Produktionsweise unter den unproduktiven Zirkulationsarbeiten aufgeführt. Er differenziert dann zwischen der – unproduktiven – Arbeit im Kauf und Verkauf, die es nur in einer warenproduzierenden Gesellschaft gebe, und der – unproduktiven – Arbeit in der Buchführung, die mit zunehmender Vergesellschaftung der Produktion zunehmend notwendiger und am notwendigsten, allerdings auch am geringsten, in einer sozialistischen Gesellschaft ("bei gemeinschaftlicher Produktion") sei.³² Diesen Unterschied sieht Sering nicht; sein Begriff von Produktivität ist so stark technisch geprägt, auf den technischen Fortschritt bezogen, daß er in einer Fußnote "nicht nur die mehrwertschaffenden Arbeiter, Handwerker und Bauern, sondern auch die der Produktionssphäre zugehörigen Kapitalisten" als produktiv bezeichnen möchte – was er allerdings nur dort und mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Problematik einer solchen Ausweitung des Begriffs tut.³³

Auf Serings Strukturanalyse der Arbeiterklasse hat seine falsche Rezeption des Begriffs von produktiver Arbeit jedoch keinen Einfluß. Er schreibt: "Es ist der Arbeit des kaufmännischen Angestellten oder des Beamten im Wirtschaftsministerium nicht anzusehen, ob sie im individuellen Fall noch zum gesellschaftlich notwendigen Anteil oder zu den faux frais zu rechnen ist, ob sie also, ökonomisch betrachtet, produktiv oder unproduktiv ist . . . Das heißt aber, daß Angestellte, Beamte, Produktionsintelligenz in sich sozial weitgehend einheitliche Schichten bilden . . . Insofern die erwähnten Schichten unproduktiv sind, von der Verschwendung des Mehrwerts leben, auf den Staat als Einkommensquelle angewiesen sind, haben sie vom Proletariat getrennte, parasitäre Interessen; insofern dieselben Schichten nicht prinzipiell unterscheidbare Bestandteile des Gesamtproletariats sind, haben sie allgemein proletarische Interessen, und ihr Wachstum bedeutet eine Gewichtsverschiebung innerhalb des Proletariats von den kampffähigsten Schichten weg. Dieser Widerspruch der Realität, der häufig irrtümlich als Widerspruch im Marxschen Begriff der Arbeiterklasse aufgefaßt wurde, muß bei der Beurteilung der Rolle dieser Schichten ständig im Auge behalten werden. Seine reale Bewegungsform sind Schwankungen ihrer Haltung, wobei in der Krise die Einwirkung der parasitären Elemente ihrer Lage überwiegt." Daher gäbe es Interessendifferenzierungen, die "quer zur Klassenschichtung verlaufen", z. B. "das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebes".³⁴

Sering betont zurecht, daß mit dem relativen Rückgang des Anteils der produktiven Industriearbeiter an der Gesamtheit der Lohnabhängigen der Anteil der Schicht abnehme, die aufgrund ihrer unmittelbaren Stellung im materiellen Produktionsprozeß am ehesten die Ausbeutung erfahren, die Fetische durchbrechen und Klassenbewußtsein gewinnen

32 Vgl. *Kapital* 2, S. 136 f. Vgl. die langen Diskussionen in: *Sozialistische Politik*, Jg. 1970, H. 6-8, sowie neuerdings Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 368 ff.

33 Sering, a. a. O., S. 723, Anm. Dies ist weniger eine Aufnahme des Selbstverständnisses der gegen den Absolutismus revoltierenden Bourgeoisie (vgl. Marx über A. Smith, in: *Theorien über den Mehrwert*, in: MEW, Bd. 26.1, S. 273 f.), als vielmehr eine Übernahme des Standpunkts des industriellen gegenüber dem Geldkapitalisten (vgl. *Kapital* 3, S. 387), der in der NS-Ideologie als Unterschied zwischen "schaffendem" und "raffendendem" Kapital erschien.

34 Sering, a. a. O., S. 768 f.

kann. Diese Schicht war auch historisch in der Mitglied- wie der Wählerschaft der NSDAP deutlich unterrepräsentiert. Zurecht spricht Sering ferner von der Möglichkeit einer Interessenverbindung über die Klassenunterschiede hinweg: All diese Momente sind von der Faschismusforschung einerseits und in den Diskussionen um die Rekonstruktion der Marxschen Theorie andererseits bestätigt worden.³⁵ Sie sind allerdings, wie wir am Beispiel der Rezeption des Begriffs "produktive Arbeit" gesehen haben, von Sering nicht schlüssig theoretisch entwickelt worden, sondern sind offenbar Erfahrungsmomente, die aus der politischen Arbeit resultieren und die Sering in einen theoretischen Zusammenhang zu bringen bemüht war.

Sternberg formuliert gelegentlich eigene Gedanken nach Marx' Vorbild, führt Marx-Zitate zur Bestätigung an, setzt sich mit der Massenarbeitslosigkeit als Erscheinungsform der absoluten Verelendung auseinander und bezieht schließlich gegen Marx Stellung, der behauptet hatte, die nächste Krise werde die nächste Revolution mit sich bringen.

Er erhebt ein Marx-Zitat zum Motto seines Buches "Der Faschismus an der Macht": "Proletarische Revolutionen . . . kritisieren beständig sich selbst";³⁶ die Notwendigkeit, eine neue Internationale gegen die II. Internationale zu gründen, begründet er mit deren Abkehr von dem Ziel, eine Diktatur des Proletariats zu errichten, wie Marx sie gefordert habe;³⁷ ferner betont er, ähnlich wie Rosenberg, die Richtigkeit der Marxschen Voraussagen über die Akkumulation und Klassenpolarisierung.³⁸ Sätze wie: "Bleibt das kapitalistische System erhalten, . . . dann zeigt der deutsche faschistische Kapitalismus den westeuropäischen kapitalistischen Staaten die weiteren Etappen der Entwicklung an" sind nach Marxschem Vorbild formuliert;³⁹ jedoch beansprucht Sternberg im Gegensatz zu Sering nicht bzw. nicht mehr, eine allgemeine Theorie der kapitalistischen Entwicklung zum Faschismus aufzustellen.

Mit einigem Recht konstatiert Sternberg, daß Marx und Engels die Dauererwerbslosigkeit als Massenerscheinung in einem industrialisierten Lande samt ihren politischen Auswirkungen noch nicht gekannt und analysiert haben, wenn man auch einwenden mag, daß Marx

35 Zur Unterrepräsentation der Industriearbeiter in der NSDAP vgl. z. B. Seymour Martin Lipset, *Der "Faschismus", die Linke, die Rechte, die Mitte*, in: *Theorien über den Faschismus*, hrsg. von Ernst Nolte, Köln und Berlin 1967 (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, 21), S. 449 - S. 491; bes. S. 456-465, und S. 484-487 (erstmalig 1959); David Schoenbaum, *Die braune Revolution*, Köln und Berlin 1968, S. 59, S. 69 und S. 85; Reinhard Kühnl, Rainer Schilling und Christine Sager, *Die NPD*, Frankfurt/M. 1969, S. 220 ff.; dort auch jeweils Quellen- und weitere Literaturangaben. Statistiken über die Strukturentwicklung im Proletariat noch immer am ausführlichsten bei Heinz Jung, *Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs "Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse*, in: *Das Argument* Jg. 1970, H. 61, S. 665 - S. 698, bes. S. 687-695. Zum Verhältnis von materieller Produktion und Klassenbewußtsein vgl. Elmar Altvater und Freerk Huiskens, *Produktive und unproduktive Arbeit . . .*, in: *Sozialistische Politik*, Jg. 1970, H. 8, S. 47-92, bes. S. 65-69. Zur Möglichkeit von Interessenkoalitionen über Klassenschranken hinweg, vgl. Sibylle von Flatow und Freerk Huiskens, *Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Jg. 1973, H. 7, S. 83-S.153, bes. S. 117f.

36 Vgl. Anm. 15.

37 Sternberg, a. a. O., S. 252 mit einem Zitat aus Marx' *Kritik des Gothaer Programms*, in: *MEW* Bd. 19, S. 28.

38 Sternberg, a. a. O., S. 3 f. mit längerem Zitat aus *Kapital* 1, S. 790 f.

39 Sternberg, a. a. O., S. 260 f. nach *Kapital* 1, S. 12.

die dauernde Massenarbeitslosigkeit der irischen Landarbeiter sowie die staatliche Arbeitsbeschaffung im Infrastrukturbereich als Erscheinung während der englischen Baumwollkrise von 1860 bis 1865 sehr wohl behandelt hat, und die Bewegung der industriellen Reservearmee die begrifflich-analytische Kategorie zur Erfassung dieser Phänomene ist.⁴⁰ Sternbergs 1934 verfaßte Analyse der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaus trifft historisch bis etwa 1936/37 in Deutschland durchaus zu.⁴¹

Im theoretischen Zusammenhang ist Sternbergs Behandlung der Arbeitslosigkeit allerdings problematisch. Für ihn ist sie nämlich Beweis für die Richtigkeit der Theorie von der absoluten Verelendung, die er Marx zuschreibt. Der Imperialismus, meint Sternberg, habe die absolute im Zeitraum von 1870 bis 1914 zu einer lediglich relativen Verelendung werden lassen.⁴²

Nun hat Marx durchaus keine Theorie der absoluten Verelendung aufgestellt, sondern mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität die Möglichkeit einer Steigerung des Reallohns bei relativer Verelendung der Arbeiterklasse für gegeben erachtet, die Lohnentwicklung in seiner Zeit jedoch sehr pessimistisch beurteilt.⁴³

In diesem Zusammenhang interpretiert Sternberg den Satz von Marx und Engels: "Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese".⁴⁴ Diese Prophezeiung habe sich als falsch erwiesen; doch damit überinterpretiert Sternberg Marx' und Engels' Ausspruch von 1850. Zwar haben beide immer wieder vergeblich erwartet, daß ökonomische oder politische Krisensituationen in eine internationale revolutionäre Erhebung umschlagen würden, aber einen solchen Umschlag nicht als notwendig (Marx erwartete Krisen im Zyklus von zehn Jahren!), sondern nur als möglich erachtet.⁴⁵ Den Grund für das Ausbleiben der Revolution sieht Sternberg im Imperialismus, in dessen Folge die Krisen leichter geworden seien. Indem wir uns dieser Imperialismustheorie zuwenden, gehen wir von der Erörterung der unmittelbaren Marx-Rezeption Rosenbergs, Serings und Sternbergs, die – wie wir gesehen haben – aus einer bloßen Übernahme der

40 Sternberg, a. a. O., S. 70 f.; *Kapital* 1, S. 726-740; *Kapital* 3, S. 140-144.

41 Vgl. David Schoenbaum, a. a. O., S. 135 ff.; C. W. Guillebaud, *The economic recovery of Germany*, London 1939, S. 193 f.; Gerhard Bry, *Wages in Germany*, Princeton 1960, S. 235 ff.; Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Teil 1, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart*, Bd. 6, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945*, Berlin 1964, S. 161; Charles Bettelheim, *L'économie allemande sous le nazisme*, Paris 1946 (unveränderte Neuauflage, 2 Bde. Paris 1971), S. 152, S. 210 ff., S. 222 etc.; Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 149 f., spielt Bettelheims Zahlen gegen die Kuczynskis aus.

42 Sternberg, a. a. O., S. 80 und S. 196. Die gleiche These vertrat er 1926 in *Der Imperialismus* und 1955 in *Marx und die Gegenwart*.

43 Vgl. Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen 'Kapital'*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1968, S. 330-366.

44 Sternberg, a. a. O., S. 80; Zitat aus Karl Marx und Friedrich Engels, *Revue. Mai bis Oktober [1850]*, in: MEW, Bd. 7, S. 421-463, hier S. 440. Engels wiederholt es in seiner Einleitung zu "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" von Karl Marx (Ausgabe 1895), in: MEW, Bd. 7, S. 512.

45 Zu Marx' Revolutionserwartung vgl. Karl Marx, *Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg*, in: MEW, Bd. 17, S. 3-8; hier S. 7; außerdem ders., [Zweiter Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich"], in: MEW, Bd. 17, S. 572-610, hier S. 600; zum Krisenzyklus *Kapital* 1, S. 661.

Begrifflichkeit und einer autoritativen Bestätigung allgemeinsten Entwicklungstendenzen besteht, zu deren Rezeption der Schriften Rudolf Hilferdings, Rosa Luxemburgs u. a. über Sternbergs Imperialismustheorie bestimmt erstens seine Einschätzung der KPD-Politik gegenüber dem Faschismus und der SPD, seine Auseinandersetzung mit der Theorie von der Arbeiteraristokratie, und zweitens seine Einschätzung der historischen Stellung des Faschismus innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, der Weltmarktkrise und der Autarkiepolitik. Bevor wir diese Punkte betrachten, wollen wir uns kurz Sternbergs Imperialismustheorie zuwenden.

In seinen Büchern "Der Imperialismus" (1926) und "Der Niedergang des deutschen Kapitalismus" (1932) hatte Sternberg die These aufgestellt, der Weltkapitalismus sei mit dem Weltkrieg in seine Niedergangsepoche eingetreten, da nunmehr die imperialistische Expansion zu ihrem Abschluß gekommen und mithin die Möglichkeit geschwunden sei, die im Kapitalismus notwendigerweise überschüssig produzierten Konsumtionsmittel abzusetzen. Sternberg hatte damit in ähnlicher Weise wie kurz zuvor Eugen Varga den Ansatz Rosa Luxemburgs weiterverfolgt, die sich mit ihrem Buch "Die Akkumulation des Kapitals" gegen die Behauptung Tugan – Baranowskys (der wiederum Hilferding beeinflusste) gewandt hatte, wonach ein fortwährendes kapitalistisches Wachstum möglich sei. Von den Reproduktionsschemata im 2. Band des Marxschen "Kapital" ausgehend, hatte sie auf die Notwendigkeit der kapitalistischen Expansion in nicht-kapitalistische Gebiete zur "Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Kapitalisierung" geschlossen. Diese Expansion werde aber den Widerstand der Kolonialvölker und des Proletariats der kapitalistischen Länder hervorrufen, der zusammen mit den Wirtschaftskrisen zum Zusammenbruch des Kapitalismus führe.⁴⁶ Bereits 1929 hat Henryk Grossmann Luxemburgs Ableitung des Imperialismus und ihre daraus entspringende Vorstellung, das Ende des Imperialismus sei auch das des Kapitalismus, als Fehldeutung der Reproduktionsschemata erkannt. Das logische und historische Ende des Kapitalismus resultiert nicht aus den Realisierungsschwierigkeiten, sondern dem Rückgang der Profitrate, und diese Bewegung verläuft zyklisch.⁴⁷ Mit Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie fällt natürlich auch der Ansatz Sternbergs, doch werden wir finden, daß Sternberg dennoch zu einer marxistischen Kritik der Leninschen Arbeiteraristokratie-Theorie und deren Auswirkungen auf die KPD-Politik gelangt ist sowie den Zusammenhang von Weltmarktkrise und Autarkiepolitik erkannt hat.

Sternberg schreibt, die Komintern habe die Leninsche Theorie von der Herausbildung einer durch Monopol- und Kolonialprofite bestochenen Aristokratie innerhalb der Arbeiterklasse, die die soziale Basis der rechtssozialdemokratischen Politik gebildet habe, in dogmatischer Weise übernommen; habe bereits Lenin aufgrund dieser Theorie die Massenbasis des Revisionismus bei weitem unterschätzt, so habe die Komintern die Auflösung dieser Basis in der Folge der Weltwirtschaftskrise keineswegs dazu genutzt, "die Erschütterung des ökonomischen Unterbaus des Reformismus zum Sturm auf seinen politischen

46 Eugen Varga, *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen*, hrsg. von Elmar Altvater, Frankfurt/M. 1969, S. 3-10. Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1913 (Nachdruck Frankfurt 1966), S. 141, S. 445.

47 Henryk Grossmann: *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des Kapitals* Leipzig 1929 (Nachdr. Frankfurt/M. 1967); vgl. Roman Rosdolsky, *a. a. O.*, S. 86-97, S. 578-596; Christel Neusüß, *Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals*, Erlangen 1972, S. 197 et passim. Nichts Neues in dieser Frage bietet Rudolf Hickel, *Zur Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata*, in: *Mehrwert* Jg. 1973, H. 2, S. 33-109.

Bestand innerhalb der Arbeiterbewegung zu benutzen." Sie habe die Parole von der "Einheitsfront von unten" ausgegeben und damit verhindert, daß die Arbeiter "im Kampf Aktionserfahrungen gewonnen [hätten], die sie auch zum organisatorischen Bruch mit ihrer reformistischen Führung veranlaßt hätten".⁴⁸

Sternberg begreift die Sozialfaschismustheorie, die weitgehende Ablehnung der Einheitsfront, als Ergebnis der Arbeiteraristokratie-Theorie sowie – auf anderer Ebene – der Unterordnung unter die russische Stalinfraktion. Auf dieses letzte Moment können wir hier nicht näher eingehen,⁴⁹ Sternbergs Kritik der Arbeiteraristokratie-Theorie lohnt eine nähere Betrachtung.

Lenin hat 1916 die Entstehung der rechtssozialdemokratischen ("opportunistischen", "sozialchauvinistischen") Politik mit der Herausbildung einer durch Monopol- und Kolonial-(Extra-)Profite bestochenen Aristokratie innerhalb der Arbeiterklasse begründet und sich dabei auf Engels' Ansicht von 1892 berufen, das englische Industriemonopol sei wesentlicher Grund der besonders guten wirtschaftlichen Lage einer Minderheit sowie der relativ guten Lage der Mehrheit der englischen Arbeiterklasse und damit ihrer Ablehnung sozialistischer Gedanken gewesen.⁵⁰ Gegen diese Argumentation bringt Sternberg zwei Einwände vor: zum einen habe Marx für die Zeit von 1799 bis 1815 in England ein Sinken der Reallöhne bei gleichzeitigem absoluten und relativen Ansteigen der Mehrwertmasse infolge verlängerter Arbeitszeit und steigender Produktivität konstatiert; "das englische Industriemonopol besagt als solches also gar nichts zur Erklärung der Tatsache, daß die Lage der Arbeiterschaft sich verbesserte." Zum zweiten sei bis in die jüngste Zeit der Lohn der *Mehrheit* der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten weit über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gestiegen: ein Phänomen, das weder Hilferding noch Rosa Luxemburg erkannt hätten, das Lenins Theorie der Arbeiteraristokratie falsifiziert habe und das nicht allein durch den Imperialismus, sondern auf dessen Hintergrund nur durch die gegenüber den Kapitalisten gestärkte Position der Arbeiter zu erklären sei. Gegen Lenin und die Komintern formuliert Sternberg folgende Fragen: "... wie ging dieser Bestechungsvorgang ökonomisch vor sich? ... Auf welchem Wege hatte sie [d. h. die Arbeiteraristokratie] teil am Kolonial-Monopol-Surplusprofit? ... man erkannte zwar mit Phrasen, die Marxsche Werttheorie, die Marxsche Analyse des Lohnes an, man sagte aber kein Wort über den ökonomischen Mechanismus, vermittels dessen die Bourgeoisie diese Schichten bestach".⁵¹

48 Sternberg, a. a. O., S. 95 und S. 66.

49 Vgl. dazu Uta Leibfried, *Das Verhältnis der KPD zur NSDAP 1930 - 32*, Staatsexamensarbeit. Geschichte, FU Berlin 1971 (masch. schr.).

50 W. I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, a. a. O., S. 189-309, hier 288 f. Friedrich Engels: *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Vorw. zur 2. Aufl., in: MEW Bd. 22, S. 276 f. Herkunft und Folgen der Bestechungstheorie behandelt aus geistesgeschichtlicher Sicht Hans- Christoph Schröder, *Sozialistische Imperialismusdeutung*, Göttingen 1973 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, Nr. 375 S), S. 55-77.

51 Sternberg, *Der Faschismus*, S. 86-93, z. T. nach ders., *Der Imperialismus . . .*, S. 66 ff.; vgl. *Kapital* 1, S. 551. Die ökonomische Ableitung des Bestechungsvorganges hat Lenin in seiner Schrift *Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 23, S. 112 f. für eine Frage zweiter Ordnung erklärt.

Sternbergs Kritik an der Einheitsfrontpolitik der KPD wird heute von fast allen Seiten geteilt.⁵² Seine Einwände gegen die Arbeiteraristokratie-These sind ebenfalls, von Marx' Methode her gesehen, berechtigt, wenn auch Sternbergs eigene Erklärung der Lohnbewegung hinter seinem Problembewußtsein zurückbleibt. Das "Projekt Klassenanalyse" hat die Begründung Lenins für die Arbeiteraristokratie-Theorie, zu der sich Lenin auf Engels berufen hatte, in Verfolgung der Marxschen Methode dahingehend kritisiert, "daß Lenin die Fraktionierung der englischen Arbeiterklasse nur verkürzt mit der damaligen Monopolstellung Englands erklären konnte", denn: "Die Monopolstellung Englands kann . . . zwar *ein* Erklärungsmoment für die Aufrechterhaltung der Zersplitterung der Arbeiterklasse sein, nicht aber Ursache der Fraktionierung selbst. Diese ist vielmehr in der unterschiedlichen Stellung der Teile des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Reproduktionsprozeß objektiv begründet".⁵³

Sternberg geht auf diesen objektiven Aspekt der Lohndifferenzierung nicht ein. Seine Kritik ist an der Real-Lohnentwicklung der gesamten Arbeiterklasse festgemacht. Dieser Reallohn ist zwischen etwa 1890 und 1913 in der Tat bedeutsam gestiegen,⁵⁴ und die imperialistischen Surplusprofite mögen *ein* Moment dieser Erhöhung sein, ebenso wie die durch Parteien und Gewerkschaften gestärkte Position der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten. Ein zweites Erklärungsmoment für das Ansteigen des Reallohns hatte Sternberg zwar angeführt, ohne es jedoch mit dem Reallohn zu verknüpfen: das Anwachsen der Arbeitsproduktivität. Dieses Moment, in Verbindung mit dem zunehmenden Organisationsgrad der Arbeiterklasse, erklärt den Reallohn-Anstieg in Deutschland sicherlich besser als die Monopol- und Kolonial-Extra-Profite der Kapitalisten. Denn die deutschen Kolonialprofite sind – im Gegensatz etwa zu den englischen und amerikanischen – von sehr geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung gewesen.⁵⁵ Methodisch berechtigt sind und bleiben Sternbergs Fragen nach der theoretischen Ableitung des Bestechungsvorgangs an der Arbeiteraristokratie, Fragen, die auch von heutigen marxistischen Kritikern dieser Theorie gestellt werden.⁵⁶

52 Vgl. Ernest Mandel, Einleitung zu Leo Trotzki, *Schriften über Deutschland 1929 bis 1940* (= Gesammelte Werke, I), Frankfurt/M. 1971, S. 24 f.; *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin 1966, passim.

53 Projekt Klassenanalyse, *Leninismus . . .*, S. 404 und S. 335.

54 Jürgen Kuczynski, a. a. O., Bd. 5, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1918 bis 1933*, Berlin 1966, S. 219.

55 Zu den Grenzen des Monopolprofits vgl. *Kapital* 3, S. 868 f. Zum Anstieg der Arbeitsproduktivität und des Reallohns vgl. Roman Rosdolsky, a. a. O., S. 337 ff. Zu Lohnhöhe und Klassenkampf vgl. Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 140 ff. Dies ist nicht zu verwechseln mit der Theorie vom politischen Lohn; vgl. Maurice Dobb, *Der Lohn*, Frankfurt/M. 1970, S. 92 ff.; S. 113-130. Zu den deutschen Kolonialprofiten vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln und Berlin 1969, S. 411. Gerd Höhler, Wiss. Ass. an der Universität Bielefeld, arbeitet zur Zeit an einem Projekt *Arbeitnehmerschaft, Wirtschaftsentwicklung und Staat im wilhelminischen Deutschland*, in dessen Rahmen er die relative Konsolidierung der sozialökonomischen Position der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nachzuweisen bemüht ist.

56 Vgl. Projekt Klassenanalyse, *Leninismus . . .*, S. 404 ff.; Christel Neusüß, *Imperialismus . . .*, S. 206 f.

Ein zweites Problem ist im Zusammenhang mit Sternbergs Imperialismustheorie zu erörtern: die historische Stellung des Faschismus in der kapitalistischen Entwicklung. Der Weltkapitalismus sei in seine Niedergangsepoche eingetreten, meint Sternberg, und der deutsche Kapitalismus sei seit 1918 dessen schwächstes Glied. Die "vorgeschrittenste bürgerliche Fraktion, die bis ins letzte die politischen Konsequenzen in Einklang mit der Tiefe der Erschütterung des privatkapitalistischen Systems zu bringen sucht", sei der Faschismus. Er halte einerseits die Arbeiterbewegung nieder, andererseits suche er durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, durch Rüstungs- und Autarkiepolitik, die Folgen der Weltmarktkrise auf nationalstaatlicher Ebene zu überwinden. Dies aber könne er allenfalls mittels eines neuen imperialistischen Krieges leisten, der mit dem Sieg des Proletariats oder aber in der Barbarei enden werde.⁵⁷

Auch hier stellt Sternberg, obgleich von einer schiefen Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata ausgehend, einen Problemzusammenhang her, der erst jüngst wieder von marxistischen Theoretikern rekonstruiert zu werden beginnt. Christel Neusüß formuliert: "Diese besonderen neuen Staatsfunktionen /Preisregulierung, Subvention, Kredit- und Steuer-politik, Rüstung etc./ . . . müssen daraufhin untersucht werden, wie weit sie nicht allein aus der Tiefe der Krise stammen, auch nicht allein aus dem Machttrieb der faschistischen Partei, sondern aus dem spezifischen Charakter und den spezifischen Bedingungen einer den Weltmarktzusammenhang der Kapitale zerstörenden Krise für ein bestimmtes Land . . ." ⁵⁸

Sternberg ist also trotz seiner von den Theoretikern der II. Internationale, nicht von Marx geprägten Theorieansätze über die absolute Verelendung der Arbeiterklasse und über den Imperialismus zu einer historisch richtigen Einschätzung der Dauerarbeitslosigkeit und ihrer politischen Folgen sowie zu einer – von Marx her gesehen – theoretisch berechtigten Kritik der Sozialfaschismustheorie und der Einheitsfrontpolitik der KPD gelangt. Beides wird man mit seinen Erfahrungen aus der unmittelbaren politischen Arbeit eher begründen denn als Resultat theoretischer Bemühungen und Ableitungen interpretieren können.

Anders steht es mit Sternbergs Kritik an der Arbeiteraristokratie-Theorie. Hier geht sein Bewußtsein für die Probleme der Marxschen Theorie und Methode über seinen eigenen Erklärungsversuch des Reformismus aus dem Imperialismus hinaus, ähnlich, wie seine Erkenntnis des Zusammenhangs von Weltmarktkrise und Staatseingriffen in die Wirtschaft über seine Ableitung des Faschismus aus dem Imperialismus hinausweist.

In wesentlich geringerem Maße als Sternberg und – wie wir sehen werden – Sering ist Rosenberg in seiner Faschismusanalyse an Marx und marxistischen Theoretikern orientiert. Seine Analyse und Argumentation ist wesentlich auf die historische Entwicklung

57 Sternberg, *a. a. O.*, S. 113; vgl. dazu noch *a. a. O.*, S. 6 f., S. 117 und S. 198 ff. Zu Sozialismus oder Barbarei vgl. Rosa Luxemburg, *Junius-Broschüre*, in: dies., *Politische Schriften*, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1966, Bd. 2, S. 31 mit Berufung auf Engels.

58 Christel Neusüß, *Imperialismus . . .*, S. 209. Mit dem berechtigten Hinweis in Anm. 418, daß auch in der Kontroverse zwischen Tim Mason und Eberhard Czichon in: *Das Argument* Jg. 1966, H. 41 und Jg. 1968, H. 47, das Problem der Verselbständigung des faschistischen Staats diskutiert wurde, ohne auf den o. e. Zusammenhang einzugehen. Vgl. die Einleitung der Herausgeber Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, zu Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 7-24, bes. S. 9 ff. und S. 17.

der Massenbewegungen und ihrer Ideologien gerichtet. So zitiert er Trotzki nicht als sozialistischen Theoretiker oder als Kritiker der Komintern-Politik gegenüber dem Faschismus, sondern als Geschichtsschreiber der Revolution von 1905.⁵⁹ Rosenbergs Kritik an der Haltung der kommunistischen Parteien – sie sind für ihn noch immer “nicht die schlechtesten” der Arbeiterbewegung⁶⁰ – bleibt implizit, indem er den gerade um die Jahre 1933/34 als Erzverräter der Révolution diffamierten und verfolgten Trotzki zitiert. Auch Hilferdings “Finanzkapital” dient Rosenberg zur Klärung eines historischen Sachverhalts. Er schreibt: “Der ökonomische Hintergrund für diese Wandlung vom Liberalismus zu einem neuen, autoritären, Konservatismus ist . . . eine innere Wandlung im bürgerlichen Produktionsprozeß selbst. Der Kapitalismus entwickelte sich aus der Periode der freien Konkurrenz in die neue Zeit der konzertierten Riesenbetriebe, mit ihrem Willen zum Monopol”.⁶¹

Rosenbergs “Der Faschismus als Massenbewegung” ist, wie bereits angedeutet, eine historisch-soziologische Betrachtung; die mit der sozialen und politischen aufs engste verknüpfte ökonomische Entwicklung bleibt bloßer Hintergrund.

In wesentlich stärkerem Maße als Rosenberg ist Sering in seiner Faschismusanalyse an marxistischen Theoretikern orientiert. Er begreift den Faschismus als durch die wirtschaftliche Stagnation bedeutsamer Industriezweige ermöglichte politische Herrschaftsform. Wir werden seine Ableitungen an drei zentralen Punkten näher betrachten:

- 1) Für Sering resultiert die wirtschaftliche Stagnation aus der Überakkumulation und der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, in deren Ableitung Sering Hilferding bzw. Lenin erfolgt ist. Wir werden an diesen Ableitungen Serings Theorierezeption demonstrieren und problematisieren.
- 2) Ebenfalls mit Hilferdingschen Theoremen sucht Sering den Gegensatz von stagnierenden und expandierenden Industrien auch auf politischer Ebene zu begründen. Wir werden erfahren, daß er dabei in ähnliche Schwierigkeiten der theoretischen Deduktion und der Erfassung der historischen Wirklichkeit gerät wie die neuere DDR-Forschung.
- 3) Den Widerspruch zwischen kapitalistischer Stagnation und technischem Fortschritt analysiert Sering als Ergebnis des Wachstums der Produktivkräfte auf der Basis des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise; Endpunkt der kapitalistischen Entwicklung könne ein Generalkartell sein. In diesen Punkten sind Otto Bauer, Engels und Hilferding Serings Vorbilder. Wir werden sehen, daß seine Vorstellungen von der Entwicklung des Kapitalismus ähnlich technizistischer Natur sind, wie es seine Rezeption des Begriffs der produktiven Arbeit war.

Wie oben dargestellt, begreift Sering den Faschismus als Resultat des Zusammenstoßes der ökonomischen Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus mit der Interessendemokratie in der Krisensituation. Die ökonomische Entwicklung sei vom Widerspruch zwischen technisch möglicher Weiterentwicklung der Produktivkräfte und begrenzter Verwertungs- (Akkumulations-) Möglichkeiten geprägt. “Im reinen Kapitalismus der Theorie” habe die Akkumulation lediglich die Produktionskapazität und die Proportionalität zur

59 Rosenberg, a. a. O., S. 90-92.

60 Historikus, a. a. O., S. 75. Die Broschüre erschien in einer sozialdemokratischen Schriftenreihe!

61 Rosenberg, a. a. O., S. 81; vgl. Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 457 f.

Schranke, denn die Bedürfnisse seien unbegrenzt und die Gesamtkaufkraft entspreche der Gesamtproduktion. Marx habe eben dies mit seinen Reproduktionsschemata ausgedrückt; er habe außerdem nachgewiesen, daß es eine allgemeine Überproduktion geben könne, da die Unternehmer wegen der in der Krise sinkenden Profitrate ihre Kaufkraft nicht voll ausübten, und ferner, daß "ein theoretischer Beweis über die schrankenlose Akkumulation im reinen Kapitalismus konkrete Schranken im konkreten historischen Kapitalismus für konkrete Länder und Industriezweige" nicht ausschließe.⁶²

Mit diesen Thesen über die Grenzen der Akkumulation hat Sering nicht einfach Hilferdingsche Theoreme referiert, sondern einige innere Widersprüche des "Finanzkapital" gegeneinandergestellt. Diese Widersprüche und ihre Verwendung durch Sering wollen wir mit der Marxschen Überakkumulationstheorie konfrontieren.

Marx entwickelt die Überakkumulation als inneren Widerspruch des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate. Die kapitalistische Produktion sei nicht auf die Produktion von Gebrauchswerten, sondern von Mehrwert ausgerichtet. Dessen Produktion sei, die notwendigen Produktionsmittel als vorhanden vorausgesetzt, bei gegebener Mehrwertrate lediglich durch die Größe der Arbeiterbevölkerung, bei gegebener Größe der Arbeiterbevölkerung lediglich durch die Mehrwertrate begrenzt. Jedoch seien die Bedingungen der Mehrwertproduktion und die seiner Realisierung für die Kapitalisten keineswegs identisch; die ersteren seien durch die Produktivkraft der Gesellschaft begrenzt, die letzteren "durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion auf erweiterter Stufenleiter." Daher müsse der Markt beständig ausgedehnt werden, was aber nicht zur Lösung des Widerspruchs zwischen Mehrwertproduktion und -realisierung führe, sondern zu dessen Reproduktion auf höherer Ebene in der Form von Übermaß an Kapital bei wachsendem Übermaß an Bevölkerung. Überproduktion von Waren sei letztlich immer Überproduktion von Kapital, d. h. im eben entwickelten Sinne Überakkumulation von Kapital.⁶³

Diese klare Ableitung der Möglichkeit von Überproduktion aus dem Widerspruch zwischen Mehrwertproduktion und -realisierung durch Marx wird in Hilferdings "Finanzkapital" widerspruchsvoll rezipiert. Einerseits benennt Hilferding den Widerspruch zwischen Verwertungsbedingungen und Konsumtionserweiterung als allgemeine Bedingung der Krise und zitiert ausführlich die oben paraphrasierte Passage des "Kapital".⁶⁴ Andererseits lautet das Resume seiner Untersuchung der Reproduktionsschemata im zweiten Bande des "Kapital": "Es folgt durchaus nicht, daß die Krise in der kapitalistischen Produktion immanenten Unterkonsumtion der Massen ihre Ursache haben muß. Ebensowenig folgt aus den Schematen an sich die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion von Waren,

62 Sering, *a. a. O.*, S. 708 f.

63 *Kapital* 1, S. 254 und S. 261. Marx bezeichnet die Konsumtionsbeschränkung der Massen als letzten Grund aller wirklichen Krisen: *a. a. O.*, S. 501.

64 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 330 ff.

vielmehr läßt sich jede Ausdehnung der Produktion als möglich zeigen, die überhaupt bei den vorhandenen Produktivkräften stattfinden kann".⁶⁵

Dieser erstaunliche Widerspruch, der von Hilferding kategorisch als nicht vorhanden hingestellt wird, resultiert aus dessen Fehldeutung der Reproduktionsschemata als Schilderung der konkret-realen kapitalistischen Entwicklung. So ist er zur Auffassung der Krisen als Ergebnis der Disproportionalität von Produktions- und Konsumtionsmittelindustrie gelangt, ohne die Bestimmungen miteinzubeziehen, die sich aus dem von ihm selbst wenige Seiten zuvor zitierten dritten Band des "Kapital" für die Krisen als Ausformungen der Disproportionalität zwischen Produktiv- und Konsumtionskraftentwicklung ergeben.⁶⁶

Sering hat nun Hilferdings Akkumulations- und Krisentheorie in der Weise rezipiert, daß er deren innerlich widersprüchliche Momente als Ebene der reinen Theorie und Ebene der konkreten historischen Realität einander entgegensetzt. Er verabsolutiert erstens Hilferdings These, daß eine Überproduktion "an sich" unmöglich sei, zur Unmöglichkeit im "reinen Kapitalismus der Theorie". Im zweiten Schritt verläßt Sering jene Ebene der allgemeinen Theorie, auf der sich Hilferdings widersprüchliche Aussagen bewegen. Mußte Sering mit der Möglichkeit von Überproduktion "an sich" auch die Möglichkeit von Krisen "an sich" leugnen, so setzt er nun die Krise voraus, um eine konkrete Möglichkeit von Überproduktion zu eröffnen; da "in der Krise die Unternehmer aufgrund sinkender Profitrate ihre Kaufkraft teilweise nicht ausüben", könne es eine allgemeine Überproduktion geben.⁶⁷ Zwar spricht Sering mit dem Rückgang der Investitionen ein Moment der real-historischen Krisen an, springt aber in seiner Argumentation von der Krisenlosigkeit zur Auswirkung der Krise, ohne die Krisenursachen zu erörtern. Damit wird seine Argumentation unsystematisch und wenig konsistent.

Überdies begibt er sich im nun folgenden Schritt auf die Ebene der historischen Realität, auf der der Akkumulation Grenzen gesetzt seien, und stellt sie derjenigen Ebene der reinen Theorie (erster Schritt), auf der solche Grenzen nicht existierten, gegenüber, ohne daß sich dieser dritte Schritt aus dem zweiten ergibt.

Sering wendet sich den Stagnationstendenzen der kapitalistischen Entwicklung zu. Die kapitalistische Produktion habe sich, schreibt er, in der Realität niemals proportional, "auch nicht um die richtigen Proportionen schwankend, sondern völlig ungleichmäßig entwickelt". Daher sei die kapitalistische Entwicklung immer wieder an die Schranken der Sättigung gestoßen, die nur durch "technische Fortschritte einerseits, Ausdehnung des äußeren Feldes der kapitalistischen Produktion andererseits" hätten überwunden werden können.⁶⁸

65 A. a. O., S. 347; vgl. auch A. a. O., S. 329. Die Unabhängigkeit der Produktion von der Konsumtion hat auch Bulgakow postuliert, der ähnlich wie Hilferding die Krisen lediglich als Disproportionalitätskrisen sah: vgl. Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte . . .*, S. 549.

66 Leugnen der eigenen Widersprüchlichkeit: Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 330 f. Vgl. Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 27. Zu Hilferdings Krisentheorie vgl. Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte . . .*, S. 569-78; vgl. Brigitte Nolte, *Die Auseinandersetzungen um die Krisentheorie in der Sozialdemokratie bis zum 1. Weltkrieg, . . .*, S. 40-55.

67 Sering, A. a. O., S. 709. Vgl. *Kapital* 3, S. 267 f.

68 Sering, *ebda.*

Diese Ausformung der Theorie von der ungleichmäßigen Entwicklung widerspricht der Marx'schen Disproportionalitäts-Theorie und überzieht die entsprechende Kategorie bei Lenin, nach der Sering seine These formuliert haben dürfte. Die Marx'sche Disproportionalitäts-Theorie hat in richtiger Weise Rosdolsky wie folgt zusammengefaßt: Im Kapitalismus "kann sich . . . die proportionale Entwicklung der verschiedenen Produktionszweige sowie das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion nur unter beständigen Schwierigkeiten und Störungen durchsetzen. Doch muß dieses Gleichgewicht zumindest für kurze Zeitperioden [und auf jeweils größerer Stufenleiter] erreicht werden, da sonst das kapitalistische System überhaupt nicht funktionieren könnte".⁶⁹

Lenin hat die Kategorie der ungleichmäßigen Entwicklung in der Kritik an den Narodniki entwickelt und nirgends näher expliziert. Man wird mit Neusüß extrapolieren dürfen, daß er mit Hilfe dieser Kategorie die Disproportionalität der kapitalistischen Produktion unter besonderer Betonung ihrer stofflichen Elemente in ihrer historischen Erscheinung insbesondere auf Weltmarktebene zu erfassen versucht und dabei die Tendenz zur Herstellung eines gleichmäßigen Entwicklungsniveaus nicht ausgeschlossen hat.⁷⁰ Sering hat sich also der theoretischen Ansätze Hilferdings und Lenins zur Erklärung der Überproduktion bzw. Erfassung der ungleichmäßigen Entwicklung in eklektischer Manier bedient, um die kapitalistische Entwicklung hin zur Stagnation zu erklären. Dabei hat er Hilferdings zwiespältige Rezeption der Marx'schen Theorie von der Überakkumulation und Lenins Kategorie der ungleichmäßigen Entwicklung überzogen und verabsolutiert. Wir werden nun sehen, daß sich diese Eklektik in Serings Deutung des politischen und ökonomischen Gegensatzes zwischen stagnierenden und expandierenden Industriezweigen fortsetzt.

Die Sättigungsschranken der kapitalistischen Entwicklung, schreibt Sering, könnten nur durch territoriale Ausweitung der kapitalistischen Produktion oder aber durch technischen Fortschritt übersprungen werden. Ersteres Mittel verliere mit zunehmender Industrialisierung an Bedeutung, und der technische Fortschritt könne nicht mehr in der Form der Industrialisierung ganzer Produktionszweige – wie zuletzt der Landwirtschaft – erfolgen, sondern nur noch durch Schaffung neuer Industrien wie der Elektro- und der chemischen Industrie. Diese würden mehr und mehr zum alleinigen Träger starker Akkumulation, während etwa die Baumwoll- und die Schwerindustrie sowie die Landwirtschaft kapitalgesättigt seien. Diese stagnierenden Bereiche wüchsen mit fortschreitender kapitalistischer Entwicklung absolut "und für die alten Länder heute schon relativ". Zwar erfordere ihre ökonomische Lage direkten Rückgang, der aber werde durch den hohen Anteil des in ihnen angelegten fixen Kapitals erschwert. Sie würden stützungsbedürftig, und ihre Stützungsforderungen erhielten wegen ihrer hohen Beschäftigtenzahlen großes "gesellschaftliches Gewicht". "So entsteht eine wachsende Zahl ökonomischer Totgewichte, die einerseits die Schranken der Akkumulation ausdrücken, andererseits durch ihre Existenz wieder die ökonomische Gesamtentwicklung hemmen".⁷¹

69 Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte . . .*, S. 585 f.; vgl. auch Rudolf Hickel, *Zur Interpretation . . .*, S. 96; Karl Marx: vgl. *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953, S. 317; *Kapital* 3, S. 267.

70 Vgl. Christel Neusüß, *Imperialismus . . .*, S. 43 f. und S. 87-93. Die ungleichmäßige Entwicklung kann allerdings z. B. ein Schlüssel für die Herausbildung von Kapitalfraktionen sein: vgl. die folgenden Anm.

71 Sering, *a. a. O.*, S. 709 f.

Damit kommt Sering auf ein Phänomen zu sprechen, das in der heutigen Diskussion um das Verhältnis von Großindustrie und Faschismus während der Weimarer Republik und der faschistischen Herrschaft noch immer großen Raum einnimmt: Die Entstehung von Monopolgruppen und der ökonomische und politische Gegensatz von Elektro- und chemischer Industrie auf der einen und der Kohle- und Stahlindustrie auf der anderen Seite. Wir wollen zunächst auf die Existenz und das gegenseitige Verhältnis dieser historischen Kapitalfraktionen eingehen, um dann deren theoretische Ableitung und Begründung durch Sering zu untersuchen.

Daß während der Weimarer Republik die Kohle- und Stahlindustriellen eine härtere wirtschafts- und sozialpolitische Linie verfochten haben als die sozialpartnerschaftlichen Gedanken eher zugänglichen Elektro- und Chemieindustriellen hat, anknüpfend an taktische Äußerungen mehrerer KPD-Führer gegen Ende der Weimarer Republik, Jürgen Kuczynski von 1945 an und nach ihm die gesamte wirtschaftsgeschichtliche Forschung der DDR in ihren Darstellungen der Weimarer Republik und des deutschen Faschismus behauptet. Diese These wurde u. a. auch von Hallgarten 1955 übernommen und in neuerer Zeit von Eichholtz, Czichon, Gossweiler und Mason mit Quellenmaterial bestärkt.⁷² Gerade aus Gossweilers Material wird allerdings nicht nur die Existenz, sondern auch die Instabilität und zeitweise Verschränkung der Monopolgruppen deutlich: So laufen etwa die Verbindungen zwischen Industrie und Großbanken quer zu den Monopolgruppen, und Stinnes und Siemens waren zeitweise über die Rhein-Elbe-Union-GmbH zum größten Elektro-Montan-Trust Europas zusammengeschlossen.

Sering gibt zwar – in Anlehnung an Hilferding – die Kapitalfraktionierung historisch weitgehend richtig wieder. Doch ist seine theoretische Ableitung der Gruppen aus der kapitalistischen Entwicklung heraus durchaus problematisch.

Am wohl plausibelsten hat 1966 Alfred Schröter die Entstehung der deutschen Kapitalfraktionen erklärt:⁷³ die Schwerindustrie habe

- wegen ihrer standardisierten Massenprodukte leicht Kartellabsprachen tätigen können,
- wenig technische Neuerungen erfahren,
- relativ wenig Produktionsspezialisten beschäftigt, weswegen der Unternehmer den Betrieb habe überblicken können,
- ihre Rohstoffe aus dem Inland bezogen,
- ihren Absatz im Inland getätigt,
- und sei schließlich wegen der gewaltigen individuellen Vermögensgröße kaum auf Kooperation angewiesen gewesen.

72 Zur KPD vgl. Eike Hennig: *Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie*, in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 18 (1973), 170-193, bes. 178 f. Anm. 36-38. Zu Kuczynski und der DDR-Forschung ebda. S. 179 et passim. Daß die Behauptungen Eberhard Czichons in *Wer verhalf Hitler zur Macht*, Köln/Berlin 1967 über die Finanzierung der NSDAP durch Montanindustrielle teilweise von Henry A. Turner, *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Göttingen 1972, S. 9-32, widerlegt worden sind, besagt keineswegs, daß die Monopolgruppen nicht existiert hätten. Vgl. dazu die Arbeiten von Eberhard Czichon und Tim Mason in: *Das Argument* Jg. 1966, H. 41 und Jg. 1968, H. 47; ferner Kurt Gossweiler *Großbanken, Industriemonopole, Staat*, Berlin 1971 und G. W. F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie*, 3. Aufl. Frankfurt 1962, S. 111 und Anm. 97.

73 Alfred Schröter, *Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Jg. 1966, T. 4, S. 126-40, bes. S. 128-32.

Hingegen seien die Verhältnisse in der Chemie- und Elektrobranche gerade entgegengesetzt. Dieser Begründung der Monopolgruppenentstehung ist methodisch wie historisch wenig entgegenzusetzen.⁷⁴ Dennoch bleibt hier ein weites Feld für die empirische Fundierung dieser Thesen.⁷⁵

Wie erklärt nun Sering die Kapitalfraktionierung? Er folgt auch in dieser Frage verschiedenen Ansätzen Hilferdings. Im "Finanzkapital" hat Hilferding unter den Hindernissen zur Ausgleichung der Profitraten u. a. den relativen Anstieg des fixen Kapitals gegenüber dem zirkulierenden konstanten Kapital angeführt, den die technische Entwicklung etwa in der Hochofenindustrie gegenüber der Schuhproduktion und auch in der Elektroindustrie mit sich gebracht habe: "So entstehen der Tendenz zur Ausgleichung der Profite Hemmungen, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus steigern. Diese Hemmungen wirken verschieden stark auf die verschiedenen Sphären ein, je nach der Zusammensetzung des Kapitals, insbesondere je nach der Größe des Raumes, den das fixe Kapital innerhalb des Gesamtkapitals einnimmt. Am stärksten wird sich diese Wirkung geltend machen gerade in den entwickeltsten Sphären kapitalistischer Produktion, in den schweren Industrien. Hier spielt das fixe Kapital weitaus die größte Rolle, hier wird der Abfluß des einmal angelegten Kapitals am schwierigsten." Die Hemmung der Ausgleichsbewegung führe schließlich zum Kapitalüberfluß und damit zum Sinken der Profitrate in der jeweiligen Sphäre, dem die Kapitalisten durch Kartellierung zu begegnen bestrebt seien.⁷⁶

1926 hat Hilferding die Bildung von Kapitalfraktionen anders begründet und zugleich deren politische Ausprägung miteinbezogen. Er warnte in einem Aufsatz in der "Gesellschaft", dem theoretischen Organ der SPD, vor einer erneuten Beteiligung der DNVP an

74 Problematisch ist allerdings der Punkt 2: in den neuen Industrien habe der stürmische technische Fortschritt viele technische Neuerungen erzwungen. Die Erklärung bleibt tautologisch, weil sie den technischen Fortschritt in ähnlicher Weise wie die Theorie von der wissenschaftlich-technischen Revolution verabsolutiert und vom Streben nach Extra-Profit trennt.

75 Eike Hennig, *Monopolgruppentheorie in der DDR*, in: *Leviathan*, Jg. 1973, H. 1, S. 135-151, diskutiert Kuczynskis und Gossweilers Bücher unter dem Gesichtspunkt der Problematik empirischer marxistischer Forschung sowie dem der nicht identischen Identität von Kapitalismus und Faschismus, ohne zu bemerken, daß der "elitetheoretische Empirismus" und "methodologische Positivismus" der Autoren nicht hinreichend empirisch verfährt. Kuczynski, *a. a. O.*, Bd. 5, S. 78-81, entlehnt statistisches Material über die unterschiedliche ökonomische Lage der Kapitalfraktionen lediglich aus Lenins Imperialismusschrift. Gossweiler, *a. a. O.*, S. 18-20, beruft sich auf Kuczynski und Schröter. Ähnlich auch Andre Leisewitz, *Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, dargestellt am Beispiel der chemischen Industrie*, in: *Das Argument* Jg. 1972, H. 73, S. 444-508, bes. S. 469-478. Schröters Vagheit und Allgemeinheit kritisiert Hennig allerdings zurecht (vgl. Anm. 72), S. 180 f. Sohn-Rethel, *a. a. O.*, S. 53-77, bes. S. 60, S. 70 f., begründet die Spaltung der Großindustrie in ein Brüning- und ein Harzburger Lager vor allem mit deren unterschiedlicher Position auf dem Weltmarkt. Dies ist sicher richtig, reicht aber als Erklärung nicht aus. Hennig (vgl. Anm. 72, S. 192 et passim) kritisiert zurecht, daß die Monopolgruppentheoretiker der DDR, insbesondere Gossweiler, die Kapitalfraktionen "nicht aus den Dimensionen des Konflikts von Kapital und Arbeit" entwickeln.

76 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 248 ff., bes. S. 253.

der Regierung mit der Begründung, daß der aggressiven DNVP-Politik die ökonomische Basis entzogen sei und diese Partei ihre Politik den industriellen Interessen erst wieder anpassen müsse.⁷⁷ Die Führung der deutschen Industrie sei infolge technischer Neuerungen und finanzieller Konsolidierung von der Kohle- und Stahl- an die Elektro- und chemische Industrie übergegangen. Diese Branchen stünden in weniger scharfem Gegensatz zur Arbeiterklasse als die Schwerindustrie, da sie weniger lohnintensiv seien.

Sering hat seine Gegenüberstellung der beiden Kapitalfraktionen offenkundig aus Hilferdings Aufsatz übernommen⁷⁸ und sie mit Hilferdings früherer Darlegung der Schwierigkeiten, die aus dem anwachsenden fixen Kapitalteil resultieren, begründet. Die Sättigungsschranken der kapitalistischen Entwicklung könnten nur durch territoriale Ausweitung der Produktion oder durch technischen Fortschritt übersprungen werden; ersteres Mittel verliere an Bedeutung, und der technische Fortschritt finde nur noch in den neuen Industrien statt; der Rückgang der alten Industrien werde aber durch den hohen fixen Kapitalteil erschwert.

Der hohe Anteil des fixen Kapitals in der Schwerindustrie kann *allein* sicher nicht die Kapitalfraktionierung erklären. Zwar wächst mit zunehmender Größe des Gesamtkapitals das Risiko der Wertvernichtung in der Krise und mit wachsendem fixen Kapitalteil kann das Risiko noch zunehmen, wenn ein gewichtiger Kapitalteil in z. B. durch Substitution überschüssig werdender Gebrauchswertgestalt fixiert ist und nicht nur entwertet wird, sondern auch nicht schnell genug die Metamorphose von überschüssiger Maschinerie in Geldkapital und wiederum in Produktionselemente profitablerer Sphären vollziehen kann. Aber dies kann nur *ein* Moment der Kapitalfraktionierung sein, das an Bedeutung hinter den etwa von Alfred Schröter angeführten Punkten, vor allem der Ertragslage und der unterschiedlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt, an Bedeutung zurücktritt. Serings Erklärung für die Entstehung von Kapitalfraktionen, in eklektischer Weise an verschiedenen Schriften Hilferdings orientiert, kann kaum überzeugen. Im übrigen sind auch seine weiteren Begründungen für die zunehmende Stagnation problematisch: Kapitalexport und Auslagerung der Produktion in Länder mit unterentwickeltem Kapitalverhältnis sind noch heute gang und gäbe, und der Rückgang der Kohleindustrie erfolgte weniger wegen des mangelnden technischen Fortschritts als vielmehr wegen der Substitution der Kohle durch das Erdöl als Energielieferant.⁷⁹

Eine empirisch fundierte und theoretisch plausible Begründung für die Kapitalfraktionierung bleibt ein desideratum sozialhistorischer Forschung. Auch der spätere Versuch Hilferdings, die Gruppenbildung aus der unterschiedlichen Lohnintensität zu erklären – Sering hat diesen Aspekt nicht aufgegriffen – ist problematisch, denn wahrscheinlich gehörten

77 Rudolf Hilferding, *Politische Probleme*, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 3 (1926), Bd. 2, S. 289-302. Die DNVP war vom 15. 1. bis 25. 10. 1925 und dann erst wieder vom 31. 1. bis 28. 6. 1927 an der Reichsregierung beteiligt.

78 Vgl. die Formulierung von Sering, *a. a. O.*, S. 706, Abs. 2 mit Hilferding, *Politische Probleme*, *a. a. O.*, S. 291 f.

79 Alfred Sohn-Rethel, *Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus*, in: *Kursbuch*, Jg. 1970, Bd. 21, S. 17-35, bes. S. 27-39, spricht – ohne näheren Beleg – von Neuinvestitionen und technischen Neuerungen größeren Umfangs während der Jahre 1926 bis 1929 in der Kohleindustrie. Auf die aktuelle "Energiekrise" kann hier nicht eingegangen werden.

in den 20er und 30er Jahren ähnlich wie heute die Bergbau- und die chemische Industrie zu den kapitalintensivsten, die Elektro- und die Metallindustrie zu den lohnintensivsten Branchen, so daß in beiden Monopolgruppen je eine lohn- und eine kapitalintensive Branche verbunden war.⁸⁰

Sering zieht allzu schnell eine Verbindung von der allgemeinen Analyse des Kapitalprozesses zu derjenigen der konkreten historischen Situation. Dabei verfolgt er oft nur eine Seite der Entwicklung, nämlich die der Produktivkräfte, und ist geneigt, auch politische Entwicklungen vorrangig aus dieser Perspektive, nicht aber aus der Entfaltung des Kapitalverhältnisses und der Vielfalt seiner Widersprüche auf ökonomischer und politischer, auf nationaler und internationaler Ebene zu begreifen.

Mit welchen Kategorien sucht Sering das Wachstum der Produktivkräfte zu erfassen, und welchen Endpunkt dieser Entwicklung sieht er voraus? Die Schilderung des Wachstums, besonders der Entwicklung neuer Produktionszweige im Chemie- und Elektro-Sektor, sowie die Beschreibung der Kapitalvernichtung in der Form des Aufkaufs kleinerer Betriebe durch größere (z. T. mit anschließender Stilllegung) hat Sering von Otto Bauer übernommen.⁸¹ Entspricht Bauers und Serings Schilderung der Kapitalvernichtung der Marxschen Theorie und gibt sie die historische Entwicklung richtig wieder,⁸² so ist jedoch die Kategorie, mit der Sering das Wachstum der Produktivkräfte im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung zu erfassen sucht, durchaus problematisch.

Er begreift die kapitalistische Entwicklung als Entfaltung des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Dem Anwachsen der technischen und betriebswirtschaftlichen Rationalität stehe eine gleichfalls wachsende sozialökonomische Irrationalität und Verschwendung gegenüber; Staat und Gesellschaft seien in diesen Widerstreit einbezogen, und die historische Entwicklung tendiere seit dem Imperialismus mehr und mehr zur Stagnation, Vergeudung, Vernichtung.⁸³

80 Zur Kapital- und Lohnintensität der Branchen in BRD und DDR 1968 vgl. den *Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1971*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, o. O., 1971, S. 96 f. Daten aus den 20er und 30er Jahren habe ich lediglich für die USA finden können: zwischen 1910 und 1939 war die chemische Industrie kapitalintensiv, die Metallindustrie wesentlich lohnintensiver. Vgl. Walther Gustav Hoffmann *Die branchenmäßige Lohnstruktur der Industrie*, Tübingen 1971 (= Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung 2) S. 88. Die Arbeitsproduktivität – ein Indikator der Lohnintensität – in der Elektroindustrie war 1949 - 1955 im internationalen Maßstab deutlich niedriger als die der chemischen Industrie. Vgl. W. G. Hoffmann: *Die Produktivitätsstruktur der Industrie in verschiedenen Entwicklungsstadien*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Jg. 115 (1959), S. 536-57, hier S. 545. Alfred Sohn-Rethel, *Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus*, S. 27-29, begründet die Annäherung der Schwerindustrie an den Faschismus mit der Nichtauslastung der neugeschaffenen Produktionskapazitäten infolge der Weltwirtschaftskrise, diejenige der IG Farben mit der Notwendigkeit staatlicher Profitgarantie bei der extrem kostenaufwendigen Benzinsynthese.

81 Sering, a. a. O., S. 707-11; vgl. Otto Bauer, *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg, I, Rationalisierung/Fehlrationalisierung*, Wien/Berlin 1931, bes. 1. Kap. und S. 194 ff.

82 Vgl. *Kapital* 1, S. 654; *Kapital* 3, S. 263; Kuczynski, a. a. O., Bd. 5, S. 10 f.

83 Sering, a. a. O., S. 704, 711 und 721-25.

In den letzten Punkten erkennen wir deutliche Parallelen zu den Gedanken Sternbergs, die wir bereits oben kritisiert haben. Die These vom Grundwiderspruch des Kapitalismus in der eben wiedergegebenen Form ist seit ihrer ursprünglichen Prägung durch Engels u. a. von Lenin und "vom gesamten nachfolgenden Marxismus-Leninismus" rezipiert worden,⁸⁴ daher werden wir sie dem Marxschen Verständnis des Verhältnisses zwischen Produktion und Distribution gegenüberstellen.

Marx hat mit der Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß⁸⁵ zugleich den Konnex von Produktions- und Distributionsverhältnissen bestimmt: das Kapitalverhältnis setze bereits eine spezifische Distribution, nämlich die Trennung des Lohnarbeiters von den Produktionsmitteln, voraus. "Das bestimmte Verteilungsverhältnis ist also nur Ausdruck des geschichtlich bestimmten Produktionsverhältnisses".⁸⁶ In jeder bestimmten historischen Form des Arbeitsprozesses als "Prozeß zwischen Mensch und Natur" würden dessen "materielle Grundlagen und gesellschaftliche Formen" weiterentwickelt, und auf einer "gewissen Stufe der Reife . . . tritt dann ein Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form ein".⁸⁷ Gelange die kapitalistische Produktionsform zur Reife, so würden die Produktionsmittel in den Händen weniger konzentriert, die gesellschaftlichen Produktionspotenzen entwickelt, werde die Produktion selbst – wenn auch in antagonistischer Form – gesellschaftlich organisiert und der Weltmarkt hergestellt;⁸⁸ jedoch stehe "dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde", die "Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber",⁸⁹ und die kapitalistische Gesellschaft werde daher von zyklischen Krisen erschüttert.

Für Marx ist also die kapitalistische Verteilung bereits durch die Produktionsverhältnisse bestimmt. Privateigentum und Privatarbeit werden in antagonistischer Form gesellschaftlich (Aktiengesellschaften und Großbetriebe). Die Realisierung bzw. der Verbrauch der wachsenden Wert- und Gebrauchswertmassen ist jedoch "durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse" beschränkt.⁹⁰ Der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion ist Resultat, nicht Grund des Kapitalverhältnisses, der kapitalistischen Produktionsweise. Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist Grundwiderspruch des Kapitalismus.

Dieses Verhältnis hat Engels im "Anti-Dühring" anders gesehen. Während die Produktion durch die Konzentration der Produktionsmittel gesellschaftlich geworden sei, sei die private Aneignungsform der mittelalterlichen einfachen Warenproduktion erhalten geblieben. Dieser Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziere sich als Gegensatz zwischen organisierter Produktion auf Betriebs- und anar-

84 Christel Neusüß, *Imperialismus* . . . , S. 91.

85 *Kapital* 1, Kap. 5.

86 *Kapital* 3, S. 889.

87 *Kapital* 3, S. 891; vgl. Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Einleitung*, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

88 *Kapital* 3, S. 276 f.

89 *A. a. O.*, S. 501, vgl. auch *a. a. O.*, S. 260.

90 *A. a. O.*, S. 254.

chischer Produktion auf gesellschaftlicher Ebene; in der weiteren Entwicklung drängten die "Produktivkräfte selbst . . . nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte", gingen in das Eigentum von Aktiengesellschaften und des Staats und schließlich in dasjenige des Proletariats, den Besitz der Gesellschaft, über.⁹¹ Für Engels ist also der Widerspruch zwischen Produktion und Distribution agens der gesellschaftlichen Entwicklung vom Vorkapitalismus über den Kapitalismus zum Sozialismus.⁹²

Lenin hat u. a. diese Engelsche Auffassung übernommen und zum Grund- und Hauptwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise erhoben. Aus dieser Rezeption leitet sich auch seine Kategorie der ungleichmäßigen Entwicklung her, die – wie oben dargestellt – Sering z. T. rezipiert hat. Die These vom Grundwiderspruch ist mit der Entstehung des Marxismus-Leninismus kanonisiert worden und auch heute noch Ausgangspunkt marxistisch-leninistischer Lehrbücher und Analysen.⁹³

In seiner Auffassung vom Grundwiderspruch ist Sering der Engelschen Tradition und nicht Marx gefolgt. In Marx' Sinne aber und in der Nachfolge von Engels, Lenin und Otto Bauer⁹⁴ benennt Sering, indem er das Anwachsen der gesamtgesellschaftlichen Irrationalität gegenüber der wachsenden betriebswirtschaftlichen Rationalität betont, in der Realität zu beobachtenden Phänomene, die immer Empörung hervorgerufen haben und hervorrufen: Die Vergeudung und Vernichtung.⁹⁵ Daß Sering eine lineare Zunahme dieser Vergeudungstendenzen annahm, lag in seiner Zeit, der erst allmählichen Überwindung der Weltwirtschaftskrise und der allgemeinen Aufrüstung, ähnlich wie Sternbergs Erwartung von der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse, nahe. Demgegenüber bleibt allerdings festzuhalten, "daß Tendenzfeststellungen im Kapitalismus nur insofern einen Sinn haben, als sie die zyklische Verlaufsform dieser Tendenz einkalkulieren".⁹⁶

91 Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* [Anti Dühring], in: MEW, Bd. 20, S. 5-303, hier S. 248-265, bes. S. 258.

92 Auf Engels' Fehldeutung der Marxschen kategorialen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise als historischer kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 126-136 und S. 257; außerdem Jindřich Zelený, *Die Wissenschaftslogik bei Marx und "Das Kapital"*, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 57-67 und S. 103-109.

93 Vgl. J. W. Stalin, *Über dialektischen und historischen Materialismus* (1938), in: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 673; vgl. *Lehrbuch Politische Ökonomie I, Vorsozialistische Produktionsweisen*, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von N. A. Zagolow, Frankfurt/M. 1972, S. 219 (russ. Orig. Moskau 1970); vgl. Kurt Zieschang, *Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Sozialistische Politik* Jg. 1973, H. 24, S. 13-26, bes. S. 16 f. (Nachdruck aus: *Wirtschaftswissenschaft*, Jg. 10 (1973), H. 2, S. 235-44).

94 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, in: MEW, Bd. 20, S. 255; zu Lenin vgl. Christel Neusüß, *Imperialismus . . .*, S. 91 f.; Otto Bauer, *Rationalisierung/Fehlrationalisierung*, S. 128 et passim.

95 Vgl. Elmar Altvater in der Einleitung zu Eugen Varga, *Die Krise des Kapitalismus . . .*, XXIII ff.

96 Elmar Altvater, *Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Jg. 1972, H. 3, S. 1-53, hier S. 12.

Welchen Endpunkt erwartet nun Sering für die kapitalistische Entwicklung? Er schreibt, es könne zwar keinen Stillstand der technischen Entwicklung auf internationaler Ebene geben und die Organisierung der Produktion werde stets weiter fortschreiten; jedoch werde eine proletarische Revolution nicht zwangsläufig erfolgen, da der Weg von der Konkurrenz zum Monopol, "zu dem legendären Generaltrust aller Produktionszweige aller Länder" und damit zur vollen Organisation des Sozialismus in antagonistischen Formen in seiner Dauer unabsehbar sei und durch unendliches Elend führen werde.⁹⁷

Sering ist hier erneut an Hilferdings "Finanzkapital" orientiert, und die Probleme, die sich aus seiner Auffassung vom Endzustand des Kapitalismus ergeben, sind bereits Probleme der Theorie Hilferdings. Im "Finanzkapital" lesen wir: "An sich wäre ein Generalkartell ökonomisch denkbar, das die Gesamtproduktion leitete und damit die Krisen beseitigte, wenn auch ein solcher Zustand sozial und politisch eine Unmöglichkeit ist, da er an dem Interessengegensatz, den er auf die äußerste Spitze treiben würde, zugrunde gehen müßte".⁹⁸

Hilferding verlegt damit die wesentlichen Widersprüche des Kapitalismus aus der Produktion in die Distribution, aus der Wirtschaft in die Politik. Mit der Ausschaltung der Konkurrenz wird auch das Wertgesetz noch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft gesetzt. — Dies alles sind Punkte, die, wie wir im folgenden Abschnitt bei der Behandlung des Seringschen Sozialismusbegriffs sehen werden, der Marxschen Theorie durchaus widersprechen.⁹⁹ Deren Übernahme durch Sering ist jedoch in seiner Faschismusanalyse nicht zentral, da es Sering nicht um den Endzustand des Kapitalismus, sondern um die "Abgründe von Reichtumsvernichtung, Krieg, Massenelend und sozialer Zersetzung" zu tun ist, die der Faschismus mit sich bringt.¹⁰⁰

4. ANTIFASCHISTISCHE STRATEGIE UND TAKTIK UND SOZIALISMUSBEGRIFF BEI STERNBERG, SERING UND ROSENBERG

Rosenberg übt, wie wir im ersten Abschnitt erfahren haben, scharfe Kritik am Verhalten der SPD gegenüber der faschistischen Gefahr vor 1933. Die Machtergreifung ist für ihn wesentlich Resultat der "unvollendeten Revolution" von 1918/19. Er erwartet den Zusammenbruch des faschistischen Regimes aufgrund des inneren Widerspruchs zwischen Arbeiter-

97 Sering, *a. a. O.*, S. 724.

98 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 402 f.

99 Vgl. Thomas Hagelstange, *a. a. O.*, S. 48. Zu Monopol und Konkurrenz bei Lenin, der an Hilferding orientiert ist, vgl. Christel Neusüß, *a. a. O.*, S. 42-47; Projekt Klassenanalyse, *a. a. O.*, S. 376-80. Marx hat die Beseitigung der Konkurrenz lediglich als Moment der Abstraktion eingeführt (z. B. in *Kapital* 3, S. 877), nie als Resultat der logischen oder gar der realen historischen Entwicklung. Vgl. Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt/M., 1970, S. 324 Anm. Anders Engels, der in der englischen Alkaliproduktion um 1890 "die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt" sah, wodurch "der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet" worden sei. Vgl. *Kapital* 3, S. 454. Von Engels läuft also eine direkte Verbindung zu Hilferding und Lenin. Neuerdings verweisen marxistisch-leninistische Historiker wieder auf die Konkurrenz unter Monopolen: vgl. Alfred Schröter, *a. a. O.*, Kurt Gossweiler, *a. a. O.*, S. 11, 28-23 gegen Kuczynski.

100 Vgl. Anm. 97.

und Unternehmerinteressen in der NSDAP, der sich in der Entmachtung der SA und dem Verlust der populären Machtbasis der Partei manifestiert habe; letzterer sei kein Erfolg der illegalen sozialistischen Agitation gewesen, sondern Resultat der inneren Widersprüche der faschistischen Bewegung. Rosenberg nimmt einen langen Zeitraum bis zum Zusammenbruch des Faschismus an, den er in der Form eines Volksaufstandes, einer demokratischen und sozialistischen Revolution erwartet, die aufgrund der Erfahrung des Faschismus konsequenter, gründlicher und machtbewußter als diejenige von 1918/19 sein werde.¹⁰¹

Unmittelbare taktische Konsequenzen für die Arbeiterbewegung gibt Rosenberg nicht an; er hofft, die einzelnen Schritte des Widerstands würden sich aus der weiteren Zuspitzung der innerfaschistischen Widersprüche ergeben. Tagespolitische Taktik ist weder Gegenstand noch Ziel seiner Faschismusanalyse. Auf die Gestalt und die Probleme der nachfaschistischen Gesellschaft geht er nicht ein.

Auch Sternberg erwartet von den inneren Widersprüchen des NS-Regimes das Wiedererstarren des proletarischen und das Aufkommen des kleinbürgerlichen Widerstands. Die Bourgeoisie könne der Krise nur durch Senkung des proletarischen Lebensstandards begegnen, die wiederum dessen Widerstand hervorrufen werde. Das kapitalistische Weltsystem befände sich im Niedergang, überall wachse die Zahl derer, die den Kapitalismus durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzen wollten. Die internationale Arbeiterklasse müsse sich eine Organisation und Führung geben, die den spontanen antikapitalistischen Aktionen eine sozialistische Stoßrichtung verleihen und im unvermeidlichen imperialistischen Krieg Lenins Parole von der Umwandlung dieses Kampfes in einen Bürgerkrieg aufgreifen müsse, auch wenn diese Parole zunächst von der großen Mehrheit der Arbeiterklasse abgelehnt werde.¹⁰²

In Deutschland sei die Arbeiterbewegung von der faschistischen Machtergreifung bis zum Herbst 1934 (dem Zeitpunkt, da Sternberg dies niederschrieb) auf konspirative Zirkel, auf die Verbreitung illegalen Agitationsmaterials beschränkt gewesen. Die Kader müßten sich nunmehr darauf vorbereiten, in künftigen spontanen Massenaktionen die Führung zu übernehmen; man müsse sich – im Gegensatz zu den Auffassungen der KPD – auf eine nachfaschistische Übergangsetappe in der Form einer demokratischen Republik vorbereiten, um auch die quantitativ bedeutsamen Mittelschichten zum antifaschistischen Kampf zu gewinnen und an die "demokratischen Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse" anknüpfen zu können. Während dieser Übergangsetappe gelte es, aus den Kadern der Illegalität eine revolutionäre Massenpartei zu schaffen, den bürgerlichen Staat – entgegen den Auffassungen der SoPaDe – zu zerschlagen und den sozialistischen aufzubauen. Der kapitalistische Profit müsse beseitigt, die Konsumkraft der Arbeiterklasse gesteigert, ein sozialistischer Wirtschaftssektor aufgebaut werden; dessen Errichtung sei der hohen Kapitalkonzentration wegen ökonomisch möglich und müsse durch eine kurzzeitige Diktatur des Proletariats auch politisch ermöglicht werden. Die stetige Erweiterung dieses Sektors werde zum Abbau der proletarischen Diktatur und zum Übergang zur wahren, zur sozialistischen Demokratie führen.¹⁰³

101 Historikus, a. a. O., S. 74 f.

102 Sternberg, a. a. O., S. 229 ff.; S. 262 ff. Vgl. W. I. Lenin, *Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*, in: ders., *Werke*, Bd. 21, S. 11.21, bes. S. 20.

103 Sternberg, a. a. O., S. 321 ff. Zitat S. 323.

Sternbergs Vorschläge zur antifaschistischen Strategie und Taktik ergeben sich oft logisch aus seinen Vorstellungen von der Niedergangskrise des Kapitalismus und der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse. Wie wir im dritten Abschnitt gesehen haben, hat Sternberg die zyklische Verlaufsform kapitalistischer Krisen und damit die Möglichkeit eines Wiederaufschwungs, wie er etwa 1936 in Deutschland eintrat, nicht in Betracht gezogen. Die Unzufriedenheit, den Rückgang der faschistischen Massenbasis, denen der Präventivschlag Hitlers am 30. Juni 1934 die Spitze nehmen sollte,¹⁰⁴ überschätzt Sternberg daher bei weitem.

Sternberg entwickelt seine Kaderstrategie aus seiner Kritik am Verhalten von KPD und SPD, d. h. aus den politischen Erfahrungen seiner SAPD-Tätigkeit. Vorschläge zur Bildung einer Einheits- und später einer Volksfront sind von 1931/32 bis 1936/37 immer wieder von Mitgliedern beider Arbeiterparteien vorgebracht, wenn auch kaum oder zumindest ohne bedeutsame Erfolge in die Tat umgesetzt worden. Die Richtigkeit einer Volksfrontpolitik bei unmittelbarer Bedrohung durch den Faschismus wird heute kaum mehr bezweifelt.¹⁰⁵ Die einzelnen Schritte der Sternbergschen Strategie sind jedoch nicht frei von inneren Widersprüchen und tragen bisweilen voluntaristische Züge: einerseits soll die Parole von der Umwandlung des imperialistischen in einen Bürgerkrieg trotz möglicher Ablehnung seitens der Soldaten beibehalten werden, weil sie prinzipiell richtig sei – andererseits soll der Kampf um die Diktatur des Proletariats hinter dem für eine gut ein Jahr dauernde demokratische Republik zurücktreten, weil die Arbeiterklasse zu großen Teilen in demokratischen Illusionen befangen sei; erst sollen der Profit und die Arbeitslosigkeit beseitigt; danach ein sozialistischer Wirtschaftssektor aufgebaut werden. Die Bedeutung, die Sternberg den illegalen Kadern beim Wiedererstarken der Arbeiterbewegung beimißt, erinnert an die Rolle, die er in seinem früheren Buch "Der Imperialismus" den revolutionären Intellektuellen zugeschrieben und die Henryk Grossmann mit einigem Recht als voluntaristisch kritisiert hatte.¹⁰⁶

Daß, wie Sternberg meint, planwirtschaftliche Ziele in der Arbeiterklasse weit verbreitet waren, trifft in Deutschland erst nach der totalen Niederlage des Faschismus zu. Die diesbezüglichen gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen fanden bis etwa 1952, als das "Wirtschaftswunder" ein starkes Ansteigen der Reallöhne und des allgemeinen Lebensstandards für fast zwei Jahrzehnte ermöglichte, starken Rückhalt in der Arbeiterklasse der BRD¹⁰⁷

104 Vgl. Charles Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*, Frankfurt/M. 1970, S. 67-95.

105 Vgl. Christof Möcklinghoff, *Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und der DKP*, in: *Probleme des Klassenkampfes* Jg. 1972, H. 4, S. 113-148 und H. 5, S. 1-44; bes. S. 38. Ursula Langkau-Alex, *Deutsche Emigrationspresse (Auch eine Geschichte des "Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" in Paris)*, in: *International Review of Social History* Jg. 15 (1970), S. 167-201.

106 Henryk Grossmann, Aufsätze, S. 130 ff.

107 Vgl. Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung*, Frankfurt/M. 1970, S. 66-73, S. 166-173 et passim; Ute Schmidt und Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus*, Berlin 1971, S. 14-16, 20-23, 47-50. Nicht zugänglich war mir: Reinhard Krusche und Dagmar Pfeiffer, *Das Verhältnis von betrieblichem und zentralem ökonomischen Kampf als Problem der Gewerkschaftsbewegung*, Diplomarbeit Soziologie FU Berlin 1972 (masch.schr.).

Reicher differenziert ist Serings Auffassung der Funktion und der inneren Widersprüche des faschistischen Regimes und der sich daraus ergebenden antifaschistischen Strategie. Er begründet die Verengung der Massenbasis der faschistischen Bewegung ebenso wie Rosenberg und Sternberg mit den entgegengesetzten Klasseninteressen von kleinbürgerlicher und proletarischer Anhängerschaft gegenüber bourgeoisen Geldgebern und Nutznießern. Diesem Rückgang der Bewegung stehe aber eine zunehmende Massenbasis des Staats gegenüber. Die Bedeutung des Staats für die Wirtschaft im allgemeinen und für das Leben des Einzelnen im besonderen steige an, und die faschistische Propaganda steigere wiederum die Überzeugung der Einzelnen, Glied einer Gemeinschaft zu sein, deren Schicksal mit dem des Faschismus identisch sei. So bildeten die Massenbasis der Bewegung und die des Staats eine widerspruchsvolle Einheit, die zum einen die Ablenkung der inneren Spannungen nach außen, zum anderen die Errichtung eines faschistischen Organisations- und Propagandamonopols notwendig mache. Beides führe wiederum zur Atomisierung der Klassenkräfte. Antifaschistische Opposition könne "in Zeiten der Stabilität des Systems nie den Charakter von Massenbewegungen annehmen . . . So ist für die Opposition unter dem Faschismus der Vorhutcharakter der kleinen illegalen Gruppen in stabilen Zeiten typisch, die sich erst in historischen Krisen als Vorhuten wirklich vorhandener Armeen bewähren".¹⁰⁸

Sering hat zwar wie Rosenberg und Sternberg den Rückgang der faschistischen Massenbasis überschätzt, aber er bietet für das geringe Ausmaß des tatsächlich geleisteten Widerstands eine Erklärung an. Letzteres ist sicherlich Ergebnis dessen, daß Sering ein Jahr länger als Rosenberg und Sternberg faschistische Herrschaft erfahren hatte. Serings Ansicht – die er mit Rosenberg teilt, antifaschistische Massenaktionen seien nur in der Folge historischer Krisen zu erwarten, hat sich in erschreckendem Ausmaß als historisch berechtigt erwiesen. Nach den außenpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Erfolgen der Faschisten ist es erst wieder dann zu Widerstandsaktionen, die von Repräsentanten weiterer Bevölkerungskreisen unterstützt wurden, gekommen, als sich die toatale Niederlage abzeichnete.¹⁰⁹ Die Gründe, die Sering für die mögliche Wandlung des faschistischen Systems von der Stabilität zum Zusammenbruch anführt, führen uns nunmehr zur Serings Sozialismusbegriff und zeigen die einseitig technische Ausrichtung auch seiner Analyse der widerspruchsvollen Einheit von Massenbasis des Staats und der Bewegung.

Sering hat die kapitalistische Entwicklung als Entfaltung des Grundwiderspruchs in der Form des Widerstreits zweier Tendenzen gekennzeichnet, der Tendenz zur schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte und derjenigen zu ihrer Beschränkung durch den Ver-

108 Sering, *a. a. O.*, S. 849-53, bes. S. 852 f.

109 Eine Tatsache, die sozialdemokratische Historiker in ihrer Auffassung bestätigt hat, ein totalitäres Regime könne nicht durch eine revolutionäre Bewegung, sondern nur durch militärische Katastrophen oder durch einen Staatsstreich von oben gestürzt werden: vgl. die Rezension zu den in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Histor. Schriften, erschienenen Büchern von Kurt Klotzbach *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund*, Hannover 1969, bes. S. 235 und Hans-Josef Steinberg *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 - 1945*, Hannover 1969, bes. S. 182, in: *Sozialistische Politik* Jg. 1973, H. 23, S. 37-61. Differenzierter hat Jürgen Habermas in *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt/M. 1968, S. 74-80, S. 83 f., S. 92, S. 99, die Stabilität des Gesamtsystems als Basis seiner Legitimation gegenüber der Bevölkerung analysiert.

wertungszwang des Kapitals. Ein Stillstand der technischen Fortentwicklung sei gesellschaftlich unmöglich, denn "daß die Produktivkräfte sich ständig schneller weiterentwickeln, wenn auch in antagonistischen Formen, bedeutet gleichzeitig eine entscheidende Garantie gegen die dauernde Stabilisierung reaktionärer politisch-sozialer Systeme". Am Ende der kapitalistischen Entwicklung stehe der "Generaltrust aller Produktionszweige aller Länder", die "Aufhebung des warenwirtschaftlichen Charakters der Produktion", die "volle Organisation der Produktion des Sozialismus – nur in antagonistischen Formen", doch sei der Weg zu diesem Stadium von unabsehbarer Dauer, und stets drohe der Absturz in die Barbarei. Die kapitalistische Entwicklung tendiere zu einer zentralen staatlichen Wirtschaftsleitung, wie sie der Faschismus teilweise verwirkliche; diese Leitung müsse aber im Kapitalismus notwendig unvollkommen bleiben; sie neu zu errichten, sei Aufgabe auch der künftigen antifaschistischen Bewegung. Da diese Bewegung aber lediglich den Charakter einer Gegenbewegung haben, "auf die Freiheit und nichts als die Freiheit gerichtet" sein werde, biete sie nicht die Gewähr, die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung durch einen proletarisch-sozialistischen Zentralismus überwinden zu können.¹¹⁰

Sering sieht also den Wandel von der Stabilität zur historischen Krise des Faschismus wesentlich durch den technischen Fortschritt bedingt, der eine Gewähr gegen den Bestand reaktionärer Regimes biete und zugleich Organisationsformen sozialistischer Produktion hervorbringe. In diesen Auffassungen ist Sering zwar Hilferding und Otto Bauer, nicht aber, wie wir nun sehen werden, Karl Marx gefolgt.

Marx formuliert die Kollision zwischen technischem Fortschritt und Fortentwicklung des Kapitals, den "Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung", als inneren Widerspruch des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate wie folgt: "Der Widerspruch besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, . . . während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß . . . zum Ziel hat. Ihr spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet. Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte".¹¹¹

Daß der Kapitalismus mit der großen Industrie, dem technischen Fortschritt, die materielle Basis für den Sozialismus entwickle, hat Marx oft betont.¹¹² Er sprach jedoch im Gegensatz zu Hilferding und Sering nicht von einer Aufhebung der Warenproduktion und Ausbildung der vollen sozialistischen Produktionsorganisation im Kapitalismus, sondern nur von dessen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktionspotenzen und von der Aktiengesellschaft als "Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitali-

110 Sering, *a. a. O.*, S. 704, S. 714, S. 724 f. und S. 855.

111 *Kapital* 3, S. 259. Sering kennt diese Stelle vermutlich, denn er paraphrasiert auf S. 709 die dieser folgende Seite des *Kapital*. Die Betonung des technischen Fortschritts hat Sering weniger von Hilferding als aus Otto Bauers *Rationalisierung/Fehlrationalisierung* übernommen.

112 Vgl. *Kapital* 3, S. 457 etc.

stischen Produktionsweise selbst" als bloßem "Übergangsprodukt zu einer neuen Produktionsform".¹¹³

Für Sering ist die historische Krise des Faschismus und des Kapitalismus allein oder wesentlich Resultat des Widerstreits zwischen technischem Fortschritt und verwertungsbedingter Stagnation, nicht aber der Krise des gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, wie er im Fall der Profitrate zum Ausdruck kommt, einschließlich der Kämpfe in der politischen Sphäre.¹¹⁴ Die Entstehung reaktionärer Regimes verbindet er direkt mit seiner Auffassung von der linearen Zunahme der reaktionären Staatsfunktionen, ohne diese wiederum als das Hervortreten der Unterdrückungsfunktion des Staats im Konnex mit der zyklischen Entwicklung des Kapitalismus und der Herausbildung proletarischen Klassenbewußtsein zu begreifen. Ganz im Sinne der Marxschen Theorie aber betont Sering die zunehmende Bedeutung des Staats im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung, die notwendige Unvollkommenheit der kapitalistischen und die Notwendigkeit der sozialistischen Planung.¹¹⁵ Richtig sieht er voraus, daß die antifaschistische Bewegung im ganzen lediglich negativen Charakters, ohne gestaltende Kraft sein würde.¹¹⁶

Doch wird für Sering, dessen technizistische Auffassungen vom Begriff der produktiven Arbeit, vom Grundwiderspruch und vom Endzustand des Kapitalismus wir bereits kennengelernt haben, auch der Sozialismus zu einem weitgehend technischen Problem der zentralen Wirtschaftsplanung. Denn er sieht dessen emanzipatorische Gehalte wie die Befreiung vom blinden Wirken des Wertgesetzes, von der Produktions- und Distributionsorganisation durch Subsumtion unter das Kapital, von der Begrenzung der Produktion durch die Verwertung als bereits im Endstadium des Kapitalismus möglich bzw. gegeben an, und Marx' "Reich der Freiheit", das "jenseits der Sphäre der materiellen Produktion" liegt und in dem "die menschliche Kraftentwicklung . . . als Selbstzweck gilt", bleibt außerhalb des Gesichtskreises.¹¹⁷

113 *Kapital* 3, S. 276, S. 454, Serings Vorbild ist Hilferding, *a. a. O.*, S. 321 f., S. 402 f. und S. 503 ff.

114 Zum Gegensatz "politisch/ökonomisch" vgl. Sibylle von Flatow und Freerk Huiskens, *a. a. O.*, S. 121, Anm. 103.

115 Zur kapitalistischen Planung vgl. Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 209-229. Engels hat dagegen eher die Möglichkeit als die Grenzen kapitalistischer Planung durch Trusts etc. betont: vgl. seine Schrift *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891*, in: *MEW* Bd. 22, S. 225-243, hier S. 231 f. Die Notwendigkeit von Planung ergibt sich begrifflich aus dem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit (vgl. *Kapital* 1, S. 92 f.), aus dem Charakter der Produktionsmittel als "bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten" (*Kapital* 3, S. 260; vgl. auch *a. a. O.*, S. 197). Gesichtspunkte für die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts finden sich in Marx *Kritik des Gothaer Programms*, in: *MEW* Bd. 19, S. 19 f.

116 Es ist in der Tat schwierig, die gemeinsamen konstruktiven Ziele der Bewegung des 20. Juli 1944 ausfindig zu machen: vgl. Hans Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands*, in: *Der deutsche Widerstand*, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln und Berlin 1966, S. 73-168.

117 Vgl. *Kapital* 3, S. 828; Engels hingegen scheint im "Anti-Dühring" *a. a. O.*, S. 264, das Reich der Freiheit mit der postkapitalistischen Gesellschaft im ganzen zu identifizieren.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Inwieweit haben Rosenberg, Sternberg und Sering ihren Anspruch erfüllt, marxistische Faschismusanalysen zu leisten ?

Rosenberg hat die "Verfügbarkeit der Zwischenschichten für eine Allianz mit der Großbourgeoisie" in ihrer historischen Entwicklung zutreffend dargestellt und deren "Instrumentalisierung durch die Großbourgeoisie" in der faschistischen Herrschaft durch diesen historischen Rückblick zu beweisen versucht.¹¹⁸ Die mit der sozialen und politischen auf engste verknüpfte ökonomische Entwicklung bleibt als ökonomischer Hintergrund außerhalb der eigentlichen Thematik. Rosenberg wendet sich kritisch gegen das Verhalten der SPD und auch der KPD während der letzten Jahre vor der faschistischen Machtergreifung, geht aber auf mögliche Konsequenzen, die sich aus den Fehlern der Arbeiterbewegung für deren Strategie und Taktik ergeben könnten, nicht näher ein. "Der Faschismus als Massenbewegung" ist eine historisch-soziologische Betrachtung, keine Analyse des Faschismus als Konkretisierung der allgemeinen Kapitalismustheorie, wie sie Marx aufgestellt hat. Dies zu sein hat sie allerdings auch, im Gegensatz zu denjenigen Serings und Sternbergs, nicht beansprucht.

Sternberg wollte in "Der Faschismus an der Macht" die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen für den Sieg des Faschismus sowie die Widersprüche herausarbeiten, denen der Faschismus an der Macht ausgesetzt war, um Konsequenzen für den weiteren Kampf der Arbeiterbewegung zu entwickeln. Er ist trotz seiner im Ansatz falschen Theorien über den Imperialismus und die absolute Verelendung der Arbeiterklasse zu einer richtigen Einschätzung der Dauerarbeitslosigkeit und ihrer politischen Folgen, zu einer berechtigten Kritik der Sozialfaschismustheorie und der Einheitsfrontpolitik der KPD gelangt. Resultieren diese beiden richtigen Einschätzungen offensichtlich eher aus Sternbergs Erfahrungen, die er während seiner politischen Arbeit als Journalist, in der Arbeiterbildung und in der Arbeit für die SAP gewonnen hatte, so offenbaren seine Kritik an der Arbeiteraristokratie-These und seine Erkenntnis des Zusammenhangs von Weltmarktkrise und Staatseingriffen in die Wirtschaft ein Problembewußtsein hinsichtlich der Marxschen Theorie und Methode, das über Sternbergs eigene Versuche, den Reformismus und den Faschismus aus dem Imperialismus abzuleiten, weit hinausweisen. Dagegen ergibt sich die Überschätzung der inneren Gegensätze des Faschismus aus Sternbergs Imperialismustheorie, und wenn die einzelnen Schritte seiner antifaschistischen Strategievorschläge in sich widersprüchlich und bisweilen voluntaristisch sind, so zeigt sich darin die Schwierigkeit, mit Hilfe der Theorieansätze etwa der Zweiten Internationalen anstelle des ursprünglichen Marxschen Ansatzes aus politischen Erfahrungen eine plausible Strategie zu entwickeln.

Sering schließlich konnte seinen Anspruch, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen, die zum Faschismus als einer neuartigen Erscheinungsform des Kapitalismus führten, schon deswegen nicht einlösen, weil dieser Anspruch in sich illegitim ist. Seine Analyse hat einen technizistischen Grundzug: Er setzt produktive mit gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Kapitalismus und im Sozialismus gleich; er ist geneigt, auch politische Entwicklungen, wie die Kapitalfraktionierung in die Schwerindustrie einerseits und die chemische und

118 Johannes Agnoli, *Zur Faschismuskussion*, in: *Berliner Zeitschrift für Politologie*, Jg. 1968, H. 2, S. 24-32 und H. 4, S. 32-49; hier S. 43.

die Elektro-Industrie andererseits, lediglich als Resultat des unterschiedlichen technischen Fortschritts zu begreifen, dessen Permanenz er als wesentliche Garantie gegen den Bestand reaktionärer Regimes sieht; der Aufbau des Sozialismus wird so, seines emanzipatorischen Gehaltes beraubt, zu einem technisch-organisatorischen Problem zentraler Wirtschaftsplanung. Die in seiner Zeit erfahrbaren Probleme der kapitalistischen Entwicklung gibt Sering jedoch richtig wieder: die relative Abnahme der produktiven Industriearbeiter am Gesamtproletariat; die sozial sehr unterschiedliche Zusammensetzung der faschistischen Bewegung; die zunehmende Stagnation der Wirtschaftsentwicklung und die zunehmende Vergeudung infolge der Krise, schließlich die geringe Resonanz der antifaschistischen Agitation und Propaganda. Doch gelingt auch Sering keine schlüssige Ableitung dieser Phänomene aus dem Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, um die Sering mehr noch als Sternberg bemüht ist.

Rosenberg, Sternberg und Sering haben viele Fehler der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus, das Ausmaß der faschistischen Gefahr und den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus klar erkannt, was zugleich Voraussetzung und Ergebnis ihrer kritischen Haltung bzw. Aktivität gegenüber der Politik der beiden großen Arbeiterparteien der Weimarer Republik war. Jedoch ist ihnen eine schlüssige Darstellung der kapitalistischen Entwicklung hin zum Faschismus, die Eingliederung ihrer politischen Erfahrungen in eine Faschismustheorie mit dem Ziel einer antifaschistischen Strategieentwicklung, nicht gelungen. Der Grund für dieses Mißlingen liegt, wie wir gesehen haben, vor allem in der spezifischen Theorie-Rezeption aller drei Autoren: Rosenberg begreift den "ökonomischen Hintergrund" des Wandels von der liberalen zur protofaschistischen Ideologie mit Hilfe des Hilferdingschen Theorems der Monopolbildung; Sternberg führt Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie dogmatisch fort und gelangt konsequent zu der Auffassung, daß der Kapitalismus in seine endgültige Niedergangsphase eingetreten sei; Sering verbindet in eklektischer Weise Otto Bauers Schilderung des technischen Fortschritts mit einigen Aspekten der in sich widersprüchlichen Überakkumulationstheorie Hilferdings, Lenins Deutung der ungleichmäßigen Entwicklung und Engels' These vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise zu einer Theorie der lokal und temporal begrenzten gesellschaftlichen Stagnation.

Rosenberg verzichtet von vornherein auf eine Darstellung der sozialen, politischen und ökonomischen Gesamtentwicklung; Sternberg deutet all' seine politischen Erfahrungen von der Niedergangskrise her, wenn er auch gelegentlich über seinen eigenen Ansatz hinaus zu springen vermag; Sering sucht seine Erfahrungsmomente in den Widerstreit von technischem Fortschritt und Stagnation einzuordnen.

Keiner der Autoren vermag den Faschismus als Entfaltung des Kapitalverhältnisses und der Vielfalt seiner Widersprüche auf ökonomischer und politischer, auf nationaler und internationaler Ebene zu begreifen — ein Postulat, das in dieser Totalität allerdings kein legitimer Maßstab für marxistische Faschismustheorien, — zumal zeitgenössischer Provenienz — sein kann. Doch hat Sternberg immerhin diesen globalen Zusammenhang geahnt, als er den Konnex zwischen Autarkiepolitik und Weltmarktkrise ansprach; und Sering hat gar allgemeine Gesetze der Entwicklung des Faschismus zu abstrahieren beansprucht.

Am klarsten scheint Rosenberg einerseits dieser Gesamtzusammenhang und andererseits die Beschränktheit seiner eigenen Schrift bewußt gewesen zu sein. Denn er schildert die Entwicklung protofaschistischer Bewegungen in ganz Europa und beschränkt sich dennoch auf sehr vorsichtige Prognosen.

Eingangs hatten wir gefragt, ob die Faschismusanalysen Serings, Rosenbergs und Sternbergs dazu beitragen können, eine materialistische Theorie des historischen Faschismus zu erstellen, an der es trotz zahlreicher Bemühungen noch immer mangelt. Nach unseren längeren Erörterungen kann die Antwort auf diese Frage nur zwiespältiger Natur sein: einerseits sind Sternberg, Sering und in geringerem Maße Rosenberg lediglich Epigonen bedeutender marxistischer Theoretiker geblieben, da sie den Marxismus der Zweiten Internationale, nicht aber Marx' Schriften und Methode zur Grundlage ihrer Analysen gemacht haben; und daraus ergeben sich, wie wir gesehen haben, einseitige Gewichtungen, Verzerrungen und Unstimmigkeiten. Daher sollte eine heutige materialistische Faschismustheorie nicht diese zeitgenössischen Ansätze, sondern die allgemeine Kapitalismus-Theorie, wie sie Marx aufgestellt hat, zum Ausgangspunkt wählen. Andererseits wird eine heutige Analyse auf die politischen Erfahrungen gerade derjenigen Marxisten, die der Politik beider großer Arbeiterparteien der Weimarer Republik kritisch gegenüberstanden, kaum verzichten können, auf ihre Kritik an der Spaltung der Arbeiterbewegung und an deren Illusionen hinsichtlich der Dauer und der spezifischen Grausamkeit der faschistischen Herrschaft. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse hatten Sternberg, Sering und Rosenberg jedenfalls den studentischen Gruppierungen voraus, die den Faschismusbegriff ungebrochen auf aktuelle Entwicklungen in der BRD anwenden.¹¹⁹

BIOGRAPHISCHER EXKURS

Arthur Rosenberg* (1889 - 1943), Kaufmannssohn jüdischer Abstammung aus Berlin; dort 1911 Promotion, 1914 Habilitation auf dem Gebiet der Alten Geschichte. 1914 - 1930 Privatdozent in Berlin, 1930 - 1933 Extraordinarius für Alte Geschichte. Verfaßte zahlreiche Arbeiten zur Römischen Geschichte, zuletzt 1921.

Die Lektüre von Marx, Engels, Mehring motiviert ihn auch politisch: 1918/19 Eintritt in die USPD, 1920 in die KPD. Theoretische Vorbilder: Lenin, Korsch, Lukacs. Redakteur der KPD-Presse, Reise in die Sowjetunion, Berliner Stadtverordneter, 1924 MdR. Anfang der 20er Jahre Nähe zu Ruth Fischer, Maslow, Thälmann, der russischen Arbeiteropposition. 1925 ZK der KPD, gerät dann in Opposition zur Volksblockpolitik der Fischer-Gruppe; nach deren Parteiausschluß jedoch kurzzeitig mit Thälmann Verfechter der KI-Linie. 1927 Austritt aus der KPD, da diese nur noch die Interessen des russischen Staats verfolge. R. verfaßt nun Standardwerke zur Zeitgeschichte: "Die Entstehung der deutschen Republik" (1928); "Geschichte des Bolschewismus" (1932).

- 119 Vgl. dazu Nils Kadritzke, *Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff*, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Jg. 1973, H. 8/9, bes. S. 134-143.

* Zur Biographie am ausführlichsten: Helmut Schachenmayer, *Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus*, Wiesbaden 1964 (= Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, 20), S. 15-37; vgl. auch Karl Heinrich Tjaden: *Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO)*, Meisenheim/Glan 1964, (Nachdruck Erlangen 1970), S. 130, Anm. 38; Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Frankfurt/M. 1969, Bd. 2, S. 262 f.

Emigration als Hochschullehrer nach Liverpool, nach New York. Werke "Geschichte der deutschen Republik" (1935), "Demokratie und Sozialismus" (1938)

Auch weiterhin Zeitschriftenartikel zu aktuellen politischen Problemen 1928 im "Klassenkampf" (Organ der SPD-Linken), 1929 - 1932 in der "Gesellschaft" (Organ der SPD-Mitte und des Vorstands), 1933 - 1935 in der "Zeitschrift für Sozialismus" (der für die nicht-kommunistische Linke, z. B. Sering, geöffneten Zeitschrift des Prager Exilvorstands der SPD).

Fritz Sternberg** (1895 - 1963), rer. oec. Diss. "Die Juden als Träger einer neuen Wirtschaftsordnung in Palästina" bei Adolf Weber 1917 in Breslau. 1919 - 1923 Assistent in Frankfurt/M. bei Franz Oppenheimer. Seit 1924 - wie später Löwenthal - Journalist und Schriftsteller. Bildungsarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Tritt - bis dahin parteilos - der 1931 gegründeten SAPD bei, deren Vorstand er zeitweise angehört. Formuliert weitgehend deren wirtschaftspolitische Programmatik und gehört zusammen mit früheren KPO-Funktionären zu ihrem linken Flügel, in Opposition zu den Pazifisten und den Links-sozialdemokraten einerseits, den KPD-freundlichen "Ultralinken" andererseits. Verfaßt, in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Theorien, mehrere Bücher über den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus: "Der Imperialismus" (1926); "Der 'Imperialismus' und seine Kritiker" (1929; im Vorwort S. 9 dankt S. Löwenthal "für manche Anregung"); "Der Niedergang des deutschen Kapitalismus" (1932).

1933 Emigration über Prag, Wien nach Basel. Propaganda für illegale Arbeit und Saarabstimmung, Lebensunterhalt durch verbotene Tätigkeit als Wirtschaftskommentator. 1936 - 1939 in der Pariser Auslandsleitung der SAPD. 1939 in die USA, dort 1950 Naturalisierung. S. verbleibt nur noch für die gesetzlich vorgeschriebene Zeit in den USA, sonst vor allem in der BRD und Österreich, auch - bereits 1951 - in Jugoslawien. In seinen in der Emigration und nach 1945 verfaßten Büchern propagiert Sternberg - ähnlich wie Löwenthal - einen dritten Weg zwischen den USA und der UdSSR für Europa.

** Vgl. Hanno Drechsler *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, Meisenheim/Glan 1965 (Nachdr. Erlangen 1971), S. 370 f. et passim. Helga Grebing, *Die Linke in der Weimarer Republik*, in: *Politische Studien* Jg. 18 (1967), S. 334-40. Besonderen Dank schuldet der Verf. für ein Gespräch Helga Grebings mit Frau Sternberg und einen diesbezüglichen Brief Frau Grebings an den Verf. vom 29. 10. 73.

Richard Löwenthal*** (Pseudonym: **Paul Sering**), 1908 in Berlin geboren. 1926 - 1929 in Berlin und Heidelberg in der kommunistischen Studentenbewegung tätig. 1931 phil. Diss. "Die Marxsche Theorie des Krisenzyklus. Versuch einer Gesamtdarstellung". Offenbar 1929 der Sozialfaschismustheorie wegen Abwendung von der KPD, Kontakte mit Fritz Sternberg. Später Eintritt in die "Leninistische Organisation" (seit 1933 sog. "Gruppe Neu Beginnen"), die durch die Arbeit ihrer Mitglieder in SPD und KPD eine Einheitsfront aufbauen und nach 1933 in der Illegalität Elite-Kader ausbilden wollte. L. gehörte zu einer mehr auf die Arbeit in der Sozialdemokratie orientierten Fraktion, übernahm im Sommer 1935 für kurze Zeit zusammen mit Werner Peuke (bis 1934 KPD) die Leitung der Leninistischen Organisation. Sommer 1935 Emigration in die CSR, 1936 England, 1937 CSR, 1938 Frankreich, 1939 - 1947 Journalist in London, Verbindungen zur Fabian Society. 1946 Buch "Jenseits des Kapitalismus": Propagierung eines "Dritten Wegs" für Europa zwischen USA und UdSSR zu demokratisch geregelter Planwirtschaft. 1947 - 1949 Reuter-Korrespondent in Deutschland, 1949 - 1961 London. Verfaßte zusammen mit Willy Brandt eine Biographie Ernst Reuters. 1961 Professor an der FU Berlin, später Mitglied des Vorstands "Bund Freiheit der Wissenschaft".

*** Vgl. das *Munzinger-Archiv* sowie Kurt Kliem, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen"*, Phil.-Diss. Marburg 1957 (masch.-schr. Signat. ZD 1957/3682) bes. S. 12, 137-162; Hans Reichardt, *Neu Beginnen*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 12, 1963, S. 150-188; Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933 - 1945*, Düsseldorf 1971, S. 176-184. Wie die Univers.-Bibliothek Heidelberg dem Verf. am 17.7.1973 mitteilte, wurde Löwenthals Dissertation von den Gutachtern Artur Salz, Alfred Weber, Willy Andreas und Karl Jaspers angenommen, jedoch nie gedruckt. Die Promotionsurkunde wurde 1959 ohne Ablieferung der Dissertation ausgestellt.

QUANTITATIVE METHODEN UND DIE GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG: MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN*

Von Robert Wheeler

Obwohl die Anwendung quantitativer Methoden in Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung seit Karl Marx und Friedrich Engels nichts Neues mehr ist,¹ bedient man sich ihrer nicht sehr häufig. Wissenschaftler wie Robert Michels, Robert und Jürgen Kuczynski, Annie Kriegel, Antoine Prost, Claude Willard, Richard Comfort² u. a. haben mit unterschiedlichem Erfolg statistische Untersuchungen durchgeführt. Dagegen ist die Anwendung moderner technischer Verfahren wie der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) noch immer etwas Außergewöhnliches für Historiker der Arbeiterbewegung. Obwohl die Nutzbarkeit von EDV für die Geschichtsforschung schon in den sechziger Jahren von vielen Historikern anerkannt wurde³ und spätestens seit dem Moskauer Historikerkongreß im

* Dieser Beitrag wurde als Referat auf der IX. Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung 1973 in Linz vorgelegt. Eine Zusammenfassung der übrigen Referate und Diskussionsbeiträge der Linzer Tagung gibt Walter Momper auf S. 123 ff. des vorliegenden Heftes.

- 1 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*; Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*.
- 2 Robert Michels, *Die deutsche Sozialdemokratie. I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 23 (1906), S. 471-556; Robert R. Kuczynski, *Postwar Labor Conditions in Germany*, Washington 1925; Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, 37 Bde, 1960 ff.; Annie Kriegel, *La Croissance de la C.G.T. 1918 - 1921. Essai statistique*, Paris 1966; Antoine Prost, *La C.G.T. à l'Époque du Front Populaire 1934 - 1939*, Paris 1964; Claude Willard, *Le Mouvement Socialiste en France (1893 - 1905). Les Guesdistes*, Paris 1965; Richard Comfort, *Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford 1966. Diese Beispiele zeigen, daß sich in letzter Zeit vorwiegend französische Wissenschaftler mit quantitativen Quellen beschäftigen. Siehe den Bericht von Louise Tilly, *Materials of the Quantitative History of France since 1789*, in: Val R. Lorwin und Jacob M. Price (Hrsg.), *The Dimensions of the Past. Materials, Problems, and Opportunities for Quantitative Work in History*, New Haven und London 1972, S. 128-156; siehe auch Louise und Charles Tilly, *A Selected Bibliography of Quantitative Sources for French History and French Sources for Quantitative History since 1789*, in: a. a. O., S. 158-164.
- 3 Siehe Peter Wick, *Informationsprobleme der Geschichtswissenschaft*, in: Ernst Engelberg (Hrsg.), *Probleme der Marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode*, Köln 1972, S. 207. Zu dieser Entwicklung in den USA während der sechziger Jahre siehe u. a. den Sammelband von Don Karl Rowney und James Q. Graham Jr. (Hrsg.), *Quantitative History. Selected readings in the quantitative analysis of historical data*, Homewood, Illinois 1969, besonders den klassischen Aufsatz von William O. Aydelotte, *Quantification in History*, S. 3-22, und Patrick L.-R. Higonnet und Trevor B. Higonnet, *Class, corruption and politics in the French Chamber of Deputies, 1846 - 1848*, S. 129-147; siehe auch Samuel P. Hays, *Computers and Historical Research*, Stephan Thernstrom, *The Historian and the Computer*, und Warren E. Miller, *Promises and Problems in the Use of Computers: The Case Research in Political History*, in: Edmund A. Bowles (Hrsg.), *Computers in Humanistic Research*, Englewood Cliffs, New Jersey 1967, S. 62-89. Seit Dezember 1967 er-

Jahre 1970 allgemeines Gedankengut geworden ist,⁴ gibt es bisher kaum wissenschaftliche Werke über die Arbeiterbewegung, die solche technischen Hilfsmittel heranziehen.⁵

Die Hauptursache dieser meines Erachtens bedauernswerten Situation liegt in dem verhältnismäßig engen und traditionellen Gesichtsbild der meisten Historiker der Arbeiterbewegung. Im Grunde ist es eine der größten Paradoxien der Geschichtsschreibung, daß gerade solche Historiker, die über fortschrittliche Kräfte und Bewegungen forschen, sehr konservativ in der Wahl ihrer Mittel und Methoden sind. (Inwieweit dies auf mangelnde, d. h. zu sehr individualistisch-humanistisch orientierte, elitäre und pseudo-intellektuelle Ausbil-

scheint bei der University of Pittsburgh die Vierteljahrsschrift *Historical Methods Newsletter*, die sich hauptsächlich mit der Anwendung von EDV in der Geschichtswissenschaft beschäftigt und sicherlich die beste Veröffentlichung dieser Art ist. Etwas allgemeiner gehalten, aber auch für Historiker nicht ohne Bedeutung ist die seit 1966 beim Queens College of the City University of New York erscheinende Zeitschrift *Computers and the Humanities*. Beide Veröffentlichungen berichten u. a. laufend über historische Forschungsprojekte, die EDV anwenden. Zur Entwicklung in der UdSSR siehe u. a. Juhan Kahk, *Application of computers and mathematical and statistical methods in studies carried out by Soviet historians*, in: *Social Science Information*, 9 (1970), H. 4, S. 81-90; George F. Putnam, *Soviet Historians, Quantitative Methods, and Digital Computers*, in: *Computers and the Humanities*, 6 (1971/1972), S. 23-29; I. Kovaltchenko, *Méthodes mathématiques et statistiques dans l'histoire économique*, in: *Sciences sociales*, 2 (1970), S. 64-74.

- 4 Auf dem XIII. Internationalen Historikerkongreß vom 16. - 23. August 1970 in Moskau gab es vier Referate über EDV und Geschichtsforschung, und zwar von I. D. Kovalcenko, D. V. Deopik, G. M. Dobrov und V. Ustinov, *Quantitative and Machine Methods of Processing Historical Information* (hauptsächlich ein Bericht über deren Anwendung in Rußland); Jean Schneider, *La machine et l'histoire. De l'emploi des moyens mécaniques et électroniques dans la recherche historique* (über Frankreich); Carl Göran Andrae, *The Use of Historical Mass-Data. Experiences from a Project on Swedish Popular Movements* (siehe auch ders., *Popular movements in Sweden: Report on a mass-data research project*, in: *Social Science Information*, 8 (1969), H. 1, S. 65-75); und J. H. Hexter, *History, the Social Sciences and Quantification*. Leider ist der Tagungsbericht des XIII. Kongresses noch nicht veröffentlicht. Eine kurze Zusammenfassung dieser Referate gab Werner Hornung in seinem bibliographischen Bericht *Geschichte im Großrechner. EDV als historische Hilfswissenschaft*, in: *Zeit*, Jg. 1971, Nr. 47, S. 53. — In ihrem Referat auf dem Moskauer Kongreß, in dem sie sich für die Anwendung statistischer Analysen in der Geschichtswissenschaft einsetzten, beriefen sich die vier sowjetischen Historiker u. a. auf ein Zitat von Marx: "only then does a science attain perfection when it manages to employ mathematics" (S. 13).

- 5 Es gibt einige Ausnahmen, wie z. B. die abgeschlossenen Dissertationen von William H. Sewell Jr., *The Structure of the Working Class of Marseille in the Middle of the Nineteenth Century*, Berkeley 1971, und David F. Crew, *Industry and Community in Bochum: The Social History of a German Town, 1860 - 1914*, Cornell 1972, sowie die demnächst erscheinenden Bücher von Edward Shorter und Charles Tilly, *Strikes in France, 1830 - 1968*, und William Lafferty, *Industrialization, Community Structure, and Socialism: An Ecological Analysis of Norway, 1875 - 1924*. Siehe auch William H. Sewell, *La classe ouvrière de Marseille sous la Seconde République: structure sociale et comportement politique*, in: *Le Mouvement Social*, Jg. 1971, H. 76, S. 27-63. (Berichte über einige dieser Arbeiten finden sich im *Newsletter. European Labor and Working Class History*, Jg. 1972, H. 2, S. 30-31.)

dung zurückzuführen ist, ist die Frage.) Eine Folge dieses erstaunlichen Tatbestandes ist, daß die "Arbeiter"-Bewegung größtenteils von der Spitze her untersucht wird. Während Persönlichkeiten, Programme und Theorien im gewissen Sinne überbewertet werden, wird die Basis kaum berührt oder aus der Sicht der zeitgenössischen Herrschenden bzw. Etablierten gesehen. Kennzeichnend für diesen Zustand ist vor allem die relativ geringe Anzahl von quantitativen Studien im Vergleich mit anderen Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, wie z. B. Biographien, Beiträgen zur Institutions- und Ideengeschichte, Quellenausgaben usw. Wie wichtig solche traditionellen Arbeiten auch sein mögen, so muß doch endlich klar werden, daß quantitative Untersuchungen unerläßlich sind, um systematisch und nicht nur impressionistisch an die (Massen-)Basis der Arbeiterbewegung heranzukommen. Hier liegt meiner Meinung nach die wichtigste, wenn auch nicht die einzige Möglichkeit für die Anwendung von EDV bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die allgemeinen Vorteile des Computers als Hilfsmittel der Geschichtswissenschaft bestätigen diese Beobachtungen. Der Umgang mit großen Mengen von Daten – für eine systematische Untersuchung der Basis unerläßlich – wird durch die Anwendung von EDV wesentlich erleichtert bzw. überhaupt erst ermöglicht. Der Computer kann unendlich viel Material, soweit es schon in Zahlenform vorhanden ist oder sich in Zahlenform umarbeiten läßt, speichern und jederzeit auf programmierten Befehl systematisch zurückgeben. Aber noch wichtiger als diese Funktion des Computers als riesiger Karteikasten sind die verschiedenen Operationen, die der Wissenschaftler an EDV-bearbeitetem Material durchführen kann. Blitzschnell und ohne Flüchtigkeitsfehler kann der Computer die Daten in den verschiedensten Kombinationen wiedergeben und einfache oder hochentwickelte statistische Manipulationen vornehmen.⁶ Einerseits erspart die Maschine durch solche Funktionen dem Historiker Zeit und Rechenfehler, andererseits zwingt sie ihn, seine eigenen Gedanken zu präzisieren, damit die Kapazitäten der Maschine, die ja nicht denken kann, maximal ausgenutzt werden.⁷ Es sollten deshalb bei vernünftiger Anwendung von

6 Der Historiker, schreibt Charles Tilly treffend, "cannot stick his hand into the toolbox and come up with a universal statistical wrench. A historian always faces the problem of fitting the sources to his questions and vice versa. — Fitting them together means finding a quantitative operation which corresponds to the logic of his inquiry." Siehe *Quantification as seen from France*, in: V. R. Lorwin und J. M. Price, *The Dimensions of the Past . . .*, S. 112. Eine hervorragende Beschreibung und Diskussion der verschiedenen statistischen Operationen, die für den Historiker in Frage kommen können, liefert Edward Shorter, *The Historian and the Computer. A Practical Guide*, Englewood Cliffs, New Jersey, S. 82-120. Viel mehr technische Details enthalten die Standardwerke von V. O. Key Jr., *A Primer of Statistics for Political Scientists*, New York 1966, und Hubert M. Blalock, *Social Statistics*, New York 1960. Siehe auch Charles M. Dollar und Richard J. Jensen, *Historian's Guide to Statistics*, New York 1971.

7 Siehe Charles M. Dollar, *Innovation in Historical Research: A Computer Approach*, in: *Computers and the Humanities*, 3 (1968/1969), S. 151: "The use of computers will require historians to be more precise in their thinking about the dimensions of the problem to be analyzed." Siehe auch E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 122, der von "a dialogue with the Computer" spricht, und C. Tilly, *Quantification as seen from France . . .*, S. 123: "There is no way the historian can saunter up to the computer, plug in his file, and walk away with an all-purpose statistical analysis in his fist. Statistics do not supplant thought they sharpen it."

EDV bessere wissenschaftliche Arbeiten entstehen, was jedoch nicht bedeutet, daß der Computer ein Zaubermittel ist.⁸ Jedenfalls ist er das potentiell wichtigste Hilfsmittel für den Historiker seit der Erfindung des Mikrofilms und der Fotokopien, wenn auch viel komplexer in seiner Art und vielleicht darum bisher weniger im Einsatz. Sicherlich eignet sich nicht jede historische Arbeit, nicht einmal jede quantitative, für die Anwendung von EDV – auf diese "Grenzen" werde ich später noch zurückkommen –, aber es gibt viele für die Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutsame Projekte, bei denen dieses Hilfsmittel eine wichtige Rolle spielen könnte.⁹ Einige Beispiele solcher möglichen Forschungsunternehmen möchte ich im folgenden kurz skizzieren.

I. Wahlanalysen: Was wissen wir über die Wählerbasis der "Arbeiterparteien"? Wohl gibt es mehrere wahlhistorische Analysen, die EDV anwenden,¹⁰ aber bisher keine, die das Wahlverhalten der "Arbeiterklasse" bzw. der Anhänger der "Arbeiterparteien" bei Wahlen untersucht.¹¹ Heute löst man so ein Problem mit den Methoden der Meinungsumfrage,¹²

- 8 I. D. Kovalcenko u. a., *Quantitative and Machine Methods . . .*, S. 14, sind der Meinung, daß "large scale applications of quantitative and machine techniques will doubtless raise the standards of the science of history". S. Thernstrom, *The Historian and the Computer . . .*, S. 80, dagegen, obwohl einer der bekanntesten Befürworter von EDV in der amerikanischen Geschichtsforschung, ist etwas zurückhaltender: "I do not believe that the computer will revolutionize historical writing . . . Nor do I believe that the overall quality of historical work with computers in the near future will necessarily be very high . . . But I remain confident that the remarkable increment the computer provides to our ability to do certain kinds of things to certain kinds of historical material, and the contact it will promote between history and the other social sciences, will prove of net benefit."
- 9 Einige Bemerkungen darüber, wann EDV als Hilfsmittel der Geschichtswissenschaft in Frage kommen könnte, findet man u. a. bei Erwin Riedenauer, *Elektronische Datenverarbeitung im Dienst von Landes- und Gesellschaftsgeschichte*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, 35 (1972), S. 387; E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 5-7; I. D. Kovalcenko u. a., *Quantitative and Machine Methods . . .*, S. 12-14.
- 10 Siehe u. a. Karl O'Lessker, *Who Voted for Hitler?*, in: *American Journal of Sociology*, 74 (1968/1969), S. 63-69; Allan Schnaiberg, *A Critique of Karl O'Lessker's 'Who Voted for Hitler?'*, in: *a. a. O.*, S. 732-735; Paul Kleppner, *The Cross of Culture: A Social Analysis of Mid-Western Politics, 1850 - 1890*, New York 1970; John J. Allswang, *A House for all Peoples: Ethnic Politics in Chicago, 1890 - 1936*, Lexington 1971; John L. Shover, *Was 1928 a critical election in California?*, in: D. K. Rowney und J. Q. Graham, *Quantitative History . . .*, S. 385-398; Gerald H. Kramer und Susan J. Lipper, *Congressional Elections*, in: William O. Aydelotte, Allan G. Bogue und Robert William Fogel (Hrsg.), *The Dimensions of Quantitative Research in History*, Princeton 1972, S. 256-284.
- 11 R. Comfort, *Revolutionary Hamburg . . .*, S. 148-166, 175-185, hätte seine statistische Untersuchung mit einem modernen Computer durchführen können, scheint aber nur einen Kalkulator ("Desk top computer") benutzt zu haben. Dazu kommt ein grober Fehler in der Analyse der sozialen Struktur der Hamburger Arbeiterschaft, indem Comfort die Kategorie "Betriebshandwerker und wichtige Hilfsberufe" aus der Berufszählung von 1925 als "semiskilled" falsch übersetzt. Offenbar kann die Anwendung statistischer Methoden solche Fehler keineswegs ausgleichen.
- 12 Beispiele von "Survey Research", wie es auf englisch heißt, liefern u. a. Richard F. Hamilton, *Affluence and the French Worker in the Fourth Republic*, Princeton 1967; Robert McKenzie und Alan Silver, *Angels in Marble: Working Class Conservatives in Urban England*, Chicago 1968; Kenneth Newton, *The Sociology of British Communism*, London 1969; Maurice Zeitlin, *Revolutionary Politics and the Cuban Working Class*, Princeton 1967.

was offensichtlich für die historische Vergangenheit nicht möglich ist. Es gibt aber auch andere Wege, Fragen dieser Art zu untersuchen, und zwar durch die Rekonstruktion der sozialen Zusammensetzung der Wahleinheiten und die statistische Korrelation dieser Strukturen mit den Wahlergebnissen. Für Deutschland z. B. sind die gesamten Wahlstatistiken bis auf Kreisebene für die Reichstagswahlen der Weimarer Zeit vorhanden, bereits auf magnetische Bänder gespeichert und jedem Wissenschaftler bei der Datenbank des Historical Archive, Ann Arbor, Michigan, zugänglich.¹³ Dazu kommen die detaillierten, mehrere Bände füllenden Ergebnisse der deutschen Volks-, Berufs- und Betriebszählungen (besonders der von 1925 und 1933), die regelmäßig durchgeführt und veröffentlicht wurden.¹⁴ Anhand dieser reichhaltigen Quelle, die bisher leider von Historikern kaum ausgewertet worden ist, wird es möglich, die soziale und industrielle Struktur der Wahleinheiten festzustellen und mit den Wahlergebnissen zu vergleichen.¹⁵ Soweit dieses Material für den Computer bearbeitet ist, kann die Maschine verschiedene statistische Operationen daran durchführen.¹⁶ Die Ausnutzung dieser Möglichkeit würde es erlauben, die charakteristischen Eigenschaften der Wählerschaft der "Arbeiterparteien" etwas genauer als bisher festzustellen bzw. verallgemeinernde Aussagen über diese Wählerschaft nachzuprüfen. Es wäre u. a. interessant zu untersuchen, wie sozialdemokratische und kommunistische Wähler sich in ihrer sozialen Struktur unterschieden, und gleichzeitig, wie der Anhang der KPD und der SPD bei den Wahlen sich im Laufe der Zeit geändert hat. Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als es nur eine "Arbeiterpartei" gab, wäre es nicht nur wichtig zu erfahren, welche soziale Struktur für die SPD-Wählerschaft charakteristisch war, sondern auch, wie sie sich von Wahl zu Wahl entwickelt hat.¹⁷ Da Deutschland keineswegs das

- 13 Das Historical Archive ist eine Abteilung des Inter-University Consortium for Political Research (ICPR), Ann Arbor, Michigan. Letzteres umfaßt das Center for Political Studies und 155 hauptsächlich amerikanische Universitäten. Siehe Jerome M. Clubb [Direktor des Historical Archive], *The Inter-University Consortium for Political Research: Progress and Prospects*, in: *Historical Methods Newsletter*, 2 (1969), H. 3, S. 1-5.
- 14 Ein Teil der Berufszählung von 1925 sowie Konfessionszählungen aus dem gleichen Jahr sind schon gespeichert und bei der Datenbank des Historical Archive, Ann Arbor, zugänglich.
- 15 Der *Newsletter. European Labor and Working Class History*, Jg. 1972, H. 1, S. 13, berichtet über zwei laufende Studien, die ähnliche Methoden mit Hilfe von EDV für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit anwenden wollen: Brian Peterson, *The Structure and Politics of the German Working Class in 1924 - 1925*, und Robert Wheeler, *The Social Basis of Labor Politics in Early Weimar Germany, 1918 - 1924*.
- 16 Meiner eigenen Erfahrung nach kann in solchen Fällen die Anwendung von "multiple regression analysis" – einem statistischen Verfahren, das mit Hilfe des Computers das unterschiedliche Verhältnis mehrerer unabhängiger Variablen zu den abhängigen Variablen gleichzeitig zu prüfen vermag – sehr wertvoll sein. Siehe E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 112-113, als guten Ausgangspunkt für eine Diskussion hierüber.
- 17 Es gab einige zeitgenössische Versuche in dieser Richtung, wie z. B. R. Blank, *Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 20 (1905), S. 507-550. (Zur Kritik dieser Versuche siehe Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich*, Berlin 1959, S. 77-78.) Ein ständiges Problem derartiger Studien für die damalige Zeit war, daß die Wahleinheiten und die Verwaltungseinheiten nicht übereinstimmten. Siehe James J. Sheehan, *Quantification in the Study of Modern German*

einziges Land war, in dem Wahlen und Volkszählungen stattfanden,¹⁸ ist anzunehmen, daß ähnliche Untersuchungen der Wählerschaft der Arbeiterbewegung auch in anderen Ländern mit Hilfe des Computers durchgeführt werden könnten. Damit würden internationale Vergleiche ermöglicht. Man könnte auf diese Weise nicht nur national, sondern auch international die Basis wissenschaftlich besser in den Griff bekommen.

II. Analysen von Massenaktionen: Wähleruntersuchungen sind aber nicht der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen. Eine andere Möglichkeit, bei der EDV als Hilfsmittel eingesetzt werden kann, ist die Streikforschung. Zu diesem Komplex haben Edward Shorter und Charles Tilly in einer jahrelangen Untersuchung über die Streikbewegungen in Frankreich während des 19. und 20. Jahrhunderts einen wichtigen Beitrag geleistet.¹⁹ Durch Anwendung von EDV ist es ihnen gelungen, u. a. die Statistique des grèves, die über Zeitpunkt, Ort, Umfang, Industrie, Ursache, Zahl der Betriebe und Ausgang von 36.000 Streiks in Frankreich zwischen 1890 und 1935 Auskunft gibt, systematisch für ihre Studien auszuwerten.²⁰ Offenbar sind solche umfangreichen Quellen nicht nur besonders geeignet für "Computer-assisted" Forschungen, sondern ohne derartige technische Hilfsmittel kaum anders als oberflächlich oder nur für einen ganz begrenzten Zeit- oder geographischen Raum auswertbar. Das gilt nicht nur für Frankreich, und es ist daher zu hoffen, daß das Material über Streikbewegungen auch in anderen Ländern bald als Grundlage für systematische EDV-Studien über Umfang und Inhalt dieser Massenaktionen dienen wird. Solche Arbeiten könnten dann auch Gelegenheit zu einem internationalen Vergleich bieten, den es bisher nicht gegeben hat.

Natürlich sind Streiks weder die einzigen Massenaktionen noch Streikstatistiken die einzigen quantifizierbaren Quellen für Massenaktionen. Bei Aufständen können beispielsweise Listen von Verhafteten bzw. Gefallenen sehr wichtige Quellen sein. Annie Kriegel, Rémi

Social and Political History, in: V.R. Lorwin und J. M. Price, *The Dimensions of the Past . . .*, S. 304-305, in deutscher Übersetzung: *Die Verwendung quantitativer Daten in politik- und sozialwissenschaftlichen Forschungen zur neueren deutschen Geschichte*, in: Peter Christian Ludz (Hrsg.), *Soziologie und Sozialgeschichte*, Opladen 1973, S. 584 ff.

- 18 Siehe Stein Rokkan und Jean Meyriatt, *International Guide to Electoral Statistics: National Elections in Europe, I*, The Hague/Paris 1969, und U. S. Library of Congress, *National Censuses and Vital Statistics in Europe, 1918 - 1938: An Annotated Bibliography*, Washington 1948. Das größte Problem dürfte hier ebenfalls das Nichtübereinstimmen von Wahleinheiten und Volkszählungseinheiten sein. Siehe z. B. Richard Price, *An Imperial War and the British Working Class. Working-Class Attitudes and Reactions to the Boer War 1899 - 1902*, London und Toronto 1972, S. 6. In Norwegen und Frankreich sind große Projekte im Gange, um u. a. Wahlergebnisse in Datenbanken zu sammeln. Siehe Stein Rokkan und Frank Aarebrot, *The Norwegian Archive of Historical Ecological Data: Progress report. August 1968*, in: *Social Science Information*, 8 (1969), H. 1, S. 77-84; Howard Rosenthal und Jean Padioleau, *A data-bank of political statistics of the French Third Republic 1871 - 1940*, in: *a. a. O.*, 11 (1972), H. 3/4, S. 302-307.
- 19 Edward Shorter und Charles Tilly, *The Shape of Strikes in France, 1830 - 1960*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 8 (1971), S. 60-86. Ihr Buch *Strikes in France, 1830 - 1968* wird demnächst bei der Cambridge University Press erscheinen. Siehe auch dies., *Le déclin de la grève violente en France de 1890 à 1935*, in: *Le Mouvement Social*, Jg. 1971, H. 76, S. 95-118.
- 20 Siehe E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 21-22.

Gossez und Jacques Rougerie haben darauf schon vor mehreren Jahren hingewiesen, und zwar in einem "Codebook"-Entwurf für die Anwendung von EDV bei der Auswertung der Akten von 11.744 Personen, die während der "Juni-Tage" des Jahres 1848 in Paris, und circa 15.000, die während der Pariser Kommune verhaftet wurden.²¹ Obwohl die Hauptarbeiten von Gossez (über das Jahr 1848) und Rougerie (über 1871) noch im Gange sind,²² hat Charles Tilly dieses Material sowie die Akten von 26.881 Personen (davon circa 3.000 in Paris), die während des Aufstandes von 1851 festgenommen wurden, mit Hilfe des Computers teilweise schon ausgewertet.²³ Seine vorläufigen Ergebnisse über die soziale Zusammensetzung der an diesen Aktionen Beteiligten, um nur ein Beispiel zu nennen, zeigen deutlich den Wert solcher Forschung, die ohne EDV unmöglich wäre. Vielleicht sind auch in anderen Ländern noch ähnliche Bestände vorhanden, die zur Erstellung von "kollektiven Biographien" dienen könnten.²⁴

Aufstände und Revolutionen können allerdings quantitativ auch anders als durch kollektive Biographien untersucht werden. Ein Beispiel dafür ist die langjährige Arbeit von Gilbert Shapiro über die französische Revolution. Hauptquelle für diese Studie sind die "cahiers de doléances", die Shapiro durch Anwendung systematischer Inhaltsanalyse mit Hilfe des Computers auswerten will.²⁵ Diese Meinungsforschung der Vergangenheit, die Shapiro

- 21 Annie Kriegel, Rémi Gossez und Jacques Rougerie, *Sources et méthodes pour une histoire sociale de la classe ouvrière*, in: *Le Mouvement Social*, Jg. 1962, H. 40, S. 1-18. Das "Codebook" ist auch bei E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 130-137, abgedruckt.
- 22 Bisher veröffentlicht sind Rémi Gossez, *Les Ouvrières de Paris. I. L'Organisation 1848 - 1851*, Paris 1967 (es werden noch zwei weitere Bände erscheinen) und Jacques Rougerie, *Procès des Communards*, Paris 1964. Siehe auch *Le Mouvement Social*, Jg. 1972, H. 79, S. 33 ff.
- 23 Charles Tilly, *How Protest Modernized in France, 1845 - 1855*, in: W. O. Aydelotte u. a., *The Dimensions of Quantitative Research in History . . .*, besonders S. 227-242.
- 24 Siehe z. B. die soziologischen Strukturuntersuchungen zur Entwicklung der Arbeiterklasse in Deutschland, die am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften durchgeführt werden und bereits eine Reihe von Artikeln hervorgebracht haben: Ruth Hoppe und Jürgen Kuczynski, *Eine Berufs- bzw. auch Klassen- und Schichtenanalyse der Märzgefallenen 1848 in Berlin*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Jg. 1964, T. 4, S. 200-276; Berthold Puchert und Horst Handke, *Politische Gefangene des Naziregimes im Zuchthaus Brandenburg. Eine soziologische Untersuchung*, in: a. a. O., Jg. 1967, T. 1, S. 37-76; Dieter Baudis und Hermann Roth, *Berliner Opfer der Novemberrevolution 1918/19*, in: a. a. O., Jg. 1968, T. 3, S. 73-149. Es fragt sich, ob hier nicht in einigen Fällen die Anwendung von EDV hätte helfen können. Zudem hätte sie gut als Grundlage für eine Datenbank dienen können. Wie aus einem kurzen Bericht in *Computers and the Humanities*, 3 (1968/1969), S. 115, hervorgeht, versucht Theodor K. Rabb an der Princeton University ein Multiple Biographies Historical Data Archive zu gründen. Siehe auch E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 18, Anm. II, und besonders Gilbert Shapiro, *Cumulative Collective Biography: A proposal for Computer Use in History*, in: *Historical Methods Newsletter*, 4 (1970), H. 4.
- 25 Siehe Gilbert Shapiro und Philip Dawson, *Social Mobility and Political Radicalism: The Case of the French Revolution of 1789*, in: W. O. Aydelotte u. a., *The Dimensions of Quantitative Research in History . . .*, besonders S. 175-185. Über das noch immer in Arbeit befindliche Hauptprojekt von Shapiro, *Quantitative Studies of the French Revolution*, berichten S. P. Hays, *Computers and Historical Research . . .*, S. 68-70, und E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. 20.

betreibt, ist eine der kompliziertesten Arten quantitativer Forschung, bei der EDV angewendet wird. Als sich Shapiros Arbeit noch im Anfangsstadium befand, hatte er bereits 525 Variablen. Bei derartigen Studien ist es nicht mit der Speicherung von Zahlenwerten oder Materialien, die sich leicht in numerische Formen umarbeiten lassen, und der statistischen Manipulation dieser Daten getan, sondern es geht um Äußerungen, die sich nur mit Mühe und großer Vorsicht für den Computer bearbeiten lassen.²⁶ Shapiros Pionierarbeit zeigt Möglichkeiten auf, von denen auch andere Studien – wie etwa eine Analyse der Entscheidungen der Arbeiter- und Soldatenräte nach der deutschen Novemberrevolution – Gebrauch machen könnten.

III. Organisationsanalysen: Die bisher angeführten Beispiele gehen über den traditionellen Rahmen der Geschichte der Arbeiterbewegung hinaus, hauptsächlich deshalb, weil sie nicht nur direkte Anhänger der Arbeiterbewegung zum Gegenstand haben. Sozialistische Wähler gehören nicht immer – sogar meist nicht – sozialistischen Parteien an; Streikende sind nicht immer Gewerkschaftsmitglieder usw. Aber die allgemeinen methodologischen Verfahren, die skizziert wurden, können auch im traditionellen Rahmen, wie der Partei- und Gewerkschaftsgeschichte, zur Anwendung kommen. Bei den Parteien und Gewerkschaften gab es Wahlen innerhalb der Mitgliedschaft. Wäre es hier nicht möglich, wahlanalytische EDV-Methoden auszunutzen, um bei Richtungs- und regionalen Unterschieden etwas mehr an die Basis heranzukommen? Wie unterscheiden sich "Rechte" und "Linke" voneinander? Sind hier gewisse sozial-strukturelle Tendenzen festzustellen? Oder gaben bestimmte Persönlichkeiten den Ausschlag?

Auch was diese Persönlichkeiten betrifft, können mehr Erkenntnisse als früher gewonnen werden. Was wissen wir eigentlich über die Teilnehmer an Partei- und Gewerkschaftskongressen? Wahrscheinlich waren viele von ihnen Funktionäre der Arbeiterbewegung, aber was für Funktionäre waren sie, wie lange waren sie schon in der Bewegung, wie alt waren sie, welchen Beruf hatten sie ehemals ausgeübt usw.? Anhand dieser Fragen könnte eine Art kollektiver Biographie der Partei- und Gewerkschaftskongresse geschrieben werden, die es dann ermöglichen würde, die sozial-strukturelle Entwicklung solcher Kongresse über längere Zeit zu verfolgen sowie Ähnlichkeiten oder Unterschiede zwischen "linken" und "rechten" Delegierten festzustellen. Natürlich ist der Computer nicht für alle Studien dieser Art unbedingt notwendig²⁷ – auf jeden Fall ist aber die Anwendung von EDV angesichts der Vielfalt von Daten ein wesentliches Hilfsmittel. Es wäre sicherlich auch ein großer Fortschritt, wenn die verschiedenen biographischen Projekte, die jetzt in Bearbeitung sind, zumindest einen Teil ihrer Materialien speichern lassen würden. Ein solches Vorgehen würde nicht nur die eigene Arbeit der Verfasser erleichtern, sondern auch zur Gründung einer Datenbank beitragen, in die einerseits laufend neues Material eingegeben werden könnte und die andererseits die Möglichkeit bieten würde, schnell und präzise einen

26 Zur Inhaltsanalyse (Content Analysis) siehe u. a. Philip Stone, Dexter C. Dunphy, Marshall S. Smith, Daniel M. Ogilvie u. a., *The General Inquirer: A Computer Approach to Content Analysis*, Cambridge, Massachusetts 1966, und Ole R. Holsti, *Content Analysis for the Social Sciences and Humanities*, Reading, Massachusetts 1969.

27 Der Verfasser hat in einer quantitativen Arbeit zum Thema *German Labor and the Comintern: A Question of Generations?*, die demnächst im *Journal of Social History* erscheinen wird, auf die Anwendung von EDV verzichtet, da die Zahl der Variablen zu niedrig war, als daß sich der Einsatz eines Computers gelohnt hätte.

Überblick über alle in der Biographie erfaßten Gruppen oder Personen zu erhalten.²⁸ Ein Unternehmen dieser Art könnte unser Bild von den Funktionären der Arbeiterbewegung – und nicht nur den führenden – wesentlich ergänzen. Hier wäre auch eine wichtige deutsche Quelle zu erwähnen, die bisher kaum systematisch ausgewertet wurde, nämlich die Handbücher des Vereins Arbeiterpresse. Mit Hilfe des Computers ließe sich anhand der biographischen Angaben über tausende von Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung ein kontinuierliches Bild der sozialen Zusammensetzung dieses Personenkreises gewinnen. Bei der Reichhaltigkeit des Materials wäre eine solche systematische Auswertung dieser Quellen ohne EDV ebenso unmöglich wie bei den oben erwähnten französischen Akten über die Verhafteten von 1848, 1851 und 1871.

Eine andere Möglichkeit, durch Einsatz des Computers die Erforschung der Organisationsgeschichte zu fördern, wäre meiner Ansicht nach die Auswertung der Presse, besonders der lokalen Blätter. Hier dürfte eine Inhaltsanalyse zu bestimmten wichtigen Fragen der Partei- oder Gewerkschaftspolitik von Bedeutung sein. Besonders für die Erforschung der Basis ist diese Quelle unerlässlich.²⁹ Bisher wurde jedoch die Lokalpresse der Arbeiterbewegung, außer in einigen Regionalstudien, kaum ausgewertet. Leider muß hierzu bemerkt werden, daß nicht nur die technischen Mittel, sondern häufig auch die Motivation fehlten. Lieber wühlt man monatelang in Regierungsakten, Nachlässen usw., als ein paar Wochen auf die 'langweilige' Presse der Arbeiterbewegung zu 'verschwenden'.

Die Apathie gegenüber bestimmten Fragekomplexen bzw. Quellen scheint mir auch, wie schon angedeutet, das größte Hindernis für die Anerkennung und Anwendung von EDV als Hilfsmittel zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung zu sein.³⁰ Der Historiker wird weder gezwungen, sich mit Problemen zu beschäftigen, die die Benutzung eines Computers erfordern, noch braucht er darüber nachzudenken, ob und wie die Maschine ihm bei seiner Forschung helfen könnte, und schon gar nicht hat er es nötig, sich weiterzubilden, um den Umgang mit EDV zu erlernen. Abgesehen von dieser Indifferenz oder vielleicht sogar einer gewissen Angst vor dem Um- bzw. Neulernen gibt es auch andere

28 Zum Beispiel wären das von Jean Maitron herausgegebene, bisher neun Bände umfassende *Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français* oder das angekündigte *Biographical Dictionary of Modern British Radicalism 1790 - 1914* (siehe Newsletter. *European Labor and Working Class History*, Jg. 1972, H. 1, S. 21) geeignet für ein solches Projekt, ebenso das biographische Material, das im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn oder im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED liegt.

29 Siehe Newsletter. *European Labor and Working Class History*, Jg. 1972, H. 1, S. 11, wo über die laufende Arbeit von Robert P. Baker, *A Linguistic Approach to Socialist Sub-Culture*, berichtet wird.

30 Immerhin ist es interessant festzustellen, daß in der Bundesrepublik die bisherige Anwendung des Computers als geschichtswissenschaftliches Hilfsmittel größtenteils nicht die moderne Zeit und die nichtnumerische Datenverarbeitung betraf. Siehe u. a. W. Hornung, *Geschichte im Großrechner* . . . , S. 53; E. Riedenauer, *Elektronische Datenverarbeitung* . . . , S. 391 ff.; Bodo Herzog und Werner Horstmann, *Der Computer als Hilfsmittel des Historikers ?*, in: *Tradition*, 17 (1972), S. 84-100; Carl August Lückcrath, *Prolegomena zur elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Geschichtswissenschaft*, in: *Historische Zeitschrift*, 207 (1968), S. 265-296; ders., *Elektronische Datenverarbeitung in der Geschichtswissenschaft ?*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 20 (1969), S. 321-329; Rolf Gundlach und Carl August Lückcrath, *Nichtnumerische Datenverarbeitung in den historischen Wissenschaften*, in: *a. a. O.*, S. 385-398.

Grenzen für die Geschichtsforschung mit dem Computer. Eine davon liegt in der Art des Materials, das der Computer zur Bearbeitung erhält.

“Garbage in – garbage out” (“Mist rein – Mist raus”) lautet die allgemeine Warnung für jeden, der die Maschine benutzen will. Ist der “Input”, mit dem der Computer gefüttert wird, schwach oder schlecht, wird der “Output” nicht besser sein. Die Maschine kann Daten speichern, logisch kategorisieren und kombinieren und statistische Manipulationen durchführen, aber mehr auch nicht. Sind die Quellen nicht ausreichend oder sind sie unzureichend für den Computer bearbeitet, kann der Computer nur dasselbe zurückgeben. Stimmen zum Beispiel Wahleinheiten und Volkszählungseinheiten nicht überein, kann die EDV daran nichts ändern.³¹ Will man hier dennoch eine sinnvolle Wahlanalyse durchführen, hängt es von einem selbst ab, das Material so umzuarbeiten, daß die Einheiten übereinstimmen. Ähnlich verhält es sich mit fehlenden Quellen, obwohl es – falls nur einige Daten fehlen – statistische Möglichkeiten gibt, diese anhand des vorhandenen Materials zu schätzen. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Computer Quellen als solche ersetzen kann.³² Andererseits muß betont werden, daß Historiker fast immer mit unvollständigen Beständen arbeiten, und das allein ist kein Grund dafür, EDV abzulehnen. Vielmehr kommt es darauf an, den Computer weder über- noch unterzubewerten. Mehr als eine große Rechenanlage ist er nicht. Bei bestimmten quantifizierbaren Problemen kann die EDV helfen, manche Untersuchungen überhaupt erst ermöglichen, aber der Historiker selbst muß die Probleme erkennen, die Quellen für die Maschine bearbeiten oder bearbeiten lassen, dem Computer die nötigen Befehle geben oder geben lassen und den “Output” interpretieren. Dazu gehört eine gewisse Ausbildung und Erfahrung.

Viele werden nun meinen, daß hier eine ganz bestimmte Grenze für die Anwendung von EDV in der Geschichtswissenschaft liegt, nämlich die mangelnden mathematischen Kenntnisse der meisten Historiker. Dabei erfordert der normale Umgang mit dem Computer keine besondere mathematische Ausbildung des Geschichtswissenschaftlers³³ und ist wesentlich leichter und schneller als eine neue Sprache zu erlernen. Im allgemeinen reicht es, sich anhand der Literatur zu informieren und bei erfahrenen Kollegen und dem technischen Personal des Computerzentrums nachzufragen. Will man aber komplexe statistische Manipulationen vornehmen, empfiehlt es sich, entweder mit einem statistisch ausgebildeten Wissenschaftler direkt zusammenzuarbeiten oder sich selbst statistisch ausbilden zu lassen. Hier sollte der alljährliche Sommerkursus des Inter-University Consortium for Political Research (ICPR) in Ann Arbor, besonders das Colloquium für Historiker erwähnt werden, das ausgezeichnete Möglichkeiten für eine intensive Ausbildung bietet.³⁴ Es könnte als Modell für ähnliche Programme in anderen Ländern dienen.³⁵

Eine weitere Einschränkung – vielleicht sogar die ausschlaggebende – für die Anwendung von EDV in der Geschichtsforschung zur Arbeiterbewegung wie in der Geschichtsforschung ganz allgemein ist durch die finanzielle Seite bedingt, nämlich durch den relativ hohen Kostenauf-

31 Siehe Anm. 17 und 18.

32 Siehe C. Tilly, *Quantification as seen from France . . .*, S. 118.

33 Siehe E. Shorter, *The Historian and the Computer . . .*, S. VII.

34 Der Verfasser hat an diesem Colloquium teilgenommen. Siehe auch Samuel P. Hays, *Quantification in History: The Implications and Challenges for Graduate Training*, in: *American Historical Methods Newsletter*, 4 (1966), S. 8-11; G. F. Putnam, *Soviet Historians . . .*, S. 26 ff.; Leila de Campo, *Computer Courses for the Humanist: A Survey*, in: *Computer and the Humanities*, 7 (1972/1973), S. 57-62.

35 Nicht wenige Teilnehmer des ICPR-Kurses kommen aus Kanada und Europa.

wand für die Computerforschung. Um Material für die Maschine bearbeiten zu lassen, d. h. auf Lochkarten aufzunehmen bzw. auch auf magnetische Bänder zu speichern und entsprechende Programme zu schreiben, sowie für die Benutzung des Computers selbst muß man normalerweise zahlen. Für ein umfangreiches Projekt können solche Kosten erheblich sein. Aber es gibt verschiedene Möglichkeiten, dieses Problem wenn auch nicht ganz zu lösen, so doch zu verringern. Statt, wie üblich, jemanden zu bezahlen, damit er diese Lochkarten- und Programmarbeit vornimmt, könnte man es theoretisch auch selbst tun. Der Nachteil dabei ist, daß die Lochkartenarbeit unter Umständen viel Zeit in Anspruch nimmt und daß Historiker im allgemeinen rein technisch nicht in der Lage sind, ein Programm selbst zu schreiben, da dies eine bestimmte Ausbildung erfordert. Allerdings gibt es "Packaged-Programs", die für die meisten Historiker ausreichen würden und ihnen Zeit- und Kostenaufwand ersparen.³⁶ Dazu kommen die Bestände der Datenbank, wie beispielsweise die des Historischen Archivs des ICPR in Ann Arbor, das "Computer-fertiges" Aktenmaterial für eine nominelle Summe an Wissenschaftler ausleiht. Der Wert solcher Datenbanken für die Geschichtswissenschaft ist nicht zu unterschätzen, und man kann nur hoffen, daß ihre Zahl bald steigen wird. Sie tragen nicht nur dazu bei, für den einzelnen Historiker die Kosten niedrig zu halten und ihm sehr viel Zeit zu ersparen, sondern dienen auch als Beratungs- und Fortbildungszentren. Wäre nicht auch eine Datenbank für die Geschichte der Arbeiterbewegung wünschenswert?

Zur Benutzung des Computers selbst und dem damit verbundenen Kostenaufwand für die Computerzeit ist zu bemerken, daß ein intelligenter und wohlüberlegter Umgang mit der Maschine diese Kosten verhältnismäßig niedrig halten kann. Es ist zeit- und geldraubend, Daten unüberlegt in die Maschine zu pumpen bzw. unnötige Manipulationen zu befehlen. Hier dürfte ein direktes Verhältnis zwischen EDV-Verständnis und Kostenaufwand bestehen.

Eine andere Möglichkeit, Zeit und Geld zu sparen, ist die Anwendung statistischer Auswahltechniken (Sampling).³⁷ So kann man normalerweise anhand einer bestimmten Auswahl feststellen, was mit einer gewissen statistischen Sicherheit für das gesamte Material charakteristisch ist, ohne daß man dies insgesamt untersucht. Natürlich ist es nicht immer möglich – z. B. aufgrund mangelnden Materials –, solche statistischen Methoden anzuwenden, aber soweit dieses Verfahren in Frage kommt, ist es geeignet, einerseits den Zeit- und Kostenaufwand zu verringern und andererseits präzises Denken zu fördern.

Die meiner Meinung nach beste Methode, die Probleme der EDV-Forschung zu bewältigen, und gleichzeitig das wichtigste und positivste Nebenprodukt der Anwendung von EDV in der Geschichtswissenschaft ist das Entstehen von Kollektivprojekten. Diese Tendenz, daß mehr gemeinsame Arbeiten entstehen und weniger egozentrische Forschung betrieben wird, um Kosten zu reduzieren, Zeit zu sparen, Fehler zu vermeiden und größeres Verständnis zu gewinnen, sollte, so meine ich, besonders von den Historikern der Arbeiterbewegung

36 Ein Vergleich dreier solcher Programmsysteme, nämlich DATA-Text, SPSS und OSIRIS, findet sich bei Klaus R. Allerbeck, *Data analysis systems: A user's point of view*, in: *Social Science Information*, 10 (1971), H. 2, S. 23-46; siehe auch *NPL/CPIS computer program abstract collection announcement*, in: *a. a. O.*, 11 (1972), H. 3/4, S. 317-318.

37 Siehe C. Tilly, *Quantification as seen from France . . .*, S. 118, und E. Riedenauer, *Elektronische Datenverarbeitung . . .*, S. 387.

begrüßt werden.³⁸ Dazu käme die Möglichkeit, durch EDV einfacher und besser als bisher nicht nur national, sondern auch international zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen.³⁹ Hoffentlich verpassen wir diese Gelegenheit nicht, sondern nutzen sie, um unser Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung zu erweitern und zu vertiefen.

-
- 38 In diesem Zusammenhang sind vielleicht einige Bemerkungen Peter Wicks, *Informationsprobleme der Geschichtswissenschaft* . . . , S. 199, von Interesse: "Auch in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft müssen im Interesse ihrer Effektivität die besten Formen und rationellsten Möglichkeiten bei der Umsetzung der Theorie und Anwendung der Methode des dialektischen und historischen Materialismus ausgenutzt werden. Das bedeutet z. B.: von der traditionellen individuellen zu einer kollektiven arbeitsteiligen Arbeitsweise überzugehen . . . Das bedeutet auch, bewährte Arbeitspraktiken anderer Disziplinen . . . sowie Untersuchungs- und Forschungsmethoden . . . für die Geschichtswissenschaft in sinnvoller Weise nutzbar zu machen. Und das gilt schließlich auch für die Anwendung technischer Verfahren, wie zum Beispiel der elektronischen Datenverarbeitung, mit deren Hilfe man die Erforschung quantifizierbarer Prozesse in der Geschichte exakter und vielseitiger vornehmen kann, als das bisher möglich war."
- 39 So ist es z. B. eine große Hilfe, daß Zahlen, mathematische Operationen sowie die Computersprache selbst größtenteils international sind. Hinzu kommt die Möglichkeit, mehr als bisher auf historischen Arbeiten anderer Wissenschaftler aufzubauen, nicht nur aufgrund ihrer Ergebnisse, sondern auch anhand ihrer Quellen, insbesondere wenn diese an eine Datenbank übergeben worden sind.

**DIE MARXSCHES VERWENDUNG DER ADJEKTIVE "POLYTECHNISCH",
"TECHNOLOGISCH" UND "TECHNISCH" IN VERBINDUNG MIT
PÄDAGOGISCHEN BEGRIFFEN IN DEN "INSTRUKTIONEN FÜR DIE
DELEGIERTEN DES PROVVISORISCHEN ZENTRALRATS" (1866)**

Bemerkungen zu einem Artikel von V. A. Malov*

Von Kurt Beutler und Uwe Henning

"The technological training advocated by proletarian writers was meant to compensate for the deficiencies occasioned by the division (of) labour which prevented apprentices from acquiring a thorough knowledge of their business. This had been taken hold of and misconstrued into what the middle class understood by technical education."

Karl Marx, 1868.¹

Die Stellungnahme Marxens im Generalrat 1868 gegen die Reduktion des Konzepts 'technologischer Erziehung' auf das Mittelschichtverständnis von 'technischer Erziehung' kommt durch den Beitrag von Malov – unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen – eine aktuelle Bedeutung. Malov stellt fest, daß es in sowjetischen Schulen Lehrer gebe, die ihren Unterricht auf die Vermittlung technischen Wissens beschränken und den umfassenderen Bildungsauftrag, der mit der technologischen Erziehung verbunden sei, nicht anerkennen. Er sieht als eine Quelle der Rechtfertigung für dieses Verhalten die Wortwahl der russischen Übersetzer des Teils der "Instruktionen" von Marx, der zur Arbeit der Jugend und Kinder Stellung nimmt. In der russischen Werkausgabe wird in diesem Dokument immer der Terminus "technisch" gewählt, wo nach Meinung des Autors "technologisch" beziehungsweise "polytechnisch" stehen müßte.

Über die Methode des Zeugenvergleichs (Malov zieht die deutsche, französische und englische Erstveröffentlichung in "Der Vorbote" 1866, "Le Courrier International" 1867 und "The Working Man" 1867 heran) kommt er zu folgendem Ergebnis:

- 1.) der Terminus "technisch" tauche in Verbindung mit pädagogischen Begriffen nicht auf;
- 2.) "technologisch" und "polytechnisch" würden synonym gebraucht.

* V. A. Malov, *Neobchodimo utočnit' perevod (Pis'mo pedagoga)* [Es ist unerlässlich, die Übersetzung zu präzisieren (Brief eines Pädagogen)], in: *Institut Marksizma-Leninizma pri ZK KPSS. Nauchno-informacionnyj bjulleten' sektora proizvedenij K. Marksa i F. Engel'sa* [Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Wissenschaftliches Informationsbulletin der Abteilung für die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels], Nr. 25, Moskau 1973, S. 137-140. Für die Übersetzung danken wir Herrn Egbert Jahn, Frankfurt a. M.

1 Aus dem Diskussionsbeitrag von Karl Marx auf der Sitzung des Generalrats vom 17. August 1868, in: *The General council of the First International 1868 - 1870: Minutes*. [Hrsg.:] Institute of Marxism-Leninism of the C. C., C. P. S. U. (= Documents of the First International, Vol. 3), Moskau o. J., S. 147.

Mit diesem Ergebnis sieht er sich in seiner Kritik an der Wortwahl der russischen Ausgabe bestätigt. Es soll hier nicht der Frage nachgegangen werden, ob Malov mit diesem Beitrag neue Erkenntnisse über die Verwendung des Begriffs "technologisch" bei Marx gewonnen hat, die über den schon durch die Analysen von Šabalov², Frumov³, Vág⁴ und Ludwig⁵ erreichten Forschungsstand hinausgehen. Wir wollen vielmehr die Arbeit von Malov zum Anlaß nehmen, um quellenkritische Probleme, die gerade im Hinblick auf die neue MEGA⁶ für den Abdruck der "Instruktionen" interessant werden, zur Diskussion zu stellen.

Zunächst diskutieren wir das Prinzip für die Auswahl der Zeugen. Malov ging dabei offensichtlich vom Prinzip "frühe Hand" aus und wählte die Zeugen nach ihrem ersten Erscheinen aus, soweit sie ihm zugänglich waren. Im Sinne seines methodischen Vorgehens (lexikalische Untersuchung) ist gegen die Anwendung dieses Prinzips anzuführen, daß der Zeuge in deutscher Sprache von einem Dritten aufgrund einer englischen Vorlage übersetzt

- 2 S. M. Šabalov, *Politehničeskoe obučenie* [Polytechnischer Unterricht], Moskau 1956.
- 3 S. A. Frumov, *Voprosi vospitanija na šheneweskom kongresse I. Internacionala (K 90-letiju I. kongresse Internacionala)* [Erziehungsfragen auf dem Genfer Kongreß der I. Internationale (Zum 90. Jahrestag des I. Kongresses der Internationale)], in: *Sowetskaja Pedagogika* [Sowjetische Pädagogik], Jg. 1956, H. 10, S. 67-86; ders., *Voprosi narodnowo obrasowanija na losanskom kongresse I. Internacionala* [Fragen der Volksbildung auf dem Lausanner Kongreß der I. Internationale], in: *a. a. O.*, Jg. 1958, H. 1, S. 87-100.
- 4 O. Vág, *Az I. Internacionálé genfi kongresszusándk határozata a nevelés kérdéseiről 1866* [Die Resolution des Genfer Kongresses der I. Internationale 1866 über Fragen der Erziehung], in: *Pedagógiai Szemle* [Pädagogische Rundschau], Bd. 12 (1962); ders., *A Nemzetközi munkásszövetség genfi kongresszusa nevelésügyi határozatának szövegváltozatai* [Textvarianten der Resolution über Erziehungsfragen des Genfer Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation], in: *Magyar Pedagógia* [Ungarische Pädagogik], Jg. 1964, H. 4; ders., *Die Verbreitung und der Einfluß der Resolution über die Erziehung des Genfer Kongresses der I. Internationale*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Jg. 9 (1965), H. 2, S. 215-219.; ders., *A Nemzetközi munkásszövetség, 1866, évi genfi kongresszusa nevelésügyi határozatának elterjedése és magyarországi hatása* [Die Verbreitung der Resolution über Erziehungsfragen des Genfer Kongresses der I. A. A. 1866 und ihr Einfluß auf Ungarn], in: *Pedagógiai Szemle*, Jg. 1966, H. 2.
- 5 M. H. Ludwig, 'Polytechnische Erziehung' oder 'technologischer Unterricht'? Zum terminologischen Streit in der Diskussion um die Marxsche Bildungskonzeption, in: *Bildung und Erziehung*, Jg. 23 (1970), H. 3, S. 204-216.
- 6 Karl Marx/Friedrich Engels, *Gesamtausgabe (MEGA), Proband. Editionsgrundsätze und Probestücke*. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1972 (nicht im Buchhandel). Siehe auch Kurt Beutler und Uwe Henning, *Zur pädagogischen Bedeutung von Marx und Engels unter editionskritischem Aspekt. Zugleich eine Würdigung und Kritik des Probandes der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe*, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 20 (1974), H. 1, S. 141-161.

wurde.⁷ Dagegen liegt in derselben Sprache eine autorisierte Fassung vor.⁸ Der Abschnitt mit den Belegstellenangaben (= B) lautet:

Unter Erziehung seien drei Dinge zu verstehen:

Erstens: A u s b i l d u n g d e s V e r s t a n d e s.

Zweitens: A u s b i l d u n g d e s K ö r p e r s, wie sie in Schulen durch Turnunterricht und militärische Uebungen stattfindet.

Drittens: T e c h n o l o g i s c h e E r z i e h u n g, welche die allgemeinen Principien aller Productionsprocesse erklärt, und gleichzeitig das Kind und die Jugend in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe einweiht. B 1

Ein stufenweiser und fortschreitender Kursus geistiger, körperlicher und technologischer Erziehung sollte der Klasseneintheilung der jugendlichen Arbeiter zu Grunde liegen. Die Kosten der technologischen Schulen sollten theilweise durch den Verkauf ihrer Producte gedeckt werden. B 2
B 3

Die Vereinigung bezahlter productiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Uebung und technologischen Unterrichts werde die Arbeiterklasse hoch über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben. B 4

Es verstehe sich von selbst, daß die Beschäftigung aller Personen im Alter bis zu einschließlich 17 Jahren durch Nacharbeit und in irgend einem gesundheitsschädlichen Gewerbszweige durch strenge Gesetze verboten werden müsse.

Der Congreß trat einstimmig diesen Ausführungen bei, und fügte eine Resolution hinzu des Inhalts, daß die technische Erziehung der Jugend sowohl theoretischer, als auch praktischer Art sein müsse, um zu verhindern, daß aus den projectirten technologischen Schulen nicht eine Klasse von Handwerkern, sondern von Fabrikaufsehern und Werkmeistern hervorgehe."⁹ B 5
B 6

Aufgrund einer detaillierten Analyse aller Varianten in den Belegstellen durch W. Schulze¹⁰ parallelisierten wir nun die jeweiligen Belegstellen für das Auftreten der Varianten des Terminus "technologisch" in den einzelnen Zeugen in Kombination mit einem pädagogischen Begriff:

7 Karl Marx an Johann Philipp Becker, 31. August 1866, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 31, Berlin 1965, S. 525.

8 Wilhelm Eichhoff, *Die Internationale Arbeiterassociation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Thätigkeit und Ausbreitung*, Berlin 1868, Reprint Berlin/DDR 1964, S. 24-26.

9 A. a. O., S. 25 f.

10 W. Schulze, *Zum Begriff der "polytechnischen Erziehung" bei Karl Marx. Eine Analyse der zeitgenössischen Varianten der "Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats"*. Examensarbeit zur 1. Lehrprüfung, Hamburg 1970 (masch. schr.).

	B 1	B 2	B 3	B 4	B 5	B 6
Z 1	+	+	+	—		
Z 2	+	+	+	+	0	+
Z 3	+	+	—	+		
Z 4	+	+	+	—		
Z 5	—	—	—	—		

+ = technologisch
technological
technologique

— = polytechnisch
polytechnical
polytechnique

0 = technisch

Z 1 = Resolutions . . . 1869

Z 2 = Eichhoffsche Fassung 1868

Z 3 = Le Courier International 1867

Z 4 = The Working Man 1867

Z 5 = Der Vorbote 1866

Die Erweiterung der Belegstellen in Z 2 ergibt sich aus den beiden Abschlußsätzen, die in den übrigen Fassungen nicht erscheinen; für die französische Fassung liegt keine autorisierte spätere Form vor, deshalb wird die Quelle "erster Hand" beibehalten.

Führt man nun aufgrund des Prinzips "letzte Hand" analog zu Malov die lexikalische Untersuchung über Z 1, Z 2 und Z 3 durch, dann findet man fünf Belegstellen im Zeugen Z 2, die mit dem Terminus "technisch" konkurrieren, drei Belegstellen im Zeugen Z 1 und zwei Belegstellen in der deutschen und französischen Fassung aus demselben Kontext (B 4), die mit "polytechnical" konkurrieren, und drei Belegstellen im Zeugen Z 3 sowie zwei Belegstellen in der deutschen und englischen Fassung aus demselben Kontext (B 3), die mit "polytechnique" konkurrieren. Das heißt, die These von Malov, daß Marx "technologisch" und "polytechnisch" synonym gebraucht habe, läßt sich über unsere — ebenfalls auf lexikalischer Ebene durchgeführte — Analyse mit derselben Berechtigung für den Begriff "technisch" aufstellen. Außerdem kann durch eine statistische Analyse über Z 1 - Z 3 x B 1 - B 4 ein bedeutsamer Unterschied zwischen der Auftrittshäufigkeit von + und — über Chi-Quadrat auf dem 5 % Niveau abgesichert werden. Das heißt, es besteht eine systematische Tendenz für das Auftreten des Terminus "technologisch" in Verbindung mit pädagogischen Begriffen. Damit muß die Synonymthese verworfen werden.¹¹

In den weiteren textkritischen Überlegungen diskutieren wir unser eigenes Kriterium bei der Zeugenauswahl (Prinzip "letzte Hand") beispielhaft an den letzten beiden Belegstellen (B 4, B 5) des Zeugen Z 2. Bei der Belegstellenparallelisierung über die Zeugen wiesen wir schon darauf hin, daß der Zeuge "letzter Hand" in deutscher Sprache zwei Belegstellen aufweist, die in allen anderen Zeugen nicht erscheinen.

Welche Sekundärquellen stehen nun zur Verfügung, um diese Texterweiterung zu erklären ?

1. Der nicht veröffentlichte Briefwechsel zwischen Eichhoff und Marx, aus dem hervorgehen soll, daß Marx für Eichhoff das Material auswählte, Exzerpte und Notizen anfertigte und Korrekturbögen durcharbeitete; noch mehr, daß auch ausführlich über "Einzelheiten

¹¹ Zu dieser Berechnung wurden wir durch unseren Kollegen K. Treumann (Berlin) angeregt, wofür wir ihm danken.

der Übersetzung zitierter Dokumente" korrespondiert wurde.¹²

2. Die Protokolle des Genfer Kongresses.

Da die zweite Quelle veröffentlicht ist, konnten wir auf sie zurückgreifen. Interessant in unserem Zusammenhang ist, daß sich in den Protokollen des Genfer Kongresses sowohl der von Eichhoff wiedergegebene Beschluß findet als auch ein Zusatz (1. Satz), den Eichhoff nicht abdruckte:

"Au sujet de l'éducation des enfants, la délégation française fait la proposition suivante, qui est adoptée à l'unanimité: Le congrès déclare que l'enseignement professionnel doit être théorique et pratique, sous peine de voir se constituer une aristocratie à l'aide de l'instruction spéciale, qui ferait non des artisans, mais des directeurs d'ouvriers."¹³

Für eine lexikalische Analyse wäre der Sachverhalt, daß es sich nicht um eine Marxsche Formulierung, sondern um einen beschlossenen Zusatzantrag der französischen Delegation (mit einer Proudhonisten-Mehrheit) handelt, belanglos, denn wir wissen aus Briefen von Marx an Engels¹⁴ und Eichhoff (letzteres nur aus der Sekundärliteratur)¹⁵, daß Marx von Anfang an bis zur Korrektur der Druckfahnen an der Entstehung des Eichhoffschen Buches beteiligt war. Aus einem Brief von Marx an Engels vom 24. Februar 1869 wissen wir aber auch noch, daß er die von den Franzosen vorgeschlagenen und vom Kongreß angenommenen Zusatzanträge für "blödsinniges Zeug" hielt und im offiziellen Bericht des Generalrats über den Genfer und Brüsseler Kongreß "weggelassen" hat.¹⁶

Beschränkt man quellenkritische Untersuchungen nicht nur auf Kriterien wie Datierungsfragen oder Wortgebrauch, sondern werden inhaltliche Gesichtspunkte relevant – in unserem Fall: sinnvolle beziehungsweise "blödsinnige" Erziehungskonzepte oder die Politik Marxens gegen die Proudhonisten –, dann treten für die Textinterpretation andere Probleme auf als bei lexikalischer Betrachtung, wo sie sich eventuell durch Variantenvergleiche lösen lassen. Ehe man aber dieser Frage nachgeht, liegt es nahe, unsere Quelle (Freymond) auf ihre Richtigkeit zu prüfen, denn aus einem Brief von Eugène Dupont an Marx¹⁷ wissen wir, daß bei der Herausgabe der Konferenzbeschlüsse Dupont, der selbst am Kongreß teilnahm, Zweifel an der Richtigkeit der handschriftlichen Protokolle kamen. Das würde be-

12 Rolf Dlubek, Nachwort zu W. Eichhoff, *Die Internationale Arbeiterassoziation...*, S. 91.

13 *La Première Internationale*. [Hrsg.:] Jacques Freymond (= Publications de l'institut universitaire de hautes études internationales, No. 39), Genf 1962, S. 51.

14 Siehe Anmerkung 12.

15 Siehe Anmerkung 12.

16 "Beiliegend Resolutions etc., 6 Stück. Es verhält sich damit so. Wir waren durch Kongreß- (Brüssel) Beschluß verpflichtet, die Brüssler Resolutionen drucken zu lassen. Unter dem Vorwand, daß die Genfer Beschlüsse Teil der platform bilden, haben wir Teil des dem Genfer Kongreß von dem Londoner Zentralrat vorgelegten und vom Genfer Kongreß Adoptierten gleichzeitig drucken lassen, die von den Franzosen in Genf vorgeschlagen und ebenfalls angenommenen Amendements etc. – blödsinniges Zeug – weggelassen. Dieser Teil ist also von mir geschrieben. Dagegen habe ich keinen Anteil an der Abfassung der Resolutions von 1868. Die einzige wörtliche Phrase von mir ist das first considering 'on the effects of machinery'." Karl Marx/Friedrich Engels, *Historisch-kritische Gesamtausgabe*. Hrsg. von V. Adoratskij, 3. Abt., Bd. 4, Berlin 1931, S. 156.

deuten, daß man die Quelle selbst durch Berichte über den Kongreßverlauf und die gefaßten Beschlüsse, die vor der Veröffentlichung durch den Generalrat erschienen sind (zum Beispiel im "Vorbote"), überprüfen muß. Dabei tritt im Lichte des Marxschen Briefes ein interessantes Problem zutage. Der Generalrat hat Berichte, die vor seiner eigenen Fassung erschienen sind, als falsch zurückgewiesen und war "gezwungen, öffentlich zu erklären, daß alle bisherigen Berichte ohne die offiziellen Kongreßunterlagen angefertigt wurden, 'und daß man die ihm übertragene offizielle Veröffentlichung abwarten müsse, um einen genauen Bericht zu erhalten' ".¹⁸ Mit diesem Urteil des Generalrats über die bis 1867 erschienenen Berichte und mit der Äußerung Marxens über die Gestaltung des "offiziellen" Berichtes über den Genfer und den Brüsseler Kongreß dürfte hinreichend belegt sein, daß es sorgfältigster quellenkritischer Studien bedarf, um im Interesse der Forschung über die 1. Internationale und über Marxens Schriften die Quellen authentisch zu rekonstruieren.

An dieser Stelle wollen wir unsere textkritischen Überlegungen abbrechen. Wenn man bedenkt, daß die oben erwähnte Analyse von Schulze 119 Belegstellen für Varianten zwischen den Zeugen auf der Ebene der Phonematik, Lexik und Semantik allein für den Abschnitt über die Arbeit von Kindern und Jugendlichen in den "Instruktionen" ergab und wir an zwei Belegstellen eine Quellenkritik entfalten konnten, die die bisherige Quellenlage in Frage stellt, dann wird man den Arbeitsaufwand ahnen können, der mit der Herausgabe dieser Texte im Rahmen der neuen historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels verbunden ist.

Für die aktuelle Absicht von Malov wäre es – von Problemen der Quellenlage einmal abgesehen – wohl interessanter gewesen, die Argumente Marxens gegen die bürgerlichen Vorschläge einer "allseitigen industriellen Erziehung"¹⁹ den von ihm kritisierten Lehrern entgegenzuhalten, als eine lexikalische Analyse durchzuführen.

17 Eugène Dupont an Marx, 1. Dezember 1867, in: *The General council of the First International 1866 - 1868: Minutes*. [Hrsg.:] Institute of Marxism-Leninism of the C. C., C. P. S. U. (= Documents of the First International, Vol. 2), Moskau o. J., S. 347, Anm. 77.

18 Ursula Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in der I. Internationale 1864 bis 1868*, Berlin 1968, S. 144 f.

19 Karl Marx, *Arbeitslohn/Lohnarbeit und Kapital*, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Historisch-kritische Gesamtausgabe*. Hrsg. von V. Adoratskij, 1. Abt., Bd. 6, Berlin 1932, S. 449-499, hier S. 461 f.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STAATSARCHIV NEUBURG A. D. DONAU*

Von Gerhard Schwertl

Geschichte des Archivs und seines Sprengels

Ursprünglich war Neuburg der Sitz des Archivs für das Fürstentum Pfalz-Neuburg (1505 - 1808). Von 1799 bis 1830 wurde der bedeutendste Teil der alten Neuburger Bestände nach München verbracht.

Einzelne schwäbische Herrschaften wurden von Bayern schon im 17. und 18. Jahrhundert, das übrige bayerische Schwaben in seinem heutigen Umfang von 1802 bis 1810 erworben. 1808 wurde das bis dahin verwaltungsmäßig selbständige Fürstentum Pfalz-Neuburg als solches beseitigt und in die Verwaltung Bayerisch-Schwabens eingegliedert. In diesen Jahren fielen auch die Archive zahlreicher schwäbischer Territorien an den bayerischen Staat. Ein kleiner Teil dieser Archive (die ältesten und wertvollsten Archivalien) wurde sogleich, eine größere Anzahl über die Zwischenstationen Dillingen und Neuburg nach München verbracht. Ein Restbestand ("Depotregistratur") verblieb in den "Archivkonservatorien" Dillingen und Neuburg. Nach Auflösung von Dillingen wurden die restlichen Altbestände nach Neuburg transportiert, das 1830 zum allein zuständigen Archiv für die Abgaben der Mittel- und Unterbehörden des bayerischen Regierungsbezirkes Schwaben (bis 1837 "Oberdonaukreis") bestimmt wurde. 1877 erhielt das Archiv die Bezeichnung "Kgl. bayerisches Kreisarchiv", 1921 "Staatsarchiv Neuburg".

Der Archivsprengel vergrößerte sich durch die Zuteilung des Amtsgerichtes Rain am Lech 1879 und des Landratsamtes Friedberg 1944 an Schwaben. Seit dem 1. 7. 1972 bildet der Regierungsbezirk Schwaben in seinem durch die Gebietsreform geänderten Umfang den Sprengel des Staatsarchivs. Die Stadt Neuburg selbst liegt jetzt im Regierungsbezirk Oberbayern. Die Verlegung des Staatsarchivs nach Augsburg ist geplant. Für die Umgliederungen der Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben gilt archivalisch die Regel: Das vor dem 1. 7. 1972 abgeschlossene Aktengut wird auch künftig noch an das bis dahin zuständige Staatsarchiv abgegeben.

Die Bestände der Territorien des bayerischen Schwaben bis 1803/06 befinden sich zum größeren Teil im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München, die Abgaben der Mittel- und Unterbehörden Schwabens seit 1803/06 dagegen vollständig im Staatsarchiv Neuburg. Eine gedruckte Übersicht gibt es nur für die Bestände vor 1803/06.¹

Über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Bayerisch-Schwaben wurde unseres Wissens bisher noch nicht gearbeitet; es liegt lediglich eine sehr gute Arbeit über die Revolution von 1848 vor.²

* Anschrift: 8858 Neuburg a. d. Donau, Schloß.

1 *Bayerische Archivinventare, Heft 1: Staatsarchiv Neuburg a. d. Donau*, bearb. von Heribert Sturm, München 1952.

2 Dietmar Nickel, *Die Revolution 1848/49 in Augsburg und Bayerisch-Schwaben*, Augsburg 1965.

Regierungsbezirk Schwaben

- I. Bezirksbehörden
 - 1. Regierung von Schwaben
 - 2. Landgericht Augsburg
- II. Regionalbehörden
 - 1. Landratsamt Augsburg
 - 2. Landratsamt Dillingen
 - 3. Landratsamt Donauwörth
 - 4. Landratsamt Füssen
 - 5. Landratsamt Günzburg
 - 6. Landratsamt Illertissen
 - 7. Landratsamt Kaufbeuren
 - 8. Landratsamt Kempten
 - 9. Landratsamt Krumbach
 - 10. Landratsamt Lindau
 - 11. Landratsamt Marktoberdorf
 - 12. Landratsamt Memmingen
 - 13. Landratsamt Mindelheim
 - 14. Landratsamt Neuburg
 - 15. Landratsamt Nördlingen
 - 16. Landratsamt Sonthofen
 - 17. Landratsamt Wertingen
 - 18. Bezirksamt Zusmarshausen
- III. Lokalbehörden
 - 1. Hüttenamt Sonthofen

I. BEZIRKSBEHÖRDEN

1. Regierung von Schwaben

Behördengeschichte: 1803 wurde für das neu organisierte bayerische Schwaben als Verwaltungsbehörde auf mittlerer Ebene die "Landesdirektion von Schwaben" gebildet. Infolge der Gebietsveränderungen der napoleonischen Zeit wurden die Verwaltungs-Mittelbehörden Bayerns kurz hintereinander mehrmals (1808, 1810, 1817) in Form von zuerst 15, dann 9 und schließlich 8 "Generalkommissariaten" oder "Kreisen" umgestaltet, von denen auf Schwaben 1808 der Iller-, Lech- und Oberdonaukreis, 1810 der Iller- und Oberdonaukreis und schließlich 1817 der vergrößerte Oberdonaukreis entfielen. Durch Verordnung König Ludwigs I. von 1837 erhielten die Kreise unter teilweiser Änderung der Verwaltungsgrenzen entsprechende historische Stammesbezeichnungen; aus dem Oberdonaukreis wurde somit der Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg (Regierungssitz in Augsburg). 1938 entfiel der historische Begriff "Neuburg" im Titel. Seit 1837 änderten sich die Grenzen des Regierungsbezirkes nur wenig (so wurde z. B. 1879 Rain am Lech und 1944 Friedberg von Oberbayern an Schwaben zugeteilt); dagegen brachte die Gebietsreform von 1972 eine stärkere

Umgestaltung des Verwaltungsbezirkes. Seit 1852 bilden die Regierungsbezirke als "Kreismunicipalitäten" auch Selbstverwaltungskörperschaften.

Zum Wirkungskreis der Regierung gehörte insbesondere die Aufsicht über politische Parteien, politische und andere Vereine und Verbände (hauptsächlich vor 1918); gerade aus diesem Bereich ist gutes Quellenmaterial erhalten. Bei der Bombardierung der Stadt Augsburg 1944 verbrannte ein bedeutender Teil der Registratur der Regierung in deren Gebäude. Es handelte sich hauptsächlich um Aktengut aus der Zeit des Dritten Reiches. Im Staatsarchiv endet der Bestand daher etwa um 1930 (Material nach 1945 wurde bisher nur in ganz geringem Umfang abgegeben). Die dringend nötige Neuordnung des Bestandes im Staatsarchiv ist bereits im Gange und wird sich noch über mehrere Jahre erstrecken. In der folgenden Übersicht (in numerischer Reihenfolge) werden die bisher gültigen Signaturen angegeben; bei der Neuordnung wird durch eine Konkordanztafel das Auffinden der neuen Signaturen ohne Schwierigkeiten ermöglicht werden.

- 5454 Arbeiterversammlungen in Augsburg 1870/71
- 5455, 5456 Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Augsburg 1870 - 1877
- 5462, 5463 Versammlungen des christlich-sozialen Arbeitervereins in Augsburg 1875 - 1884
- 5465-5469 Vollzug des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21.X.1878, 5 Bände 1878 - 1887
- 5510-5512 Sammlung von Notizen über Arbeitseinstellungen und Arbeitsaussperrungen 1857 - 1910
- 6450 Die Verbreitung von Kalendern sozialdemokratischen Inhalts unter der Bevölkerung 1851/52
- 6464 Kommunistisch-revolutionäre Umtriebe; Verbreitung kommunistischer Schriften 1851/52
- 6470 Die Ausweisung der Mitglieder deutscher Arbeiter-Vereine aus der Schweiz 1850
- 6471 Die Arbeiter-Vereine in Augsburg, Kempten, München, Würzburg u. a. 1849 - 1852
- 6472 Die Verbreitung eines Aufrufes kommunistischen Inhalts an die Arbeiter sowie sonstiger kommunistischer Schriften von Kielaus 1850
- 6474 Die demokratisch-sozialistischen Umtriebe durch den quieszierten Landgerichts-Assessor Thomas Mayer 1852
- 6480-6487 Demokratisch-sozialistische Umtriebe in den Städten Augsburg, Donauwörth, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Neuburg und Nördlingen 1851 - 1853
- 6492-6591 An der Revolution 1848 beteiligte Personen sowie die Strafverfahren gegen sie 1849 - 1853
- 6565 Demokratisch-sozialistische Bestrebungen, hier den Mechanikus Joh. Wild zu Tiefenbach betr. 1851
- 6615 Die deutschen Arbeiter in der Schweiz 1851/52
- 6616 Ein Tumult der Eisenbahnarbeiter in Leipheim 1851
- 6618 Unerlaubte Verbindungen der Arbeiter in Porzellan- und Steingutfabriken 1853
- 6651, 6652 Volksstimmung 1848 und 1849
- 6653-6662 Volksstimmung 1850 - 1862 in den Landgerichten Lauingen, Lindau, Mindelheim, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen, Oberdorf, Obergünzburg, Öttingen, Ottobeuren
- 6698 Statistik der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Presse August 1878
- 6702 Communistische Umtriebe und geheime Verbindungen in der Schweiz und ihre Verbreitung nach Teutschland 1842 - 1846
- 6704 Politische Umtriebe; Geheime Verbindungen, namentlich unter den gewerblichen Klassen; "Bund der Geächteten"
- 6794-6798 1. Mai-Feier 1890, 1891, 1892, 1893, 1894
- 6799-6835 Demokratisch-Sozialistische Umtriebe in den Gerichts- und Polizeibehörden Babenhausen, Bissingen, Harburg, Weißenhorn, Öttingen, und in den Landgerichten Buchloe, Burgau, Dillingen, Donauwörth, Füssen, Göggingen, Grönbach, Günzburg, Höchstätt, Illertissen, Immenstadt, Kaufbeuren, Krumbach, Lauingen, Lindau, Mindelheim, Monheim, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen, Oberdorf, Obergünzburg, Ottobeuren, Roggenburg, Schwabmünchen, Sonthofen, Türkheim, Wallerstein, Weiler, Wemding, Wertingen und Zusmarshausen 1851 - 1853

- | | |
|--|--|
| 6836-6843 Revolutionäre Umtriebe
1850 - 1854 | 10114 Versammlungen des allgemeinen
Arbeitervereins Hettenbach
1877 |
| 6851 Theilnahme mehrerer Bürger von
Kempten an dem Arbeiter-Verein
in Ulm 1848 | 10119 Allgemeine Manufaktur-Arbeiter-
versammlung 1875 |
| 6862 Die bedrängte Lage der deutschen
Arbeiter zu Havre 1848 | 10125 Versammlung des christlich-sozia-
len Arbeitervereins 1886 |
| 6874 Arbeiter-Unterstützungsvereine
1855 | 10690 Beschäftigung von Arbeitern an
Sonn- u. Feiertagen im Kondito-
rei- und Bäckereigewerbe 1896 |
| 6890 Die revolutionären Bewegungen
1849 | 10812 Beschäftigung von Arbeitern und
Arbeiterinnen in Fabriken
1924 - 1929 |
| 6893 Das Stuttgarter Rumpfparlament
und dessen Mitglieder 1849 | 10815 Kinderarbeit in gewerblichen Be-
trieben 1904 |
| 6899 Die deutschen Zustände im Jahre
1848 | 10823 Arbeits-Ordnungen 1892 |
| 6902 Das demokratisch deutsche Comité
in Paris 1849 | 10834 Arbeiterfortbildungsverein Augs-
burg 1893 |
| 6908 Der Kongreß der deutschen De-
mokraten in Frankfurt 1848 | 10893, 10893 a,b Arbeiterschutzgesetz
1898 - 1929 |
| 8767 Zeitschrift "Der Proletarier"
1870/71 | 10909 Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen
1873 |
| 9592 Präsidialakt: Demokratisch-sozia-
listische Umtriebe 1851 - 1853 | 10917 Lohnverhältnisse in der Mecha-
nischen Weberei am Fichtelbach
1915 |
| 10036 Anarchistenumtriebe 1885 | 10932 Augsburg, Landesarbeitsgericht
1927 |
| 10037 Anarchistische Bewegung 1898 | 10935 a Errichtung von Betriebsräten
1920 |
| 10038 Ausweisung von Anarchisten
1898 | 11022 Zahlung von Löhnen an Arbeiter
1913 |
| 10063 Bekämpfung der Sozialdemokratie
1882 | 11024 Abschluß von Tarifverträgen
1909 |
| 10064 Desgl. 1890 | 11031 Arbeitslage in Industrie und Han-
del 1932 - 1937 |
| 10105 Arbeiterversammlungen 1875 | 11033, 11033 a Maßnahmen gegenüber
Betriebsabbrüchen 1920 |
| 10106 Sozialdemokratische Arbeiter-
vereine 1869 | 11034 Wirtschaftliche Lage und freie
Gewerkschaften 1931 |
| 10107 Allgemeine Deutsche Arbeiter-
vereine 1869 | 11037 Zeitschriften des Gewerkschafts-
bundes 1926 |
| 10108 Allgemeine deutsche sozialdemo-
kratische Arbeitervereine 1870 | 11041, 11041 a-f Augsburg-Stadt, Betriebs-
abbrüche und Stilllegungen 1921 |
| 10109 Sozialdemokratischer Verein
1878 | 11042, 11042 a-g Desgl. 1930 |
| 10110 Allgemeiner deutscher Arbeiterver-
band 1870 | |
| 10111 Versammlungen der Metallarbei-
ter-Gewerkschaft 1874 | |

- | | | | |
|-------------|---|-------------|--------------------------------|
| 11043 | Desgl. Augsburg-Land | 1932 | West), Monheim und Unterhausen |
| 11044 | Desgl. Dillingen-Stadt | 1923 | 1903 |
| 11045 | Desgl. Dillingen-Land | 1923 | |
| 11046-11054 | Betriebsabbrüche und Stilllegungen in den Städten Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen | 1921 - 1932 | |
| 11055-11071 | Desgl. in den Bezirksämtern Donauwörth, Füssen, Günzburg, Illertissen, Kaufbeuren, Kempten, Krumbach, Lindau, Marktoberdorf, Memmingen, Mindelheim, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen, Schwabmünchen, Sonthofen, Wertingen | 1921 - 1934 | |
| 11593 | Bezirksamt Füssen: Kranken-Unterstützungs-Verein für die Arbeiter der mechanischen Seilerwarenfabrik und des Stadtbezirks Füssen | 1901 | |
| 11620 | Bezirksamt Kempten: Katholischer Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Betzigau | 1909 | |
| 11632 | Bezirksamt Lindau: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Lindenberg | 1902 | |
| 11633 | Bezirksamt Lindau: Arbeiterverein Wasserburg und Mitten | 1909 | |
| 11634 | Bezirksamt Lindau: Arbeiter-Unterstützungsverein Weiler | 1908 | |
| 11647 | Bezirksamt Neuburg: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Rennertshofen | 1912 | |
| 11685 | Bezirksamt Schwabmünchen: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Langerringen | 1901 - 1909 | |
| 11687 | Bezirksamt Schwabmünchen: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Schwabmünchen | 1896 | |
| 11688 | Desgl. in Untermeitingen-Lechfeld | 1907 | |
| 11746 | Stadt Donauwörth: Unterstützungs-Verein der ärarialischen Waldarbeiter für die Forstämter Donauwörth, Kaisheim, Neuburg (Ost u. | | |
| 11751 | Stadt Kaufbeuren: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Kaufbeuren | 1903 | |
| 11758 | Stadt Kempten: Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein der mechanischen Spinnerei u. Weberei Kempten | 1903 | |
| 11760 | Unterstützungsverein forstärarialischer Arbeiter in Kempten | 1908 | |
| 11775 | Maßnahmen zur Beschäftigung von Arbeitern | 1914 | |
| 11776 | Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Staatsbauarbeiten | 1914 | |

2. Landgericht Augsburg

Behördengeschichte: Aus den "Kreis- und Stadtgerichten" wurden 1856 die "Bezirksgerichte" (in Augsburg, Donauwörth, Kempten und Memmingen), denen im Gerichtsverfassungsgesetz von 1862 die Ausübung der höheren Zivil- und Strafgerichtsbarkeit übertragen wurde. Infolge des Reichs-Gerichtsverfassungsgesetzes von 1877 wurden 1879 die bisherigen "Bezirksgerichte" in Landgerichte (jüngerer Ordnung) umgewandelt.

Der kleine Bestand des Landgerichts Augsburg ist nicht numeriert; die Akten sind nach dem Titel leicht zu finden. Es handelt sich hier um Verurteilungen wegen Zuwiderhandlung gegen das Sozialistengesetz von 1878:

- | | |
|---|-------------|
| Heininger, C., Schuhmacher in Augsburg, wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften | 1884 |
| Buser, G., Nürnberg, wegen Verbreitung des "Sozialdemokraten" | 1885 - 1887 |
| Berger, C., Arbeiter in Augsburg, u. Genossen, wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften | |
| Weber, J., Buchhändler in Augsburg, wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz | 1886 - 1887 |

Jäckle, J., Arbeiter von Augsburg, wegen
Verbreitung sozialdemokratischer
Schriften 1888

Theiß, J., Maler von Augsburg, wegen Ver-
breitung sozialdemokratischer
Schriften 1888/89

II. REGIONALBEHÖRDEN

Behördengeschichte: 1803 wurden in Bayern als Verwaltungs- und Justizbehörden auf unterer Ebene die Landgerichte (älterer Ordnung) geschaffen. Die in der Revolution von 1848 erhobene Forderung nach Trennung von Justiz und Verwaltung auf unterer Ebene wurde 1862 verwirklicht: Aus den Sprengeln der Landgerichte wurden als unterste Justizbehörden die Amtsgerichte gebildet; für die Verwaltung wurden jeweils zwei bis drei frühere Landgerichtsbezirke zu einem Bezirksamt zusammengelegt. Der Bestand dieser Bezirksamter blieb in Schwaben längere Zeit hindurch unverändert (nur das Bezirksamt Zusmarshausen wurde 1929 mit Augsburg vereinigt). 1939 wurden sie in Landratsämter umbenannt. Die Gebietsreform von 1972 brachte durch Auflösung und Neubildung eine starke Verringerung auch der schwäbischen Landratsämter. Seit 1852 bilden die Bezirks- bzw. Landratsämter als "Distriktsgemeinden" (ursprüngliche Bezeichnung) auch Selbstverwaltungskörperschaften.

Die Aktenabgaben der Landratsämter an das Staatsarchiv erfolgten bisher sehr uneinheitlich. Hauptsächlich Material aus der Zeit vor 1945 ist von einigen Landratsämtern bei künftigen Abgaben noch zu erwarten. Eine Ausnahme bildet das Landratsamt Augsburg: Durch den Bombenangriff von 1944 wurde die Registratur dieser Behörde und damit das gesamte Aktengut für die Weimarer Zeit und das Dritte Reich restlos vernichtet. Dieser Bestand endet im Staatsarchiv somit etwa 1914 (Akten nach 1945 wurden bisher noch nicht abgegeben).

Es folgt die Übersicht der Landratsämter (bis 1972) in alphabetischer Reihenfolge.

1. Landratsamt Augsburg

Gendarmerie und Gewerbepolizei

1562 Berichte über Arbeiterversamm-
lungen und Arbeiterbewegungen
1869 - 1881

1565 Sozialdemokratische Vereine
1874 - 1879

1566 Anordnungen gegen die Sozial-
demokratie 1878 - 1914

1569 Gemeingefährliche Bestrebungen
in der Sozialdemokratie
1880 - 1889

Statistik

1630 Erhebungen über den Schutz der
in Fabriken beschäftigten Frauen
und Minderjährigen 1873 - 1874

1633 Die in den Fabriken beschäftigten
Arbeiter (Statistik) 1879

1641 Arbeiterstatistik 1902/03

Sozialversicherung

1647 Vollzug des Gesetzes über die
Krankenversicherung der Arbeiter
1884 - 1901

1648 Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. 7. 1884
1884 - 1909

1650 Vollzug des Reichsgesetzes über
die Unfall- und Krankenversiche-
rung der in land- und forstwirt-
schaftlichen Betrieben beschäf-
tigten Personen 1888 - 1922

1652 Vollzug des Invaliden- und Alters-
versicherungsgesetzes
1890 - 1911

1653 Kranken- und Begräbniskasse des
Gewerkvereins der deutschen Fa-
brik- und Handarbeiter
1889 - 1905.

1654 Neufestsetzung der ortsüblichen
Tagelöhne und der durchschnitt-
lichen Tagelöhne nach §§ 8 und
20 des Krankenversicherungsgeset-
zes, sowie des durchschnittlichen
Jahresarbeitsverdienstes land- und

- | | | | |
|----------------------------------|--|------------------------------|--|
| | forstwirtschaftlicher Arbeiter
1901 - 1908 | | <i>Öffentliche Sittlichkeit, Sicherheit,
Gendarmerie</i> |
| 1655 | Vollzug des Invalidenversicherungsgesetzes; hier: Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten
1904 - 1913 | 5362 | Sozialdemokratische Umtriebe in Rögling
1896 |
| | | 5365 | Öffentliche Ruhe und Ordnung während der Revolution 1918/19; Gründung von Bürger- und Einwohnerwehren
1918 - 1921 |
| 2. Landratsamt Dillingen | | | |
| | <i>Öffentliche Sicherheit im Allgemeinen und Besonderen</i> | | <i>Krieg, Politik</i> |
| Neue Serie Nr. 3134 | Demokratisch-sozialistische Umtriebe
1850/51 | 5404 | Reichstagswahl 1919 |
| | | 5405 | Landtagswahl 1919 |
| 3. Landratsamt Donauwörth | | | <i>Krankenkassen</i> |
| | <i>Polizeisachen</i> | 5422 | Fabrikkrankenkasse Bäumenheim
1885 - 1914 |
| Alte Serie Nr. 1046 | Demokratisch-sozialistische Umtriebe im Landgericht Monheim
1851 - 1853 | 5423 | Fabrikkrankenkasse der Zementfabrik Märker in Harburg
1902 - 1909 |
| Neue Serie Nr. | | | <i>Allgemeine Landespolizei: Öffentliche Sicherheit und Ordnung</i> |
| | <i>Versammlungen und Vereinswesen</i> | 6654 | Unterstützung des Vereins für Arbeiterkolonien in Bayern
1900 - 1936 |
| 2321 | Vollzug des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie
1878 | | <i>Allgemeine Landespolizei: Gewerbe</i> |
| | <i>Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, Arbeiterschutz, Sonntagsarbeit, Arbeitsordnungen, Fabriken</i> | 6686 | Maßnahmen zur Beschäftigung von Arbeitern; Forstarbeitsausschüsse
1922 - 1928 |
| 4219 | Vornahme von Erhebungen zur Erörterung der Frage über den Schutz der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen
1874 | 4. Landratsamt Füssen | |
| 4220 | Erhebung über die Fabriksschulen
1879 | | <i>Wahlen für den Landtag, Landrat, Distriktsrat, zum Reichstag</i> |
| 4223 | Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Feiertagen
1885 | 2843 | Die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung
1919 |
| 4224 | Verbesserung des Lehrlingswesens
1882 | | <i>Vollzug der Dienstbotenverordnung</i> |
| 4226 | Erhebungen über die in Fabriken und größeren Gewerbebetrieben bestehenden Einrichtungen zum Besten der Arbeiter
1872 | 4067 | Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft, Landflucht
1919 |
| 4227 | Enquête über die Arbeitsverhältnisse
1875 | | <i>Sonstige auf Industrie, Gewerbe und Handel bezug habende Gegenstände</i> |
| | | 4204 | Maßnahmen zur Beschäftigung von Arbeitern
1866 |

- | | | | |
|--------------------------------|---|------|--|
| 4205 | Sammlung von Notizen über Arbeiterrein- und -ausstellungen
1872 | | der Sozialdemokraten, hier: Sammlung der bezüglichen Entschließungen über Ausweisungen von Sozialdemokraten
1885 - 1918 |
| 4206 | Bewilligung von Überarbeit durch Arbeiterinnen
1895 | 4011 | Agitation der Linksradikalen in Stadt und Bezirk Günzburg 1923 |
| 4213 | Erlassung von Arbeitsordnungen im Amtsbezirk
1892 | | <i>Rechtspflege; Standesamtswesen; öffentliche Sicherheit und Ordnung</i> |
| 4215 | Vollzug des Hausarbeitergesetzes vom 20. XII. 1911
1912 | 4181 | Verordnung für Soldatenräte, Arbeiter- und Bauernräte
1918 - 1919 |
| 4218 | Arbeiterschutz in den Gemeinden Buching, Eisenberg, Enzenstetten, Eschach, Füssen, Hopfen, Hopferau, Lechbruck, Nesselwang, Pfronten, Rieden, Roßhaupten, Rückholz, Schwangau, Seeg, Trauchgau, Weißensee, Zwieselberg; Arbeiterschutz, Allgemeines
1928 | | <i>Fürsorge, Jugendwohlfahrt, Sozialversicherung</i> |
| 5. Landratsamt Günzburg | | 5554 | Neufestsetzung des ortsüblichen Tagelohnes nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes
1906 |
| 2908 | Umtriebe, Versammlungen, revolutionäre politische Schriften etc.
1846 - 1903 | 5555 | Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen
1895 - 1901 |
| 2920 | Sozialdemokraten, Sozialdemokratie
1879 - 1890 | 5556 | Änderung des Statuts der Krankenkassa für die Fabrik der Firma Bayer. Wollfilzfabrik AG in Wasserburg
1903 - 1904 |
| 2921 | Gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokraten
1878 - 1882 | 5558 | Änderung des Statuts der Krankenkassa für die Fabrik der Firma Felix Schöller Söhne & Co. in Offingen
1903/04 |
| 2922 | Desgl.
1883 - 1887 | 5559 | Änderung des Status der Krankenkassa für die Filzfabrik Offingen
1903/04 |
| 2929 | Arbeiterkolonien
1897 - 1900 | 5560 | Röfingen, Errichtung einer Betriebsfabrikkrankenkasse
1894/95 |
| 2930 | Streiks und Aussperrungen
1889 - 1928 | 5561 | Vollzug der Novelle zum Krankenversicherungsgesetze
1903 |
| 2938 | Demonstration, Spionage, Bolschewisten, Antisemiten, politische Umtriebe etc.
1914 - 1943 | 5564 | Neufestsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter
1906 - 1908 |
| 2940 | Revolutionäre Propaganda
1919 - 1930 | 5565 | Festsetzung des Durchschnittswertes der freien Wohnung der Ziegeleiarbeiter
1906 |
| 2962 | Roter Frontkämpferbund und Rote Jungfront
1926 - 1929 | 5566 | Festsetzung des Wertes der Naturalbezüge der Mühlenarbeiter im |
| 3003 | Ausländische, auch volksdeutsche Arbeitnehmer, Arbeitserlaubnis
1936 - 1940 | | |
| | <i>Verfassung und allgemeine Verwaltung</i> | | |
| 4009 | Vollzug des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen | | |

	Amtsbezirk Günzburg 1902 - 1908	6505	Wahl der geistigen Arbeiterräte 1919
5569	Festsetzung des Wertes der täglichen Kost eines Arbeiters beim Dreschereibetriebe 1907/08	6507	Arbeitsordnungen 1915 - 1941
		6508	Arbeitswidrige Vorkommnisse 1935 - 1941
5572	Vollzug des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. VI. 1883, hier: die freien Hilfskassen 1884 - 1909	6509	Arbeiteraussperrungen 1912
		6511	Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes in Augsburg 1900
5573	Errichtung einer Fabrikkrankenkasse der Bayer. Wollfilzfabrik AG Wasserburg 1890 - 1912	6512	Desgl. in Günzburg 1903 - 1921
		6513	Desgl. in Burgau 1901 - 1919
5575	Festsetzung der Naturalbezüge der in Brauereien beschäftigten Personen 1906	6514	Desgl. im Bezirk Günzburg 1922 - 1930
5596	Neufestsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter 1908	6515	Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern und Italienern in Ziegeleien 1895 - 1938
		6516	Arbeiterschutz; hier: Beseitigung von Tummelbäumen 1903 - 1954
5598	Neufestsetzung des ortsüblichen Taglohnes nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes 1908	6521	Erhebungen über die in Fabriken und sonstigen größeren Gewerbebetrieben bestehenden Einrichtungen zum Besten der Arbeiter 1873 - 1877
	<i>Land- und Forstwirtschaft; Jagd und Fischerei, Vermarktung</i>	6522	Vollzug der Gewerbeordnung, hier: Fabrikbetrieb in Offingen 1892
6163	Arbeitermangel in der Landwirtschaft 1918 - 1928	6523	Arbeitsordnung für die Schürzenfabrik von Emil Herbst, Filiale Leipzig 1910
	<i>Gewerbe und Industrie; Geldwesen, Handel und Verkehr; Energiewirtschaft</i>	6524	Fabrikordnung für die Filzfabrik Offingen 1898 - 1912
6496	Arbeitsvermittlungsamt 1925 - 1939	6525	Vollzug der Gewerbeordnung, hier: Fabrikbetrieb in Wasserburg, Fabrikordnung 1892 - 1917
6497	Zusammenstellung der landesbehördlichen Arbeiterschutzvorschriften 1898 - 1923	6526	Vollzug der Gewerbeordnung, hier: Fabrikbetrieb in Burgau, Fabrikordnung 1892 - 1901
6498	Gesetzliche Bestimmungen über Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen 1902	6527	Vollzug der Gewerbeordnung, hier: Fabrikbetrieb in Röfingen, Fabrikordnung 1892 - 1903
6499	Arbeitssuchende 1929 - 1935	6575	Enquête über Arbeitsverhältnisse 1875 - 1903
6500	Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, hier: Mitwirkung der Schulbehörden und des Lehrpersonals beim Gesetzesvollzug 1906 - 1937	6583	Gesuche um Genehmigung von Überstunden in der Beschäftigung von Arbeiterinnen gemäß § 138 a der Reichsgewerbeordnung 1892 - 1916
6501	Vollzug des Hausarbeitsgesetzes 1907 - 1942		

- 6584 Verlängerung der Arbeitszeit
1909 - 1939
- 6586 Errichtung von Arbeitergenossen-
schaften 1926
- 6636 Maßnahmen zur Beschäftigung von
Arbeitern 1902 - 1918

6. Landratsamt Illertissen

Sozialversicherung

- 1370 Krankenhilfsskassen in den Fa-
briken 1872
- 1374 Gesetz vom 15. VI. 1883 über die
Krankenversicherung der Arbeiter
1890 - 1917

Gewerbe

- 1407 Erhebungen über die in Fabriken
und sonstigen Gewerbebetrieben
bestehenden Einrichtungen zum
Besten der Arbeiter 1873
- 1414 Gewerbeordnung; Erhebungen
über die Beschäftigung gewerbli-
cher Arbeiter an Sonn- und
Feiertagen 1885 - 1903
- 1415 Arbeiterschutzgesetz für das
Deutsche Reich vom 6. VI. 1891
(Novelle zu Titel VII der Gewerbe-
ordnung) 1892 - 1907

7. Landratsamt Kaufbeuren (Abgabe 1957)

Rechtspflege, Standesamtswesen, öffentliche Sicherheit und Ord- nung

- 134 Die Arbeiterkolonien Simonsdorf
und Herzogsägmühle; Verein für
Arbeiterkolonien 1910 - 1935

Gewerbe und Industrie; Geldwe- sen, Handel und Verkehr; Energie- wirtschaft

- 354 Arbeitsvermittlung, Arbeitsämter,
Verteilung von Arbeitskräften,
landwirtschaftliche Dienstboten;
Nationale Arbeit in der Landwirt-
schaft, Ausländischer Arbeitseinsatz
1895 - 1942
- 355 Notstandsarbeiten, Arbeitsbeschaf-
fungsprogramm 1931 - 1938

8. Landratsamt Kempten

Reichstagswahlen, Volksabstim- mung

- 3485 Wahlen zur verfassunggebenden
deutschen Nationalversammlung
1918

9. Landratsamt Krumbach

Polizei: Sicherheit

- 556 a Vereine und Verbindungen, All-
gemeines und Einzelnes: u. a.
Statuten der Allgemeinen deut-
schen Arbeiterschaft 1843 - 1917

Gewerbe

- 570 Erhebungen über die in Fabriken
und größeren gewerblichen Be-
trieben bestehenden Einrichtun-
gen zum Besten der Arbeiter;
Berichte über die Verhältnisse
der beschäftigten Frauen und
Minderjährigen 1873/74
- 571 Revision gewerblicher Anlagen
und Berichte hierüber
1881 - 1904

Versicherung

- 626 Vollzug des Unfallversicherungs-
gesetzes 1884 - 1886
- 627 Vollzug des Invaliditäts- und Al-
tersversicherungsgesetzes
1892 - 1904
- 628 Festsetzung des jährlichen Durch-
schnittsarbeitsverdienstes der land-
und forstwirtschaftlichen Arbeiter
1906
- 3622 Krankenfürsorge für die bei der
Staatsforstverwaltung beschäftig-
ten Arbeiter 1899 - 1909
- 3623 Betriebskrankenkasse der AG für
elektrotechnische Unternehmungen
in München 1899 - 1914
- 3624 Vollzug des Gemeindekranken-
versicherungsgesetzes; hier: Neu-
festsetzung der ortsüblichen Tage-
löhne 1906
- 3625 Desgl. 1908

- 3626 Neufestsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter 1908
- 3629 Krankenversicherungskasse der Arbeiter der mechanischen Weberei Landauer, nun Steiger & Deschler in Hürben 1884 - 1912

10. Landratsamt Lindau

- Polizei*
- 990 Demokratisch-sozialistische Umtriebe 1851 - 1857

Die Abgabe von 1954 befindet sich zur Zeit in Neuordnung; bei den im folgenden angegebenen Signaturen handelt es sich um provisorische Nummern, doch sind die Akten nach den angeführten Titeln im künftigen Verzeichnis leicht zu finden.

- 1858 Arbeitsordnung für das Säge- und Hobelwerk und die Kistenfabrik Josef Wiedemann in Ihlingshof, Gemeinde Oberreute 1907
- 1852 Desgl. für die Tüllfabrik Kintzinger u. Schmückle in Lindau 1909
- 1854 Arbeitsordnung des Sägewerks Friedrich Brombeiss in Reutin 1913
- 1862 Desgl. für das Zeppelinwerk Reutin 1917
- 1845 Desgl. für die Milchfabrik Rickenbach (Nestle) 1892 - 1909
- 1855 Desgl. für das Baugeschäft August Gut in Rothkreuz 1913
- 2862 Arbeiter-Unterstützungsverein in Wasserburg (Bodensee) 1869 - 1879
- 1842 Arbeitsordnung der Firma Stromeyer & Co. in Weiler 1892 - 1922
- 1853 Arbeitsordnung der Strohhutfabrik Seeberger & Co in Weiler 1899
- 1868 Arbeitsordnung der Strohhutfabrik Milz & Karg in Weiler 1909/10
- 452 Verein für Arbeiterkolonien in Bayern 1887 - 1936
- 376 Kommunistenherrschaft 1919/20; Kommunistische Umtriebe 1933; Beschlagnahme des Vermögens der SPD 1933
- 2781 Arbeitseinstellungen durch Streiks, Betriebsabbrüche oder Stilllegungen 1889 - 1929
- 1977 Beschäftigung jugendlicher Arbeiter; Arbeitsordnung, Arbeitszeit für galizische Arbeiterinnen an Samstagen 1890 - 1920
- 1979 Arbeiterschutz in der Tabakindustrie; Erlasse, Bestimmungen 1903
- 2775 Schlichtungsausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten 1920 - 1927
- 2051 Arbeitsordnungen für die Strohhutindustrie im Amtsbereich 1922 - 1935
- 2842 Statistik der gewerblichen Betriebe und Ermittlungen über stillgelegte Fabriken 1917 - 1937
- 7 Verhältnisse in Bayern nach dem Ende des Ersten Weltkriegs; Arbeiter- und Soldatenrat 1918 - 1928
- 1019 Volksaufklärung, Kriegsvorträge, Volksstimmung, Feindpropaganda, Bolschewistische Umtriebe u. a. 1916 - 1921
- 2797 Arbeitsbeschaffungsprogramm, bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1933 - 1937

11. Landratsamt Marktoberdorf

Versicherungswesen

- Neue Serie Nr. 2483 Vollzug des Invalidenversicherungsgesetzes 1900

Nachtrag:

- Neue Serie Nr. 2788 Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrat 1919

12. Landratsamt Memmingen

Sicherheit, Vereine

- 6447 Die sozial-demokratische Arbeiterbewegung 1880 - 1914

- | | | | |
|-----------------------------------|---|----------------------------------|---|
| | <i>Industrie, Handel und Gewerbe</i> | | <i>Allgemeine staatliche Verhältnisse, Wahlen</i> |
| 8028 | Erlaß von Arbeitsordnungen; Lohnzahlungen (Sammelakt) 1907 - 1925 | 1292 | Volksstaat Bayern 1918 |
| 8222 | Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien 1897 - 1938 | | <i>Öffentliche Ruhe und Ordnung</i> |
| | <i>Gewerbliche Fürsorge, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen</i> | 1309 a | Die anarchistische Bewegung 1898 |
| 9690 | Vollzug der Arbeitsschutzvorschriften im Allgemeinen 1892 - 1938 | | <i>Vereinswesen</i> |
| 9691 | Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen 1892 - 1910 | 1349 | Vollzug des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten 1878 |
| 9692 | Vollzug des Reichsgesetzes vom 30. III. 1903, die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben betr. 1903 - 1938 | | <i>Gewerbswesen im Allgemeinen</i> |
| 9697 | Stilllegungshilfe 1944 | 4479 | Vollzug des Bauunfallversicherungsgesetzes; hier die Unfallversicherung der Bauarbeiter der Gemeinden u. Distrikte 1894 |
| 13. Landratsamt Mindelheim | | 16. Landratsamt Sonthofen | |
| | <i>Handhabung der öffentlichen Sicherheit im Allgemeinen; Volksstimmung, Politik</i> | | <i>Gewerbewesen</i> |
| 4212 | Verbot marxistischer Organisationen; hier: KPD, SPD u. a. 1933 - 1941 | 2751 | Revision gewerblicher Betriebe; Beschäftigung jugendlicher Arbeiter; Sicherungsvorkehrungen in gewerblichen Betrieben 1870 - 1903 |
| 14. Landratsamt Neuburg | | | <i>Landesverweisungen, Zigeunerbanden</i> |
| | <i>Parteien, Vereine, Presse</i> | 3110 | Vollzug des Reichsgesetzes v. 21. X. 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie; hier: Quartalsberichte 1878 |
| 6781 | Kommunistische Partei 1924 - 1937 | | <i>Allgemeine Landespolizei: Sicherheit - politische Vereine</i> |
| 6781 a | Vertrauliche Mitteilungen über Presseüberwachung, Militärwesen, Schulwesen, Demokratische Parteien, Arbeiterbewegung 1864 - 1869 | 3685 | Sozialdemokratischer Verein Immenstadt 1909 |
| 15. Landratsamt Nördlingen | | 3694 | Sozialdemokratischer Verein Blaichach 1914 |
| | <i>Gewerbswesen im Allgemeinen</i> | | <i>Gewerbe, Industrie und Handel</i> |
| 1242, 1243 | Zentralisierung des Arbeitsnachweises (Arbeitsämter) 1896 - 1898 | 4198 | Arbeitsvermittlung, Arbeitsnachweisstellen 1895 |
| 1244 | Die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes, und des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter 1901 | | <i>Fabrikwesen, Errichtung von Fabriken</i> |
| | | 4226 | Arbeiterbeförderung zwischen Immenstadt und Blaichach 1917 |

- Verhältnisse der Fabrikarbeiter*
- 4227 Arbeiterordnungen im Amtsbezirk 1892
- 4228 Arbeitseinstellungen (Streiks) 1902
- 4229 Errichtung eines Arbeitsamtes in Immenstadt 1918
- 4230 Vollzug des Betriebsrätegesetzes 1919
- 4231 Schlichtungsausschüsse 1919
- Lokalarmenwesen; Vollzug des Gesetzes vom 29. April 1869*
- 4266 Unterstützung des Vereins für Arbeiterkolonien in Bayern 1893

17. Landratsamt Wertingen

- Wahlen zum Reichstag, Landtag, Landrat, Volksabstimmung*
- 1956 Wahlen zum bayerischen Landtag und zur deutschen Nationalversammlung 1918/19
- Parteien, Vereine*
- 2046 Vollzug des Sicherheitsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten 1878 - 1898
- 2049 Vollzug des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie: Aufsicht auf die Presse, Spionage mit deutschen Pässen u. a. 1900 - 1915
- Gewerbe*
- 2454 Erhebungen über den Schutz der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen 1877 - 1893

18. Bezirksamt Zusmarshausen (1929 aufgehoben)

- Gesundheitswesen, Krankenpflege, Hygienische Einrichtungen*
- 2070 Vollzug des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Ar-

beiter; hier die Gemeindekrankenversicherungen 1883 - 1911

- 2072 Vollzug des Gesetzes über die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen 1888
- 2073 Vollzug des Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen; hier: Festsetzung des Arbeitsverdienstes und Wertanschlag der Naturalbezüge 1888 - 1918

III. LOKALBEHÖRDEN

1. Hüttenamt Sonthofen

Das im 16. Jahrhundert entstandene Hüttenwerk des Fürstbischofs von Augsburg in Sonthofen fiel mit dem Hochstift 1802 an den bayerischen Staat. 1862 wurde es in eine Eisengießerei umgewandelt.

Der Bestand enthält hauptsächlich Material zur technischen Betriebsführung, zum Absatz der Erzeugnisse u. ä. Zur Arbeiterfrage finden sich folgende Akten:

- 1078 Strecker und Puddler 1844 - 1855
- 1079 Aufnahme und Dienst der Hochofenarbeiter
- 1080 Prämien für Arbeiter 1851 - 1855
- 1081 Lohnabzüge der Berg- und Hüttenarbeiter
- 1082 Aufnahme hier nicht heimatberechtigter Arbeiter im Spital zu Sonthofen 1853 - 1859
- 1083 Regulierung der Walzerlöhne 1857
- 1084 Auflassung des Hüttenwerkes Halblech; hier: Erwerbung von Hüttenarbeitern für Ärarial-Zwecke 1857/58
- 1086 a Ausbildung von Hüttenarbeitern zum Aufsichtsdienst 1906/07

THE LABOUR PARTY ARCHIVES*

By Irene Wagner

In March 1967 it was decided to list the very considerable amount of material held by the Labour Party and relating to the history of this party. The collection includes a vast variety of items of which the most important ones are: minutes of the executive committee and the National Council of Labour (the organisation which brings the Labour Party, the Trades Union Congress and the Co-operative Movement together); minutes of various sub-committees; minutes of a number of ad hoc committees set up by the party, sometimes in co-operation with bodies closely associated with the party; drafts and working papers and a vast amount of correspondence, much of it with foreign Socialists.

The material had been kept in a variety of containers, most of them stored in a strong room in the basement of Transport House, the headquarters of the Labour Party. Some of the material had to be stored in other places at the headquarters and some of it is still with the departments from whom it emanated or to the work of which it relates. Two professional archivists were put at our disposal by the Historical Manuscripts Commission (a government organisation which has the task of listing archives of National importance), and I would estimate that they have so far dealt with 60 % of our material. This service, however, has now been withdrawn and there is a member of the library staff trained in this field, who will continue listing, though unavoidably at a slower rate. Before the listing started, the archives were, with very few special exceptions, not open to anyone, be he researcher or politician. In fact, any serious research work would have involved a fantastic waste of time. As listing has progressed, an increasing number of scholars have been making use of the material, so much so, that we are having some difficulties in accomodating them, particularly during academic vacations. Quite a number of our visitors are making use of even that part of our archives, which is as yet not listed; however, much of the material which falls under this heading, happens to be more manageable technically.

It is impossible to foretell when the listing will be completed. Among the reasons for this uncertainty the following may be mentioned: regional and local party archives and collections are put into our custody in increasing numbers. The same applies to collections of correspondence and papers held by the families of deceased Labour politicians; some of these accessions are very large and the rate at which such material comes in, is quite unpredictable.

The Labour Party was founded in 1900 (under the name of Labour Representation Committee; present name since 1906) and was preceded by various smaller political groups. The most important of these, the Independent Labour Party (formed in 1893) was part of the Labour set-up from 1900 - 1932. The material held in our archives extends to the "pre-foundation period", though for this era it is somewhat sporadic. There are a number of letters from William Morris, the artist and Labour Pioneer who died before the party was formed. Much material on the Independent Labour Party (though there were serious losses due to bombing during World War II) and other pioneer organisations is held by the surviving ILP nucleus in Bristol and is in the process of being listed. There are very good

* Transport House, Smith Square, London, S.W.1.

personal contacts between our two enterprises, which is very important as a large amount of the material on the early stages of Labour political organisation, overlaps.

For the earliest periods, there is some material relating to Trade Unionism which includes the only references found so far, to long extinct draft unions.

Of the greatest interest is the complete set of Minutes of the National Executive Committee from 1900 onwards (there is the usual limitation of access, which, however, covers the last 15 years only). These minutes are supplemented by the working papers of the party's various departments and sub-committee minutes, which were discussed at Executive Committee meetings.

During the course of its existence, the Labour Party set up a number of advisory committees, very often manned by very distinguished members indeed. The minutes of these advisory committees are very largely extant. Of considerable interest are the memoranda discussed at such meetings.

Probably the largest collection of letters has been accumulated in the early stages of the Party. Letters emanating from and received by the International Department are of very great interest to our many overseas researchers.

Among the collection of papers relating to ad hoc committees set up by the Party (often in co-operation with associated outside organisations) thereof, the War Emergency Workers' National Committee deserves special mention. This committee was set up to protect the interests of the working class on matters such as employment, wages and conditions of work, and service and supply of essential commodities during World War I. This material has already proved to be of outstanding value to students of politics, economics and sociology.

An interesting survival in our keep, are the records of the "Consumer Council". This was established as a consultative body in 1918 to "enlist the co-operation of the organised working-classes and the co-operative movement in the gigantic task which lay before the ministry (food)". The problems with which the council had to deal, primarily the control of increasingly scarce foodstuffs, were similar to those with which the War Emergency Workers' National Committee were concerned (see above) and there is a close relationship between certain parts of the two groups of records.

Another fascinating collection are the papers of the "Labour and Russia Council of Action". This represented the Parliamentary Committee, the Trades Union Congress, the Labour Party Executive and the Parliamentary Labour Party. It was formed as a joint conference of representatives in August 1920 and was empowered "to use all the resources at the disposal of Labour to prevent the British nation from being plunged into war, and by all means open to them, to restore peace to the world". The papers show that the movement nationally lost its impetus once the immediate threat of British involvement on the side of Poland in her conflict with the USSR was removed and the resumption of trading with the USSR seemed in prospect. Draft resolutions show the various stages in the making of policy documents, which stated from time to time, and in particular before General Elections, the Party's position.

We are also holding all the material relating to the conduct and result of election campaigns from 1945 onwards. (Much published material on elections is found in the library from 1906 onwards.)

Another subject of interest to researchers is Colonialism/Imperialism, in which field the papers of the "Advisory Committee on Imperial Questions" have proved very illuminating.

Our collection of documents of the Socialist and Labour International, which seems to supplement the collection in Amsterdam, is very frequently consulted. So is the correspondence with Socialists in exile: Italians, Spaniards, Germans, Austrians, Socialists from all countries occupied during World War II and Socialists who become victims of the "Cold War".

It would be tedious to mention all aspects of our collection, but it may be of interest to mention, that we hold (very safely) a letter from Lenin, thanking the Labour Party for a financial contribution to the illegal Bolsheviki. Also we have a number of letters from members of various committees, including some from G. B. Shaw, Leonard Woolf and of course all the famous political names like Kweir Hardie, Hyndman, the Webbs, McDonald and many others.

What makes our archives so specially interesting to the users is that we have archival as well as published material available at the same time. There are the printed protocols of the Socialist International and at the same time we are able to supply working papers and correspondence. There are the draft resolutions, policy documents as background to the manifestos the party published. It would be too tedious to list all our collections here. Those who are really interested make their way to London to consult the indices and lists we have, or ask for help in some way or another. Soon our material will be in microform, and we hope that the acquisition of the films by foreign establishments will cut down on the, so far, necessary visits to London.

DER NACHLASS OTTO SUHRS IM BERLINER LANDESARCHIV*

Von Siegfried Mielke

Otto Suhr wurde am 17. August 1894 in Oldenburg geboren. Er studierte (mit Unterbrechung während der Kriegszeit) von 1914 bis 1920 in Leipzig Volkswirtschaft, Geschichte und Zeitungswissenschaften. Nach Abschluß des Studiums ging er als Pressereferent zur Reichszentrale für Heimatdienst und in gleicher Eigenschaft zum Hessisch-Nassauischen Oberpräsidenten nach Kassel. Seine politische und insbesondere gewerkschaftliche Tätigkeit beginnt mit der Wahl zum Arbeitersekretär der Ortsgruppe Kassel des ADGB und zum Vorstandsmitglied der Kasseler SPD.

1925 vom Vorsitzenden der freien Angestelltenverbände, Siegfried Aufhäuser, nach Berlin gerufen, baute Otto Suhr beim Afa-Bund die erste wirtschaftswissenschaftliche Stelle in der Gewerkschaftsbewegung auf, ein Novum der "direkten Koordinierung von Arbeit und Wissenschaft",¹ das bald vom ADGB und den christlichen Gewerkschaften übernommen wurde. Während dieser Jahre verscrieb sich Otto Suhr ganz der gewerkschaftlichen Arbeit, die ihm – so Susanne Suhr – "fruchtbarer, aufbauender, progressiver, weniger von den inneren Kämpfen und äußeren Hemmungen zerrissen als die parteipolitische Arbeit" erschien und auch "produktiver im unmittelbaren Sinne als rein wissenschaftliche Arbeit".²

Nach der Liquidierung des Afa-Bundes am 30. März 1933 ging Otto Suhr in die innere Emigration und wurde freier Mitarbeiter insbesondere der "Frankfurter Zeitung", nahm an der illegalen Gewerkschaftsarbeit³ und den vorbereitenden Besprechungen des Widerstandskreises vom 20. Juli⁴ teil.

Nach dem Zusammenbruch arbeitete Suhr zunächst in der "Zentralverwaltung für Industrie", in der ihm die Abteilungen für Papier, Holz, Glas, Kunststoff, Baustoffe usw. unterstellt waren. Er beteiligte sich im Juni 1945 an der Neugründung der SPD und der Einheitsgewerkschaft. Nach dem Votum der SPD der Westsektoren Berlins vom 31. März 1946 gegen die Verschmelzung von KPD und SPD wurde Otto Suhr erster Generalsekretär der Berliner SPD. Im November 1946 wurde er einstimmig zum Vorsteher des Gesamtberliner Parlaments gewählt. Er war Mitglied des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee, des Parlamentarischen Rates und des ersten deutschen Bundestages und – zusammen mit Louise

* Außer dem sehr ausführlichen Findbuch (incl. Vorwort), das eine Würdigung der verschiedenen Nachlaßteile beinhaltet, gibt es bisher lediglich knappe Übersichten aus der Feder des Verfassers (*Berliner Stimme* vom 29. 6. 1968) und Hans J. Reichhardts (*IWK*, Jg. 1969, H. 9, S. 75 f.). Einen guten Überblick über das Werk Otto Suhrs bietet *Otto Suhr. Eine Auswahl aus Reden und Schriften*. Mit einer biographischen Einleitung von Susanne Suhr, Tübingen 1967 (vgl. die Rezension des Verfassers in *Berliner Stimme* vom 22. 6. 1968, S. 8, sowie die von O. H. v. d. Gablentz in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 124 [1968], H. 4, S. 821 ff., und von Peter Lösche in *IWK*, Jg. 1968, H. 7, S. 90 ff.). Aufbewahrt wird der Nachlaß Otto Suhrs im Berliner Landesarchiv, 1 Berlin 12, Straße des 17. Juni Nr. 112.

1 *Otto Suhr. Eine Auswahl aus Reden und Schriften* . . . , S. 13.

2 *A. a. O.*, S. 13 f.

3 *A. a. O.*, S. 19.

4 *A. a. O.*, S. 21.

Schroeder – Lizenzträger des SPD-Organs „Der Sozialdemokrat“ und Herausgeber der Zeitschrift „Das sozialistische Jahrhundert“ (1946-1949). Seine Tätigkeit als Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, die er seit 1948 ausübte, endete mit der Ernennung zum Regierenden Bürgermeister im Januar 1955. Kurz vor seinem Tode am 30. August 1957 erfolgte seine Wahl zum Bundesratspräsidenten. Über Otto Suhrs Werdegang und Tätigkeit nach 1945 geben insbesondere die Bände 12-19, 39 und 41 des Nachlasses Auskunft, die seine Reden, Vorlesungen, Schreiben und Artikel enthalten, ferner die Bände 69-73, in denen zahlreiche Interviews, politische Leitartikel Suhrs und Zeitungsausschnitte über seine Tätigkeit zusammengefaßt sind.

Der Nachlaß von Otto Suhr wurde Anfang 1968 von Susanne Suhr und dem Verfasser provisorisch geordnet und im März 1968 an das Landesarchiv Berlin abgegeben. Er umfaßt neben schriftlichen Unterlagen Photographien, Filmaufnahmen und Tonträger. In Anlehnung an das vom Verfasser erarbeitete Schema wurde er vom Landesarchiv detailliert aufgeschlüsselt und mit einem Vorwort versehen. Die Aufschlüsselung erfolgte in erster Linie nach chronologischen bzw. organisatorischen und nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, da man ansonsten – worauf im Vorwort zum Findbuch verwiesen wird – den Nachlaß „in Hunderte von Einzelfällen [hätte] aufspalten“ müssen.⁵ Die Nachteile der Bildung von „Betreffakten“ werden im wesentlichen durch die umfangreichen „Enthält-Vermerke“ der einzelnen Bände, die eine Aufschlüsselung der Inhalte nach ihrem Bedeutungsgrad erlauben, aufgehoben. Der derzeitige Gesamtbestand im Landesarchiv umfaßt 91 Bände plus Schrifttum. Grob aufgeschlüsselt stellt sich der Nachlaß wie folgt dar:

- A: Artikel und Veröffentlichungen 1920 - 1944, Bände 1-11
- B: Reden, Vorlesungen und Artikel 1946 - 1957, Bände 12-28
- C: Deutsche Zentralverwaltung für Industrie 1945 - 1946, Bände 29-32
- D: Berliner Politik 1945 - 1957, Bände 33-41
- E: SPD 1945 - 1957, Bände 42-60
- F: Die Wissenschaft von der Politik 1948 - 1957, Bände 61-68
- G: Zeitungen und Zeitungsausschnitte sowie „in memoriam“ 1946 - 1967, Bände 69-81
- H: Mitgliedschaft in Institutionen 1949 - 1957, Bände 82-87
- I: Korrespondenzen 1945 - 1957, Bände 88-91
- K: Schrifttum

Der Nachlaß ist keineswegs vollständig zu nennen. Der weitaus größte Teil der Unterlagen aus der Zeit vor 1945 ging Anfang 1945 bei der Ausbombung verloren. Unterlagen zur Gewerkschaftsbewegung nach 1945, über die Verhandlungen in Herrenchiemsee und über Otto Suhrs Tätigkeit als Generalsekretär der Berliner SPD befinden sich noch in den Händen von Frau Susanne Suhr. Die übrigen, ans Landesarchiv abgegebenen Teile des Nachlasses lassen erkennen, daß sie in der Regel nicht planmäßig gesammelt wurden. Zahlreiche Reden liegen, da Otto Suhr häufig frei sprach, lediglich im Telegrammstil, in Form von Manuskriptzetteln vor.

1.) Materialien zur politischen Theorie

Hinweise zur politischen Theorie, vor allem zur Theorie der Demokratie, des Sozialismus und Marxismus, enthalten insbesondere die Veröffentlichungen Otto Suhrs aus der Zeit vor 1933 (Abschnitt K) und aus den Jahren 1945 - 1949.

⁵ Findbuch (Entwurf) zum Nachlaß von Otto Suhr, S. 1.

Otto Suhrs Kampf galt einer gleichermaßen sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung. In einem programmatischen Artikel in der ersten Nummer der von ihm gegründeten und herausgegebenen Zeitschrift "Das sozialistische Jahrhundert" führt er hierzu aus: "Echte Freiheit ist . . . auf die Dauer für die Gesamtheit nur gewährleistet, wenn auch die Sicherheit der materiellen Existenz verbürgt ist. Nur wo Sicherheit und Freiheit miteinander verbunden sind, herrscht auch Gerechtigkeit, sind die Voraussetzungen für die Demokratie gegeben."⁶

Für sein Streben nach Freiheit und Demokratie in Verbindung mit Gerechtigkeit und materieller Sicherheit schien ihm nach 1945 der bereits früher propagierte Weg der sozialistischen Planwirtschaft praktikabel, wobei er sich der Schwierigkeit ihrer Verwirklichung durchaus bewußt war: "Die Planwirtschaft kann die Sicherheit verbürgen – aber auch die Freiheit? Jede Planung und Lenkung bedarf eines Apparats, jeder Apparat bringt die Gefahr einer Machtausnutzung für fremde Zwecke mit sich . . . Das Problem der freiheitlichen Organisation ist bisher nicht gelöst, die Synthese zwischen Zwang und Freiheit noch nicht gefunden." Den Trend des Jahrhunderts sieht er 1946 vorgezeichnet durch den "Umschmelzungsprozeß von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das 20. Jahrhundert ist der Vollstrecker des sozialistischen Testaments des 19. Jahrhunderts – jetzt muß der Schritt von der Idee zur Wirklichkeit vollzogen werden. Aber die Lehre von Karl Marx, so sehr sie als Richtschnur gelten kann, darf dennoch für das politische Handeln nicht zum Dogma werden; sie enthält weder ein Rezept für die Tagespolitik, noch lassen sich aus den Erkenntnissen des vorigen Jahrhunderts unmittelbare politische Entscheidungen für morgen schlußfolgern." Otto Suhr bekennt sich zum "Marxismus als einem System der Nationalökonomie und der Soziologie" und sieht in ihm den "wissenschaftlichen Versuch der Sinndeutung von Wirtschaft und Gesellschaft", lehnt ihn aber als Weltanschauung ab.⁷

Wesentliches Ziel seiner theoretischen Überlegungen ist es, Maximen sozialistischen Handelns zu entwickeln. "Eine solche Maxime einer sozialistischen Gesellschaftsraison setzt aber die Erkenntnis der Ziele voraus. Beide Aufgaben, eine Maxime des Handelns und eine Herausarbeitung der Ziele, hatte für seine Zeit und für Jahrzehnte das kommunistische Manifest erfüllt. Was nun heute nottut, ist ein ähnliches sozialistisches Manifest." In dem "konkretisierten Inhalt der Menschheitsideale: der Freiheit, der Gerechtigkeit und als drittes der Sicherheit, nicht nur der ökonomischen, sondern auch der geistigen Sicherheit" und in "ihrer Rangordnung und wechselseitigen Verflechtung" scheint ihm eine "sozialistische Weltanschauung zum Ausdruck zu kommen" und eine "Maxime des Handelns gegeben zu sein".

Einige interessante Aussagen zu dieser Frage enthalten die "Gedruckten Materialsammlungen von sozialistischen Tagungen" (Band 60). Das gilt insbesondere für die Tagung sozialdemokratischer Wissenschaftler am 15./16. März 1952 in Bonn zum Thema "Möglichkeiten der Hilfe sozialistischer Forscher für Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegung", an der u. a. Wolfgang Abendroth, Martin Draht, Gert v. Eyern, Otto Stammer, Otto Suhr und Gerhard Weisser teilnahmen. In den Unterlagen der August-Bebel-Stiftung

6 *Die große Linie*, in: *Das sozialistische Jahrhundert*, Jg. 1 (1946/47), H. 1, NL K (Schrifttum). Dort auch die folgenden Zitate.

7 *Situation und Aufgabe des Sozialismus*. Referat auf der Arbeitstagung des Sozialistischen Jahrhunderts am 30. 11. 1947, NL Bd. 28, abgedruckt in: *Otto Suhr. Eine Auswahl aus Reden und Schriften . . .*, S. 293 ff. Dort auch die folgenden Zitate.

(Band 58), deren Zweck u. a. die Sammlung sozialistischer Dokumente und die Schulung des Nachwuchses, insbesondere dessen Bekanntmachung mit dem "Gedankengut des demokratischen Sozialismus" war, befindet sich dagegen kein Material zur Theoriediskussion.

2.) Gewerkschaftsbewegung

Aus den oben genannten Gründen, insbesondere durch Ausbombung, finden sich über Suhrs Gewerkschaftstätigkeit in Kassel nur wenige Belege, und zwar Beiträge im "Casseler Volksblatt" (Band 1). Die Reden und Auszüge aus Schriften (Band 1 und Abschnitt K), die in den Jahren nach 1925 entstanden, z. B. "Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft", "Die internationale Krisis des Monopolkapitalismus", "Wirtschaftspolitik im Rahmen der Planwirtschaft", stecken den Rahmen der gewerkschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Tätigkeit Otto Suhrs recht gut ab. Sie zeugen von seinem Bemühen, die Gewerkschaften in der "Phase des Monopolkapitalismus" über ihr bisheriges Aktionsfeld hinaus zu aktiver Wirtschaftspolitik zu bewegen. Die von Otto Suhr 1925 - 1933 in den Afa-Jahrbüchern und in der Monatsschrift "Weg der Wirtschaft" publizierten Beiträge sind nicht im Nachlaß vorhanden.

Eine noch bei Frau Susanne Suhr befindliche Akte über Otto Suhrs Gewerkschaftstätigkeit nach 1945 enthält insbesondere über 130 Zeitungsausschnitte aus mehr als einem Dutzend Berliner Zeitungen über die Differenzen im FDGB, die 1947 zur Bildung der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) und 1948 zu deren Abspaltung vom FDGB führten. Neben den Zeitungsausschnitten befinden sich in der genannten Akte ein Brief des FDGB-Vorsitzenden von Großberlin an Otto Suhr vom 4. Januar 1947, drei Manuskripte von Reden Otto Suhrs vor Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären aus den Jahren 1946/47, eine Broschüre des FDGB mit dem Titel "Die Schuldigen an der Spaltung der Gewerkschaft von Großberlin", ein Delegiertenverzeichnis des 2. Bundestages der UGO vom 8. Mai 1950 und andere Unterlagen zum Thema UGO. Daneben enthält die Akte Zeitungsausschnitte und Notizen Otto Suhrs zur Weltgewerkschaftsbewegung und zur Abspaltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (heute IBFG) vom Weltgewerkschaftsbund; ferner einige Denkschriften des DGB, den Geschäftsbericht 1946 des FDGB von Großberlin und anderes mehr.

Hinweise auf die Gewerkschaftsbewegung befinden sich in den Bänden 25 (Reden, Vorträge, Vorlesungen), 55 (Informationen über die Betriebsrätewahl und die Entwicklung eines Berliner Betriebsverfassungsgesetzes), 61 (Materialien zu Vorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik zu "Geschichte und Funktionen der sozialen Organisationen") und 85 (Schriftwechsel, u. a. mit dem DGB-Vorsitzenden Böckler und mit der DGB-Zentrale).

3.) Sozialdemokratische Partei

Besonders umfangreich sind die Materialien zur SPD, insbesondere die Bände 42-60. Die Bände 42-48 enthalten in der Hauptsache Protokolle von Sitzungen der Fraktion und des Fraktionsvorstandes, der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Abgeordnetenhauses, ferner des Landesausschusses der Berliner SPD sowie Protokolle gemeinsamer Sitzungen der Fraktionsorgane mit dem Landesausschuß, dem Landesvorstand und dem Parteivorstand. An einzelnen Sitzungen der Fraktionsgremien und des Landesausschusses nahmen auch Vertreter der Bezirksverordnetenfraktionen teil. Die Protokolle der Fraktion und des Landesausschusses liegen von November 1946 bis Anfang 1957 (bis auf die Monate September 1948 bis Februar 1949) vollständig vor und vermitteln nicht nur einen guten Ein-

blick in den Entscheidungsprozeß in den genannten Partei- und parlamentarischen Gremien der SPD, sondern auch in alle Sachfragen, die in den genannten Jahren zur Behandlung anstanden. Band 49 enthält Materialien von SPD- und KPD-Gremien zur Einheitsfrage sowie Kommentare und Berichte ausländischer Zeitungen über die SPD und ihre Parteiführer. Band 50, betitelt "Materialien zur SPD-Politik in Berlin, 1945-57, 1962", enthält u. a. Manuskripte Otto Suhrs zu Referaten auf Partei- und Funktionärstagen der Jahre 1945 - 1948, 1951, 1954 und 1957, vereinzelte Protokolle und Kommuniqués von SPD-Bundesparteitagen und des Parteivorstandes sowie eine Dokumentation zum Fall des Bezirksbürgermeisters Kressmann.

In den Akten 51-57 befinden sich Materialien zu Struktur- und Organisationsfragen und parteiinternen Angelegenheiten (1947), z. B. Pläne über Organisation (1952) und Arbeitsaufteilung in der Berliner Parteizentrale (1957), über deren Etat (1952), Kassenübersichten des Landesverbandes (1953 - 1955), Entwürfe zum Parteistatut (1951, 1955), Empfehlungen der Statutenkommission, Verzeichnisse der Kreisfunktionäre (1950, 1952 - 1956), der Fachausschüsse und ihrer Mitglieder und der Arbeitsgemeinschaften des Landesverbandes, ferner der Ausschüsse und Kommissionen in den zwölf Westberliner Bezirken. Die Bände 52 und 53 enthalten daneben u. a. Namenslisten verfolgter und inhaftierter SPD-Mitglieder Westberlins sowie verhafteter Parteimitglieder in der DDR (1956), Informationsschreiben, Resolutionen, Parteinotizen des Landesverbandes bzw. des Landesausschusses zu parteiinternen und aktuellen politischen Ereignissen; Unterlagen über Parteiausschlußverfahren (1955 - 1957), ferner Materialien des Fachausschusses der SPD für Gesamtberliner Fragen.

Band 54 enthält interne Informationen der Berliner sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten an den Landesverband zu aktuellen parlamentarischen, insbesondere Berlin betreffenden Fragen; Band 55 ein Konglomerat von Materialien zur Kulturpolitik der SPD, zum Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für Berlin, zur Frage der Außen- (1951/52) und Mittelstandspolitik (1950), Leitsätze zur Erweiterung des Selbstverwaltungsgedankens des Berliner Haushaltswesens, eine kritische interne Stellungnahme von Senatsdirektor Albertz zur Berliner Verwaltungspraxis, ein vertrauliches Protokoll zum Thema Interzonenhandel und vieles andere mehr; Band 56 u. a. Unterlagen des Parteivorstandes (1954 - 1957), darunter die Korrespondenz und Materialien zur Kontroverse zwischen Adenauer und der Berliner SPD (Dezember 1954 / Januar 1955), ein Dokument zum Fall Globke (1956), das Programm der SPD betreffend Wiedervereinigungsverhandlungen (1955).

Materialien zum Thema SPD finden sich, wenn auch vereinzelt, in der Korrespondenz Otto Suhrs (Bände 88-91); in den bereits erwähnten Reden, Vorlesungen und Artikeln Otto Suhrs (Bände 12-28), die insbesondere Erklärungen, Interviews zur Tagespolitik, aber auch Artikel im "Sozialdemokrat" bzw. der "Berliner Stimme" (Band 28) enthalten; ferner in Abschnitt D des Nachlasses (Berliner Politik 1945 - 1957). Hier kommt insbesondere den Reden und Erklärungen Otto Suhrs in seiner Eigenschaft als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung bzw. als Präsident des Abgeordnetenhauses (Band 38) und als Regierender Bürgermeister (Band 39-41) die größte Bedeutung zu. Band 41 enthält u. a. Korrespondenzen Otto Suhrs mit SPD-Gremien in Bonn und mit dem Berliner MdB Gustav Klingelhöfer über aktuelle politische Probleme und mit führenden Berliner Politikern über Stellenbesetzungen in der Senatsverwaltung, die Lotto-Affäre (September - November 1955) und anderes mehr.

Politologisch und zeitgeschichtlich besonders interessant erscheint Band 40 mit Unterlagen zur Senatsbildung im Dezember 1954/Januar 1955 und zur Entstehung der Regierungser-

klärung Otto Suhrs vom 3. Februar 1955. Die verschiedenen Referentenentwürfe zu einzelnen Fragen der Berliner Politik, die Stellungnahmen und Forderungen von Parteigruppen und -organen, Verhandlungs- und Beschlußprotokolle und anderes mehr lassen deutlich den Willensbildungsprozeß bei der Entstehung der Regierungserklärung und die vielfältigen Versuche der Einflußnahme auf diesen Prozeß erkennen.

Von Interesse dürften auch die Unterlagen über die sozialistische Verlags-GmbH (Band 59) und über das August-Bebel-Institut 1947 - 1952 (Band 58) sein. Band 59 enthält insbesondere interne Unterlagen, Gründungsprotokolle und Vertragstexte der Verlagsgesellschaft, die Lizenz vom 20. September 1949 und die Protokolle von Sitzungen der verschiedenen Gremien, ferner den Schriftwechsel mit dem "Information control branch" betreffend Einhaltung der Lizenzvorschriften, Genehmigungsgesuche zum Abdruck von Artikeln usw. Von den Materialien über das August-Bebel-Institut in Band 58 dürfte neben den Protokollen der Sitzungen der verschiedenen Trägergremien und den Etataufstellungen insbesondere den Plänen zur Unterrichtsgestaltung des August-Bebel-Seminars die größte Bedeutung zukommen. Von den ebenfalls in Band 58 befindlichen Unterlagen über die Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Kuratorium Otto Suhr angehörte, sind lediglich die Protokolle der Vorstands- und Kuratoriumssitzungen aus den Jahren 1954 und 1956/57 von einiger Bedeutung.

4.) Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Betrieb und Wohnbereich

Zu diesem Komplex findet sich im Nachlaß nur wenig Material in Band 1, und zwar einige Artikel aus dem "Casseler Volksblatt" über "Soziale Probleme des Betriebes", "Betriebsstilllegungen", zur Arbeitszeitfrage, "Löhne und Preise in der Zeit des Währungsverfalls", ein Artikel "Angestelltenbildung"; in Band 58 die bereits erwähnten Unterlagen aus dem August-Bebel-Institut und in den Bänden 42 ff. einzelne verstreute Hinweise in den Protokollen der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses.

5.) Otto Suhr und die Wissenschaft von der Politik

Der Vollständigkeit halber sei im folgenden auch auf die Materialien im Nachlaß hingewiesen, die einen Einblick in die Tätigkeiten Otto Suhrs geben, die nicht oder nur indirekt mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verknüpft sind.

Otto Suhr hat nicht nur als Politiker und Gewerkschaftler, sondern auch als Wissenschaftler seiner Lebensaufgabe, der Schaffung einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung, gedient. Die in den Bänden 61-68 enthaltenen Materialien über seine wissenschaftliche Tätigkeit (Unterlagen zu Vorlesungen und Seminaren an der Deutschen Hochschule für Politik 1949 - 1955, Korrespondenzen, Sitzungsprotokolle und sonstige Geschäftsunterlagen von politikwissenschaftlichen Institutionen; Beiträge und Materialien zum Thema Politikwissenschaft in der BRD und den USA) verdeutlichen, daß Otto Suhr einer der ersten war, der die Notwendigkeit erkannte, die traditionell ökonomisch-soziologische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus durch eine spezifisch politikwissenschaftliche Betrachtungsweise zu ergänzen. Seine Beiträge über wirtschaftliche und soziale Organisationen und die Unterlagen zu seinen Vorlesungen und Seminaren zeigen nicht nur die Funktionen auf, die diesen Organisationen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet zukommen, sie stellen sich darüber hinaus die Aufgabe aufzuzeigen, welche Bedeutung diesen Verbänden im Gesamtprozeß der politischen Willensbildung zufällt.

Otto Suhrs Bedeutung für die deutsche Politikwissenschaft liegt aber nicht nur in seinen Forschungsergebnissen, sondern vor allem auch auf organisatorisch-administrativem Gebiet.

Daß am 18. März 1948, dem hundertsten Gedenktag der 48er Revolution, die Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Gedächtnis an die Vorkämpfer der deutschen Demokratie die Wiedererrichtung der Deutschen Hochschule für Politik beschloß, ging im wesentlichen auf die Initiative Otto Suhrs zurück; ihm kommt auch der entscheidende Anteil an der Durchsetzung dieses Beschlusses zu (siehe Band 66 und Abschnitt K: Ernst Jäckh und Otto Suhr, "Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik", Berlin 1952).

Obwohl die Unterlagen, besonders was die Entwicklung in den Jahren nach der Gründung der Hochschule anbetrifft, sehr lückenhaft sind, lassen sie doch recht deutlich den wesentlichen Anteil Otto Suhrs an der Durchsetzung der Politikwissenschaft als wissenschaftlicher Disziplin erkennen. Der Deutschen Hochschule für Politik kam dabei zugute, daß ihr Direktor, Otto Suhr, gleichzeitig Präsident des Abgeordnetenhauses war. Otto Suhr selbst empfand diese Doppeltätigkeit als "organisches Zusammenspiel".

6.) Die publizistische Tätigkeit Otto Suhrs nach 1933

Zu erwähnen ist schließlich, daß die Bände 2-11 Veröffentlichungen aus der Zeit nach 1933 enthalten, u. a. 400 Artikel aus der "Frankfurter Zeitung" (Bände 3-6), über 40 Artikel aus der "Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung" (Band 2), mehr als 40 Artikel aus dem "Deutschen Volkswirt" (Band 8), die thematisch fast alle Bereiche der deutschen Wirtschaft, insbesondere die Konsumgüterindustrie betreffen, und zahlreiche Artikel aus verschiedenen anderen Zeitungen und Zeitschriften; Artikel, in denen Otto Suhr, ganz im Unterschied zur Zeit vor 1933, sich darauf beschränken mußte, ökonomische Fakten zu analysieren, ohne sie während dieser Zeit der inneren Emigration für die Realisierung einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik auswerten zu können.

THE HANS GOTTFURCHT PAPERS

By Isabel M. Gardner

The papers of Hans Gottfurcht (b. 1902) which are to be found in the archives of the "Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes" in Düsseldorf* comprise not only material dealing with the activities of the emigré German trade unionists in wartime Britain but also extensive material on the immediate post-1945 German situation as it affected trade unionists, i. e. both those still in emigration and those in the zones of Occupation. According to the report of Dieter Schuster,¹ the DGB-archives received from Gottfurcht's personal collection all records of the "Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" as well as other extensive correspondence, reports and writings of the wartime and post-war years.

The collection of material comprises eight boxes; it contains no detailed index, and there is no clear chronological or alphabetical arrangement of the individual dossiers. Each box of documents does carry a general heading, e. g. "Dokumente und Unterlagen Herbst 1944 - 1945 I", but this heading often bears little relation to the actual contents of the box, so that there is difficulty in locating separate items. Despite the lack of precise collation, the contents of the boxes may be summarized as follows:

Box 1, with the heading 1941/1945, contains a large collection of questionnaires and information-files on the projected return of emigré trade unionists to Germany as well as various pieces of correspondence with the Secretaries of several British trade unions and a series of memoranda on the rebuilding of free and independent trade unions in post-war Germany.

Of the correspondence, that with the National Union of General and Municipal Workers is of particular interest. The questionnaire-project was initiated in October 1944, not at the behest of any official British authority, but as a precaution and as a preparatory step to the formalities which would have to be observed at some future date when return would be possible; above all, this move was in accordance with No. 11 of the Principles of the Landesgruppe.²

There is almost no material in the box dealing with the year 1941 and nothing of the origins or initial development of the Landesgruppe.³

Box 2, with the heading 1941/2, contains extensive material on the activities of the Landesgruppe and more correspondence. The former includes an exchange of notes as well as reports on meetings, discussions, etc., which took place in the Trade Union Centre for

* 4 Düsseldorf, Hans-Böckler-Straße 39.

1 *IWK*, Jg. 1968, H. 7, S. 58.

2 "Bei Kriegsende ist es die Pflicht der Landesgruppe, mit ihren Mitgliedern, der Organisation und dem Vermögen nach Deutschland zurückzukehren, sofern es die Umstände erlauben, um mit beizutragen zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Zusammenarbeit mit den illegalen Gruppen in Deutschland, die gegen den Nationalsozialismus kämpfen."

3 The Landesgruppe was formed in February 1941; for previous development see Werner Röder, *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, Hannover 1969.

German workers in Great Britain and in the Austrian Labour Club; membership reports on numbers, applications for admission to the Landesgruppe, the effect of internment regulations, etc.; and discussion papers on plans for the democratic reconstruction of post-war Germany, particularly in the trade union sphere. From the correspondence in Box 2 there can be traced the development of relations between British trade unionists and their German refugee counterparts, from initial explanatory meetings on British trade unions through mutual discussions during the war years (on organisational problems, on the relationship of each to the Communists and the Free German League of Culture, and on joint May-Day rallies) to the eventual dissolution of the Landesgruppe. There are three items among the material in Box 2 which perhaps deserve special mention. These are:

- the correspondence with Walter Schevenels, then General Secretary of the International Federation of Trade Unions (IFTU), which contains an exchange of letters with Gottfurcht as to how the manpower and skills represented in the body of German trade unionists in emigration might best be employed to the benefit of the Allied war effort;
- a copy of the memorandum of the Council for a Democratic Germany in the USA, in fact the only document of the Council which was published;⁴
- and a report on the first conference of delegates of the Landesgruppe, nominated by the members throughout Britain. This meeting was held on the very late date of the 30th/31st December 1944 and was attended by 64 representatives from London, Manchester, Yorkshire, Birmingham, Glasgow, Peterborough, Bristol, Gloucester, North Wales and South England.

Further material in this box covers the relationship of the Landesgruppe to the IFTU. There are also a few reports on the work of the Arbeitsausschuß of the Landesgruppe, but little illuminating material on the conflicts within the Arbeitsausschuß between Gottfurcht and the "former Left" (H. Schilde, K. Becker, M. Oppenheim and F. Witmann) as to the collective guilt of the German people and the attitude to be adopted to the declarations of the Yalta Conference and of the World Trade Union Conference in February 1945.

Box 3, with the heading **1942/5**, contains a collection of notes, memoranda and published articles dealing with the envisaged construction of free and independent trade unions in post-war Germany.

Box 4, titled **Dokumente und Unterlagen Herbst 1944 - 1945 I**, contains writings and typescript reports on the actual reconstruction of trade unions in specific areas of post-war Germany (Stuttgart, Braunschweig, Hannover and Frankfurt) and on such related problems as the FDGB and the removal of Nazis from the new organizations.

Box 5, titled **Deutschlandberichte 1944 - 1945 II**, is a continuation of the material in the previous box.

Box 6, with the heading **Deutschlandreise 1946 I**, contains reports by Gottfurcht of his personal impressions collected during his first visits to Occupied Germany in the autumn of 1946 and in February 1947. This is an interesting collection of material, including the correspondence of Gottfurcht with individual trade union leaders in the American zone (Stuttgart, München and Frankfurt) on the problems involved in union reconstruction, as well as typescript reports and newspaper cuttings on such diverse aspects of the situation

4 Cf. the article by Karl O. Paetel, *Zum Problem einer deutschen Exilregierung*, in: *Außenpolitik*, Jg. 4 (1956), H. 3.

as the denazification problems involved in the rebuilding of the unions in Hessen-Pfalz and the anxiously observed formation of cartels and large concerns.

Box 7, with the heading **Deutschlandreise 1946 II**, contains further reports and newspaper cuttings collected by Gottfurcht on the tasks and problems of immediate post-war reconstruction and on such aspects of the labour scene as employers' associations and works' councils.

Box 8, with the heading **Deutschlandreise 1946 III**, in fact contains material on the years 1946, 1947 and 1949 on Gottfurcht's various visits to Germany in these years. (After the War, Gottfurcht was Liaison Officer of the British Trade Union Congress with the German trade unions.) This box also contains material on the various attempts at trade union unity in the immediate post-war years, in particular on the DAG/DGB dispute, as well as personal papers of Gottfurcht dealing with the "Internationaler Bund der Privatangestellten".

In conclusion, it can be maintained that there is disappointingly little material in these eight boxes on the work of the Landesgruppe in conjunction with the "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" and on the discussions within the Landesgruppe on the proposals and projections for the post-war reconstruction of the German trade union movement. Clashes of personality and principles frustrated the intended publication of a detailed programme by the Landesgruppe and led to the break-up of the Arbeitsausschuß. But the varied and interesting reports collected by Gottfurcht on the efforts towards trade union reconstruction from the base in the years of Military Occupation provide the ingredients for what could prove to be a fascinating study.

MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG AN DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM*

Von Peter Friedemann

Am 26. Oktober 1973 wurde an der Ruhr-Universität Bochum eine Bibliothek zur Geschichte der Internationalen Arbeiterbewegung eröffnet. Den Grundstock dieser Bibliothek, die noch in diesem Jahr in eine Forschungsstelle umgewandelt werden soll, bilden die im Jahre 1972 von der Abteilung für Geschichtswissenschaft erworbenen, inzwischen geordneten und katalogisierten Dubletten des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Daß die seit der Gründung des IISG 1935 ausgeschiedenen umfangreichen Bestände (ca. 25 000 Bände) nach Bochum gelangten, liegt nicht zuletzt daran, daß das Interesse der Studierenden an der Geschichte der Arbeiterbewegung in diesem Raum von Anfang an besonders groß war. Die Abteilung ist seit ihrem Bestehen bemüht, diesem Interesse Rechnung zu tragen. So gelang es 1967 dank der Vermittlung von Prof. Siegfried Bahne, die Broschürensammlung von Werner Blumenberg, dem ehemaligen Leiter der deutschen Abteilung beim IISG, nach Bochum zu bringen. Wenige Jahre später konnten außerdem umfangreiche Materialien zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, unter anderem Bestände aus den ehemaligen Bibliotheken von Victor Adler, Max Adler, Engelbert Pernerstorfer und Karl Renner, erworben werden. Diese Anschaffung ist ebenso wie der jetzt mit Mitteln des Stifterverbandes und der Stiftung Mitbestimmung finanzierte Ankauf der Dublettensammlung des IISG den Bemühungen von Prof. Hans Mommsen zu danken. Insgesamt verfügt die Abteilung für Geschichtswissenschaft damit über ca. 40 000 Bände zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Broschüren, Zeitschriften und Bücher; der beträchtliche, aber unvollständige und in schlechtem Erhaltungszustand befindliche Zeitungsbestand ist dabei nicht mitgerechnet). Die Schwerpunkte der Sammlung, die – wie ausdrücklich betont werden muß – keine Archivalien enthält, können hier nur kurz beschrieben werden. Noch ist der Bestand diffus und lückenhaft und bildet nur den Grundstock für eine künftige Sammel- und Forschungsstelle zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die nach ihrem Ausbau sicherlich zu den bedeutenderen Institutionen ihrer Art in der Bundesrepublik gehören wird.

Die Bestände sind nach Ländern geordnet, wobei jeweils nach Büchern, Broschüren und Zeitschriften unterschieden wird. Folgende regionalen und systematischen Schwerpunkte werden in Bochum besonders berücksichtigt:

I. DEUTSCHLAND – ÖSTERREICH

1. politische Theorie

Literatur von und über Marx und Engels. Materialien von Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, Victor Adler, Karl Kautsky, August Bebel bis zur Reformismus- und Revisionismuskussion in der SPD (Georg von Vollmar, Max Schippel, Eduard Bernstein). Sozialistische Theoretiker von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring zu Kurt Eisner, Walther Rathenau, Karl Korsch und zu gegenwärtigen Diskussionen der "Linken".

* Anschrift: Ruhr-Universität Bochum, Abteilung für Geschichtswissenschaft, 463 Bochum-Querenburg, Universitätsstraße 150, Gebäude GA.

2. Entwicklung der Sozialdemokratie und der kommunistischen Parteien

Neben Parteitageprotokollen, Statuten und Programmen insbesondere umfangreiches Broschürenmaterial zur innerparteilichen Diskussion in der SPD vor 1914 und in der Weimarer Zeit; ferner zum illegalen Widerstand 1933 - 1945 und zur Genesis des Godesberger Programms.

3. Arbeiterorganisationen

Materialien zur I. - IV. Internationale, internationale Gewerkschaftsbewegung, Protokolle und Statuten zahlreicher Einzelgewerkschaften.

II. FRANKREICH UND DIE ROMANISCHEN LÄNDER

Schwerpunkte bilden Materialien zum Frühsozialismus, von der Verschwörung der Gleichen bis zur Revolution von 1848, zur Pariser Kommune (ca. 250 Titel), ferner Kongreßberichte und Parteitageprotokolle der französischen Linken, insbesondere vor der Einigung von 1905. Besonders gut vertreten sind die anarchistischen und syndikalistischen Strömungen in Frankreich, Italien und Spanien sowie Materialien der Résistance.

III. RUSSLAND

Wertvoll ist der Bestand an illegaler Broschürenliteratur, besonders der sozialrevolutionären Parteigeschichte. Ferner sind Teile bedeutender Exilschriften vorhanden (u. a. "Borba", "Archiv Runkoj Revolucii"). Das Zeitschriftenmaterial umfaßt sowohl seltenere bürgerliche als auch sozialistische Titel der vorrevolutionären Zeit ("Russkaja Mysl", "Russkoe Bogatstvo", "Byloe", "Vestnik Evropy", "Gromada", "Vpered"). Ferner sowjetische Publikationen der frühen Sowjetzeit ("Russische Nachrichten") und Materialien zur Entwicklung in den Volkodemokratien 1945 bis 1950. Interessant ist auch hier – wie in den anderen Bereichen – vor allem der Zeitschriftenbestand.

Die deutschen, französischen, russischen und daneben englischen, italienischen und spanischen Socialistica sollen in Bochum besonders ausgebaut und vervollständigt werden. Welche inhaltlichen Ziele die weitere Anschaffungspolitik bestimmen werden, hängt zunächst noch von der Bewilligung der beantragten Landesmittel ab. Daß die Bibliothek schon jetzt eine Fundgrube für die unterschiedlichsten Fragestellungen zur Erforschung der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bildet, hat sich bereits an zahlreichen in der Zwischenzeit entstandenen Magister- und Staatsexamensarbeiten gezeigt. Die spätere Forschungsstelle soll mit ihren Beständen auch an die Fernleihe angeschlossen werden und damit einem größeren Interessentenkreis offenstehen. Ein Arbeitskreis jüngerer Historiker an der Abteilung für Geschichtswissenschaft ist außerdem bemüht, Kontakte zu historisch interessierten Arbeitern herzustellen, indem gewerkschaftliche Schulungsarbeiten in der Universität und in den gewerkschaftlichen Bildungsstätten Nordrhein-Westfalens durchgeführt und betreut werden.

Die weitere Zusammenarbeit der Forschungsstelle mit dem IISG ist u. a. durch weitere Dublettenlieferungen und durch die Übernahme des Amsterdamer Signierungssystems gewährleistet. Ausführlicher wird über Konzeption, Programm und Entwicklung der Forschungsstelle zu einem späteren Zeitpunkt zu berichten sein.

**FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN
ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
UND ANGRENZENDER GEBIETE**

XIX

Bearbeitet von Rita Klunkert

TITELVERZEICHNIS

BzG = "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung"
ZfG = "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"

**A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT,
HILFSMITTEL**

- 2178 DÄHN, Horst (Stuttgart): **Die lokale und regionale Rätebewegung 1918/19 in der DDR-Geschichtsschreibung.** — (Bedeutung der Methodologie in der DDR-Historiographie am Beispiel einiger Aufsätze und Monographien zur Rätebewegung 1918/19.) — Aufsatz. — Abgeschlossen.
- 2179 BAUSS, Dieter (München): **Wissenschaftskritische Analyse der Literatur zur frühen KPD-Politik am Beispiel der Münchner Räterepublik.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2180 AHRENS, Wolfgang (Ost-Berlin): **Analyse und Kritik konzeptioneller Leitlinien der imperialistischen "DDR-Forschung" der BRD zur Geschichte und Politik der SED (dargestellt an den Arbeiten von P. Ch. Ludz, E. Förtsch und H. Weber aus den Jahren 1967/68 - 1972).** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1973. — Hinweis in BzG 16 (1974), H. 1, S. 139.
- 2181 EXENBERGER, Herbert (Wien): **Verzeichnis der illegalen österreichischen Zeitungen 1933 - 1945, der Zeitungen der österreichischen Emigration sowie der Zeitungen der Alliierten für die nationalsozialistisch besetzten Länder.** — (Es werden die Bestände des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes/

DÖW erfaßt.) — Katalog. — Ms. abgeschlossen. — Erscheint 1974 im Selbstverlag des DÖW.

**B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN,
NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN**

- 2182 GILMAN, Sander L. (Ithaca, New York/USA): **Das Heldenbild Robert Blums: Drei literarische Versuche Blums, das Bild des revolutionären Helden zu erläutern.** — (Drei Texte — zwei Dramen und eine Novelle — aus B.s literarischem Schaffen. Zwei der Texte werden erstmals aus dem Nachlaß herausgegeben. Mit längerer Einleitung.) — Edition. — Geplant.
- 2183 HAUPT, Georges, und Claudie WEILL (Paris): **Marxisten und Nationalitätenfrage bis 1914.** — Textsammlung. — Ms.-Abschluß in Kürze. — Wird als Buch erscheinen.
- 2184 KRAUSE, Hartfrid (Darmstadt): **Zur Geschichte der USPD.** — (Einleitung zur Neuherausgabe der USPD-Parteitageprotokolle 1917 - 1923.) — Ms. abgeschlossen. — Soll im Sommer 1974 im Verlag Detlev Auvermann, Glashütten i. Ts., erscheinen.
- 2185 DÄHN, Horst (Stuttgart): **Clara Zetkins Rede auf der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauern-Räte Württembergs am 2./3. März 1919 in Stuttgart.** — (Quelle im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.) — Edition. — Abgeschlossen.

- 2186 HENNIG, Eike (Frankfurt a. M.): **Eugen V a r g a: Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und deutscher Faschismus an der Macht.** — (Auswahl aus V.s Vierteljahresberichten über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zur Darstellung der Weltwirtschaftskrise, mit Schwerpunkt auf der Entwicklung in Deutschland. Ergänzend hierzu V.s Beiträge in "Mirovoe chozjastvo i mirovaja politika", in denen er sich mit dem Faschismus an der Macht auseinandersetzt. Übersetzung durch Harro L e i n i u s. Mit ausführlicher Einleitung.) — Edition. — Ms.-Abschluß Sommer 1974. — Soll im Herbst 1974 in der "edition suhrkamp" erscheinen.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/ BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

- 2187 MORTIER, Jean (Paris): **Franz M e h r i n g und die Literatur.** — Dissertation. — Abschluß 1975.
- 2188 LIDTKE, Vernon L. (Baltimore, Maryland/USA): **Eduard B e r n s t e i n and the Theoretical Premises of Socialism.** — Aufsatz. — Abgeschlossen. — Erscheint 1974 in italienischer Übersetzung in "Annali".
- 2189 STEPHAN, Alexander (Los Angeles, California/USA): **Georg L u k á c s' erste Beiträge zur marxistischen Literaturtheorie (1930 - 1931).** — (Anhand der Analyse von L.s Rezensionen der sowjetischen Romanliteratur der späten 20er Jahre wird belegt, daß L. bereits vor seiner Mitarbeit im Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller auf dem Standpunkt der offiziellen Kulturpolitik der Partei stand. Diese Rezensionen wurden während L.s Moskauaufenthalt 1930/31 in der "Moskauer Rundschau" in deutscher Sprache veröffentlicht.) — Aufsatz. — Soll in der Herbst-Nummer 1974 von "Basis" erscheinen.

- 2190 KENDE, Richard (West-Berlin): **Die austromarxistische Praxis und die Theorien Otto B a u e r s.** — Phil. Diss. — Anfangsstadium der Bearbeitung.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 2191 KOTTKE, Michael (München): **Erhard A u e r. Seine politische Rolle innerhalb der SPD.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2192 HIRSCH, Helmut (Duisburg): **Karl Ludwig B e r n a y s als Sozialpolitiker.** — (Die Studie schließt an einen Überblick über Bernays' Leben und Werk an [siehe IWK 19/20, Titelverzeichnis Nr. 2072] und stützt sich auf bisher unausgewertete Quellen.) — Aufsatz. — Abschluß Juni 1974. — Soll 1975 im Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel-Aviv erscheinen.
- 2193 BAHR, Ehrhard (Los Angeles, California/USA): **Ernst B l o c h.** — (Biographische Studie mit Akzent auf der Exilzeit.) — Abgeschlossen. — Erscheint im Frühjahr 1974 im Colloquium-Verlag, Berlin.
- 2194 EHRlich, Lotte (Los Angeles, California/USA): **Der Weg nach Außen: Werk und Leben Louis F ü r n b e r g s.** — (Wandel von der Innerlichkeit des Dichters in der Nachfolge Rilkes zur politischen Aktivität nach dem Vorbild Pablo Nerudas.) — Ph. D. — Abschluß 1976.
- 2195 HIRSCH, Helmut (Duisburg): **Friedrich Albert L a n g e und der Amerikanische Bürgerkrieg.** — (L.s Reaktion auf den Bürgerkrieg soll mit der anderer Zeitgenossen — Marx, Engels, W. Liebknecht — verglichen und auf ihre faktische wie interpretative Genauigkeit hin geprüft werden.) — Aufsatz. — Abschluß Sommer 1974. — Soll 1975 im Rahmen eines Sammelbandes zum 100. To-

destag von F. A. Lange veröffentlicht werden, der in der Reihe "Duisburger Forschungen" erscheinen wird.

2196 WILLEMS, Roland (Marburg):

R. Meyer und der Sozialkonservatismus. — (Analyse des sozialkonservativen Versuchs, die deutsche Arbeiterschaft durch staatliche Sozialpolitik ins Bismarckreich zu integrieren. Stichworte: Staatssozialismus, soziale Monarchie, christlich-soziale Bewegung. Grundlagen, Ideen, Politik und objektive Funktion anhand von Person und Wirken M.s. Quellen: Schriften, Artikel und zahlreiche bislang unveröffentlichte Briefe M.s.) — Phil. Diss. — Ms.-Abschluß gegen Ende 1974.

2197 BRAUN, Klaus (Duisburg):

Wichard von Moellendorf zwischen Nationalismus und Sozialismus. — (Die politische Theorie und Praxis der 'Konservativen Sozialisten' anhand der Person M.s.; Frage, inwieweit die sog. Jungkonservativen das geistig-weltanschauliche Instrumentarium in der Hand hatten, um die politische Situation um 1919 zu erfassen und zu bewältigen.) — Diss. sc.pol. — In Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich Sommer 1975.

2198 HERZIG, Arno (Hagen): **Carl Wilhelm Tölkke (1817 - 1893).**

Struktur, Organisation und Ideologieverständnis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und seine Integration in die SPD. — Monographie. — Ms.-Abschluß Sommer 1974.

2199 REETZ, Dorothea (Ost-Berlin):

Clara Zetkin als sozialistische Rednerin. — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1973. — Hinweis in BzG 16 (1974), H. 1, S. 139.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

2200 TOEWS, Wolfgang (München): **Das Erwachen des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins im Arbeiterum des 19. Jahrhunderts.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.

2201 BRAATZ, Thea (München): **Der "kleine Mann" im Spiegel der politischen Literatur von 1830 bis 1870.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.

2202 ANGEL-VOLKOV, Shulamit (Tel-Aviv): **The Emergence of Popular Anti-Modernism. The Master-Artisans in Germany 1873 - 1896.** — (Auf der Grundlage ihrer phil. Diss. [siehe IWK 10, Titelverzeichnis Nr. 1240] untersucht die Vf.in die sozioökonomische Basis des ideologischen und politischen Standortes kleiner Handwerksmeister während der Großen Depression.) — Monographie. — Ms.-Abschluß Frühjahr 1974.

2203 ANGEL-VOLKOV, Shulamit (Tel-Aviv): **Soziologische Untersuchung des deutschen Antisemitismus im 2. Reich.** — Monographie. — Geplant.

2204 NIETHAMMER, Lutz (Essen): **Vergleichende Geschichte der Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland, England und Frankreich bis zum Ersten Weltkrieg.** — (1. Struktur des Wohnungsmarktes; 2. Trend und Differenzierung der Wohnungslage der Arbeiter und Unterschichten; 3. Vorgeschichte der Staatsintervention. Jeweils Länder- und vergleichende Abschnitte.) — Monographie. — Anfangsstadium der Bearbeitung.

2205 FÜLBERTH, Georg, und Jürgen HARRER (Marburg): **Arbeiterbewegung und SPD. Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1890 - 1933.** — Monographie. — Abschluß April 1974.

- 2206 JUNG, H. Dietrich (Freiburg i. Br.): **Die sozialdemokratische Mittelsstandsdiskussion im Kaiserreich und der Weimarer Republik.** — Phil. Diss. — Geplant. — Siehe auch IWK 19/20, Titelverzeichnis Nr. 2085, und den Nachtrag dazu im Anschluß an dieses Titelverzeichnis.

- 2207 NEUBAUER, Günter (West-Berlin): **Rationalisierungspolitik der Gewerkschaften.** — (1. Weimarer Republik [ADGB, Deutscher Metallarbeiterverband]; 2. Bundesrepublik [DGB, IG Metall]; 3. Politik zur Auswirkung von Automation und Arbeitswissenschaft.) — Dissertation. — In Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1975.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

- 2208 v. WILDENRADT, Christel (Hannover): **Karl M a r x und Stephan B o r n. Eine vergleichende Analyse zur Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848.** — (Arbeiterbewegung in Köln und Berlin: Organisationsformen, Kommunikationsstrategien, politische Zielsetzung, Wirkungsweise und Erfolg von Theorien, Funktion während der Revolution 1848, gegenseitige Einschätzung; Versuch einer Einordnung.) — Staatsexamensarbeit. — In Bearbeitung.
- 2209 MOSES, John A. (St. Lucia, Queensland/Australien): **Die Gewerkschaftsfrage in der SDAP 1869 - 1878.** — (Die Debatte über die Stellung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung der damaligen Zeit anhand der Parteitageprotokolle und Zeitungen wie "Der Volksstaat".) — Aufsatz. — Abgeschlossen. — Erscheint 1974 im Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel-Aviv.
- 2210 BRIAND, Michel (Paris): **Die Pariser Kommune und die deutsche Arbeiterbewegung.** — Maîtrise. — Abgeschlossen.

b) 1890 - 1914

- 2211 GROH, Dieter (Heidelberg): **Die deutsche Sozialdemokratie 1894/95 - 1909.** — (Akzentsetzung und Quellen analog zu "Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs, 1909 - 1914", Berlin 1973 [vgl. die Rezension in diesem Heft].) — Monographie. — Erscheint 1975 im Propyläen Verlag, Berlin, im Umfang von ca. 800 Seiten.
- 2212 YOUNG, William G. (Stony Brook, New York/USA): **The German Social Democrats in the Prussian Landtag, 1908 - 1918.** — (Betonung liegt auf dem Problem der "reinen Opposition" als Taktik.) — Ph. D. — In Bearbeitung; Abschluß Frühjahr 1975.
- 2213 ROSSMEISSEL, Dieter (Erlangen-Nürnberg): **Wissenschaftsanspruch und Parteiarbeit. Zur Rolle der Intellektuellen in der SPD vor dem Ersten Weltkrieg.** — (Untersuchung des Problems, das sich für die Intellektuellen aus dem Selbstverständnis der SPD als Arbeiterpartei mit wissenschaftlicher Begründung ihrer Politik ergab: wissenschaftliche Arbeit, allgemeine Parteiarbeit, Führungsfunktionen, theoretische Auswirkungen. Quellen: "Neue Zeit" und "Sozialistische Monatshefte".) — Staatsexamensarbeit. — Ms.-Abschluß voraussichtlich bis Herbst 1974.
- 2214 SOLLMANN, Kurt (Bonn): **Politische Praxis und Ideologiebildung der literarischen Intelligenz im beginnenden Imperialismus, hauptsächlich am Beispiel Bruno W i l l e s.** — (Entwicklung der wilhelminischen Gesellschaft zum Imperialismus, Stellung und Verhalten der literarischen Intelligenz und die organisierte Arbeiterbewegung als begriffliche Koordinaten des analytischen Bezugssystems. Schwerpunkt: W.s politisch-praktische und ideologische Entwicklung 1890 - 1895. Quellen: Memoiren, zeitgenössische

- Publizistik [„Freie Bühne“, „Der Sozialist“, „Neue Zeit“], SPD-Parteitagsprotokolle.) – Phil. Diss. – Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung.
- 2215 TREMPENAU, Dietmar (West-Berlin): **‘Zwei Linien’ der frühen sozialdemokratischen Arbeiterdramatik.** – (Zeitraum etwa 1890 - 1900. Politische Differenzierung des Begriffs „Arbeiterliteratur“ entlang der literarischen Darstellung des Streik-Themas und des Bergarbeiter-Motivs; Paradigmen für die ‘zwei Linien’ etwa Friedrich Bosse aus Leipzig und Emil Rosenow, zuletzt Berlin, oder Ernst Preczang.) – Phil. Diss. (Staatsexamensarbeit „Zum Verhältnis von Naturalismus und Arbeiterliteratur am Beispiel Arno Holz, Emil Rosenow und Friedrich Bosse“ liegt bereits vor.) – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2216 JOHANTERWAGE, Rudolf (Freiburg i. Br.): **Der Werftarbeiterstreik von 1913. Eine Studie zum Verhältnis von Mitgliedschaft und Führung im Deutschen Metallarbeiterverband vor dem Ersten Weltkrieg.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1974.
- 2217 TAYLOR, Frederick (Brighton/GB): **The Imperial League against Social Democracy (Reichsverband gegen die Sozialdemokratie) 1903 - 1918: Nationalism and the ‘Enemy Within’ in Wilhelmine Germany.** – (Durch Untersuchung von Ideologie, Tätigkeit, sozialer und politischer Grundlage etc. dieser antisozialistischen Pressure-Group und ihrer Beziehungen zur Bürokratie, zu Interessengruppen, zu den politischen Parteien und zu anderen ‘nationalen’ Vereinen soll ein Beitrag zur Analyse der sozialdefensiven Rolle des Nationalismus im Kaiserreich geleistet werden. Quellenbasis: Staatsarchive in der Bundesrepublik und der DDR, Privatsammlungen, Presse, Publizistik.) – Ph. D. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1974.
- c) Weltkrieg und Revolution
- 2218 BOLL, Friedhelm (Bonn): **Die deutsche Sozialdemokratie und das Problem der Gewalt 1914 - 1920.** – Phil. Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1974.
- 2219 EISENBEISS, Wilfried (Erlangen): **Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkriegs.** – (Die pazifistischen Theorien und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die aktuellen Fragen während des Krieges: Kriegsschuldfrage, Annexionen, Friedenskonzeptionen Wilsons und Lenins, Parlamentarisierung und Demokratisierung des Reiches; das Problem der Durchsetzung pazifistischer Vorstellungen: Organisation und Propaganda, Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, insbesondere in der Sozialdemokratie; Ursachen des Scheiterns der Friedensbewegung in Deutschland.) – Phil. Diss. – Abschluß voraussichtlich Sommer 1975.
- d) Weimarer Republik
- 2220 SCHMIDT, Anna (Freiburg i. Br.): **Der Allgemeine freie Angestelltenbund in der ersten Phase der Weimarer Republik 1918 - 1924/25.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1974. – Die Titelanzeige Nr. 2100 in IWK 19/20 wird damit ungültig.
- 2221 HINZ, Monika (Köln): **Die freie deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung und der Ruhrkonflikt 1923.** – (Frage des Generalstreiks auf internationaler Ebene [Vorgeschichte, IGB-Beschlüsse] angesichts der Ruhrbesetzung; Verhalten der deutschen freien Gewerkschaften 1923 [Arbeitsgemeinschaft].) – Staatsexamensarbeit. – Abschluß Sommer 1974.
- 2222 KUHN, Frieder (Freiburg i. Br.): **Baden und Frankreich in der Rheinlandkrise 1923: Die französische Besetzung des Oberrheingebiets um Of-**

- fenburg und Appenweier 1923/24. — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen 1974. — Die Titelanzeige Nr. 2108 in IWK 19/20 wird damit ungültig.
- 2223 DEISENROTH, Karlheinz (München): **Die militärischen Reservatrechte Bayerns und Sachsens als Werkzeuge politischer Einflußnahme durch das Heer in der Zeit um 1919 - 1923.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2224 LINDEMANN, Peter (West-Berlin): **Zur Funktion des bürgerlichen Staates. Eingreifen in Lohnkämpfe anhand des Schlichtungswesens in der Weimarer Republik.** — (Theoretischer Teil: Staatsableitung — marxistische Theorie — Sozialstaatstheorie. Empirischer Teil: Schlichtungswesen in der Weimarer Republik — Funktion — Entwicklung.) — Diplomarbeit. — Abschluß Juni/Juli 1974.
- 2225 HEUPEL, Eberhard (Kassel): **Zur innerparteilichen Entwicklung der SPD in der Weltwirtschaftskrise.** — (Analyse der Differenzierungen innerhalb der SPD in ideologischer und politisch-taktischer Hinsicht: a) Politik der Parteiführung und der Reichstagsfraktion; b) Politik der sozialdemokratisch geführten Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion in Preußen; c) Verhalten der mittleren und unteren Funktionärsschicht und der Mitglied- und Wählerschaft [Fallstudie Parteibezirk Niederrhein]. Quellenbasis: SPD- und Gewerkschaftspresse, Nachlässe führender SPD-Politiker und ADGB-Funktionäre, Materialien der SPD-Fraktionen im Reich und in Preußen, Akten des preußischen Staats- und Innenministeriums u. a.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2226 SONNENBERG, Gabriele (Köln): **Die Marxistische Arbeiterschule 1926 - 1933.** — Diplomarbeit. — Abschluß Ende 1974.
- 2227 LINSE, Ulrich (München): **Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung in Deutschland 1918 - 1933.** — (Quellenbasis: vor allem die seltenen Zeitschriften der anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Jugendbewegung. Für Materialhinweise ist der Vf. dankbar.) — Darstellung und Dokumentation. — Soll Ende 1974 abgeschlossen werden.
- 2228 FUHR, Werner (Freiburg i. Br.): **Die deutsche Arbeitermusikbewegung am Ende der Weimarer Republik.** — (Arbeiterchöre, Agitproptruppen, Massengesang. Frage: Was ist proletarische Musik? Sozialdemokratische und kommunistische Kulturpolitik; die Rolle linksbürgerlicher Komponisten und Dirigenten; Niederschlag im musikalischen Material.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- e) 1933 - 1945
- 2229 BÖHM, Christine (Ost-Berlin): **Zur Entwicklung der sozialen Lage der Arbeiterklasse im faschistischen Deutschland in den Jahren 1933 - 1935.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1973. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 1, S. 98.
- 2230 CRASEMANN, Michael, Franz GRESS, Eike HENNIG und Heinz KNOTH (Frankfurt a. M.): **Soziale Basis und Funktion des Nationalsozialismus.** — (Überblick über die sozialwissenschaftlichen Interpretationen des Faschismus, besonders des Nationalsozialismus. Diese Interpretationen werden mit der realanalytischen Betrachtung des Verhältnisses von Industrie und NS, von Arbeiterbewegung und NS sowie der Mittelklassen zum NS korrespondiert, um so die Wichtigkeit der Theorien über den Faschismus einschätzen zu können.) — Monographie und Forschungsbericht. — Ms.-Abschluß April 1974. — Soll im Herbst 1974 als Studienbuch im Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, erscheinen.

- 2231 BESSEL, Richard (Oxford/GB): **Die SA und die nationalsozialistische Machtergreifung.** — (Schwerpunkte: Geschichte der einzelnen SA-Gruppen; soziale und ökonomische Herkunft der SA-Leute; Rolle der Gewalt im öffentlichen Leben; Funktion des Militarismus und militaristischer Organisationen in der kapitalistischen Gesellschaft.) — Ph. D. — In Bearbeitung.
- 2232 BIES, Luitwin (Ost-Berlin/Völklingen a. d. Saar): **Die antifaschistische Einheitsfront an der Saar 1934/35.** — (Quellenbasis: Bestände der Zentralbehörden im DZA Potsdam sowie Akten des Regierungspräsidiums Trier und des Oberpräsidiums der Rheinprovinz im Staatsarchiv Koblenz.) — Diplomarbeit. — Steht vor dem Abschluß.
- 2233 LANGBEIN, Hermann (Wien): **Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern.** — (Behandelt alle Konzentrationslager, die der zentralen Verwaltung unterstanden, auch die Vernichtungslager, nicht aber die verschiedenen Sonderlager. Zeitraum: 1938 - 1945.) — In Bearbeitung. — Soll Ende 1975 erscheinen.
- 2234 ANTONI, Ernst (München): **KZ Dachau — Stätte des Grauens und der europäischen Begegnung. Die geistige Elite Europas hinter KZ-Draht.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges
- 2235 IMSCHWEILER, Volker (Marburg): **Die innerparteiliche Opposition gegen die Politik der SPD-Führung 1949 - 1959.** — (Auswertung der wichtigsten Publikationsorgane der sozialdemokratischen Linken im o. a. Zeitraum [u. a. "Die Andere Zeitung", "SOPO", "WISO-Korrespondenz", "Funken"] und Herausarbeitung der ideologischen Positionen, der Strategie und Taktik der innerparteilichen Opposition. Schwerpunkt: Diskussion über das Problem "Abspaltung" oder Arbeit in der SPD.) — Staatsexamensarbeit (Ausbau zur phil. Diss. geplant). — Ms.-Abschluß voraussichtlich Oktober 1974. — Diese und die im folgenden angezeigten Studien entstehen im Rahmen des Projekts "Die sozialdemokratische Bewegung in der BRD — aktuelle Probleme ihrer inneren Differenzierung" der Arbeitsgruppe "Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung" beim Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg.
- 2236 ROSSMANN, Witich (Marburg): **Sozialdemokratie in Staatsfunktionen und Entwicklung der inneren Differenzierung.** — (Die Differenzierungsprozesse in der Entwicklung des Bewußtseins und der Aktion der Arbeiterklasse, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten, sozialdemokratisch orientierten Arbeiter, die zur Herausbildung neuer Strömungen in der Sozialdemokratie führen. Schwerpunkt: 70er Jahre.) — Staatsexamensarbeit. — Geplant.
- 2237 HECKER, Wolfgang (Marburg): **Sozialdemokratische Bewegung und linkssozialistische Kritik. Zur Entwicklung und politischen Position des "Sozialistischen Büros" Offenbach sowie der Zeitschriften "links" und "express international".** — Phil. Diss. — Abschluß voraussichtlich Mitte 1975.
- 2238 SCHOFFER, Ulrich (Marburg): **Die SPD im Betrieb. Entwicklung der SPD-Betriebsgruppen (nach 1945) und der Übergang zur "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen".** — (Schwerpunkt: Tarifauseinandersetzung Anfang der 70er Jahre.) — Staatsexamensarbeit. — Geplant; Abschluß Ende 1975.
- 2239 BERNHARDT-KURZ, Ellen (Marburg): **Die Tarifauseinandersetzung und ihre Vorgeschichte in der Eisen-**

- und Stahlindustrie 1972. — (Wie wird sozialdemokratische Ideologie in die Arbeiterklasse getragen? Welche Folgen hat dies für den Klassenkampf? Wo findet der Einfluß seine Grenzen? Welchen Einfluß haben die Klassenkämpfe auf die SPD selbst?) — Staatsexamensarbeit. — Abschluß Ende 1974/Anfang 1975.
- 2240 STEPHAN, Alexander (Los Angeles, California/USA): **Johannes R. Becher and the Cultural Development of the DDR.** — (Die Rolle B.s bei der kulturpolitischen Entwicklung der DDR zwischen 1944 und 1958.) — Aufsatz. — Erscheint 1974 in "New German Critique".
- 2241 STEPHAN, Alexander (Los Angeles, California/USA): **Anna Segher's gesellschaftskritische Romane.** — (Form und Inhalt unter dem Aspekt der Gesellschaftskritik [einschließlich DDR].) — Aufsatz. — Ms.-Abschluß Sommer 1974. — Erscheint 1975 in dem von Hans Wagener hrsg. Band "Zeitkritische Romane des 20. Jahrhunderts: Die Gesellschaft in der Kritik der deutschen Literatur" (Arbeitstitel) im Reclam Verlag, Stuttgart.
- ### III. Regionale und lokale Darstellungen
- #### a) Regional
- 2242 LIEBL, Anton (München): **Industrialisierung und Staatskapital in Bayern.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2243 SCHWARZ, Gerard (München): **Das bayerische Klein Gewerbe im Industrialisierungsprozeß um 1860.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2244 LASKA, Peter (München): **Die Gründerzeit in Bayern — ein Beitrag zur industriellen Revolution in Deutschland.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2245 SCHMIDT, Werner (München): **Staat, Kapitalbildung und Industrialisierung in Bayern zwischen 1871 und 1914.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2246 EWERT, Michael (München): **Ideologiekritik, dargestellt anhand bayerischer Parteien um die Jahrhundertwende (1890 - 1914).** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2247 BRAUNSCHLÄGER, Hans (München): **Das Bayernbild der Sozialdemokratie, aufgezeigt am Zentralorgan "Vorwärts" und bayerischen sozialdemokratischen Zeitungen.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2248 MÜNCH, Friedrich (München): **Das bayerische Offizierskorps vor, in und nach der Revolution.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2249 HARTL, Werner (München): **Hitlers Selbstverständnis und sein Spiegelbild in der Presse und im Blick der bayerischen Parteien.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2250 WIESEMANN, Falk (München): **Die "Machtergreifung" in Bayern. Bayern und der Nationalsozialismus von den Wahlen 1932 bis zum Röhmputsch.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2251 SEELBACH, Ulrich (West-Berlin): **Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Volksräte in der Stadt und dem Landkreis Gießen (Oberhessen).** — Möglichkeiten und Grenzen einer regionalen Massenbewegung, eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Quellen: Stadt- und Gemeindevertretungsprotokolle, lokale Tageszeitungen, Befragungen von Zeitgenossen.) — Aufsatz (evtl. Ausbau zur Staatsexamensarbeit). — Abschluß voraussichtlich Sommer 1974.
- 2252 FIBICH, Siegfried (Marburg): **Organisationsstruktur und Politik der Jungsozialisten im Bezirk Hessen-Nord.** — (Studie im Rahmen der Marburger Projektgruppe, siehe Nr. 2235 ff. dieses Titelverzeichnisses.) — Magisterarbeit. — In Bearbeitung.

- 2253 LOHMANN, Helga (Göttingen): **Die Entwicklung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit von 1945 bis 1955 in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben"**. — (Ziele gewerkschaftlicher Bildungsarbeit; Organisationsstruktur des gewerkschaftlichen Bildungswesens; Lehrplananalysen von "Arbeit und Leben"; Einflußnahme der Gewerkschaften auf das niedersächsische Kultusministerium sowie auf die Lehrerschaft und auf Lehrpläne.) — Diplomarbeit. — In Bearbeitung.
- 2254 TSCHIRBS, Rudolf (Bochum): **Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918 - 1933**. — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2255 DÄHN, Horst (Stuttgart): **Die Geschichte der SPD in Württemberg 1933 - 1958**. — Aufsatz. — Geplant.
- b) Lokal
- 2256 LEPPER, Herbert (Aachen): **Sozialer Katholizismus in Aachen. Quellen zur Geschichte des Arbeitervereins zum hl. Paulus für Aachen undurtscheid 1868 - 1878**. — (Quellen: DZA Merseburg, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Stadtbibliothek und Stadtarchiv A., Internationales Zeitungsmuseum der Stadt A.) — Edition. — In Bearbeitung.
- 2257 DOMARUS, Wolfgang (München): **Augsburg und Zürich unter Kriegsgesetzen. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die Stadtbevölkerung in einem kriegführenden und in einem neutralen Land**. — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2258 HENSCHKE, Ekkehard (West-Berlin): **Das Verhältnis zwischen Bürgertum, Arbeiterschaft und Staat im sozialen Konflikt. Eine Fallstudie zum Konfektionsarbeiterstreik in Berlin 1896**. — Aufsatz. — Stadium der Materialsuche; Abschluß Ende 1974.
- 2259 CREW, David F. (Ithaca, New York/USA): **Industry and Community in Bochum: The Social History of a German Town, 1860 - 1914**. — (Unter Einsatz von EDV. Siehe auch IWK 19/20, Titelverzeichnis Nr. 2160.) — Ph. D. — Abgeschlossen 1972.
- 2260 TRUMAN, Joel S. (Madison, Wisconsin/USA): **Arbeiterleben in Braunschweig: Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Braunschweiger Arbeiterklasse 1910 - 1933**. — (Wohnungswesen, Erziehungswesen, Kirchenaustrittsbewegung, Vereinswesen, Verhältnisse in den Fabriken. Frage nach möglichen Veränderungen dieser Lebensverhältnisse im Zeitraum 1910 - 1933; Problem der sog. "negativen Integration" der Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg. Quellenbasis: Zeitungssammlungen und Akten der Stadt B. im Stadtarchiv B.; Akten der Polizeidirektion und des Staatsministeriums B. im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel; evtl. Interviews.) — Ph. D. — In Bearbeitung.
- 2261 BELSCHNER, Helga (Braunschweig): **Die Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig**. — (Sonderentwicklung der Revolution in B. Quellenbasis: Akten von Staatsministerium und Polizeidirektion B. im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel sowie Zeitungen und zeitgenössische Publikationen.) — Phil. Diss. — Abschluß voraussichtlich 1975.
- 2262 SCHEIBE, Herbert (Göttingen): **Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 in Braunschweig**. — (Sozialstruktur der Stadt, Betriebe der Metallindustrie.) — Diplomarbeit. — In Bearbeitung.
- 2263 OTTE, Bernd (Duisburg): **Soziale Entwicklung Gelsenkirchens 1870 - 1914**. — (Versuch einer quantitativen Erfassung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte G.s unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter. Quellen: Staatsarchiv

Münster, Archiv der IG Bergbau und Energie, Bochum, Stadtarchiv G., Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund.) – 1. Staatsexamensarbeit f. d. Lehramt an Grund- und Hauptschulen. – Abgeschlossen 1973.

- 2264 EGER, Johannes (Göttingen): **Religionskritik als Bedingung der Emanzipation. Arbeiterbewegung und freie Gemeinde in Hamburg vor 1848.** – (Geschichte, Sozialstruktur, Organisation und Programmatik der "Gemeinde" als eines Teils der frühen Arbeiterbewegung. Quellen hauptsächlich aus dem Staatsarchiv Hamburg.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.
- 2265 SASSENBERG, Irmgard (Marburg): **Zur Struktur und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Kassel, 1914 - 1920.** – Phil. Diss. – Abschluß Herbst 1974.
- 2266 DIETRICH, Petra (München): **Die politische Haltung der Münchener Studentenschaft 1918 - 1933.** – Phil. Diss. – In Bearbeitung.
- 2267 FUCHS, Rainer (München): **Der Aufbau der lokalen (kommunalen) Selbstverwaltung in München nach 1945 (incl. überregionaler Zusammenschlüsse wie Bayerischer Städtetag u. ä.)** – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Frankreich

- 2268 STRAUSS, Léon (Strasbourg/Frankreich): **Mouvement ouvrier et partis de gauche en Alsace et en Moselle de 1900 à 1940.** [Arbeiterbewegung und Linksparteien in Elsaß-Lothringen zwischen 1900 und 1940.] – Thèse de Doctorat d'État. – In Bearbeitung seit 1970.

Österreich

- 2269 KONRAD, Helmut (Linz/Österreich): **Nationalität und Internationalität am Beispiel der Gewerkschaften im alten Österreich.** – (Kommentierte Edition des Manuskripts eines tschechischen Historikers. Eine Studie über die Stellungnahme der österreichischen sozialistischen Theoretiker zu diesem Problem schließt sich an.) – Ms.-Abschluß Juni 1974. – Soll im Herbst 1974 im Europa Verlag, Wien, erscheinen.
- 2270 WEST, Franz (Wien): **Antifaschistischer Widerstand 1934 - 1938 in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der KPÖ.** – (Schwerpunkt: Probleme der Einheitsfront.) – In Bearbeitung.
- 2271 WOHLMUTH, René (Wien): **Der Widerstand der österreichischen Heeresangehörigen in der Deutschen Wehrmacht.** – (Quellen: Akten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.) – Phil. Diss. – Abschluß voraussichtlich Sommer 1974.
- 2272 NEUGEBAUER, Wolfgang (Wien) u. a.: **Widerstand und Verfolgung in Wien 1933 - 1945.** – (Quellenbasis: Polizeimaterialien, Gerichtsdokumente, illegale Druckschriften, Briefe, Erlebnisberichte, Befragungsprotokolle, Dokumente der Widerstandskämpfer und Opfer, Zeitungen etc.) – Dokumentation. – Endstadium der Bearbeitung; Abschluß Mitte 1974. – Soll 1975 im Österreichischen Bundesverlag erscheinen.
- 2273 PRADER, Hans (Salzburg/Österreich): **Zur Theorie und Praxis der Sozialpartnerschaft unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Gewerkschaftspolitik 1945 - 1951.** – Dissertation. – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2274 UNTERLEITNER, Michael (Salzburg/Österreich): **Die Beziehungen der US-Gewerkschaften zum Österreichischen Gewerkschaftsbund.** – Dissertation. – Geplant.

Schweiz

- 2275 MYSYROWICZ, Ladislas (Genf/Schweiz): **Émigrés slaves à Genève, 1880 - 1917.** — (Die Beziehungen der polnischen und russischen Emigranten zur lokalen Arbeiterbewegung.) — Aufsatz. — Ms.-Abschluß voraussichtlich Oktober 1974.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

- 2276 STILLIG, Jürgen (Göttingen): **Das Elsaß-Lothringen-Problem und die Sozialistische Internationale im Jahre 1917.** — (Anspruch der "Petrograder Friedensformel" und Rückwirkungen der russischen Vorgänge auf das deutsch-französische Verhältnis in der Elsaß-Lothringen-Frage. Im Mittelpunkt steht der Gegensatz MSPD-USPD. Quellenbasis: Archives Nationales und französisches Außenministerium, Paris; Politisches Archiv des AA, Bonn; IISG Amsterdam; Public Record Office, London.) — Aufsatz. — Erscheint 1974 in den "Vierteljahrshften für Zeitgeschichte".
- 2277 KONRAD, Helmut (Linz/Österreich): **Der Hitler-Stalin-Pakt und die kommunistischen Parteien West- und Mitteleuropas.** — (Eine Untersuchung dieser Problematik für die österreichische und die tschechische KP
- liegt bereits vor [siehe IWK 15, Titelverzeichnis Nr. 1722]. Ausdehnung auf Westeuropa, da hier die KPs gänzlich andere Ausgangssituationen vorfanden als in den besetzten Gebieten.) — Monographie. — Ms.-Abschluß Dezember 1974.
- 2278 KULLA, Werner (Bonn): **Europäische Sicherheitskonzeption der Sozialistischen Internationale 1946 - 1955.** — (Akzente: Ost-West-Verhältnis; Brüsseler Vertrag 1948; NATO; Europa-Rat; Europäische Verteidigungsgemeinschaft; Bundesrepublik und NATO. Quellenbasis: Archiv der SI im IISG Amsterdam; Interviews.) — Phil. Diss. — Abschluß Herbst 1974.
- 2279 OBERLÄNDER, Erwin (Köln): **Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung.** — (Von den Anfängen im Rahmen der I. Internationale bis zur Gegenwart.) — Monographie. — Abschluß voraussichtlich Herbst 1975.
- 2280 HENNEBERGER, Hans-Eberhard (Ost-Berlin): **Die Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften im Jahre 1949, seine Ziel- und Aufgabenstellung und seine Politik bis zum Jahre 1954, unter besonderer Berücksichtigung seines Verhältnisses zum Weltgewerkschaftsbund.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1973. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 1, S. 98.

NACHTRÄGE ZUM TITELVERZEICHNIS

Heft 6

- 731 Die Arbeit von Adelheid v. SALDERN ist 1973 unter dem Titel "Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 - 1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung" im Verlag Duncker & Humblot, Berlin-München, im Umfang von 508 S. als Bd. 21 der "Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte" erschienen.

Heft 7

- 836 Die Arbeit von Jutta v. FREYBERG ist 1973 im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, unter dem Titel "Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktions-einheit 1934 - 1937" im Umfang von 186 S. erschienen.

Heft 10

- 1231 Die Studie von Michael HONHART wurde 1972 unter dem Titel "The Incomplete Revolution: The Social Democrats' Failure to Transform the German Economy, 1918 - 1920" von der Duke University, Durham, North Carolina/USA, als Ph. D. Dissertation angenommen und ist unter der Nr. 72-31,571 bei University Microfilms, A Xerox Company, Ann Arbor, Michigan/USA, erhältlich (XI, 272 S.).

Heft 11/12

- 1356 Die Arbeit von Günter BERS ist 1973 von der Einhorn-Presse, Köln, unter dem Titel "Wilhelm Hasselmann 1844 - 1916. Sozialrevolutionärer Agitator und Abgeordneter des Deutschen Reichstages" im Umfang von 172 S. veröffentlicht worden.

Heft 13

- 1553 Die Arbeit von Hartfrid KRAUSE erscheint im Frühjahr 1974 unter dem Titel "Revolution und Konterrevolution am Beispiel Hanau" im Scriptor Verlag, Kronberg.

Heft 14

- 1578 Die Karl Marx-Biographie von Franz Mehring liegt in französischer Übersetzung bei Éditions Sociales, Paris, vor. Sie wurde von Jean MORTIER bearbeitet.
- 1592 Die geplante Studie von Hans-Sigismund v. BUCH über "Christoph Blumhardt und die Sozialdemokratie [in Württemberg]" wurde aufgegeben.

Heft 15

- 1677 Das Dissertationsthema von Robert SIGEL (München) lautet jetzt: "Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe auf dem rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg". Gliederung: Entwicklung der Beteiligten bis

1914; Formierung zur Gruppe; Entwicklung einer Theorie (Kriegssozialismus, Weltkrieg als Revolution etc.); Schaffung eigener Organe ("Die Glocke", "Sozialdemokratische Artikelkorrespondenz"); Auflösung der Gruppe 1918. Abschluß Frühjahr 1974.

Heft 16

- 1783 Der Aufsatz von Vernon L. LIDTKE ist abgeschlossen und erscheint unter dem Titel "Naturalism and Socialism in Germany" in "American Historical Review". Es geht um das Verhältnis von Sozialdemokraten zu Intellektuellen im kaiserlichen Deutschland am Beispiel des Kontaktes zur literarischen Schule des Naturalismus.
- 1833 Der Aufsatz von Robert WHEELER ist im Dezember 1973 unter dem Titel "German Labor and the Comintern: A Question of Generations ?" in "Journal of Social History" erschienen. Es handelt sich um eine quantitative Untersuchung der Altersstruktur und Dauer der Zugehörigkeit zur organisierten Arbeiterbewegung bei Anhängern und Gegnern der Kommunistischen Internationale innerhalb der USPD 1919 - 1920.

Heft 19/20

- 2085 Die Staatsexamensarbeit von H. Dietrich JUNG wurde unter dem Titel "Die Mittelstandsproblematik in sozialdemokratischer Sicht 1930 - 1933" von der Universität Freiburg i. Br. angenommen. Es wurde untersucht, wie in der sozialdemokratischen Presse die Hinwendung großer Teile der Mittelschichten zum NS erklärt wurde, welche Programme entwickelt wurden, um in diese Schichten einzubrechen, und weshalb sich die Vorschläge in der Partei nicht durchsetzten. (Siehe auch Nr. 2206 des vorliegenden Titelverzeichnisses.)

NEUE LITERATUR

SCHWARZ, Max: Seit 1881. Bibliographie des Verlages J. H. W. Dietz Nachf. — Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1973. 178 S.

Max Schwarz hat sich der mühseligen, aber äußerst verdienstvollen Arbeit unterzogen, die Bibliographie der im Verlag J. H. W. Dietz erschienenen Publikationen zusammenzustellen. Diese Arbeit ist um so schwieriger gewesen, als das Verlagsarchiv 1933 beschlagnahmt worden ist und verlorengegangen. Schwarz hat 746 Titel von Einzelveröffentlichungen zusammengetragen, zudem weitere Titel von periodischen Schriften und Buchreihen, die bei Dietz verlegt worden sind. Unter den Einzelpublikationen findet sich auch eine Anzahl Bücher in russischer Sprache (1902 - 1906), darunter das bekannte Werk Lenins "Was tun. Brennende Fragen unserer Bewegung.", das in 1. Auflage vom Parteiverlag der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht worden ist. Auf diese Weise ermöglicht die vorliegende Bibliographie zugleich einen Einblick in die Geschichte der SPD. Leider sind die angeführten Titel alphabetisch nach Verfasseramen, nicht chronologisch, geordnet. Dadurch wird der Wert der Bibliographie als einer Quelle zur Geschichte sozialdemokratischer Subkultur gemindert. Außerdem ist dem Anhang ein Personenregister beigegeben, in das ein Verfasserindex eingearbeitet worden ist.

Als Bd. 1 der "Internationalen Bibliothek" erschien 1887 von Edward Aveling "Die Darwinsche Theorie", ihm folgte von Karl Kautsky, "Karl Marx Ökonomische Lehren". Allein diese Abfolge wirft ein Schlaglicht auf das, was heute in der Literatur als Kautskyanismus¹ bezeichnet wird. Ebenso charakteristisch für die sozialdemokratische Parteiideologie vor 1914 ist der einleitend — neben den Vorworten von Heinz Kühn und Max Schwarz — der Bibliographie vorangestellte Aufsatz von Karl Kautsky zum 70. Geburtstag von Heinrich Dietz aus der "Neuen Zeit" (3. 10. 1913).

Schwarz ist es zumeist gelungen, die Zahl der Auflagen, jedoch nicht die Auflagenhöhe der einzelnen Titel anzugeben. Dieses Manko ist nicht dem Verfasser anzulasten, sondern weist nur um so deutlicher daraufhin, daß bis heute eine Analyse des Verlags- und Buchwesens der sozialistischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland fehlt.

Peter Lösche

Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumente aus den Jahren 1915 - 1918. Hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt. — Frankfurt/M.: S. Fischer 1973. 123 S.

Es handelt sich hier um den gekürzten Abdruck der Briefe Luxemburgs an ihre Kontaktperson zur Außenwelt, Mathilde Jacob, deren Bericht über die Ereignisse sowie den neun Seiten umfassenden Gefängniskalender Rosa Luxemburgs. Da die Briefe überwiegend von Singvögeln und Botanik handeln, wurden einige Sentenzen aus der damaligen politischen Arbeit der Inhaftierten, besonders der Junius-Broschüre, dazwischengestreut. Alle diese Materialien liegen in der Hoover-Library. Zwar mag man wortwörtlich behaupten können (S. 9), daß die Briefe unveröffentlicht seien, ehrlicher Weise hätte die Herausgeberin jedoch den Titel der japanischen Ausgabe, in der die Abschrift der Briefe aus dem Levi-Nachlaß publiziert wurde, wenigstens anführen sollen.¹

Eine leichter greifbare und sachverständige deutsche Ausgabe dieser Briefe ist durchaus begrüßenswert, jedoch zeigen

1 Es handelt sich um Rosa Luxemburg u. a., *Briefe an Mathilde Jacob* (1913 1918). Hrsg. und mit einem Vorwort von Narihiko Ito. — Tokyo: Kyokuto Shoten 1972.

Leider ist der Redaktion trotz Anforderung vom Febr. 1972 bisher kein Rezensionsexemplar zugegangen.

sich auch hier bedauerliche Mängel. Denn jene drei Punkte in eckigen Klammern, die den Leser entmündigen, sind hier besonders zahlreich vertreten, angesichts der Dünnelebigkeit des Bändchens ganz offensichtlich zum Heile der Verlagskalkulation.

Mag der begeisterte Ornithologe – was waren doch das für schöne Zeiten, als sich selbst in den Gefängnishöfen solche Raritäten wie Pirole und Haubenlerchen herumtrieben – noch Verständnis dafür haben, daß ihm die Aufzählung der vielen Toilettenartikel erspart bleibt, die sich Rosa von Mathilde erbat. Der Historiker der Arbeiterbewegung wird jedoch von Anmerkungen stark irritiert sein, wie der zu dem Gefängnis Kalender: "Vom 18. April an bestehen die Notizen zum großen Teil aus Daten von empfangener und gesendeter Korrespondenz, die hier außer einigen Beispielen fast alle weggelassen worden sind." Das wäre doch wohl wichtiger gewesen, als die Wetterberichte und arithmetische Fingerübungen zur Haftdauer.

Briefwechsel und Bericht Mathilde Jacobs zeigen Rosa Luxemburg von ihrer menschlichsten Seite, da die Freundschaft zu Mathilde Jacob, die sie als Sekretärin schätzen gelernt hatte, nicht durch die Politik bestimmt war und die Briefe durch die Gefängniszensur gingen. Noch in Nebensächlichkeiten erweisen sich der sprühende Intellekt und die Herzenswärme Rosa Luxemburgs. Die Naturverbundenheit und Innigkeit ihrer Tierfreundschaften (Laschitz/Radcun nennen es "Erweiterung ihres materialistischen Weltbildes") stehen im Mittelpunkt des Bandes. Die breitangelegte Individualität ihrer Persönlichkeit bis hin zu ihrem hausfraulichen Ehrgeiz zur Gutbürgerlichkeit der äußeren Formen, ihre rastlose Energie trotz physischer und psychischer Labilität, die starke Solidarität mit ihren politischen Freunden und Kampfgenossen Jogiches, Liebknecht, Zetkin, Mehring und Levi werden deutlich. Auch für die Heiligenlegende fällt manches ab: Sie schätzte Mörike mehr als Hölderlin, hatte von

Ricarda Huch "fast alles" gelesen und tat im Kriegswinter 1916 einen schlimmen "Mißgriff", als sie einem unverschämten Vollzugsbeamten eine Tafel Schokolade an den Kopf warf, was ihr zusätzliche 20 Tage Gefängnis einbrachte. Bei ihren Biographen war es dann auch ein Buch (Frölich) oder auch gar ein lutherisches Tintenfaß (Nettl).

Über den Briefbänden der letzten Jahre, die die "blaue Blume" im privaten Leben Rosa Luxemburgs in den Vordergrund rücken, sollte die sozialistische Theoretikerin, die in Deutschland nicht ihresgleichen hat, und ihr politischer Kampfeswille nicht verstellt werden.

Hans H. Biegert

LIEBKNECHT, Karl: Militarisme, Guerre, Révolution. Choix de textes et présentation de Claudie Weill, traduction de l'allemand par Marcel Ollivier. – Paris: Maspero 1970. 270 S. (= Bibliothèque Socialiste, 17).

In Frankreich beschäftigt man sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung viel intensiver als in Deutschland mit der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Hier reicht die Belichtungszeit im allgemeinen bestenfalls bis zur Kommune.

Nach der Publikation von vier Bänden mit Arbeiten Rosa Luxemburgs war offenbar das Interesse an Karl Liebknecht in Frankreich so groß geworden, daß die "Bibliothèque Socialiste" ihm einen eigenen Sammelband widmen konnte. Das stellte freilich ein ziemlich schwieriges Unterfangen dar, da Karl Liebknecht ja nicht durch umfangreiche theoretische Schriften von allgemeiner Bedeutung hervorgetreten ist und er seinen Platz in der deutschen Arbeiterbewegung vor allem durch sein kämpferisches und polemisches Temperament einnimmt. Seine Reden und Artikel jedoch sind nur zu verstehen vor dem historischen Hintergrund und aus den jeweiligen aktuellen Anlässen. Claudie Weills Auswahl ist dem gerecht geworden, indem sie etwa für Liebknecht zwar wichtige aber so spezifisch deutsche und komplexe

Materien wie die preußische Wahlrechtsproblematik ausklammert. Es ging ihr vor allem darum, deutlich werden zu lassen, was Militarismus bedeutet und was die Triebkraft eines Revolutionärs ausmacht. Sie gliedert die Texte in fünf Gruppen:

1. Die Jugend als heranwachsende revolutionäre Armee (enthält vor allem Liebknechts Reden im Preußischen Landtag zu Schul- und Universitätsfragen) 2. Klassenkampf gegen den Militarismus (mit Auszügen aus "Militarismus und Antimilitarismus") 3. Die Sozialdemokratie und der Krieg 4. Die Revolution aus dem Osten 5. Opposition und Revolution. Das alles macht etwa fünf Prozent der neunbändigen in der DDR erschienenen Gesamtausgabe aus, da ließ es sich trefflich streiten und etwa mit der Auswahl Helmut Böhmes vergleichen. Ich halte es für richtig, die "Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung" zu vernachlässigen, jedoch hätte ich mir – vielleicht anstelle einer Parlamentsintervention – einige Briefe aus dem Felde und aus dem Zuchthaus gewünscht, die den besten Aufschluß über Liebknechts Persönlichkeit geben.

Claudie Weill schrieb eine kompetente Einführung und rückt die Bedeutung Liebknechts ins rechte Licht zwischen *entre exemplaire* und *cas limite*.

Hans-H. Biegert

LUKÁCS, Georg: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx. – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1972. 194 S. (= Sammlung Luchterhand, Bd. 86).
DERS.: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit. – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1973. 164 S. (= Sammlung Luchterhand, Bd. 92).

Georg Lukács begreift sich selbst arbeitsteilig als einen Philosophen. In dem bekannten Interview mit Hans-Heinz Holz, Leo Kofler und Wolfgang Abendroth antwortet er auf W. Abendroth: Er sei überzeugt, daß "in den relativen breiten Schichten, in denen diese Unzufriedenheit

sich auszubreiten beginnt, der Ansatz zu irgendeiner Form der Massenbewegung gegen die Manipulation gewonnen werden kann. In welchen Formen, das kann ich nicht sagen. Ich bin leider nur Philosoph und nicht Politiker; wir würden dringend einen heutigen Lenin brauchen, der imstande ist, den heutigen Stand der marxistischen Theorie in politische Aktionen umzusetzen" (Gespräche mit Georg Lukács. Hrsg. von Theo Pinkus, Reinbek 1967, S. 71).

Doch ist es arg, wenn dieses Selbstverständnis zu solchem Mißbegreifen führt, wie es bei der Herausgabe der vorliegenden Bände durch den Luchterhand-Verlag deutlich wird.

Um den "antistalinistischen" Schreiber Lukács besser vermarkten zu können, bietet der Verlag einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Kapitel aus dem nachgelassenen Alterswerk "Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins" – auf die Werbewirksamkeit des schon klassischen Namens Lukács vertrauend – in der Form ausführlicher Klassikerzitate an. Jeder Hinweis auf historische oder gar politische Zusammenhänge fehlt. In der schlechten Manier von Verlags-Almanachen wird versucht, Käufer für die Gesamtausgabe zu gewinnen.

Lukács' Aussagen werden so reduziert auf 'abstrakte und kluge Gedanken', die in ihrer politisch engagierten Tendenz für den uneingeweihten Leser unbegreiflich bleiben.

Dem ist deutlich entgegenzusetzen: Lukács hat sich arbeitsteilig als Philosoph verstanden, aber als ein Philosoph der teilhaben will an der revolutionären Veränderung der Welt, der daher nur politisch zu begreifen ist!

"Es ist nicht anders möglich, als das Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse von außen hineinzutragen. Und ich glaube, daß die heutige Intelligenz, die radikale Intelligenz, vor der großen Aufgabe steht, die Prinzipien und Methoden, vorläufig spreche ich noch von Prinzipien, noch nicht von Parolen, die aus den Prinzipien herauswachsen werden, herauszuarbeiten" (A.a.O., S. 69).

Darum geht es also dem Philosophen Lukács gerade in seiner Ontologie: um die Herausarbeitung der Prinzipien des proletarischen Klassenbewußtseins. Hiermit steht Lukács in der Tradition Kautskys, der für sein Engagement für die materialistische (sozialistische ect.) Weltanschauung die gleiche politische Funktion beanspruchte.

Die Vorwegnahme der Utopie des revolutionären 'Massenbewußtseins' durch den abstrakten – nur seinen Prinzipien verantwortlichen – Geist – inkarniert in den ihre eigene Klasse verratenden – Intellektuellen, begründet das politische und damit das philosophische Selbstverständnis von Lukács.

Dieses Selbstverständnis muß historisch-materialistisch als die Ideologie der "isolierten Intellektuellen" in einer Zeit des politischen, ökonomischen und kulturellen Übergewichts des alternenden Bürgertums begriffen werden. Abendroth kennzeichnet diese Intellektuellen in dem hier zitierten Interview zurecht – wobei er unbewußt sich selbst und seine Generation, zu der auch Lukács gehört, 'auf den Nenner bringt' – folgendermaßen: "Die isolierten Intellektuellen drohen deshalb allzu häufig, ungeduldig zu werden und sich durch scheinradikalen Subjektivismus völlig zu isolieren, bevor ihnen genaue Analysen der Situation die geistige Reife und Veränderungen der ökonomischen Lage die Chance verschaffen, um die Arbeiter wieder zum Kampf für ihre historische Aufgabe gewinnen zu können" (A a. O., S. 68).

Das Urteil des Scheinradikalismus gilt für jede ungeduldige Vorwegnahme und Vorausbestimmung notwendiger geschichtlicher Reifungsprozesse. So begreife ich auch den Versuch einer Ontologie des gesellschaftlichen Seins, auch wenn er sich vorerst auf die Prinzipien der zukünftigen menschlichen Geschichte beschränkt, als ein scheinradikales Unternehmen, das zur Selbstisolation führt, da durch die ideologisch aufgerichteten Mauern der Blick für die reale Entwicklung des Bewußtwerdungsprozesses der Arbeiterklasse verdeckt wird.

So wertlos, ja u. U. disfunktional und gefährlich der 'Philosoph' für den Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterklasse ist, so wesentlich ist sein Beitrag bei der Politisierung der bürgerlichen – sich von ihrer ursprünglichen Klassenzugehörigkeit trennenden – Intelligenz: nicht in der Bedeutung als Ontologie, sondern in der Verunsicherung politisch erstarrter Denkpositionen.

Es war wichtig, sich mit dem Verhältnis, Hegel/Marx auseinanderzusetzen, weil Feuerbachs Materialismus in allzu grober Weise in den Widerspiegelungsdogmen Auferstehung feierte. Es ist wesentlich und wichtig, in der 'Arbeit' einen geistig-körperlichen Zusammenhang zu entdecken, weil die 'Arbeit' allzuoft auf das Problem der Reproduktion der gesellschaftlich notwendigen Mittel beschränkt wurde.

Damit ist auch das Wesentliche über den Inhalt der beiden vorliegenden Kapitel aus dem Gesamtwerk "Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins" gesagt.

Für die bürgerliche Intelligenz auf dem Weg zum Sozialismus wird die Ontologie eine wichtige Einführung in differenziertes Denken des historischen Materialismus sein, wenn sie sich der politischen Grenzen eines solchen Unternehmens bewußt wird.

Die Verlagspolitik des Luchterhand Verlages wird diese notwendige Auseinandersetzung nicht verhindern, auch wenn sie Lukács in das Gewand eines unpolitischen, klassischen Philosophen hüllt.

Gottfried Mergner

OTTEN, Dieter: Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung. Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens. – Westberlin: Rossa 1973. 156 S.

Otten untersucht die zwieschlächtige Entwicklung der Qualifikation der Ware Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktionsweise: die steigende Qualifikation des produktiven Gesamtarbeiters, die mit der

Dequalifikation der Mehrheit der industriellen Lohnarbeiter einhergeht. Dabei verfolgt er zwei Ziele: die SPD-Pläne zur Berufsausbildung auf Anforderungen der kapitalistischen Entwicklung im Produktions- und Zirkulationsbereich zurückzuführen und zweitens die Hoffnungen auf die mit steigendem Ausbildungsgrad ansteigende Erkenntnis ihrer sozialen Lage seitens der Arbeiter und Angestellten zu desillusionieren, wie sie unter Vertretern der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbreitet sind.

Der Verfasser ist zunächst um die logisch-systematische Ableitung der Entwicklung der Qualifikationsstruktur aus dem Kapitalprozeß bemüht, um daraus die Tendenzen der historischen Entwicklung der Berufsausbildung abzuleiten. Letztere verfolgt er kurz von der zugleich berufsbildenden allgemeinen Sozialisation in vorkapitalistischen Produktionsweisen über den Aufstieg der Naturwissenschaften und Technologie während der Hochblüte des Handelskapitalismus und die ursprünglich überdurchschnittliche Qualifikation der Manufakturarbeiter zur Errichtung der allgemeinen Volksschule als Ausbildungsstätte agrarischer Arbeitskräfte in Preußen zur Zeit der "zweiten Leibeigenschaft", um dann ausführlicher auf die Etablierung des dreigliedrigen Schulwesens einzugehen, dessen Entwicklung er bis in die unmittelbare Gegenwart verfolgt.

Ottens Hauptthese, die drei Schulzweige bildeten damals wie heute wesentlich eine Zwei-, nicht eine Drei-Klassen-Schule, da die Mittelschule nicht den gewerblichen Mittelstand, sondern die niederen Ingenieure bzw. Facharbeiter und die Angestellten qualifiziere und damit Pendant der die eher habituell-unspezifisch qualifizierten Industriearbeiter ausbildenden Volksschule sei, wird mit Statistiken belegt, die aufgrund der Quellenlage notwendig dürftig bleiben, allerdings eine ausführlichere Kommentierung ihrer Aussagen und Aussagekraft verdienten. Diese Entwicklung des Schulwesens verfolgt er bis zur aktuellen Diskussion um die Reorganisation der Sekundarstufe 1, die er verstärkt anstelle

eines Ausbaus der Gesamtschulen treten sieht, da sie den Anforderungen der Kapitalentwicklung eher entspreche. Die Stärken des Buchs liegen zum einen in der undogmatischen, kritisch gegen StammoKap-Theorien gewendeten, recht stringenten kategorialen Entfaltung des Qualifikationsproblems, zum anderen im auf dem erarbeiteten theoretischen Hintergrund ebenfalls stringenten, empirisch verifizierten Versuch, die Entwicklung des Schulwesens zu begreifen.

Diesen Stärken stehen Schwächen gegenüber, die, mögen sie hier auch zahlreich erscheinen, die Stärken dennoch nicht überwiegen: der verwirrende Analyseversuch der sozialen Stellung staatlicher Lohnarbeiter (der etwa aufgrund von Dieter Lämples Arbeit über "Staat und allgemeine Reproduktionsbedingungen" differenzierter auch für den Ausbildungsbe- reich angegangen werden könnte) anhand des Unterschieds zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit (der von Marx erst allmählich und partiell widersprüchlich herausgearbeitet wurde: vgl. dazu Ernest Mandel, "Der Spätkapitalismus", Frankfurt/M. 1972, 368 ff.); die auf zu wenig Literaturkenntnis beruhende Skizze der historischen Entwicklung bis ins 19. Jahrhundert; die gegenüber derjenigen der technologischen Innovationen zu knappe Darstellung der Geschichte des preußischen Schulwesens im 19./20. Jahrhundert; der häufige Sprung zwischen logisch-systematischer Erörterung, deren realhistorischer Illustration und der Analyse der historischen Entfaltung der logisch-systematisch erörterten Prozesse in der Realität; schließlich der mehr essayistische denn einführende Charakter des Vorworts.

Vermeidbar wären die häufigen Druckfehler (durchgehend "Motteck") und die bisweilen mangelnde Präzision im Apparat, in dem z. B. die nach Ansicht des Rezensenten nicht schlüssige These, daß die Arbeitsintensifikation nicht eigentlich Extra-Mehrwert, sondern Extra-Profit schaffe – das Problem der Marktpreisbildung wird ohnehin ausgeklammert –, mit einem Marx-Zitat belegt wird, das nichts dergleichen besagt (S. 25).

Trotz dieser leichten Mängel ein interessantes, lesenswertes Buch, das in seiner Verbindung von theoretischen Erörterungen und historischen Untersuchungen zur Diskussion und Weiterarbeit anzuregen in der Lage ist.

Gunnar Stollberg

PEISER, Jürgen: **Gustav Struve als politischer Schriftsteller und Revolutionär.** — Phil. Diss. Frankfurt/M. 1973. 292 S. Als Ms. gedruckt.

Karl Ackermann hat als erster Biograph (1914) den radikalen Liberalen Gustav Struve zum gesellschaftlich Deklassierten erklärt und von daher dessen revolutionäre Unternehmungen, dessen "Rachedurst gegen Staat und Polizei" zu erläutern gesucht.¹ In der "Widerlegung der Ackermannschen Thesen" sieht Jürgen Peiser die Hauptaufgaben seiner Untersuchung.

Nicht zuletzt auch wegen neuer Quellen — ein bis dahin nicht ausgewerteter Teil des Nachlasses von Struve ging 1967 an das Bundesarchiv in Koblenz — ist eine Korrektur des Forschungsstandes geboten. Das Hauptinteresse des Verfassers orientiert sich hierbei an der Frage, ob Struve "als Revolutionär gelten kann oder aber nur als Kolporteur bereits bekannter Ideen."

In der Bilanz, die Peiser im Anschluß an die minutiöse biographische Darstellung von Struves Lebensweg und an eine ausführliche Analyse seines schriftstellerischen Werks zieht, wird dem Sozialrevolutionär ein hervorragender Platz als "außerordentlicher Exponent des politischen Radikalismus liberaler Provenienz" eingeräumt. Zwar gelten seine Schriften, gemessen an denjenigen der Sozialtheoretiker und -revolutionäre seiner Zeit, als "wenig selbstschöpferisch und zu

wenig gründlich". Daher habe er "nur einen sehr bescheidenen Platz in der Geschichte verdient".

Zu den "Aktivposten" (Peiser) des Journalisten, Publizisten und Schriftstellers Struve zählen hingegen Vereinisorganisationen und Volksversammlungs-bewegungen, die ein dahinterstehendes Konzept für eine Massenpartei jedoch nur vermuten lassen. Ihre unmittelbare Funktion und politische Wirkung lag vielmehr in der Mobilisierung des kleinbürgerlichen Radikalismus während der Revolutionsjahre. In jener Zeit war Struve jedoch "nicht mehr der politische Führer . . . , als der er gerne gesehen werden wollte". Die Anerkennung galt eher dem "Chefideologen des Radikalliberalismus". Von hier ist auch der Wertung Peisers zuzustimmen, daß die Anstöße, die für die vorrevolutionäre liberale Opposition aus den von Struve entwickelten politischen Programmen, insbesondere für die soziale und die Verfassungsfrage ausgingen, den Spaltungsprozeß der liberalen Partei ebenso beschleunigt haben wie seine glücklose Rolle in den gescheiterten revolutionären Aktionen.

Aus dem erklärten ausschließlich biographischen Interesse an Struve mußte dem Verfasser jedoch der Versuch mißlingen, einen methodischen Beitrag zur Begriffsgeschichte wesentlicher Positionen im süddeutschen Vormärz zu liefern. Er überfordert hier gewissermaßen seinen Untersuchungsgegenstand, der ihm nicht mehr zu erlauben scheint, als den Verlauf jener Ereignisse zu skizzieren, in denen Struve gewirkt hat.

Als Bilanz der vorgelegten biographischen Daten ließe sich zusammenfassen: ein "schriftstellerisch aktiver Intellektueller zweiten und dritten Ranges" — wie Hans Rosenberg allgemeiner formuliert hat — wußte geistiges Gold in Silber und Kupfer zu verwandeln und unter ein breites Publikum zu bringen.

Dorothea Fitterling

1 Karl Ackermann, *Gustav von Struve mit besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Vorgeschichte der Badischen Revolution*, Mannheim 1914.

MATULL, Wilhelm, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer. — Würzburg: Holzner 1973. XIX, 590 S. (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53.).

Wilhelm Matull war von 1928 bis zum Ende der Weimarer Republik Redakteur der sozialdemokratischen "Königsberger Volkszeitung". Der Bundesrepublik diente er in einer hohen Beamtenstellung. Im Rahmen der SPD hat er sich um die Eingliederung der Flüchtlinge aus Ostdeutschland verdient gemacht. In seinem Buch stellt Matull die Geschichte der Arbeiterbewegung in den einstigen Gebieten des deutschen Ostens dar, die heute zu Polen oder zur Sowjetunion gehören: Schlesien, nach dem Ersten Weltkrieg in die Provinzen Nieder- und Oberschlesien geteilt, Pommern, Ostpreußen und das Memelland, Westpreußen und Posen, nach 1918 die Restprovinz Grenzmark Posen-Westpreußen und die Freie Stadt Danzig. Ein Kapitel über die deutsche Arbeiterbewegung in Polen von Otto Heike beschließt das reich illustrierte Buch. Seine Brauchbarkeit wird durch Quellen- und Literaturnachweise sowie ein Personen- und Ortsregister erhöht.

Jedes Kapitel wird mit einer Übersicht über die Struktur der Provinz eingeleitet. Ihr folgt ein Überblick über die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zu ihrem bitteren Ende. Auch die christliche Arbeiterbewegung wird berücksichtigt. Partei, Gewerkschaften und Arbeiterpresse stehen im Mittelpunkt der Darstellung. Doch auch Konsumvereine, Jugend-, Kultur- und Sportorganisationen finden ihren Platz. Die nationalsozialistischen Verfolgungen werden geschildert. Namenslisten der in der Bewegung hervorgetretenen Opfer des nationalsozialistischen politischen Fanatismus und Rassenwahns rufen schmerzliche Empfindungen besonders in denen hervor, die sie zu einem großen Teil gekannt haben.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte in dem Kerngebiet des preußischen Junkertums steinigen Boden zu beackern. Die

Wirtschaftsstruktur war zum größten Teil agrarisch. In den Provinzen Posen und Westpreußen, im Memelland, später auch in Oberschlesien, wurde das politische Geschehen mehr durch den Nationalitätenkampf als durch soziale Gegensätze bestimmt. Beide Umstände waren der Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht günstig. Das läßt sich eindrucksvoll aus den von Matull wiedergegebenen Ergebnissen der Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag ablesen. Schlesien war die einzige Provinz des Ostens mit bedeutender industrieller Entwicklung, besonders auf den Gebieten des Bergbaus, der Eisen- und Textilindustrie. Die Sozialdemokratie konnte daher in den Bezirken Breslau und Liegnitz auch außerhalb der Provinzialhauptstadt schon früh festen Fuß fassen, während vor 1918 in Ostpreußen nur die Stadt Königsberg, in Pommern nur Stettin sozialdemokratisch wählte. Die vor den polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts zu Polen gehörige und 1919 wieder dorthin zurückgekehrte Provinz Posen und der oberschlesische Industriebezirk mit gleichfalls katholischer und teilweise polnischer Bevölkerung haben nie einen sozialdemokratischen Kandidaten in das Parlament gesandt. Ohne festen Rückhalt, war die SPD in Oberschlesien als einzige Provinz des Ostens in der Weimarer Zeit der KPD weit unterlegen.

Bundeskanzler Willy Brandt hat dem Buch ein sorgfältig formuliertes Geleitwort vorausgeschickt. In ihm bestätigt er Matull, daß er wertvolles Material über die Geschichte der ostdeutschen Arbeiterbewegung verarbeitet hat. Er wünscht, sein Werk möge dazu beitragen, daß sie die ihr zukommende historische und politische Würdigung finde. Dies zeigt die Stärken und Begrenzungen von Matulls Werk an. Als Sammlung von Material ist es überaus verdienstvoll. Über die ostdeutschen Grenzgebiete sind die Stürme der Zeit mit besonderer Stärke hinweggebraust, wichtiges Quellenmaterial ist vernichtet, anderes steht in Gefahr, verloren zu gehen. Mit außerordentlichem Fleiß hat Matull sein Material aus den entlegensten Stellen zusammen-

getragen. Er hat auch eingehende Zuschriften von Personen eingeschoben, die aus eigenem Erleben berichten. So schreibt Immanuel Birnbaum, jetzt Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung in München mit gewohnter Sachkenntnis und klugem Urteil über Schlesien; Erwin Lichtenstein, jetzt in Tel Aviv, gibt eine klare und lebendige Darstellung der Verhältnisse in Danzig. Manche Mitarbeiter sind freilich nicht geschulte Historiker und ihre Darstellungen bedürfen der kritischen Nachprüfung.

Das Buch Matulls enthält oft gut verarbeitetes Material, geht aber in der Analyse nicht weit genug, um allen wissenschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Als Hilfsmittel für den künftigen Historiker ist es unentbehrlich.

Bei der Fülle des dargebotenen Stoffes und der vorgestellten Personen ist es unvermeidlich, daß der Verfasser und seine Korrespondenten zuweilen Irrtümern unterlegen und daß Unterlassungen zu beobachten sind. In einer selbst kurzen Skizze des Wirkens von Emanuel Wurm (S. 46) kann man seine Tätigkeit als Staatssekretär des Reichsernährungsamtes in den schwersten Monaten vom November 1918 bis zum Februar 1919, den Höhepunkt seiner Laufbahn, nicht übergehen. Christoph König erscheint als Kreisschulrat (S. 269); er war zuletzt Präsident des Provinzialschulkollegiums in Berlin. Landgerichtspräsident Zint, ein hochverdienter sozialdemokratischer Jurist, konnte unmöglich 1930 von Danzig nach Stettin versetzt werden (S. 456); damals gehörte Danzig nicht mehr zum Reich. Grzesinski wurde Ende 1930 wieder Polizeipräsident von Berlin (S. 268). Um das Buch von einer Überfülle von Namen zu entlasten, hätte man getrost diejenigen übergehen können, die zwar in Ostdeutschland geboren waren, deren Wirken aber mit Ostdeutschland nicht verbunden war. Es ist auch davor zu warnen, Ostdeutschland wegen des Schicksals, das es erfahren hat, in jeder Hinsicht als ein einheitliches Gebiet zu betrachten. Otto Braun und Paul Löbe, grundverschieden im Denken, Handeln und Habitus, waren beide Ostdeutsche.

Aber zieht man ihre Umwelt zur Erklärung mit heran, so ist Braun nur als Sohn seiner ostpreußischen Heimat, Löbe nur als Niederschlesier verständlich.

Ernest Hamburger

GROH, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. — Frankfurt/M., Berlin und Wien: Propyläen 1973. 783 S.

Dieter Grohs Vorhaben zielt auf eine umfassende Darlegung der Funktionen der SPD für die Gesamtgesellschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges. So umfassend wie sie angelegt ist und ausgeführt wird, gewinnt die Arbeit zweifellos Handbuchcharakter, zumal Groh die Leistung vollbringt, die gesamte bisherige Forschung über den Untersuchungszeitraum 1910 - 1914 fast ohne Verkürzung integrierend zusammenzufassen, wobei er neues eigenständig erarbeitetes Material zur Korrektur bzw. Differenzierung bisheriger Forschungsmeinungen einzubringen bzw. ergänzende Perspektiven zu offerieren vermag. Deshalb ist auch gegen die Länge und die schwere Lesbarkeit des Buches sowie gegen den kompilatorischen Charakter mancher Partien nichts einzuwenden; vielmehr ist die Rezeptionsleistung und Darstellungskraft des Verfassers hervorzuheben. Die Einwände, die zu machen sind, liegen nicht auf dieser Ebene.

Die Grundthese des Verfassers, die sich in der Titelgebung ausdrückt und die ganze Darstellung trägt, ist, daß der Prozeß der (bloß) "negativen Integration" der Sozialdemokratie in das Wilhelminische Reich zu dessen Stabilisierung ebenso beitrug wie zu dessen Zusammenbruch im Augenblick der äußersten Bedrohung, und daß diesem Prozeß das Verhaltensmuster des "revolutionären Attentismus" entsprach, den Groh definiert als ein Konglomerat von politischer Abwartehaltung, von auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus (vgl. u. a. besonders S. 26, 57, 62, 133, 186, 223, 288, 295, 433, 491 und 574).

Groh sieht sich in der Tradition der bisherigen Forschung stehend: Von Guenther Roth ist der Begriff der "negativen Integration" übernommen – Groh versucht, "ihn systematisch ernst zu nehmen, was auch bedeutet, seine sozialpsychologischen Momente zu entfalten" (S. 36, Anm. 37). Den Begriff "revolutionärer Attentismus" haben, wie Groh hervorhebt, in Teilmomenten bereits Erich Matthias ("Integrationsideologie") und Hans-Josef Steinberg ("Fatalismus") verwendet – Groh selbst möchte jedoch die Beschränkung der Anwendung "in erster Linie auf den Bereich der Ideologie-Kritik" überwinden (S. 36, Anm. 38). Der Begriff der "doppelten Loyalität", von dem Groh meint, Conze und er hätten ihn 1966 als erste angewendet (vgl. dazu jedoch Helga Grebing, "Geschichte der deutschen Parteien", 1962, S. 121 und 142 ff.), soll nun nicht mehr "statisch" gefaßt, sondern auf den Inhalt bezogen im Sinne eines dynamischen Verhaltensmodells verwendet werden (S. 64 und 723).

Solche Aussagen drängen die Frage auf, ob und gegebenenfalls mit welchem Ertrag Groh über die bereits vorliegenden Erklärungsansätze und -versuche hinausführt: ob er die der Geschichtswissenschaft bisher meist nur äußerlich-aufgesetzt gebliebenen sozialwissenschaftlichen Methodologien systematisch-stringent anzuwenden vermag. Diese Frage ist legitim: Groh verspricht z. B. auf S. 20, daß "über das Verstehen hinaus" (die Bedingungen eines "pathologischen Lernprozesses") "erklärt" werden sollen; er will sich – vgl. z. B. S. 49, Anm. 77 – den Problemen "der Anwendung der Sozialpsychologie oder besser: verschiedener sozialpsychologischer Ansätze im Rahmen einer dem Stand der Sozialwissenschaft angemessenen Geschichtswissenschaft" stellen; er versucht historisch-empirische Tatbestände dem "Anwendungsbereich" sozialwissenschaftlicher Theorien (auf S. 695 dem der "Theorien über kognitive Dissonanz") zuzuordnen; er beklagt die mangelnde geschichtstheoretische und methodologische Reflexion; er verweist zur Erklärung dieses Mangels auf "die

fehlende Geschichtstheorie", in deren Rahmen die Sozialpsychologie ihren Ort als unentbehrliche Hilfswissenschaft angewiesen bekäme (S. 50); er diskutiert das "weitgehend ungeklärte und auch theoretisch-abstrakt nicht ein für allemal ausformulierbare Problem der Vermittlungen" (S. 51) usw., usw.

Das Ergebnis dieses immer wieder punktuell verlautbarten Bemühens um einen theoretischen Zusammenhang stellt sich indessen als ein grundlos-vordergründig bleibender Methodeneklektizismus, als eine beliebig zu vergrößernde Summe von ungeordneten Hinzufügungen dar: Aspekte der Gruppendynamik, der Verhaltens- und Interaktionsforschung, der Informationstheorie, der Aggressionsforschung und der Sozialisationstheorie, system- und konflikttheoretische Modelle, Strukturanalyse und Ideologiekritik (Belege dafür finden sich auf S. 24, 29, 62, 415, 431, 449, 680, 695, 719 und 725) sowie verschiedene Varianten individualpsychologischer Interpretation (vgl. z. B. S. 220 über Kautsky, S. 186, 189 über Bebel, S. 682 über L. Frank) werden als Erklärungszugänge offeriert.

Jedoch auch auf diesem Wege bloßer Addition von Theoriepotentialen gelangt der Verfasser zu sehr differenzierenden Beschreibungsvarianten, kann er die Möglichkeiten der Klassifikation der (wie er sagen würde) historisch-empirischen Tatbestände erweitern; zu erklären vermag er indessen nicht mehr, als der Forschung bisher auf Grund weit geringerer Materialbestände und Theoriebefunde zu erklären gelungen ist. Geblendet von der vorgeblichen Überlegenheit sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeit gibt auch Groh der modisch gewordenen Neigung nach, diese Begrifflichkeit den sogenannten historisch-empirischen Tatbeständen, die er offenbar naiv-realistisch als solche einfach konstatiert, aufzusetzen, indem er nur sie diesen für angemessen hält. Er trägt die jeweils passend scheinenden Kategorien an das, was er ihnen als historisch-empirische Tatbestände vorgibt, gewissermaßen von außen und im Nachhinein heran. Er mag dies "Erklärung"

nennen, es ist aber nur eine Verdoppelung des Beschreibungsvorgangs, weil auf der begrifflich-abstrakten Ebene nur wiederholt wird, was auf der empirisch-konkreten bereits erfolgt ist. Man kann dies auch ein tautologisches Verfahren nennen, insofern, als die Begriffe als Erklärung demjenigen unterschoben werden, was sie eben auch nur abstrakt umschreiben.

Verfährt Groh bei der Verwendung von im weitesten Sinne sozialpsychologischen Kategorien und Theoremen umsichtig insofern, als er ihre Anwendungsmöglichkeit jeweils diskutiert und zu begründen versucht, so gerät er bei der Anwendung klassentheoretischer Begriffe in die Nähe eines affirmativ-unreflektierten Gebrauchs dieser Begriffe. Es wird ein ziemlich grobes Klassenschema benutzt, es wird eher schlagwortartig als analytisch und begriffsinhaltlich ausgewiesen von Klassenantagonismen gesprochen, die SPD ist die Partei des Industrieproletariats respektive der Industriearbeiter oder einfach: (proletarische) Klassenpartei, bzw. eine Partei, in der ein bestimmter Teil der "klassenbewußteste" ist (S. 25, 38, 40, 49, 65, 106, 181, 278, 561); die Thesen von der Deklassierung des Mittelstandes und von den Versäumnissen der SPD ihm gegenüber werden kaum modifiziert wiederholt (S. 54, 67, 251 ff., 284 f.). Defizite an Erklärungskraft, die Groh bei der Anwendung klassentheoretischer Theoreme entdeckt, werden einfach durch andere Theorie-Elemente substituiert. (Vgl. z. B. S. 49: "Die sozio-ökonomisch begründeten Klassenantagonismen wurden durch sozialpsychologische Faktoren zusätzlich aufgeladen und verfestigt".) Der Revolutionsbegriff bleibt widersprüchlich, bzw. wird doppelsinnig verwendet: sowohl im Sinne gewaltsamer direkter Umwälzung wie in dem einer permanenten, transformationsgerichteten Reform. (Vgl. S. 721: "Der Mehrheit vom 3. August ging es nicht mehr um die Verteidigung der Basis der künftigen sozialistischen Revolution, sondern nur noch um die Errichtung der Gleichberechtigung innerhalb von Staat und Gesellschaft, die dadurch allerdings qualitativ verändert

worden wären." Dagegen siehe S. 728, wo "von letzten Endes revolutionären verfassungspolitischen Konsequenzen" der Demokratisierung der Heeresverfassung gesprochen wird.)

Gewiß kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden, daß es Groh gelingt, über das bisher von der Forschung Geleistete hinaus die Positionsunterschiede in der Sozialdemokratie zu verdeutlichen und damit auch zu einer Verfeinerung der Beschreibungsmöglichkeiten beizutragen, so wenn er nun unterscheidet: rechter Flügel (= Reformisten/Revisionisten) – Praktizisten – Zentrum – linkes Zentrum – Linksradikale. Verloren geht dabei allerdings die mühevoll in der Forschung herausgearbeitete Trennung von Reformisten und Revisionisten; auch verlaufen gelegentlich die Trennlinien unscharf: dies ist jedoch gerade nicht ein Zeichen für das dem Autor etwa mangelnde Präzisierungsvermögen, sondern für die inzwischen zweifelhaft gewordene Tragfähigkeit der traditionell geübten Klassifizierungen überhaupt. (Vgl. S. 693 über die Konstellation in der SPD-Fraktion am 3. August: unterschieden wird zwischen dem rechten Flügel der Fraktion, also den Reformisten und Revisionisten, dem Parteizentrum, dem auch der größte Teil der Gewerkschafter angehörte, dem linken Zentrum, das "im Sinne des Praktizismus handelte".) Hier spätestens hätte dem Autor deutlich werden können, daß sein Verfahren nur eine erweiterte Fortführung der Beschreibung von in der Tendenz bereits Bekanntem ermöglicht, daß eben nur eine Scheinerklärung sein kann, was – sogar: bessere – Beschreibung ist.

In diesem Zusammenhang müssen auch Bedenken dagegen angemeldet werden, wie Groh oft, wie es sich darstellt, undiskutiert als Basis für seine begrifflich-abstrakte Deskription zeitgenössische Aussagen verwendet, als seien sie das, was sie u. U. nur scheinen, oder wie er Quellen vorweg als "richtig" benotet, die doch dazu taugen sollen, "Richtiges" erst zu beweisen (z. B. S. 162, wo als Beweis für die Mentalität vieler SPD-Mitglieder ohne weiteres auf

einen Polizeibericht verwiesen wird mit der Bemerkung, daß diese Mentalität hier richtig geschildert sei).

Doch das schwerwiegendste methodologische Problem des Buches besteht darin, daß das, was die Partei selbst ist – also Bewußtseinsformen, strategische Konzepte, Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei –, außerhalb des Arbeitsvorhabens des Verfassers bleibt, diesem vorausgesetzt wird. Groh will "die deutsche Sozialdemokratie" am Vorabend des Ersten Weltkrieges beschreiben. Was er tatsächlich beschreibt und dadurch mit der deutschen Sozialdemokratie identifiziert, sind Teile ihrer Führungsschichten. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist aber nicht die Geschichte des Agierens oder Reagierens von Führungsschichten, für das die "Massen" Resonanzboden und malerischen Hintergrund bilden. Die Rolle und die Bedeutung der "Massen", die der deutschen Sozialdemokratie erst das spezifische Gewicht einer sozialen Emanzipationsbewegung gegeben haben, bleiben bei Groh analytisch unerschlossen. Dieses analytische Defizit schlägt sich nieder in unkonkreten Verallgemeinerungen wie "die große Mehrheit der SPD", die "überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder", "die (oder: "viele") SPD-Mitglieder", in Allerweltswendungen wie "unter der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft" oder in Bemerkungen über "die Masse" überhaupt, die, wie Groh einen Autor zwar einschränkend, aber dennoch zustimmend zitiert: "naiv und triebhaft" ist. (Vgl. für diesen Absatz u. a. S. 162 f., 186, 189, 206, 250, 309, 358, 693, 712).

Wie bei solchem wenig differenzierten Vorgehen unvermeidbar, kommt es zu zahlreichen Einschätzungsambivalenzen der Verhaltensdispositionen der "Massen" (die einmal revolutionäres Potential darzustellen scheinen und dann wieder weder von dem Reformisten Ludwig Frank noch von der Linksradiكالen Rosa Luxemburg aktivierbar sind) sowie der Beziehungen zwischen Führern und Massen und zu einem begriffsabstrakten Konstrukt von angeb-

licher Realität (vgl. S. 106, 126, 144, 162, 181, 193, 206, 309, 358, 452, 461 ff., 471, 481, 492, 501, 557 ff., 567ff., 640, 722). Dies führt dann insgesamt zu einer Problemreduktion, die gewiß nicht in der Absicht des Verfassers lag: eigentlich hätten die Führer als die eigentlich Handelnden Transformationsstrategien in Richtung auf einen konsequent radikalen Reformismus durchsetzen und deshalb in den Massen diesen Strategien angemessene Lernprozesse initiieren müssen, was aber eigentlich auch nicht möglich war angesichts der restringierenden Bedingungen des Gesamtsystems. Dies endet in der Kapitulation vor der Grundfragestellung der Geschichtswissenschaft nach der erklärenden Rekonstruktion bzw. Rekonstruierbarkeit von Realität; sie wird ersetzt durch die Nachtragsweisheit des Historikers, der mitteilt, was falsch, was richtig, was realistisch, was nicht realistisch gewesen wäre (vgl. S. 163, 236, 250, 253, 293, 378, 414, 415, 437) und – bei einem solchen normativen Verfahren unvermeidbar – das (der DDR-Historiographie angenäherte) Diktum des Opportunismus bezogen auf die, die nicht getan haben, was richtig gewesen wäre (vgl. S. 437).

Diese Form der scheinhaften Problemlösung durch Problemreduktion ist nur ein Moment in der Arbeit von Groh; häufiger noch besteht der Ausweg aus dem Dilemma des vom Ansatz her verkürzten Bezugs zur historischen Realität in der wortreichen Rückkehr zu den altbewährten Topoi der Forschung: Dualismus zwischen Theorie und Praxis, Organisationspatriotismus bzw. -fetischismus, Immobilismus, Übergewicht der zentristischen Mentalität, Traditionalismus, tradierte Verhaltensmuster, "altbewährte Taktik" usw. Auch diese Topoi sind nur Beschreibungskategorien in einem tautologischen Verfahren. Denn erklärt etwa der "revolutionäre Attentismus", warum "den meisten Sozialdemokraten Kriege genauso wie Revolutionen als Naturereignisse, die jenseits der Sphäre der Beeinflussbarkeit durch handelnde Subjekte hereinbrachen", galten (vgl. S. 725)? Der "revolutionäre Attentismus" ist nur eine abstrakte Be-

schreibung, ein vornehmer Name für etwas, was er erklären soll und nicht zu erklären vermag.

Nun wird man sehen müssen, daß Groh sich seine Forschungs- und Interpretationssituation durch die Anwendung des Kausalitätsprinzips selbst erschwert. Er fragt nach "Ursachen" (z. B. der Parteikreise 1913, s. S. 469), er sieht interdependente Strukturelemente (des Kaiserreichs' s. S. 22) in "linearer Kausalreaktion" aufeinander zugeordnet, er findet die sozialdemokratische Bewegung von sozialpsychologischen Kräften bestimmt, "deren Vektoren eine Diagonale ergeben" (S. 62). Groh meint offenbar diese methodischen Implikationen einlösen zu können, indem er seine Untersuchungsschritte aspektreich bloß additiv komplettiert und sie insgesamt chronologisch verklammert. Wie auch immer: auf diese Weise mit dem Kausalitätsprinzip in der Geschichte umgehend, bekommt er eben die Komplexität bzw. Vielbezogenheit der Zusammenhänge und Verhältnisse von Teilmomenten eines als Realität gewiß nicht abbildbaren, aber gedanklich rezipierbaren "Ganzen" erkenntnistheoretisch-geschichtsmethodologisch nicht in seine Perspektive. Derart reflektiert und begründet könnte jedoch die apriorische Partikularität jedweder historischen Fragestellung akzeptabel werden. Doch wäre es zu einfach, solche methodologischen Defizite bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung dem Verfasser allein anzulasten. Sie spiegeln vielmehr das Dilemma der gegenwärtigen Forschung wider, dem sich die Rezensentin selbst auch ausgesetzt sieht.

Helga Grebing

Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik.

Hrsg. von Eberhard Kolb. — Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972. 437 S. (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 49.).

Der vorliegende Bd. 49 in der verdienstvollen Reihe der "Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek" unterscheidet sich nach Anlage und Zielsetzung von dem durch Wolfgang Schieder bearbeiteten Bd. 32 der gleichen Reihe über den 1. Weltkrieg,

der ältere und jüngere, deutsche und außerdeutsche Zeugnisse zu einer in hohem Grade umfassenden und objektiven Sammlung vereinigt hatte. Sein Herausgeber Eberhard Kolb gehört zweifellos zu den besten Kennern des Überganges "Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik" in den Jahren 1918/19. Zur Zeit der Entstehung dieser Sammlung lag der Schwerpunkt seines Interesses auf der Rolle des Räteproblems. Er vertrat die Überzeugung, daß in der Regierung der Volksbeauftragten vor allem Friedrich Ebert und Scheidemann eine ihnen offenstehende Gelegenheit zu einer befestigten Demokratisierung im Rahmen der durch den Versailler Frieden begrenzten Republik von Weimar durch Unterlassungen wie Handlungen zerstört hätten. Aus der neuesten Literatur war ihm in diesem Zeitpunkt leider die heute vorliegende Habilitationsarbeit von Klaus Schwabe ("Deutsche Revolution und Wilson-Frieden". Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971) noch nicht zugänglich, so daß er sich fast bedingungslos an das für ihn "Monumentale Werk" Arno J. Mayers aus dem Jahre 1968¹ anschließen zu sollen glaubte.

So verdienstvoll die von Kolb und anderen durchgeführten Einzelforschungen zu dem — weitgehend maßvollem — Verhalten der meisten Soldatenräte im einzelnen gewesen sind, so fragwürdig erscheint mir nach wie vor ihr Ergebnis, das vor allem mit seinem Ausgangspunkt von einer dogmatisch verhärteten These einer Priorität der Innenpolitik die gründliche Labilität der deutschen Lage in den Jahren 1918/19 zu unterschätzen, die prinzipiell nur von dem Standpunkt einer steten und alles beherrschenden Interdependenz von Außen- und Innenpolitik her wirklich verstanden und abschließend interpretiert werden kann. Die radikale Kritik, die heute so oft an den Entschlüssen Eberts geübt wird, scheint mir die Bedrohlichkeit der deutschen Lage

1 Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918 - 1919*, London 1968.

und damit die – bei allen unleugbaren optimistischen Fehlschlüssen im einzelnen – die stets vorhandenen Zwangsläufigkeiten seines Verhaltens gründlich zu verkennen.

Kolb hat sich von seinem Standpunkt her entschlossen, seine Sammlung auf den Rahmen der ja mit ihm damals übereinstimmenden jüngeren Generation zu beschränken, während bei Schieder immerhin auch Autoren wie Gerhard Ritter (Freiburg) zu Worte kamen. Nur so ist die hier noch von ihm vertretene Schärfe des Urteils verständlich, mit der seiner Partei der jetzt so oft bemühte Mangel an schöpferischen Improvisationen der Abneigung gegen jedes "kühne Wagnis" zum Vorwurf gemacht wird, der ihm die nach Kolbs Ansicht notwendige "Öffnung nach links" unmöglich gemacht habe. Nur so kommen – im Widerspruch zu allen zeitgenössischen Befürchtungen des ganzen Westens – Thesen zustande, die ihm wie seiner Zusammenarbeit mit Groener das Argument entgegenhalten, daß er die Gefahr einer Deutschland erreichenden bolschewistischen Flutwelle überschätzt habe. Wobei Argumente der Wahlstatistik über die chaotische Bewegung jener Monate in Deutschland vom Schreibtisch her aufreizend überschätzt werden.

Der Optimismus, mit dem hier die Möglichkeit eines positiven Aufbaues auf der Grundlage der so wenig durchsichtigen Rätebewegung in Deutschland überschätzt wird, ist inzwischen durch die Kritik Gerhard A. Ritters² abschließend widerlegt worden und die Zeit gekommen, in der eine wirklich sachliche Biographie Friedrich Eberts zu Ende geschrieben werden sollte. Auch das Urteil des sonst so verdienten Erich Matthias, wonach die Volksbeauftragten von 1918/19 "ihre Po-

litik nicht nur an Wirkung, sondern zu einem guten Teil auch an eingebildeten Gefahren orientiert" hätten, anstatt "den immerhin vorhandenen Entscheidungsspielraum zu zielbewußter und selbstbewußter und energischer wirtschaftspolitischen Initiative zu nützen", geht doch an der wirklichen Notlage Deutschlands im Gefolge von militärischer Niederlage, Druck des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses letzten Endes viel zu leicht vorbei. Die Dogmatik des Primates der Innen – gegen die Außenpolitik führt denn auch im einzelnen zu jenen Fehleinschätzungen, die – gegen W. Hofer und Georg Kotowski – selbst dem schweren Ringen Friedrich Meineckes in dieser Krise vorwirft, daß er dem Sieg des Parlamentarismus für Deutschland mit Skepsis gegenübergestanden hat, so daß auch bei ihm von "einem radikalen Umdenken" –, das Teilen der jüngeren Generation heute sehr viel leichter zu fallen scheint – keine Rede sein könne.

Hans Herzfeld

KRÜGER, Peter: Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß. –

Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973. 224 S. (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25.)

Diese aus einer Kölner Habilitationsschrift hervorgegangene Abhandlung beschäftigt sich mit einem bisher wenig bearbeiteten Thema: dem Reparationsproblem im Rahmen der deutschen Friedensvorbereitungen vom Herbst 1918 bis zum Frühjahr 1919. Gestützt auf eingehende Archivstudien und bisher nicht ausgewertete amtliche deutsche Akten, hat Peter Krüger in dieser ausgezeichneten und sorgfältigen Arbeit die ausschlaggebende Bedeutung der deutschen Reparationspolitik mit ihren innen- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Weimarer Republik herausgearbeitet.

2 Gerhard A. Ritter, *Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie*, in: *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der 'Neuen Linken' und Ihrer Dogmen*, Hrsg. von Erwin K. Scheuch Köln 1968, S. 188-216.

Der Autor zeigt die Hilflosigkeit der SPD gegenüber der alten Ministerialbürokratie, den entscheidenden Einfluß von Bankiers und Industriellen auf die Formulierung der deutschen Friedenspläne, aber auch die Schwierigkeiten und die Uneinigkeit der SPD bei der Entwicklung einer eigenen Konzeption für die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens. Zunächst tat sich die SPD schwer, die tatsächlich hoffnungslose Lage Deutschlands gegenüber den Ententemächten richtig einzuschätzen, schwenkte dann aber schließlich auf den von Friedrich Ebert propagierten Kurs der "nationalen Verantwortung" (S. 24) ein. Damit schloß sich aber die SPD den Vorstellungen der Mehrheitsparteien an und verzichtete auf die Entwicklung eines eigenen Programms in der Hoffnung, so zum "Retter der Nation" (Eduard David) zu werden.

Die Empörung der SPD über die nach ihrer Ansicht weit über die Wilsonschen 14 Punkte hinausgehenden Friedensbedingungen trugen ebenso zur Annäherung an die Position der Ministerialbürokratie, der Banken und der Industrie bei, wie die allgemein vorherrschende Überzeugung, daß nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland Reparationen zahlen könne. Bereits Anfang 1919 entschieden sich führende Sozialdemokraten wie August Müller und Otto Landsberg auch aus außenpolitischen Gründen gegen die Sozialisierung (S. 64), da sie einen direkten Zugriff der Entente auf den Staatsbesitz zur Erfüllung der Reparationsforderungen befürchteten. Innenpolitisch bedeutete dieser Konsensus zwischen der Mehrheit der SPD und den alten Eliten, daß Forderungen revolutionärer Kräfte der Stabilisierung des bestehenden Systems geopfert wurden.

Peter Krüger weist aber richtig daraufhin, daß der Rat der Volksbeauftragten, der sich fast nur mit innen- und wirtschaftspolitischen Fragen befaßte, genau wie die SPD, die Bedeutung außen- und reparationspolitischer Probleme für die künftige Entwicklung der Weimarer Republik nicht erkannte oder für unwichtig hielt.

Man überließ den "Fachleuten" der alten Ministerialbürokratie das Feld, die – in Zusammenarbeit mit Banken und Industrie – das deutsche Friedensprogramm erarbeiteten und beraubte sich so jeden Einflusses auf eine Frage, die von eminenter Bedeutung für die innen- und außenpolitische Entwicklung in den zwanziger Jahren war, während gleichzeitig die alten Eliten den Versuch unternahmen, über eine Stärkung der deutschen Wirtschaftspotenz die alte Großmachtstellung wieder zu erringen.

Hermann-Josef Rupieper

TURNER, Henry Ashby: **Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft.** – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1972. 185 S. (= Sammlung Vandenhoeck.).

Das Buch des amerikanischen Historikers behandelt ein Thema, das erst seit einigen Jahren auch von nicht-marxistischen Wissenschaftlern bearbeitet wird. Während marxistische Forschung den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus stets an den Anfang ihrer Erörterungen stellte, versperrte "westlichen" Gelehrten die Konzentration auf Organisation und Ideologie des Nationalsozialismus sowie die Totalitarismusforschung den Blick für die Frage nach dem Beitrag der deutschen Industrie zum Sieg der NSDAP. Gewissermaßen als distanzierende Antwort auf marxistische Forschungsergebnisse stellt Turner gleich im ersten von sechs Artikeln fest, daß die deutschen Industriellen Hitler nicht an die Macht gebracht hätten. Auf diese Verneinung eines generellen Interesses der deutschen Industrie am Sieg des Faschismus folgen Untersuchungen über das Verhältnis einzelner Persönlichkeiten (E. Kirdorf, F. Thyssen) sowie der Vereinigung der führenden Industriellen, der sogenannten Ruhrlade, zur NSDAP, darüber hinaus der kommentierte erstmalige Abdruck der von Kirdorf überreichten, von Hitler verfaßten geheimen Broschüre für Industrielle aus dem Jahre 1927.

Nachdem die Industrie einmal freigesprochen ist, schlägt Turner in seinem letzten Artikel einen anderen Ansatz vor, mit dessen Hilfe sich "vorgeblich" faschistische Bewegungen und Systeme besser bestimmen ließen (S. 177). Vom Verhältnis der "vermeintlichen Spielarten des Faschismus" zum Prozeß der "Modernization" sollte nach Turner in der Forschung ausgegangen werden, um schließlich zu einem eingeschränkten, dafür aber präziseren Gebrauch des Begriffs Faschismus zu gelangen (S. 181).

In perfekter Beherrschung der "historischen Methode" traditioneller Geschichtswissenschaft versucht Turner den Nachweis zu führen, daß die Industriellen den Faschismus nicht gewollt hätten, daß sie allenfalls durch ihre feindselige Haltung gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften am Untergang der Weimarer Republik mitschuldig wären. Da sich nach quellen- und ideologiekritischer Durchsicht der verschiedensten Dokumente (Nachlässe, Firmenarchive, Originalmanuskript des Thyssen-Buches etc.) der empirische Nachweis eines allgemeinen Interesses der deutschen Industrie am Sieg des Faschismus nicht führen läßt, kommt für ihn eine Schuld oder Mittäterschaft nicht in Frage. Leute wie Thyssen, Kirdorf seien Ausnahmen geblieben, und selbst jene seien bis zuletzt von der kleinbürgerlich-radikalen Drapierung der NSDAP abgeschreckt und mehr an einer Beteiligung der NSDAP an Koalitionsregierungen interessiert gewesen (S. 140). Ja, die Industriellen hätten nicht nur der NSDAP im allgemeinen mißtraut; sie seien auch die eigentlich politisch Ohnmächtigen gewesen, denen es nur selten gelungen wäre, ihre ökonomische Macht erfolgreich politisch umzusetzen. Von den zahlreichen Beispielen, die der Autor für beide Thesen anführt, seien hier nur wiedergegeben die vergeblichen Versuche der Unternehmer, eine "bürgerliche Einheitspartei" zu gründen (S. 12 f.), die scheinbar wahllose Finanzierung aller bürgerlichen Parteien sowohl durch einzelne Kapitalisten (Flick, IG Farben, S. 20) als auch durch die riesigen Fonds der Ruhrlade

(S. 129 und S. 133), die Unterstützung Hindenburgs in der Reichspräsidentenwahl 1932, die Verweigerung ihrer Unterschrift unter eine Petition des Kepler-Kreises, die Hindenburg im November 1932 auffordern sollte, Hitler zum Reichskanzler vorzuschlagen (S. 149) etc. Und als Hitler dennoch Reichskanzler wurde, seien die meisten Wirtschaftsführer von der Nachricht völlig überrascht worden (S. 153); schließlich seien die Vorstellungen der Ruhrlade noch im Januar 1933 dahin gegangen, Papen zum Vorsitzenden der DNVP zu machen und mit deren Massengrundbasis den ihnen verhaßten Schleicher abzulösen.

So scharf Turners Blick für Details ist, so sehr versperrt ihm seine "Faktologie" den Blick für übergreifende Zusammenhänge. So ist der größte Mangel des Buches die fehlende Einheit von Theorie und Empirie. Wer glauben sollte, er finde in diesem Buch, was der anspruchsvolle Titel verspricht, sieht sich allerdings getäuscht; denn vom Kapitalismus ist eigentlich nie die Rede. Stattdessen löst Turner die Kapitalistenklasse in Individuen auf, deren Verhalten die Grundlage abgibt für allgemeine Behauptungen. So wundert es nicht, daß dem Autor der historische Prozeß, den er personalisierend auf die Handlungen einiger großer Männer verkürzt, aus dem Griff gerät. Der Zugang zum Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus erschließt sich eben nicht durch den Sprung ins Stoffliche, sondern über eine vorab geleistete Analyse der sozioökonomischen Situation Deutschlands zwischen 1928 und 1933, anhand derer die Konstellation der Klassen zueinander differenziert herausgearbeitet werden müßte, um auf diese Weise auch den pauschalen Begriffen von den Unternehmern zu entgehen; denn so wie die Arbeiterklasse gespalten war, standen auch die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie in verschiedenen Lagern. Wenn aber Vögler und Thyssen (als Vorsitzende des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke) mehr oder minder die Nazis unterstützten, hatte die NSDAP bereits den größten deutschen Industriekonzern gewonnen. Sicher-

lich hat das Kapital die NSDAP nicht ins Leben gerufen und haben Teile der Industrie erst dann die NSDAP finanziert, als die faschistische Bewegung bereits mächtig war. Aber die Gelder der Kapitalisten als *gegen* die NSDAP gerichtet auszugeben, ist schon ungeheuerlich (S. 25). Auch wenn Turner die Methode ablehnt, aus dem *cui-bono* Rückschlüsse auf die Mitwirkung der Profiteure vor der Machtergreifung zu ziehen, läßt sich nicht leugnen, daß der Faschismus nirgends gegen den Willen der Oberklassen an die Macht gekommen ist und daß er trotz Eingriffen in die Wirtschaft den Privatbesitz an Produktionsmitteln nirgends beseitigt hat. Sobald aber Turner seine empirischen Ergebnisse theoretisch zu verarbeiten beginnt, gerät er sogleich ins Spekulative. Die Frage, ob der Nationalsozialismus modernisierend gewirkt habe, beantwortet er nicht anhand der Mittel, sondern anhand der vermeintlichen Ziele der NS-Wirtschaftspolitik, deren Realisierung allerdings auf die Zeit nach dem gewonnenen Krieg zurückgestellt worden wäre. Obwohl also die Konzentration des Kapitals im Dritten Reich weiter zunahm, die Städte immer größer wurden, die Landflucht anhielt, etc., war der Faschismus nach Turner fortschrittsfeindlich, anti-modernistisch und anti-industriell (S. 172). Abgesehen vom unklaren Gebrauch von Begriffen wie "Fortschritt" oder selbst "Modernisierung", der allen Autoren dieses besonders in den USA verbreiteten Forschungsansatzes eigen ist (Black, Apter, Organski) und hinter denen sich wohl die naive Vorstellung von der Weltgeschichte als monolinearem, auf den Kapitalismus hinlaufenden Prozeß verbirgt, wäre es das Mindeste, wenn Turner sich hier mehr – wie an anderer Stelle – an die Fakten gehalten hätte.

Das Buch zeigt deutlich die begrenzte Reichweite traditioneller Historie, deren Wissenschaftlichkeit auch nicht durch neue spekulative Theorien aufgewertet wird, und fällt klar hinter den gegenwärtigen Stand der Faschismusforschung zurück. Fragen nach dem Zusammenhang von kapitalistischer Herrschaft und faschistischer Politik und deren Interessenidentität unter be-

stimmten Voraussetzungen (Stockungen des Produktionsprozesses, Stärke der Arbeiterbewegung etc.) geraten nicht einmal ins Blickfeld des Autors, der eher, wie Treue, Lochner u. a. schon vor Jahren, die Industriellen gleichfalls als Opfer faschistischer Politik exkulpiert.

Hilmar Ruminski

TAFT, Philip: *Defending Freedom, American Labor and Foreign Affairs*. With a Foreword by Robert D. Murphy. – Los Angeles: Nash Publishing Company 1973. 293 S.

Der Autor gehört seit über 30 Jahren zu den produktivsten Historikern der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Während seine frühen Werke sich mit "Structure and Government of Labor Unions" (Cambridge/Mass. 1954) oder "Economics and Problems of Labor" (New York 1942) befassen, tragen seine neuesten Veröffentlichungen Titel wie "Labor Politics American Style" (Cambridge/Mass. 1968) oder jetzt: "Defending Freedom". Es handelt sich dabei um wissenschaftlich aufgemachte Propagandaschriften zur Verteidigung George Meanys, der als konservativer Gewerkschaftsführer seit 1944 den Schutz des freien Unternehmertums als zentrale gewerkschaftliche Aufgabe in aller Welt propagiert. "Defending Free Enterprise" könnte dieses ganze Alterswerk zutreffend, wenn auch polemisch überschrieben werden.

Freilich ist Tafts Schrift über die Außenpolitik der amerikanischen Gewerkschaften damit nicht abgetan. Auf den ersten Blick wirkt sie sogar recht ansprechend. Unter dem reißerischen Cover verbirgt sich eine scheinbar wohlfundierte, flott lesbare und zügig fortschreitende Gesamtgeschichte gewerkschaftlicher Außenpolitik von den ersten Kontakten zwischen Samuel Gompers und "William" Liebknecht, über Carl Legien und dessen transatlantische Bemühungen während des Ersten Weltkrieges, bis hin zum aktuellen Konflikt zwischen Meany und den Reuther-Brüdern über die Vietnam-Politik.

Im Mittelpunkt des Buches stehen die dramatischen Jahre nach 1945 mit einem ausführlichen Kapitel über die Deutschlandpolitik der damals getrennt operierenden

Dachverbände AFL und CIO. Weltgewerkschaftsbund, Wiederaufbau, Hilfgelder, Marshallplan, Berlinproblem, Demontagen, Wiederaufrüstung, Westintegration und Antitotalitarismus lauten die wichtigsten Stichwörter. In diesen Passagen kann Tafts Buch als späte Erwiderung auf George Shaw Wheelers "Politik mit dem Dollar" (Berlin 1958) gelten. Taft als Konservativer und Wheeler als Kommunist begegnen sich in der Haltung intransigenter Apologie.

Die Parallele zwischen beiden führt bis in die Art der Quellenbehandlung hinein: Während Wheeler sich immer wieder auf jene geheimen Papiere beruft, die er bei seinem Übertritt mit nach Prag nehmen konnte und dann als "Privatarchiv" deklarierte, stützt Taft sich auf die vertraulichen Akten der AFL in Washington, zu denen George Meany ihm uneingeschränkten Zugang verschafft hat. Obwohl Wheeler und Taft sich gleichermaßen auf unveröffentlichtes und exklusives Material beziehen, bleibt der wissenschaftliche Ertrag ihrer Arbeit unbefriedigend. Beide gewinnen ihre historischen Urteile nicht aus einem unvoreingenommenen Quellenstudium, sondern verwenden ihre Unterlagen als Beweismaterial für die vorgefaßten Standpunkte ihrer Protektoren. Streng genommen ist das keine Geschichtswissenschaft, sondern ihr Mißbrauch zu anderen Zwecken.

Zugunsten Tafts sei eingeräumt, daß er sich auf einen weit umfangreicheren Fundus stützen kann als Wheeler, vor allem, daß er weniger rigide vorgeht. Die Quellenangaben bei Taft sind großzügiger und lüften etwas mehr den Vorhang des "confidential" und "restricted". Aber er zitiert auch Briefe, die seit Jahren veröffentlicht sind, als hätte er sie neu entdeckt. Schlimmer noch: Seine Angaben lassen den Leser im Zweifel, ob er immer nach den Akten oder vielfach aus zweiter und dritter Hand zitiert. Da er fast keine Sekundärliteratur angibt, lassen sich die möglichen Zusammenhänge nur mit größter Mühe aufklären.

Aus dieser Situation folgt, daß deutsche Historiker Tafts Buch wohl oder übel heranziehen müssen, wenn sie überhaupt etwas zur Deutschlandpolitik amerikanischer Gewerkschaften sagen wollen. Denn nur bei Taft sind bestimmte Briefwechsel zwischen George Meany, William Green, Matthew Woll, Jay Lovestone einerseits und Harry S. Truman, George C. Marshall, James F. Byrnes und Dean Acheson andererseits auszugsweise veröffentlicht. Aber Vorsicht bei der Übernahme von Zitaten! Stichprobenvergleiche mit Akten aus Detroit/Mich. und Madison/Wisc. ergaben, daß Taft sehr unsauber zitiert.

Ärgerlich sind auch falsche Datierungen, Fehler bei Personen- und Ortsnamen, irreführende Übersetzungen aus der gewerkschaftlichen Fachsprache. So wird aus Hamborn einfach Hamburg (S. 97) und aus Wattenstedt eben Wattensteck (S. 97). Georg Reuter erscheint als George Reuther und wird mit dem "heroic Mayor of Berlin" (S. 273) verwechselt. Der Congress of Industrial Organizations (CIO) verwandelt sich in eine ILO (S. 87). Bei der Art der Quellenverarbeitung läßt sich schwer feststellen, wie weit diese Entstellungen übernommen oder neu produziert wurden.

Aber "nobody is perfect". Auch bei den besten Vertretern der Geschichtswissenschaft ließen sich ähnliche Fehler aufspüren. Gegebenenfalls wären sie in einer zweiten Auflage auszumerzen. Im Falle Taft kommt zu der unsauberen handwerklichen Machart aber noch eine starke Tendenz zu ideologischer Verzeichnung, die über den hermeneutisch vertretbaren Spielraum hinausgeht. So berichtet Taft über eine Aussprache, die im Sommer 1948 zwischen General Clay und einer amerikanischen Gewerkschaftsdelegation in Berlin stattfand, als wäre sie voller Harmonie verlaufen (S. 136 f.). Dabei handelte es sich um eine besonders kritische Konfrontation zwischen der AFL und dem Militärgouverneur in Berlin.

Am ärgsten wirken die ideologischen Passagen, wo Taft einseitig für George Meany und gegen Walter P. Reuther Partei ergreift. Getreu seinem Präsidenten Meany bestreitet Taft jeden finanziellen Einfluß der Central Intelligence Agency (CIA) auf die Außenpolitik der amerikanischen Gewerkschaften. Im Gegenzug polemisiert er gegen Journalisten, Intellektuelle und Liberale.

Das Problem des Imperialismus, das sich für keine freie Gewerkschaft so dringend stellt wie für die AFL/CIO, reduziert sich für Taft auf eine Parade antiimperialistischer Aussprüche von Gompers bis Meany. Daß möglicherweise Sein und Bewußtsein, daß Selbstdarstellung und objektive Funktion auseinanderklaffen könnten, entzieht sich der Taftschen Betrachtungsweise. Das sei nicht ohne Bedauern ausgesprochen. Denn hier zeigt sich, daß Taft und Meany und große Teile des sogenannten "rank and file" es ungeheuer schwer haben, in eine kritische Selbstreflexion einzutreten. Die Identifikation mit den "American Values" geht so weit, daß alle und jede auswärtige Gewerkschaftsbewegung allein an ihnen gemessen wird. Hier zeigt sich, wie sehr die Außenpolitik der amerikanischen Gewerkschaften nichts anderes darstellt als die Verlängerung der amerikanischen Innenpolitik über fünf Kontinente. Was echte internationale Beziehungen – mit voller Respektierung und Anerkennung auswärtiger Arbeiterbewegungen – ausmachen könnten, lernt sich offenbar schwer in einem so großen, starken und reichen Land.

Hier darf kein Vorurteil aufkommen: in der amerikanischen Literatur der letzten Jahre gibt es Werke über gewerkschaftliche Außenpolitik, die sich durch internationale Sensibilität und gründliche Imperialismuskritik auszeichnen. Verwiesen sei auf die Arbeiten von Ronald Radosh ("American Labor and United States Foreign Policy", New York 1969) und Adolf Sturmthal (Comparative Labor Movements, Belmont/Cal. 1972). Beide nennt Philip Taft nicht. Gleichwohl müssen sie herangezogen werden, um die Defizite bei Taft zu kompensieren.

So sehr "Defending Freedom" als geschichtswissenschaftliche Arbeit zu kritisieren ist, bleibt dieses Buch doch ein wichtiges Selbstzeugnis für das statische und US-zentrische Geschichtsverständnis der herrschenden Meany-Gruppe in AFL/CIO. Ebenso zeigt sich in kaum übertreffbarer Weise, welche große und weiter wachsende Rolle die Außenpolitik für den amerikanischen Gewerkschaftsbund spielt. Über die weitere Entwicklung meint Taft: "In the future it might be more profitable for the diplomat to be acquainted with the views of labor than with the dynastic rivalries that rent old Europe or with the works of a Metternich or a Talleyrand." (S. 252) Das ist nicht falsch. Aber welche geographische Einheit soll heute für Europa, welche Namen sollen künftig für "Metternich" und "Talleyrand" stehen?

Gerhard Beier

STURMTHAL, Adolf: Comparative Labor Movements, Ideological Roots and Institutional Development. – Belmont (Cal.) Wadsworth Publishing Company 1972. 176 S.

Vor dreißig Jahren veröffentlichte Adolf Sturmthal seine "Tragedy of European Labor". Seither gehört er zu den wichtigsten Mittlern zwischen der nordamerikanischen und westeuropäischen Arbeiterbewegung. In zahlreichen englischen und deutschen Beiträgen hat er sich besonders mit der vergleichenden Betrachtung nationaler Gewerkschaftsbewegungen befaßt. Im Mittelpunkt seiner Arbeiten findet man immer wieder die betriebliche Repräsentanz der Gewerkschaften, ihr Verhältnis zu Parteien und öffentlichen Verwaltungen sowie die Lohnpolitik der Verbände in Gestalt des "collective bargaining". – Das Gesamtwerk Adolf Sturmthals ist als Beitrag zu einer empirisch orientierten allgemeinen Gewerkschaftstheorie im Anschluß an Selig Perlmanns amerikanische "Theory of the Labor Movement" anzusehen.

Die vorliegende Arbeit ist einmal als Einführung für amerikanische Arbeitervertreter und Studenten in die Besonderheiten der westeuropäischen und internationalen Arbeiterbewegung zu verstehen. Dazu gehört die Erklärung, daß "Labor Movement" in Europa nicht nur eine gewerkschaftliche, sondern

eine viel umfassendere politisch-gesellschaftliche Bewegung bedeutet. Über diesen propädeutischen Zweck hinaus handelt es sich bei Sturmthals neuestem Buch in den besten Kapiteln um die gedrängte Summe seiner theoretischen Lebensarbeit.

Im einführenden, historischen Teil durchleuchtet der Autor die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert über die wichtigsten Sezessionen bis hin zu den Ereignissen der Jahre 1968/69/70. Spürbar zeigt sich dabei eine ideologische Orientierung am Revisionismus Eduard Bernsteins, an der Labour-Politik Hugh Gaitskells, am Godesberger Programm der SPD und an der Wirtschaftspolitik Karl Schillers. Damit korrespondiert die starke Berücksichtigung des wachsenden Anteils der Angestellten und öffentlich Bediensteten am Potential der Arbeiterbewegung.

Der systematische Teil handelt von den verschiedenen Formen des "collective bargaining". Weiter geht es um Fragen der Betriebsräte, um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialisierung und schließlich um Probleme der Vollbeschäftigung. Dabei werden immer wieder die besonderen Verhältnisse der wichtigsten Länder (England, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden u. a.) vergleichend herangezogen.

Der übergreifende dritte Teil steht unter dem Thema der internationalen Arbeiterbewegung mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten. Aber es geht Sturmthal vorrangig um die Gewerkschaften der westlichen Welt. Dabei unterscheidet er den angelsächsischen Typus der "bargaining union" und den kontinentaleuropäischen der "administrative union". Letztere zeichnet sich durch zunehmende Kooperation mit der höheren Verwaltung und gleichzeitige Entfremdung von der Betriebsebene aus. Demgegenüber hält sich die "bargaining union" stärker an die klassische Aufgabe der Gewerkschaften, möglichst lukrative Lohnabschlüsse für ihre Mitglieder zu erzielen, und zwar durch Arbeitskämpfe und Verhandlungen mit den

Unternehmerverbänden.

Für beide Gewerkschaftstypen sieht Sturmthal schwer lösbare Probleme, die sich aus den langfristigen Wirkungen einer dauerhaften Vollbeschäftigung ergeben: Überall öffnet sich eine wachsende Kluft zwischen zentral vereinbarten Tarifröhnen und betrieblichen Effektivlöhnen. Um diese Kluft zu schließen – so meint Sturmthal – ist eine wechselseitige Annäherung in der Arbeitsweise von "administrative" und "bargaining unions" notwendig. Demnach sollen die einen mehr betriebsnahe Tarifpolitik und die anderen mehr Kooperation mit der höheren Verwaltung pflegen. Das bedeutet eine Konvergenz der kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Gewerkschaften. Insofern dient das Buch nicht nur der theoretischen Vermittlung zwischen den Gewerkschaften der westlichen Welt. Es stellt sich auch in den Dienst einer praktischen Annäherung zwischen angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Organisationen. Auf diesem Wege ist bereits die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit Einschluß des Trade Union Congress (TUC) zu sehen. Die nächste Entwicklung deutet auf eine Verbesserung der Kontakte zu den nordamerikanischen Organisationen. In der weiteren Konsequenz liegt auch eine Annäherung an die Gewerkschaften der sozialistischen Länder. Jedenfalls erblickt der Rezensent den Unterschied von "administrative" und "bargaining unions" am deutlichsten im Gegensatz der Organisationen von Ost und West. Die angedeutete Konvergenz wäre nicht zuletzt in diesem Spannungsfeld zu erwarten.

Einwände, die sich aus dem propädeutischen Charakter des Buches ergeben, sollen hier nicht vorgebracht werden. Kritisch einzuwenden bleibt gegen Sturmthals Werk, daß der Begriff der "administrative union" dem generellen Charakter der kontinentalen Gewerkschaften nur sehr bedingt gerecht wird, daß er vor allem die spezifischen Differenzen zwischen mehr reformistischen und stärker revolutionären Gruppierungen zudeckt. Die Betrachtung der internationalen Beziehungen bleibt hinter dem Erkenntnisstand kritischer Wissenschaft zurück. Wechselwirkungen zwischen "labor diplomacy" und imperialistischer Außenpolitik werden nicht reflektiert, obgleich dazu gerade in den USA wichtige Publikationen erschienen sind.

Gerhard Beier

REISBERG, Arnold: **Lenin und die deutsche Arbeiterbewegung.** — Berlin: Dietz 1970. 64 S.

Daß man Lenin, dessen überragende Bedeutung für unser Zeitalter kein vernünftiger Mensch bestreiten wird, zum 100. Geburtstag ehrend gedenken wollte, ist verständlich. Aber diese, ursprünglich als Aufsatz erschienene Propagandaschrift, die Lenin zum Patenonkel der deutschen Arbeiterschaft abzustempeln versucht, mutet mit ihren Gemeinplätzen etwas peinlich an. Die Lektüre der Schriften von Marx und Engels erweckte im jungen Lenin zuerst das Interesse an der deutschen Sozialdemokratie, zumal diese nach dem Fall der Pariser Kommune zur führenden Partei der Internationale geworden war. Aber Lenins anfängliche Bewunderung erlosch allmählich unter dem Eindruck der zunehmenden "opportunistischen" Tendenzen der Partei, die infolge von Bernsteins Revisionismus und Kautskys "Charakterlosigkeit" schließlich die Mehrheit der SPD-Führung erfaßten. Dennoch verlor Lenin nie den Glauben an die deutsche Arbeiterschaft. Im Kriege setzte er seine Hoffnungen auf den linken Flügel der Bewegung um Liebknecht und Luxemburg, spornte sie an, sich politisch-organisatorisch auf die Führung der arbeitenden Massen vorzubereiten und stand auch während der deutschen Revolution den Spartakisten als ständiger Ratgeber und weiser Kritiker zur Seite. Nach dem enttäuschenden Ausgang der Revolution in Deutschland und dem Verlust der bedeutendsten kommunistischen Führer half Lenin der jungen KPD, sich zur Massenpartei zu entwickeln, die rechten Opportunisten und linkssektiererischen Strömungen in ihren Reihen zu bekämpfen und sich mit der Einheitsfrontpolitik um das Vertrauen der immer noch abseits stehenden sozialistischen Arbeiter zu bemühen. Nach seinem Tode blieben seine Lehren in der Partei weiterhin richtungweisend und ermöglichten nach dem 2. Weltkrieg den Aufbau der DDR durch ihre leninistische

Einheitspartei, die SED. Kurz, ein panegyrisches Lied, bei Parteiversammlungen hinter dem Ofen zu singen. *Werner T. Angress*

WESSEL, Harald: **'Tussy' oder fünfundzwanzig Briefe über das sehr bewegte Leben von Eleanor Marx-Aveling.** — Leipzig: Verlag für die Frau 1974. 320 S., 60 Abb.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit, von der bereits ein gekürzter Vorabdruck in der DDR-Frauenzeitschrift "Für Dich" erschien, hat nach Aufarbeitung der älteren Literatur und der neueren biographischen Studien von Chushichi Tsuzuki ("The Life of Eleanor Marx 1855 - 1898", Oxford 1967) und Yvonne Kapp ("Eleanor Marx. Vol. 1: Family Life, 1855 - 1883", London 1972) die Orte des Geschehens aufgesucht.

Es gelang ihm dort, einige Fakten zu ermitteln, die bisher in der Literatur widersprüchlich dargestellt oder nicht berücksichtigt wurden. So verdanken wir ihm präzisere Angaben über die Größe der Marxschen Wohnung zur Zeit von Eleanors Geburt, nähere Einzelheiten über die Lebensumstände der Marx-Tochter während ihres Aufenthaltes in Brighton und den Geburtsort Lissagarays. Auch gelang es Wessel, das Haus zu identifizieren, in dem Eleanor die letzten Jahre ihres Lebens verbrachte. Sie nannte es immer nur — auch in Absenderangaben ihrer Briefe — "the den" (die Höhle), so daß bisher nie eine Hausnummer feststellbar war. — Es ist mit dem Autor zu hoffen, daß seine Veröffentlichung einen neuen Anstoß zu einer deutschen Edition der Schriften Eleanor Marx-Avelings gibt.

Sigrid Krüger

MÜNZENBERG, Willi: **Lebenslauf.** Faksimile des Dok. Nr. 52424 des Bestandes P 23914 des Staatsarchivs des Kantons Zürich. — Glashütten/Ts.: Detlev Auvermann 1972. 29 S.

Diese autorisierte Veröffentlichung aus dem Staatsarchiv des Kantons Zürich

bedeutet eine wesentliche Ergänzung und Korrektur zum 1. Kapitel der Münzenberg-Biographie von Babette Gross (Vgl. "IWK", Jg. 1968, H. 7, S. 106-107).

Der kurze Text fasziniert als Beispiel expressionistischer Autobiographie, wie sie in der Literatur der deutschen Arbeiterbewegung einmalig sein dürfte. In rascher, ja hektischer Folge bringt er düstere Erlebnisse, intime Bekenntnisse und leidenschaftliche Klagen über Herkunft und Elternhaus. Das Bild des Vaters erscheint nun als das eines ausschweifenden Wüstlings, der Frau und Kinder bis aufs Blut peinigete und alles niederschloß, was ihm vor die Flinte kam. Der Lebenslauf wird so zum derben Sittenbild aus dem thüringischen Dorfleben und Kleinstadt-Milieu. In den Haß auf den Vater fließt Klassenhaß ein – vor allem gegen halbfeudale und spätjunkerliche Verhältnisse.

Obwohl dieses autobiographische Fragment erst 1917 oder 1918 in einer Schweizer Gefängniszelle entstand, bricht es dort ab, wo das Leben des jungen Münzenberg "politisch" im engeren Sinne wurde. Zeitlich führt es nur bis zum Eintritt Münzenbergs in den Erfurter Arbeiterbildungsverein "Propaganda" und bis zu den Anfängen der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung in den Jahren 1904/05/06.

In den Jugenderlebnissen – auch den unbewußten Erinnerungen – sieht Münzenberg psychologische Faktoren, die "einen starken Einfluß auf unser Gefühls- und Seelenleben ausüben und so doch indirekt unser Leben mitbestimmen" (S. 12). Er unterstreicht damit seinen Beitrag zur biographischen Fundierung sozialer Bewegungen.

Der Verlag hat dem Text nur einen sparsamen tabellarischen Lebenslauf beigelegt. Dadurch werden die Dissonanzen gegenüber dem biographischen Werk von Babette Gross in keiner Weise geklärt. Hier ist also wissenschaftliche Nacharbeit notwendig. Angesichts des geringen verlegerischen Einsatzes erscheint der Preis der Ausgabe (DM 25,-) dreifach überhöht!

Gerhard Beier

GRANDJONC, Jaques: **Die Stimme des Volkes 1839 oder Blätter der Zukunft 1846. Zur "Deutschen Ideologie"**, in: **Archiv für Sozialgeschichte**, Bd. 9 (1969), S. 499 - 507.

DERS.: **La Presse de l'Emigration Allemande en France (1795 - 1848) et en Europe (1830 - 1848)**, in: **A. a. O.**, Bd. 10 (1970), S. 95-152.

DERS.: **Les émigrés allemands sous la Monarchie de Juillet. — Documents de surveillance policière 1833 - Février 1848**, in: **Etudes Germaniques, Publications universitaires de lettres et sciences humaine d'Aix-en-Provence**, Bd. 1 (1972), S. 115-258.

Jacques Grandjunc behandelt in den ersten beiden Beiträgen Einzelheiten aus der publizistischen Tätigkeit deutscher Emigranten in Paris, vor allem in der Zeit des Vormärz. In der ersten Abhandlung wird ein kleiner Irrtum von Marx und Engels aus dem ersten Teil der "Deutschen Ideologie" richtiggestellt. Die zweite Ausarbeitung ist der deutschen Emigrationspresse gewidmet. G. geht der Entwicklung der einzelnen Publikationen nach und gibt aufschlußreiche Einzelheiten über die Titelei und mögliche Änderungen im Zeitungskopf. Ferner werden der Druckort, die Dauer des Erscheinens und die Zusammensetzung der Redaktion bekanntgegeben. Es folgen noch Bemerkungen über die Tendenzen der Blätter und die verschiedenen Verbotsaktionen sowie Hinweise auf Archivlagerungen und bibliographische Fragen. So wurde eine Fülle von Material zusammengetragen, das für die wissenschaftliche Arbeit von großem Nutzen ist.

Seine Untersuchungen über die deutschen Emigranten in Frankreich setzt G. mit einem gehaltvollen Beitrag fort, der sich auf das Aktenmaterial der französischen Polizei stützt. Er geht auf die Tätigkeit der verschiedenen deutschen Gruppen und Vereinigungen ein und bringt auch die bis heute umstrittenen Zahlenverhältnisse zur Sprache. In einem umfangreichen Dokumentenanhang, in dem bisher unbekannte Stücke abgedruckt worden sind, werden aufschlußreiche Angaben über das Treiben

der Emigranten veröffentlicht. Es handelt sich vor allem um Berichte und Benachrichtigungen der Pariser Polizei-Präfektur, die an Ministerpräsident Guizot gerichtet waren. Obwohl die französischen Behörden den Emigranten nicht das gleiche Interesse entgegenbrachten wie die deutschen, gelang es ihnen doch, viele Einzelheiten zu sammeln, die sich gerade zur Beurteilung der deutschen politischen Auslandsorganisationen und Handwerkerbünde als von großer Wichtigkeit zeigten. Auch diese Untersuchung G.'s ist als Vorarbeit für eine größere zusammenfassende Darstellung über die deutsche sozialistische Bewegung im Ausland zu betrachten. Ein baldiges Erscheinen des Werkes, das zur Aufhellung wenig bekannter Vorgänge nach den hier vorliegenden Ausführungen bestimmt beitragen würde, muß daher in jeder Beziehung begrüßt werden.

Ernst Schraepler

Documents Constitutifs de la Ligue des Communistes 1847. Présentés et rassemblés par Bert Andreas. Traduction, notes et documentation par Jacques Grandjonc. -- Paris: Aubier Montaigne, 1972, 208 S. Es bedeutete eine große Überraschung für den interessierten Forscher, als 1966 in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg fünf Dokumente entdeckt wurden, die über die Vorgeschichte des Marxschen Kommunistenbundes Auskunft gaben. Die Schriftstücke stammten aus dem Nachlaß von Joachim Friedrich Martens, einem Mitglied der Hamburger Gemeinde des Bundes. 1969 wurden diese aufschlußreichen Dokumente von Bert Andreas zum ersten Male in einem Bande veröffentlicht, dem auch die Faksimiles der Originale beigelegt waren.¹

¹ Bert Andreas (Hrsg.), *Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten Juni bis September 1847* (= Veröffentlichungen aus der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek, Bd. 7), Hamburg 1969. 80 S.

Bei der vorliegenden Ausgabe handelt es sich um eine Übertragung ins Französische, die Jacques Grandjonc mustergültig vornahm, der auch den Anmerkungsapparat besorgte. Dem deutschen Originaltext wurde jeweils die französische Übersetzung gegenübergestellt, so daß der Leser sich jederzeit einer kritischen Überprüfung des Inhalts unterziehen kann.

Es wäre zu wünschen, daß derartige preiswerten Quellenangaben, in denen fremdsprachliche Originaltexte mit Übersetzungen veröffentlicht werden, sich auch in Deutschland mehr einbürgerten.

Ernst Schraepler

CARLSON, Andrew R.: German Foreign Policy, 1890 - 1914, and Colonial Policy to 1914, a Handbook and Annotated Bibliography. -- Metuchen, N. J.: The Scarecrow Press 1970. 333 S.

Das vorliegende Buch hält zwar durchaus nicht, was der Titel verspricht: einen handbuchartigen Überblick über die deutsche Außenpolitik sucht man vergeblich. Das Buch ist vielmehr gedacht als erste Orientierungshilfe für jemanden, der sich mit der deutschen Außen- und Kolonialpolitik intensiver beschäftigen will und als ein solches Arbeitsinstrument kann es von Nutzen sein, wenn nicht allzu viel Vertrauen in die Vollständigkeit und Korrektheit der Informationen gesetzt wird. Dieser Vorbehalt gilt weniger für die knappe Beschreibung der lokalen, territorialen und zentralen Regierungsorganisation in Preußen bzw. im Reich, die Entwicklung des Auswärtigen Amtes und der Kolonialpolitik, als für die rund 200 S. Bibliographie. Die keineswegs durchgehend kommentierte aber immerhin tief gegliederte Bibliographie ist eindeutig diplomatiegeschichtlich orientiert und erfaßt außer Monographien und Aufsätzen zu einzelnen Sachproblemen sehr ausführlich auch allgemeine Hilfsmittel. Läßt sich über die häufig obskure Auswahl der Zuordnung einzelner Titel noch hinwegsehen, so mindern die nicht ausgemerzten Druckfehler die Brauchbarkeit der Bibliographie (vgl. Kerr statt Kehr, S. 211,

Drecksler statt Drechsler, S. 319). Als nützlich ist hingegen das Verzeichnis des für die Außenpolitik des Reiches von 1890 bis 1914 wichtigen Personals im Auswärtigen Amt, in einzelnen Botschaften und in Heer und Flotte hervorzuheben, selbst wenn dessen Charakterisierung häufig unvollständig ist. *Karin Hausen*

STEARNS, Peter N.: **National Character and European Labor History**, in: *Journal of Social History*, Jg. 4 (1970/71), H. 2, S. 95-124.

International vergleichende Studien, diese oft erhobene Forderung, sind im Hinblick auf die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung ein Desiderat, das die Verbreitung höchst fragwürdiger Anschauungen über nationale Eigenschaften begünstigt hat. Um den Realitätswert sowohl des Begriffs Nationalcharakter als auch seiner Konkretisierungen zu prüfen, unterzieht Stearns im zeitlichen Rahmen der Jahre 1890 bis 1914 die Arbeiter und Arbeiterorganisationen Deutschlands, Englands, Frankreichs sowie – mehr am Rande – auch Belgiens einer komparativen Betrachtung, die den privaten Verhaltensmustern bis hin zur Waschgewohnheit ebenso nachspürt wie dem Stil kollektiver Aktionen. Dem Verfasser gelingt es unschwer, Belege für bekannte Stereotypen zu finden, die nach seiner Feststellung allerdings daran krankten, daß zu viele der angeblich nationalen Charakterzüge einander widersprechen und einige wichtige sogar nachweislich mit den Tatsachen nicht übereinstimmen.

In wenigstens fünf Hauptpunkten haben Ansichten über nationale Besonderheiten den Blick für die Wirklichkeit von Leben und Aktivitäten der Arbeiterklasse verdunkelt. Falsch ist erstens die Verallgemeinerung, daß für den englischen Arbeiter Gewaltlosigkeit kennzeichnend war. Als nicht weniger problematisch hat zweitens die Behauptung von der Organisationsfeindlichkeit des individualistischen französischen Arbeiters zu gelten, wie es drittens auch zu den weit verbreiteten Irrtümern gehört, daß Frankreich vor 1936 nie ein

beachtliches Tarifvertragswesen entwickelt hat. Viertens und fünftens sind die Deutschen weder von Arbeitswut besessen, noch einem Wechsel des Arbeitsplatzes abgeneigter gewesen – ihr Mangel an Mobilität ist keineswegs typisch, sondern eine der vielen Legenden. Wer gleichwohl am nationalen "approach" glaubt festhalten zu müssen, erlegt sich eine doppelte Beweislast auf. Er hat nicht nur Bedenken zu zerstreuen, die sich gegen eine Klassifizierung bestimmter Charakteristika als nationale Eigentümlichkeiten richten, sondern auch Einwände gegen nationalitätsorientierte Kausalerklärungen zu entkräften.

Der nationale Bezugsrahmen scheint dem Verfasser im vorliegenden Kontext um so entbehrlicher, als sich eine Alternative anbietet, die weitaus besser zum Verständnis der Typenvielfalt beizutragen vermag. Unabhängig von der jeweiligen Nationalität gliederte sich die Arbeiterschaft aller Industriestaaten in gleichartige berufliche und sonstige Gruppen – Gelernte etwa und Ungelernte, Zeitlöhner und Stücklöhner –, deren Angehörige über alle Ländergrenzen hinweg zu ähnlichen Verhaltensweisen tendierten. Stearns sieht in diesem Befund ein klares Indiz dafür, daß es eher ökonomische als primär nationale Bedingungen waren, die in der Schlüsselrolle des prägenden Faktors zur Geltung gelangten. *Henryk Skrzypczak*

HAUPT, Georges: **Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International**. – Oxford: Oxford at the Clarendon Press 1972. 270 S.

Dies ist die dritte Metamorphose des Werks, das Georges Haupt mit jeder neuen Übersetzung weiter ausbaut. Bestand die französische Ausgabe von 1965 in einer Einleitung mit einer umfangreichen Dokumentensammlung, so bringt die englische Ausgabe, die auf der deutschen von 1967 (vgl. meine Besprechung in "IWK" Jg. 1969, Sonderheft 1, S. 63 f.) beruht, 250 Seiten Darstellung mit dem 15seitigen Protokoll der Sitzung des "Internationalen Sozialistischen Bureaus" vom 29.

und 30. Juli 1914. Zwar gibt es jetzt auch ein Register, eine Bibliographie fehlt aber immer noch, was angesichts der weitverstreuten Quellen besonders bedauerlich ist. Es handelt sich um keine Erweiterung sondern um eine weitgehende Umarbeitung. Insbesondere die Abschnitte über die Imperialismustheorien und die Frage des Generalstreiks wirken viel abgewogener, so wird etwa die Rolle Kautskys oder der Einfluß der deutschen Gewerkschaftsleitung sehr viel deutlicher. Neu hinzugekommen ist ein größeres Kapitel über "Krieg oder Revolution", in dem eindringlich die Hilflosigkeit der sozialistischen Parteien bei Kriegsausbruch und die vielschichtigen Gründe hierfür dargelegt werden. Haupts immense Belesenheit zeigt sich in der Fülle der schlagenden Zitate aus allen Lagern, wobei er zum Beispiel die Verratsthese mit Lenin und Trotzki widerlegt. Den von der Parteien Haß und Gunst gelieferten Mystifikationen über die Ursachen für das Scheitern der Internationale setzt er ein Geflecht sozialpsychologischer, ökonomischer und ideologischer Momente entgegen. Er zeigt, daß auch die extreme Linke im Juli und August 1914 kein Mittel zur Verhütung des Krieges sah und daß in den Parteien, deren Führer am lautesten den Generalstreik für den Kriegsfall proklamiert hatten, noch weniger gegen den Krieg demonstriert wurde als in Deutschland, wo die Bereitschaft hierzu gemessen an der Situation von 1912 auch ganz minimal war.

Hans-H. Biegert

BOOTH, Paul: Theses on Conemporary American Trade Unionism, in: **Radical America**, Jg. 5 (1971). H. 1, S. 1-10.
PETERSON, Brian: Working Class Communism. A Review of the Literature, in: **A. a. O.**, S. 37-61.

Die Zeitschrift "Radical America" wird an der University of Wisconsin von einer Gruppe Studenten und junger Dozenten herausgegeben. Sie hat sich in den letzten Jahren vornehmlich mit Fragen der amerikanischen Arbeiterbewegung, des amerikanischen Engagements in Südostasien und

den Problemen rassischer, ethnischer und religiöser Minoritäten in den Vereinigten Staaten beschäftigt.

In der vorliegenden Nummer versucht Paul Booth einige Thesen zur Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nach der Wiedervereinigung von AFL und CIO zu formulieren. Er geht davon aus, daß nach dem Ende der direkten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Kalten Krieg sich innenpolitisch neue Probleme den Gewerkschaften stellen würden. Seine Hoffnung ist, daß der alte linke Flügel des Industriegewerkschaftsverbandes CIO, wie er von Walter Reuther repräsentiert worden ist, neue Bedeutung gewinnen könnte. Nach Ansicht des Verf. wird die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Jahren einige wesentliche Erfolge erringen, durch die die Arbeiterschaft sich als Klasse bewußt werden könnte. Bei diesen Auseinandersetzungen wird es besonders um die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten des Öffentlichen Dienstes gehen, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Büros und Fabriken sowie um eine wesentliche Erhöhung des Realeinkommens der gewerkschaftlich Organisierten.

Von besonderem Interesse für die Leser dieser Zeitschrift ist der Literaturbericht von Brian Peterson über "Working Class Communism". In den Mittelpunkt seines Artikels stellt Peterson die Frage, unter welchen Bedingungen Arbeiter in Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu Kommunisten geworden sind. Er untersucht hierbei die sozialökonomischen und ethnischen Faktoren, mißachtet aber bewußt den Einfluß, den die Sowjetunion auf die Konstituierung und Politik westlicher kommunistischer Parteien gehabt hat. Im einzelnen gibt er einen Überblick über die Literatur zur Geschichte der kommunistischen Parteien und Bewegungen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Peterson glaubt, daß in diesen vier Ländern parallele Tendenzen in den letzten 50 Jahren zu beobachten gewesen sind. So sei die Gründung der kommunistischen Parteien

jeweils mit einem Aufschwung der Industriegewerkschaftsbewegung in der Schwerindustrie und im Bergbau verbunden gewesen, also mit Gewerkschaften, die hauptsächlich ungelernete Arbeiter organisierten. In Frankreich, Großbritannien und Deutschland traten jedoch auch hochqualifizierte Facharbeiter, namentlich der Metallindustrie, der Kommunistischen Partei bei. Die ersten Kader der Kommunistischen Parteien Großbritanniens und Deutschlands rekrutierten sich zum Teil aus den dortigen Rätebewegungen, die in beiden Ländern u. a. von Facharbeitern getragen worden sind. Der Zusammenhang zwischen ethnischen Gruppen und kommunistischen Organisationen ist nach

Peterson am deutlichsten in den Vereinigten Staaten. Hier hatte die Kommunistische Partei ihre Hochburgen unter osteuropäischen Einwanderern, Juden und Schwarzen. Auch in Großbritannien hat nach Ansicht des Verf. der schottische und wallisische Nationalismus eine gewisse Rolle bei der Gründung der Kommunistischen Partei gespielt. Ähnliches gilt für die Elsässer und Italiener in Frankreich. In Deutschland hingegen seien die polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet eher durch religiöse und gesellige Vereinigungen als durch politische Parteien, wie die kommunistische oder sozialdemokratische, organisiert worden.

Peter Lösche

DIE IX. INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG IN LINZ VOM 11. - 15. SEPTEMBER 1973

Von Walter Momper

Die Linzer Konferenz des Jahres 1973 war wieder von etwa 150 Historikern der Geschichte der Arbeiterbewegung besucht. Neben Forschern aus fast allen Ländern Europas nahmen an der Tagung Wissenschaftler aus Israel, Japan, Kanada und den USA teil. Hauptthemen der Tagung des Jahres 1973 waren "Die Ausbreitung des Marxismus um die Jahrhundertwende (1890 - 1905)" und "Die Möglichkeiten der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung".

Zum Thema **Ausbreitung des Marxismus** lagen zwei Hauptreferate vor. Das eine war von Eric Hobsbawm (London), das andere von Dieter Fricke (Jena) verfaßt worden.

Eric HOBSBAWM definierte 'Marxismus' in einem weiten Sinne: nicht nur die Schriften von Marx und Engels, "sondern auch die Anschauungen derer, die sich – wenngleich mit manchen Einschränkungen – als ihre Schüler bezeichneten: manche Parteien und Organisationen der Zweiten Internationale und ihre Anhänger". Diese Definition schließt die offenen Gegner des Sozialismus rechts und links von der Arbeiterbewegung, z. B. die Fabier und Anarchisten, aus. Faktisch fällt damit die Definition von 'Marxismus' weitgehend mit 'Sozialdemokratie' zusammen. Insofern wird weniger die Entwicklung, Verfestigung und Abgrenzung der marxistischen Theorie verfolgt, als vielmehr der "Einfluß jener verschiedenartigen Ideen, die sich von Marx und Engels ableiten und die in erster Linie innerhalb und mittels der sozialdemokratischen Bewegungen propagiert wurden, welche von Menschen geführt wurden, die sich für Marxisten hielten und die von ihnen geleiteten Bewegungen als Vollstrecker der Marx'schen Theorie betrachteten". Diese weitgefaßte Definition von 'Marxismus' ist auch deshalb gerechtfertigt, weil "der Begriff 'Marxismus' erst zu einer Zeit allgemein verwendet wird, in der sein genauer Inhalt zum Diskussionsgegenstand zwischen verschiedenen Richtungen und Schulen von Marxisten wird".

Die Verbreitung des Marxismus hing nicht nur von seiner Anziehungskraft auf das Proletariat und die Intellektuellen ab, sondern politisch auch von der Stärke "alternativer Ideologien, die an potentielle Linke appellierten, z. B. des Anarchismus oder des Nationalismus, soweit man sie mit dem Marxismus für unvereinbar hielt," und von der Liberalität staatlicher Institutionen und dem Grad, in dem sie die Verbreitung der Ideen des Marxismus zuließen. "Größere Etappen der politischen Liberalisierung . . . führten daher gewöhnlich zu größeren Fortschritten in der meßbaren Stärke sozialistischer Bewegungen . . . Umgekehrt gab es in der Regel keine enge Verbindung zwischen der Stärke der außerparlamentarischen Aktivität der Arbeiterbewegung (vor allem der Gewerkschaftskämpfe) und dem Einfluß des Marxismus, obwohl eine solche Verbindung zwischen parlamentarischen Aktivitäten und marxistischem Einfluß durchaus bestand."

Wie die überlieferten Zahlen über die unteren und mittleren Funktionärsschichten zeigen, war die Massenbasis der Parteien der Arbeiterbewegung vorwiegend proletarisch, wenngleich in einigen Ländern die sozialistischen Parteien auch Anklang bei weiten Teilen der Landarbeiter- und Bauernschaft fanden. In bezug auf die Intellektuellen gab es gewaltige Unterschiede zwischen den nationalen Parteiorganisationen. Obgleich einige Intellektuelle in ihnen führende Positionen innehatten, waren die Arbeiterparteien Englands, Belgiens und

Deutschlands vornehmlich proletarisch geprägt. Im Gegensatz dazu übte der Sozialismus in anderen Ländern, besonders aber in Rußland und Italien, eine ungewöhnlich starke Anziehungskraft auf Intellektuelle aus. Der Einfluß des Marxismus auf die Intellektuellen richtete sich offensichtlich nicht schlechthin nach dessen Anziehungskraft auf diese Gruppe. Vielmehr neigte der "enttäuschte Intellektuelle" dazu, ein potentieller Revolutionär zu werden, wenn ihm der – aus seiner Sicht – gebührende soziale Rang in der Gesellschaft versagt wurde. "Diese Situation war grundlegend anders in rückständigen und revolutionären Ländern, in denen Intellektuelle viel eher Revolutionäre wurden oder mit der Revolution sympathisierten, denn der Kapitalismus und die liberale Bourgeoisie schienen keine befriedigenden Lösungen für die Probleme ihres Landes anzubieten, da sein politisches und soziales System zusammenzubrechen drohte und da die extreme Armut und Unzufriedenheit nicht übersehen und nicht hinuntergespielt werden konnten."

"Die Vorherrschaft alternativer Ideologien in Westeuropa begrenzte darüber hinaus die Verbreitung des Marxismus oder machte sie sogar rückläufig." In den bürgerlich-liberalen Ländern waren das die verschiedenen Variationen des Liberalismus, in anderen – meist den lateinischen – Ländern der Anarchosyndikalismus, wobei letzteres vor allem in der langsameren Entwicklung einer modernen Großindustrie begründet zu sein scheint. Der wesentlichste Konkurrent des Marxismus war jedoch der Nationalismus. Außerdem hing das Wachstum sozialistischer Bewegungen "ebenso von den besonderen Charakteristika der weltweiten Entwicklung des Kapitalismus in dieser Zeit wie von der spezifischen wirtschaftlichen und politischen Situation in den verschiedenen Ländern" ab. In dieser Zeit wurde die große Krise abgelöst durch eine weltweite Konjunktur. Begünstigte das eine die Ausbreitung des Kapitalismus, so zeigte der wirtschaftliche Aufschwung, daß ein Zusammenbruch des Kapitalismus unmittelbar nicht mehr bevorstand. Untersucht man die geographische und chronologische Entwicklung des Marxismus in dem in Frage stehenden Zeitraum, so zeigt sich, daß der Marxismus 1905 "ein beinahe ausschließlich europäisches Phänomen war oder ein Phänomen von Ländern, die von Europäern besiedelt waren". Innerhalb dieses Rahmens kann man "drei Zentren ideologischer Ausstrahlung" feststellen: die Länder Mittel- und Westeuropas, Rußland und – erstaunlicherweise – die USA.

Nach einer sehr knappen Übersicht über die geographische Verbreitung in einzelnen europäischen Gebieten kam Hobsbawm zu der folgenden Zusammenfassung:

- "1. Sozialistische Massenparteien der Arbeiterklasse bestanden hauptsächlich in Mittel-, Nord- und Westeuropa, aber die Frage, wieweit ihr Sozialismus marxistisch war, ist diskutabel.
2. Eine ernsthafte marxistische Durchdringung der sozialistischen und Arbeiterbewegungen und ihre Beherrschung durch den Marxismus beschränkte sich, um Haupt zu zitieren, auf Mittel- und Südeuropa; und wir können auch Osteuropa dazuzählen, obwohl es dort keine derartigen Massenbewegungen gab.
3. In den Industriestaaten war die Basis der sozialistischen Bewegungen proletarisch, und obwohl kleinbürgerliche Intellektuelle an der Spitze sozialistischer Parteien unverhältnismäßig stark vertreten waren, bildete doch nördlich der Alpen und westlich des Habsburgerreiches eine Massenunterstützung des Sozialismus unter den Intellektuellen wahrscheinlich die Ausnahme, und eine Massenunterstützung des Marxismus war sehr ungewöhnlich.
4. In vorwiegend agrarischen Ländern stützte sich die sozialistische Organisation ursprünglich eher auf Intellektuelle als auf Arbeiter, obwohl sie auch in die Massen einzudringen begann. Die besser entwickelten Gegenden des Habsburgerreiches (Österreich, Böhmen,

Mähren) und Norditaliens bilden eine Übergangszone."

Zur chronologischen Abfolge der Verbreitung kann generalisierend gesagt werden, daß "die Regel für mehrere westeuropäische Länder eine gewisse Stagnation oder sogar Rückschläge nach einem ursprünglich rapiden Fortschritt und vor einem neuerlichen Fortschritt" war. Hobsbawm zeigte diese Regel an mehreren Meßziffern auf (Verbreitung von sozialistischen Tageszeitungen, Organisationsgrad, Auflagen marxistischer Schriften usw.) und problematisierte die so gefundenen Werte und Erkenntnisse zugleich, um dann zur Analyse der qualitativen Verbreitung überzugehen.

Für Deutschland ist festzustellen, daß das Interesse der Arbeiter an Theorie nicht sehr groß gewesen ist. Z. B. wurden zwischen 1895 und 1905 nicht mehr als 16 000 Exemplare des Kommunistischen Manifests gedruckt, was – bezieht man diese Zahl auf die sozialdemokratischen Wählerstimmen des Jahres 1903 – nur 0,5 % ausmachte. "Was die Art der Theorie betrifft, an der sozialdemokratische Arbeiter interessiert waren, scheint es ziemlich klar zu sein, daß es in Deutschland und zweifellos auch anderswo nicht so sehr die tatsächlichen Theorien von Marx und Engels waren, als vielmehr ein Gemisch von wissenschaftlichem und evolutionärem Materialismus (mit einem starken Element antireligiösen Freidenkertums), das eine so große Komponente Utopismus und einiges Interesse an der Geschichte der Kämpfe der Volksmassen enthielt. Das populärste Werk der sozialistischen Leihbüchereien war Corvins 'Pfaffenspiegel'." An den Schriften von Marx, Engels und Kautsky hatten die Arbeiter durchweg kein sehr großes Interesse.

Andererseits ist auch die Feststellung, wer denn überhaupt die marxistische Literatur las, nicht leicht, weil diese auch von den Gegnern des Marxismus, vor allem bürgerlichen Intellektuellen, studiert wurde. Das Interesse der Intellektuellen schlechthin legte sich gegen Ende der neunziger Jahre, um dann erst ab 1905 wieder anzusteigen. Das Problem des intellektuellen Interesses am Marxismus und die Reaktion der bourgeoisien Meinung auf die Verbreitung des Marxismus sind noch kaum erforscht.

Die Frage nach der 'Qualität' des Marxismus, nach dem 'Vulgärmarxismus' und nach dem Revisionismus muß vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen für die Ausbreitung des Marxismus reflektiert werden. "Zwei Beobachtungen können hier gemacht werden: *Erstens*: In Ländern, in denen der Kapitalismus stabil war oder mit offensichtlichem Erfolg expandierte, war die Sozialdemokratie nicht revolutionär, gleichgültig, ob sie offiziell marxistisch war oder nicht. Und *zweitens*: Sogar innerhalb dieser Länder selbst war sie entschieden marxistisch nur dort, wo es Schichten der liberalen Bourgeoisie in der Vergangenheit nicht verstanden hatten, sich an die Spitze einer radikal-demokratischen Bewegung des Kleinbürgertums zu setzen, die in einer gemeinsamen Front des Kampfes gegen die Aristokratie breite Schichten politisch bewußter Arbeiter mitziehen konnte. Vielleicht hatte sie sich (wie in Deutschland) vom konsequenten Kampf für die bürgerliche Revolution zurückgezogen oder (wie vielleicht in Belgien) es nicht für nötig gehalten, das Proletariat zu mobilisieren. Wo Tradition und Praxis solch einer 'Volks-Allianz gegen Privilegien' und für 'Reformen' stark waren, war die Reichweite des Marxismus schwach." Beispiele dafür sind Großbritannien, die USA und – weniger extrem – Frankreich.

Der Revisionismus war dort am stärksten, wo er die politische Reformallianz von Arbeiterbewegung und reformerischem Liberalismus gefördert hat, wie in Deutschland, wo das Scheitern dieser Allianz schicksalhaft war. Dennoch lag die ideologische Basis dieser Allianz weiterhin *innerhalb* der Sozialdemokratie, weil der reformerische Teil der liberalen Bour-

geoisie nicht stark genug war, um eine Allianz auszuhandeln. So blieben die Revisionisten weiterhin Marxisten und innerhalb der Sozialdemokratie.

“Auf der anderen Seite gab es die Länder, wo der Reformismus irrelevant oder unmöglich schien, Revolution nicht lediglich wünschenswert, sondern praktikabel oder sogar bevorstehend war und die Kräfte der liberalen Bourgeoisie schwach waren, während ihre Ideologie keine Lösung zu bieten schien und kaum stark genug war, das eigene Selbstvertrauen aufrechtzuerhalten, geschweige denn Hegemonie über eine Massenbewegung zu gewinnen. In solchen Ländern – Rußland ist ein offensichtliches Beispiel – hatte der Marxismus keine liberale oder radikal-demokratische Konkurrenz. Er konnte eine Zeitlang nicht nur sozialistische Revolutionäre anziehen, sondern auch jeden Intellektuellen, der sich der Krise der Gesellschaft bewußt war und keine andere Lösung vorfand.” Hier kamen die massive Wirkung der revolutionären Theorie auf Intellektuelle in zurückgebliebenen Regionen und der Marxismus als alternative Ideologie zum ökonomischen Liberalismus zusammen, “eine Ideologie, die ganz offensichtlich den Bedingungen ökonomischer Rückständigkeit besser entsprach”.

Zusammengefaßt lassen sich zwei Phasen in der Entwicklung des Marxismus feststellen, die durch das Ende der ‘Großen Krise’ getrennt werden: Dramatische Expansion und weniger Nachlassen des Impetus als vielmehr “Integration der Sozialdemokratie in die bürgerliche Gesellschaft und Ideologie. Wäre der Marxismus hauptsächlich eine Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern geblieben, so wäre diese Tendenz vielleicht irreversibel gewesen. Doch sie war es nicht. Denn der Marxismus wurde die Ideologie der russischen proletarischen Bewegung und der russischen Revolution, und dadurch revitalisierte sich auch der Marxismus in den westlichen Ländern.” Nicht nur durch die revolutionäre Haltung an sich, sondern auch durch die bedeutenden Beiträge russischer Marxisten zur sozialistischen Theorie gewannen die russischen Sozialisten diese neue Qualität. Die Frage, wie “die sozialdemokratischen Parteien der Zweiten Internationale überhaupt in diesem Ausmaß unter marxistische Hegemonie” kamen, läßt sich nur unzureichend mit dem überragenden Prestige, dem Erfolg und der Größe der deutschen Partei erklären, “wieviel auch immer wir der Wirksamkeit des deutschen ‘Modells’ und der Reichweite seines Einflusses zugestehen”. Damit wird das Vordringen des Marxismus in den späten achtziger Jahren nicht erklärt. Vielmehr “können [wir] annehmen, daß es die Überlegenheit der marxistischen Analyse der Ausbeutung und vor allem des Klassenkampfes gegenüber jeder anderen ideologischen Konkurrenz war, die dem Marxismus jene ungewöhnliche Triebkraft gab”. Um allerdings die Ausbreitung des Marxismus zu verstehen, “werden wir unseren Blick nicht nur auf die Schriften von Marx und von marxistischen Ideologen und Führern richten dürfen, sondern auf die konkrete Realität des Lebens und des Kampfes der Arbeiter und auf die Lehren, die sie daraus gezogen haben. Wir benötigen noch eine Menge Forschungen, bevor wir diesen Aspekt der wachsenden Tiefenwirkung des Marxismus in den Jahren 1890 - 1905 ganz erfassen.”

In der **Diskussion** über das Referat kritisierte Georges HAUPT (Paris) zuerst, daß von ‘Marxismus’ gesprochen wird, ohne den Begriff zu definieren. Auch die einfache Identifikation mit ‘Sozialdemokratie’ reicht nicht hin. Die Frage ist z. B., ob “spontanes Klassenbewußtsein” schon Marxismus ist. Es fehlt an einer “Soziologie des Marxismus”, der in den verschiedenen Ländern, je nach deren speziellen Verhältnissen, unterschiedlich entwickelt ist. Fraglos ist es ein Fehler in den gängigen Untersuchungen, daß der Marxismus nur in seiner sozialen Umwelt und isoliert von der übrigen Gesellschaft betrachtet wird. Es geht darum, die Arbeiterbewegung “in die Weltgeschichte einzufügen”, sie in ihrer ge-

samen weltgeschichtlichen Umwelt zu betrachten. Dynamik, Wachstum und Art des Marxismus können nur im Zusammenhang mit Natur und Struktur der organisierten Arbeiterbewegung geklärt werden. Diese wiederum basiert aber auf der Sozialstruktur und der Größe der Arbeiterklasse selbst. Paradox ist es, daß der Marxismus zwar die Vorherrschaft in der Zweiten Internationale hatte, regional aber ungleichmäßig stark war. Die doppelte Abstufung von qualitativer und regionaler Intensität in zeitlicher Abfolge gilt es zu erforschen.

Józef KOWALSKI (Warschau) wies auf den Mangel an Forschungen über das Bewußtsein der Arbeiter und die sozialpsychologischen Aspekte des Themas — das Bewußtsein sozialer Unterdrückung — hin. In bezug auf Hobsbawm muß man den angesprochenen Nationalismus als Konkurrenten des Marxismus differenziert sehen. In den entwickelten Ländern war der Nationalismus imperialistisch, in den unterentwickelten Ländern hatte er eine antiimperialistische Komponente. Die Bedeutung der spontanen sozialistischen Massenbewegung muß noch erforscht werden. Spontane Massenbewegung ist ja auch „Suchen und Finden neuer Wege“ und nicht nur Opportunismus. Andererseits ist Zentralismus nicht immer schon organisatorische Schlagkraft — ein Gesichtspunkt, den Rosa Luxemburg meinte, als sie auf die Bedeutung der Spontaneität für die Arbeiterbewegung hinwies.

Susanne MILLER (Bonn) ging auf die These ein, daß die Arbeiterschaft Vorbehalte gegen die Revisionisten gehabt hätte, weil sie hauptsächlich Intellektuelle waren. Auch die Führer des Antirevisionismus waren Intellektuelle, im übrigen war der durchschnittliche Sozialdemokrat am Revisionismusstreit wenig interessiert. Hobsbawm hat keine klare definitorische Unterscheidung zwischen Revisionismus, Reformismus und 'Praktizismus' (Steinberg) gegeben. Die sozialen Träger revisionistischer Ideen waren doch vor allem die Gewerkschaften, nicht die bürgerlichen Intellektuellen, und gerade auf der Linken gab es eine ganze Zahl Intellektueller bürgerlicher Herkunft, z. B. Rosa Luxemburg. Ausbeutungstheorien hatte auch schon der Lassalleanismus entwickelt, sie waren "keine marxistischen Spezifika", sondern "einfache Erfahrungstatbestände".

Hans MOMMSEN (Bochum) begrüßte das Anlaufen einer international vergleichenden Betrachtung der Arbeiterbewegung. Mit dem Ende der Depression und dem Beginn des Imperialismus änderten sich die "Integrationsmuster" in der Arbeiterbewegung. Um dieser Tatsache gerecht zu werden, scheint es angezeigt, neue, aussagekräftigere Typisierungen der Arbeiterbewegung als die herkömmlichen zu finden. Er hat eine solche neue Typisierung versucht, nach der zu unterscheiden ist zwischen: 1. dem syndikalistisch-föderalistischen Typus angelsächsischer Provenienz, 2. dem syndikalistischen Typus romanischer Provenienz und 3. dem sozialdemokratischen Typus deutscher Provenienz. Es ist nicht zutreffend, die Typen 1 und 2 — wie es immer geschieht — als weniger entwickelte Typen hinzustellen, denn sie orientierten sich an den politischen und sozialen Gegebenheiten ihres jeweiligen Landes. In Deutschland bildete sich der sozialdemokratische Typus der Arbeiterbewegung wegen des Scheiterns einer bürgerlich-radikalen Freiheitsbewegung aus. Die unterschiedliche Ausbreitung einzelner Typen ist durch "sektorale Spannungen" (Bloch) zu erklären. Zudem war im 20. Jahrhundert eine vergrößerte Arbeiterbewegung mit den klassischen Mitteln (z. B. Schulung) nicht mehr zu integrieren. Insofern hat sich der Begriff 'Marxismus' gewandelt, und eine Antwort auf diesen Sachverhalt war die "dynamischere" Organisationskonzeption Rosa Luxemburgs.

Nachdem Adam WANDRUSZKA (Wien) auf das Beispiel Italiens verwiesen hatte, wo sich bei weitgehend unterentwickelter Gesellschaftsstruktur dennoch eine hochentwickelte Ar-

beiterbewegung herausgebildet hatte, ging Feliks TYCH (Warschau) auf das von Hobsbawm in den Anmerkungen zu seinem Referat angeführte "mysteriöse Beispiel Rußland" (daß die Arbeiterbewegung dieses unterentwickelten Landes dennoch einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Marxismus geleistet hat) ein. Für Tych war daran nichts mysteriös, denn dort hat sich — so seine Interpretation — eine offene Intelligenz mit guten internationalen Kontakten an den wenigen, aber hochentwickelten "kapitalistischen Inseln", z. B. Petersburg, orientiert. Von diesen "Inseln" nahm im Lande selbst der Marxismus auch seinen Ausgang. Das Problem des Nationalismus als Konkurrenz zum Marxismus aufgreifend verwies Tych darauf, daß der Nationalismus in Polen keine konkurrierende Bewegung zum Sozialismus gewesen ist. Aus gutem Grund wollte niemand auf die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Polens von den Großmächten verzichten. Das war kein Antagonismus, so daß Hobsbawms These in diesem Punkt sehr differenziert werden muß.

Shlomo NA'AMAN (Tel-Aviv) ging auf die Verbreitung der marxistischen Grundbegriffe in der Arbeiterbewegung ein. Begriffe wie 'Mehrwert', 'Klassenkampf' und 'Ausbeutung' haben sich langsam in den Sprachgebrauch der Arbeiterbewegung "eingebürgert". In den neunziger Jahren waren sie schon weit verbreitet, dennoch wurde dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter von der Arbeiterbewegung nicht hinreichend entsprochen. Die Bildungsarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung blieb sporadisch, antiklerikal usw. Die Bildungsebene entsprach nicht dem objektiven Stand der Bewegung. Die "elementare Begrifflichkeit" der ersten Phase der Bewegung blieb, sie wurde nicht auf eine höhere systematisch-theoretische Ebene gehoben. Um die Ursachen dieses Bruchs zu erforschen, müßten die Arbeiterpresse und die Wahlpropaganda dieser Zeit daraufhin untersucht werden, wieweit sie die Begriffe popularisierten und rezipierten. Wahrscheinlich wird man eine völlig neue Sprache feststellen. Damit war die Chance einer Popularisierung gegeben — die Frage bleibt, warum sie nicht genutzt worden ist. Kurz auf das "russische Mysterium" eingehend verwies Na'aman auf den Kapitalexpert nach Rußland, der eine sehr rasche partielle Industrialisierung zur Folge hatte.

France KLOPČIČ (Ljubljana) bestritt Hobsbawms These vom Nationalismus als antagonistischer Ideologie zum Marxismus. Gerade wenn die Arbeiterbewegung berechnete nationale Forderungen nicht aufgriff, okkupierten bürgerliche Kräfte nationale Forderungen für chauvinistische Ziele.

Danach kritisierte Peretz MERCHAV (Bet-Zera/Israel) den geisteswissenschaftlichen Ansatz bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Gerade auf die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung muß die dialektisch-materialistische Methode angewendet werden, das habe er auch in dem Referat von Hobsbawm vermißt.

Nicolae COPOIU (Bukarest) faßte kurz das von ihm vorgelegte Referat über das Vordringen der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus in Rumänien um die Jahrhundertwende zusammen. Im Mittelpunkt des Referats standen das Problem der Ausbreitung des Marxismus in einem agrarisch strukturierten Land mit einigen wenigen industriell hochentwickelten Sektoren (Erdölförderung), die Agrarprogrammatik und die schöpferische Anwendung der marxistischen Theorie durch die rumänischen Sozialisten: "Infolge der konkreten Verhältnisse, unter denen diese wirkten, beschränkten sie sich nicht darauf, einfache Propagandisten des wissenschaftlichen Sozialismus in Rumänien zu sein, sondern sie mußten Mittel und Wege finden, um die sozialistischen Prinzipien an die rumänischen Gegebenheiten anzupassen."

Anschließend ging Erich MATTHIAS (Mannheim) kritisch auf die verwendete Marxismus-Definition ein. Wenn man die Frage stellt, warum der Marxismus alle Konkurrenten "aus dem Felde geschlagen hat", wird doch klar, daß der Begriff 'Marxismus' so wissenschaftlich inoperabel ist. Dann muß der Begriff problematisiert werden. Überhaupt ist aber das Problem nicht die "Verbreitung des Marxismus", sondern die Arbeitermentalität, die Bewußtseinslage, die die jeweiligen sozialen Umstände reflektiert und 'Marxismus' als politische Konzeption trägt. Wenn das so ist, ist die Ideologie, die hier als 'Marxismus' bezeichnet wird, nur auf die Mentalität "aufgepappte" Ideologie, mit dem Zweck – zum Beispiel –, sich vom bürgerlichen Liberalismus abzugrenzen, aber – andererseits – auch, um sich innerhalb der Organisationen, der SPD und anderer Parteien und auch der Internationale mit einem gemeinsamen Vokabular "über Dinge zu verständigen, über die man im Grunde *nicht* einer Meinung war".

Eduard MÄRZ (Wien) interpretierte die Anziehungskraft des Marxismus dahingehend, daß isolierte Konzepte und Erkenntnisse (Ausbeutung, Klassenkampf usw.), die in der klassischen Nationalökonomie vor der Jahrhundertwende schon lange verwendet worden waren, im Marxismus zu einem überzeugenden "gewaltigen Gebäude" zusammengefügt wurden.

Horst SCHUMACHER (Berlin/DDR) griff noch einmal das angesprochene "mysteriöse Beispiel Rußland" auf. Das Beispiel zeigt, daß es gilt, die Geschichte der Arbeiterbewegung eines Landes in die Weltgeschichte einzuordnen. Es ist um die Jahrhundertwende das Aufkommen des Imperialismus festzustellen. Rußland war das erste Land, in dem die friedliche Entwicklung des Kapitalismus zu Ende ging. Die sektoralen Spannungen zwischen den "hochindustrialisierten Inseln" und dem unterentwickelten Rest des Landes, die ungelöste nationale Frage, die Bündnispolitik mit den Bauern, alles das "drängte zur Lösung" durch die russische Arbeiterbewegung. Dabei wahrte die russische Partei ihren revolutionären Charakter und baute ihn aus.

Daß die Verbreitung des Marxismus an nationalen Auflageziffern marxistischer Schriften gemessen wurde (in der österreichisch-ungarischen Monarchie lasen die Arbeiter die deutschen Ausgaben von Marx und Engels), kritisierte Edit SIKLÓS–VINCZE (Budapest), und Leopold HORNIK (Wien) pflichtete ihr darin bei. Schließlich war die Massenverbreitung marxistischer Schriften auch eine Kostenfrage.

János JEMNITZ (Budapest) stellte fest, daß in bezug auf das Konferenzthema "zu beruhigenden Feststellungen noch längere, gründlichere Forschungen notwendig" sind. Er wies dann auf eine Reihe von zentralen Fragestellungen hin, die es noch zu erforschen gilt. Von besonderer Bedeutung ist die Bauernfrage oder "im allgemeinen das Verhältnis zwischen den mittleren Schichten und der Arbeiterklasse", dessen unterschiedliche Problematik in den einzelnen Ländern und in verschiedenen zeitlichen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung. Bezüglich der qualitativen Entwicklung des Marxismus sind die Korrespondenzen von Engels mit den Führern und Militanten der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder "ein ungemein instruktives Quellenmaterial". Sie konnten "zweifellos in vielen Beziehungen als Wegweiser dienen und haben bei der Verbreitung des Marxismus eine wesentliche Rolle gespielt".

Eric HOBSBAWM ging in seinem Diskussionsbeitrag auf einige Fragen und Kritiken zu seinem Referat ein. Als wesentliches Element proletarischen Bewußtseins kam die marxistische Ideologie zu Fortschrittsglauben und Sendungsbewußtsein hinzu. Was seine Einschät-

zung des Nationalismus betrifft, so ist er der Auffassung, daß die Arbeiterbewegung die nationale Frage nie ganz in ihre Konzeption integrieren konnte. Der 'Marxismus'-Begriff läßt sich nicht in "verschiedene Marxismen" zerlegen. Bewußt habe er die Grenzen sehr weit gezogen, weil spezielle Unterscheidungsfragen für den hier in Frage stehenden Zusammenhang nicht so relevant sind. Trotz Lassalle und anderer nicht-marxistischer Theorien ist doch um die Jahrhundertwende der Marxismus unstrittig hegemonial in der Arbeiterbewegung gewesen. Hans Mommsens Vorschlag einer neuen differenzierenden Typologie der Arbeiterbewegung hilft seines Erachtens deshalb nicht weiter, weil man die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Organisations- und Theorie-Konzeptionen auch so definieren kann und weiterhin am Typus der sozialdemokratischen Massenpartei deutscher Art messen sollte.

Boris TARTAKOWSKY (Moskau) trug einige zentrale Thesen des von ihm und Georg GOLIKOV (Moskau) verfaßten Referats über die Verbreitung des Marxismus vor. Um die Jahrhundertwende vollzog sich der Wechsel von der historischen Epoche des Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus. Das Industrieproletariat wuchs enorm an, mit der Arbeiterbewegung entstand auch der Marxismus als "Theorie des Befreiungskampfes des Proletariats". Seit Ende der siebziger und bis in die Mitte der neunziger Jahre wurden in allen kapitalistischen Ländern selbständige proletarische Parteien gegründet. "Obwohl die sozialistischen Parteien einen relativ kleinen Teil des Proletariats erfaßten, wurde ihre Einflußnahme auf das politische Leben, ihre Rolle als Vorkämpfer für die Befreiung der Werktätigen von der Ausbeutung immer bedeutender. Der Prozeß der Bildung proletarischer Parteien bedeutete den Übergang der Arbeiterbewegung auf eine neue, höhere Stufe, wobei der Marxismus, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, zu ihrer theoretischen Basis wurde." "Vormarxistische, utopische und kleinbürgerliche sozialistische Strömungen" verloren ihren vormaligen Einfluß auf die Arbeiterbewegung, besonders die neu erarbeiteten marxistischen Programme "zeugten . . . im allgemeinen vom Sieg der Hauptprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus über die verschiedenen Arten vormarxistischer Strömungen." Einige sehr wichtige Probleme fanden in den Programmen der neunziger Jahre noch nicht den nötigen Niederschlag, obgleich sie von "erstrangiger Bedeutung für die gesamte weitere Arbeit der proletarischen Parteien" waren. "Dazu gehörte in erster Linie ein Fragenkreis, der die Aufgabe der politischen Machtergreifung durch das Proletariat mit dem Ziel der grundlegenden Umwandlung der gesellschaftlichen Beziehungen und vor allem das Problem der sozialistischen Revolution berührte." Damit verbunden waren die Probleme der revolutionären Macht, der Beziehungen zu den verschiedenen Formen des bürgerlichen Staates, das Problem des Staates prinzipiell neuen Typus – der Staat der Diktatur des Proletariats –, die Agrarfrage und die Frage der Taktik und Politik der sozialistischen Parteien. Bis zur Jahrhundertwende hatten diese Probleme noch keinen Eingang in die Programmatik sozialistischer Parteien gefunden.

"Die Sache und Lehre der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus erhielt ihre allseitige Entwicklung in dem theoretischen Nachlaß und der revolutionären organisatorischen Arbeit Lenins." Die neue historische Epoche des Monopolkapitalismus wirkte sich in Rußland so aus, daß das Land sich im Übergang zum "höheren, monopolistischen Entwicklungsstadium" des Kapitalismus befand. "Gleichzeitig blieb in seiner sozialökonomischen und politischen Ordnung ein großer Komplex von Überbleibseln des Feudalismus und der Leibeigenschaft erhalten. Das verlieh den Klassengegensätzen außergewöhnliche Schwere und Schärfe. . . . Lenin setzte die Studien am welthistorischen Prozeß fort und kam zu dem Schluß, daß die Geschichte vor die Arbeiterklasse Rußlands – als wesentliche

revolutionäre Aufgabe aller bevorstehenden Aufgaben des Proletariats in welchem Land auch immer – den Sturz der zaristischen Herrschaft gestellt hat.“ In seinen verschiedenen theoretischen Arbeiten erkannte er die Allgemeingültigkeit der wesentlichen Züge der russischen Verhältnisse. “Das gestattet ihm, den weltweiten Revolutionsprozeß als Ganzes zu sehen, die Erfahrungen daraus zu berücksichtigen und davon ausgehend das Programm zum Aufbau einer marxistischen Partei in Rußland, zu deren Strategie und Taktik auszuarbeiten.“ In der Lehre von der marxistischen Partei neuen Typus “als der höchsten Form der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse – ihrem kämpferischen Vortrupp” erarbeitete er die theoretischen und organisatorischen Grundlagen für Strategie und Taktik des Bolschewismus. “Die Erfahrungen des Aufbaus und der Tätigkeit der marxistischen Partei in Rußland, bereichert durch die Ergebnisse dreier Revolutionen und des Aufbaus der ersten sozialistischen Gesellschaft in der Geschichte, die Lehre Lenins von der Partei neuen Typus, dazu berufen, die großen sozialen Schlachten des Jahrhunderts und die revolutionäre Erneuerung zu leiten, sind nach Meinung der Marxisten in der ganzen Welt von bleibender, welthistorischer Bedeutung.”

Das zweite Hauptreferat zum Thema hielt Dieter FRICKE (Jena), der die Organisationsfrage in der revolutionären Arbeiterbewegung beim Übergang zur Epoche des Imperialismus in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Entsprechend einer von Engels vorgenommenen Einteilung sind zeitlich drei Stufen in der Entwicklung der Arbeiterklasse zu unterscheiden. Die erste ist gekennzeichnet durch die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse “eine besondere und, unter den bestehenden Umständen, ständige Klasse der modernen Gesellschaft bildet” (Engels). In der zweiten Stufe organisiert sich die Arbeiterklasse “zu einer besonderen politischen Partei” (Engels), und die dritte und wichtigste Stufe sah Engels dann in der Schaffung einer regelmäßigen Organisation und eines “echten Klassenprogramms von Arbeitern”. Danach – schrieb Engels – würde es nicht lange dauern “und die verzettelten und lärmenden Bataillone tun sich zusammen zu einer festgegliederten Schlachtlinie voll Waffenglanz und drohendem Schweigen, gedeckt durch verwegene Plänker in der Front und durch unerschütterliche Reserven im Rücken”.

Der dritte Schritt wurde in der Arbeiterbewegung zu unterschiedlichen Zeitpunkten vollzogen, in der deutschen Arbeiterbewegung von 1890 bis 1905, in der Zeit des Übergangs zum Imperialismus und des “Vorabends der proletarischen Revolution”. Die Arbeiterklasse stand “vor der historischen Aufgabe, alle Grundfragen des Klassenkampfes auf einer qualitativ höheren Stufe zu beantworten. Das war jedoch nur möglich, wenn das Proletariat in den einzelnen Ländern von Parteien auf den Kampf um die Eroberung der politischen Macht vorbereitet und in ihn geführt wurde, die sowohl politisch-ideologisch als auch organisatorisch den neuen, erhöhten Anforderungen des Klassenkampfes unter imperialistischen Bedingungen entsprachen.” Es ging dem Referenten also darum, einerseits darzustellen, “wie die Verbreitung des Marxismus in der Organisation der Arbeiterbewegung und speziell ihrer revolutionären proletarischen Partei . . . gewissermaßen als Ergebnis des Prozesses der Herausbildung revolutionärer proletarischer Klassenparteien zum Ausdruck kam”, und andererseits die Kontinuität der schöpferischen Weiterentwicklung der Auffassungen von Marx und Engels in der von Lenin entwickelten Parteikonzeption – der Lehre von der Partei neuen Typus – aufzuzeigen. Insofern ist die Organisationsfrage “eine Teilfrage der Verbreitung und Durchsetzung des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung”.

Vorangestellt wurden dem Referat eine Reihe von dafür maßgeblichen methodologischen Prämissen. Es "wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß jede Auffassung von einer Organisation an sich oder eine organisationssoziologische Trennung von Form und Inhalt dem Wesen und den Zielen der revolutionären Arbeiterbewegung widerspricht". Zwischen der revolutionären marxistischen Theorie und der Organisationsform der Arbeiterbewegung besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Allein "Ideen können überhaupt nichts ausführen" (Marx/Engels), sondern erst die Organisation ist die Waffe im Kampf um die Macht. In der Organisation der Arbeiterbewegung kommt auch "ein besonderes Verhältnis zwischen Spontaneität und Bewußtheit sowie von Partei und Klasse zum Ausdruck. Je größer der Organisationsgrad des bewußtesten Teils der Arbeiterklasse war, um so besser konnte er das sozialistische Bewußtsein in die spontane Arbeiterbewegung tragen und diese so zum planmäßigen, konsequenten Kampf befähigen."

Erforderlich ist außerdem "eine besondere Berücksichtigung des gesetzmäßigen Zusammenhangs zwischen Allgemeinem, Besonderem und Einzelem Ein Blick auf die Organisationsformen der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern zeigt, daß diese sehr vielfältig und trotz einer großen Zahl von Gemeinsamkeiten oft auch sehr unterschiedlich waren. Das war auf einen *Komplex* aufeinander einwirkender Ursachen zurückzuführen. Nicht jede von ihnen mußte auch für die Arbeiterbewegung eines anderen Landes zutreffen und hier dieselbe Wertigkeit haben, ohne daß damit abgeleitete Modifizierungskriterien zu bestimmenden werden konnten." Es ergibt sich daraus auch, daß "die Durchsetzung des Marxismus in der Organisationsfrage vor allem auch als *Prozeß* aufzufassen" ist, als Einheit von organisiertem politischem Kampf und den Bewußtseinsprozessen in der Arbeiterklasse. Die im Zuge dieses Prozesses – zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern – durchlaufenen Stadien "bedeuten jedoch nur eine in Form und Tempo unterschiedliche Ausprägung gemeinsamer, allgemeingültiger Wesenszüge. Sie entsprachen objektiven, gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen, die der gesamten internationalen Arbeiterbewegung innewohnen."

Mit der zunehmenden Ungleichmäßigkeit des kapitalistischen Entwicklungsprozesses in den einzelnen Ländern im Imperialismus internationalisierte sich der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Bei allen Differenzierungen des nationalen Kampfes verstärkten sich die Gemeinsamkeiten in den Kampfbedingungen des Weltproletariats. Das bedeutete für die Organisationsfrage, daß sie "nur dann marxistisch beantwortet werden konnte, wenn das auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, der Gemeinsamkeit der Grundinteressen der Arbeiterklasse aller Länder und Nationalitäten, erfolgte". Nur bei hohem Organisationsstand konnte sie ihre Kräfte international wirkungsvoll koordinieren und in praktischen Solidaritätsaktionen voll zum Tragen bringen. Die Dialektik des Nationalen und Internationalen zeigte sich in der Übernahme von in anderen Ländern gemachten allgemeingültigen Erfahrungen, Organisationsprinzipien und Lehren. Um die einheitliche Orientierung auf das gemeinsame proletarische Ziel zu wahren, mußten in Ländern mit unterdrückten Nationalitäten – dem Prinzip des proletarischen Internationalismus entsprechend – nationale Zersplitterungen durch eine einheitliche Organisation vermieden und überwunden werden. Lenin und die revolutionäre russische Sozialdemokratie haben erfolgreich jede nationale Absonderung in der Partei vermieden, die Sozialdemokraten der österreichischen Monarchie erhoben nationale Gruppen in der Partei jedoch zum Organisationsprinzip, mit der Folge, daß der innere Zusammenhalt und damit die Schlagkraft der Partei mehr und mehr verlorenging.

“Entscheidend war, daß die Lösung der Organisationsfrage unmittelbar mit den Erfordernissen des Kampfes für die historische Mission der Arbeiterklasse verbunden und die Organisation als Instrument zur allseitigen Führung des revolutionären Klassenkampfes entwickelt wurde.” Zu Beginn der neunziger Jahre nahmen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs, die Parti Ouvrier Français und die SPD, das “internationale Vorbild für die marxistische Beantwortung der Organisationsfrage” in der Epoche von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, in ihre programmatischen Erklärungen und Statuten entsprechende Passagen auf, die die Organisationsfrage als zentralen Punkt der Kampfkraft der Parteien und ihrer Klasse bezeichneten. Nach eingehender Diskussion sprach sich die Mehrheit auf dem Parteitag in Halle 1890 für das marxistische Prinzip einer einheitlichen, vom Parteivorstand zentral geleiteten Organisation aus. Schon der “Sozialdemokrat” hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß “der leitende Gedanke” der in Gotha geschaffenen Organisation, nämlich “der Klassencharakter unserer Partei und die sich aus demselben ergebende Notwendigkeit der *Zentralisierung der Kräfte* noch heute voll und ganz berechtigt ist und es auch fürderhin bleiben wird. An ihm müssen wir festhalten, denn er ist es, der unsere Partei groß gemacht hat.”

Dennoch waren Opportunisten wie Georg von Vollmar auf dem Parteitag für eine lockere Organisation eingetreten, letzten Endes richtete sich ihr Widerstand gegen “den demokratischen Zentralismus und [die] dadurch entscheidend bedingte revolutionäre Einheit und Geschlossenheit” der Partei. “Obwohl der Begriff des demokratischen Zentralismus von Karl Marx und Friedrich Engels nicht direkt benutzt worden ist, zeigt sich die organische Verbindung von Demokratie und Zentralismus in ihrer gesamten theoretischen und praktischen Tätigkeit seit dem Bund der Kommunisten.” Von der Verwirklichung eines straffen Zentralismus als Voraussetzung einheitlichen und geschlossenen Vorgehens hing die führende Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse ab. Dieser Grundgedanke, der dann in Lenins Lehre von der Partei neuen Typus eine zentrale Rolle spielte, gehörte damals zum Gemeingut der revolutionären Marxisten. So schrieb August Bebel 1893: “Auch der größte Strom setzt sich in allererster Instanz aus lauter Tropfen zusammen, die aus den verschiedensten Quellen stammen. Das geht jeder großen Bewegung genau ebenso. Das Quellenerschließen und schließlich das Zusammenfassen und planmäßige Anwenden des Gesammelten ist aber zweierlei, und das letztere bewirkt die Partei, die zu diesem Zweck sich Plan und Grenzen ziehen muß.” Zum Element der zentralen Leitung mußte das Prinzip einer konsequenten innerparteilichen Demokratie hinzukommen, wie es in der deutschen Sozialdemokratie mit der Wählbarkeit von unten nach oben, dem jährlichen Parteitag mit Rechenschaftslegung und Neuwahl klar ausgeprägt war. Die Schwächen des lockeren, der gesetzlichen Bestimmungen wegen notwendigen Vertrauensleutesystems wurden durch die organisatorische und politische Praxis weitgehend ausgeglichen, seit Beginn der neunziger Jahre nahm zudem die Bedeutung der lokalen politischen Vereine der Partei ständig zu.

Neben den lokalen Parteiorganisationen der SPD, in denen die Mitgliedschaft organisatorisch eingebunden werden konnte, bildeten sich nach 1890 bald Wahlkreis-, Provinzial- und Landesverbände als komplexe Organisationsbestandteile der Sozialdemokratie heraus. Hinzu kam, daß die Partei “damals über einen festen Stamm von langjährigen mit der Partei verbundenen Mitgliedern mit reichen Parteierfahrungen” verfügte, was für die Festigung der Parteidisziplin, die Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit der Partei von großer Bedeutung war.

Der Kampf um die Lösung der Organisationsfrage mußte innerparteilich auch gegen die Prinzipienlosigkeit und Organisationsfeindlichkeit der Revisionisten und gegen die Opportunisten geführt werden. "Die für den Opportunismus charakteristische Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung und die Herabminderung der Bedeutung des sozialistischen Bewußtseins äußerten sich in der Organisationsfrage vor allem im Praktizismus und in der Handwerkelei. Die Revisionisten propagierten eine Unverbindlichkeit und Spontaneität in der organisatorischen Arbeit . . ." Die Organisationsfeindlichkeit der Opportunisten war auf den Individualismus des "wankelmütigen Intellektuellen" (Lenin) – im Gegensatz zur standhaften Geschlossenheit des Proletariats – zurückzuführen und mußte letzten Endes zur Kapitulation vor der Bourgeoisie führen.

"Die Durchsetzung des Marxismus in der Organisationsfrage kann nicht von dem Prozeß getrennt werden, der sich in der Herausbildung und Entwicklung der marxistischen Parteien zu sozialistischen Massenparteien vollzog. Sie war eine entscheidende Voraussetzung für ihn und stand mit ihm in direkter Wechselbeziehung." Um 1890 waren die deutsche und österreichische Sozialdemokratie und die französische Arbeiterpartei – in dieser Reihenfolge – am weitesten auf diesem Wege fortgeschritten, in Rußland organisierte sich die Arbeiterklasse 1898 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Auf die marxistische Lösung der Organisationsfrage wirkten sich das rasche Anwachsen der Arbeiterklasse und die Veränderungen in ihrer Struktur sowie das Wachstum und der Differenzierungsprozeß in der Mitgliedschaft der Partei erschwerend aus und führten zu einer gewissen "Verflachung" in theoretischer und organisatorischer Hinsicht, so insbesondere zu einer Schwächung des Zentralismus. Andererseits "besteht ein wesentliches Kennzeichen der Durchsetzung des Marxismus in der Organisationsfrage darin, daß sich die Arbeiterparteien auch auf eine mehr oder weniger breite Schicht von Sympathisierenden und Helfenden stützen konnten." Sie übernahmen die Mittlerfunktion zwischen der Partei und der Arbeiterklasse, indem sie sozialistische Ideen verbreiteten, an Kampffaktionen teilnahmen und in den Massenorganisationen organisiert waren. Die Massenverbundenheit der deutschen und der österreichischen Partei zeigte sich daran, daß an den von ihnen geführten Kampffaktionen weit mehr Arbeiter teilnahmen, als sie Mitglieder zählten.

Im Sinne der historischen Mission der Arbeiterklasse beschränkten sich die sozialdemokratischen Parteien nicht auf den rein ökonomischen Kampf, sondern nutzten die bürgerliche Legalität auch zum revolutionären politischen und parlamentarischen Kampf um konstitutionelle und gesetzliche Reformen. Zwar orientierte sich besonders die deutsche Partei sehr stark auf den parlamentarischen Kampf, was u. a. die Folge hatte, daß die Parteiorganisation entsprechend den Wahlkreisen organisiert war und auch die Leitungsorgane auf die Bedürfnisse des Wahlkampfes hin ausgerichtet waren; jedoch zeigt die praktische Tätigkeit der Partei, daß der parlamentarische Kampf keineswegs ihr Hauptinhalt war. Neben der richtigen Einordnung der Parlamentsfraktionen in die gesamte Tätigkeit der Partei hat es sicherlich "kein organisatorisches Problem gegeben, das mehr als dieses in den einzelnen Parteien zu oft sehr heftigen Auseinandersetzungen geführt hat. Ihr Ausgang und damit die richtige organisatorische Einordnung der Parlamentsfraktion war letztlich immer davon abhängig, ob in der Partei die marxistischen oder die opportunistischen Kräfte das Hausrecht besaßen."

Mit dem Übergang zum Imperialismus ging es "um die Schaffung eines ideologisch und politisch höheren Organisationstyps, der den objektiven Erfordernissen der Epoche des Imperialismus und des Vorabends der proletarischen Revolution in jeder Weise gerecht wurde." Lenin hat diese Aufgabe der Weiterentwicklung zur Partei neuen Typus als erster erkannt, nachdem sich das Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende von Deutschland nach Rußland verlagert hatte und mit der Gründung der SDAPR 1903 diese "zum allgemeingültigen, internationalen Vorbild für eine Partei neuen Typus" geworden war. "Im Ergebnis einer kritischen Analyse und Zusammenfassung der Erfahrungen nicht nur der russischen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung war W. I. Lenin zu dem Schluß gekommen, daß die Partei als die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus beruhen, eine für alle gleich verpflichtende straffe Parteidisziplin haben und ständig für die Reinheit ihrer Reihen sorgen mußte." Diese Konzeption war weder in der deutschen noch in den anderen westeuropäischen Parteien vorhanden, in denen die Marxisten noch im Kampf gegen den Revisionismus standen, ohne die organisatorischen Konsequenzen gegen diesen – Entwicklung zur Partei neuen Typus – zu ziehen. "Die deutsche Sozialdemokratie besaß durchaus die objektiven Möglichkeiten und Potenzen, sich zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln." Den qualitativ höheren Anforderungen der neuen Epoche entsprach die Parteiorganisation jedoch nicht, ihr Zustand war weiterhin an den Bedingungen der alten Epoche orientiert. "Es begann sich ein Widerspruch zwischen Form und Inhalt abzuzeichnen. Er zeigte sich im Fehlen entsprechend höherer Organisationsformen", ein Mangel, der "sich aus einem unzureichenden Inhalt der Organisation ergab". Die Änderungen des Parteistatuts auf dem Parteitag von Jena 1905 kamen zu spät, Opportunisten beherrschten mehr und mehr die Partei, ein Prozeß der Umwandlung zur kleinbürgerlich-reformistischen Arbeiterpartei setzte ein. "Auf seinem Hintergrund wird die welthistorische Leistung besonders deutlich sichtbar, die W. I. Lenin mit der Ausarbeitung von der Lehre der Partei neuen Typus und mit ihrer Gründung vor nunmehr genau 70 Jahren auf dem II. Parteitag der SDAPR vollbracht hat."

Danach machte Ernst WANGERMAN (Leeds) einige Anmerkungen zu dem von ihm vorgelegten Referat über das Verhältnis von Reform und Revolution in der Theorie der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Bei Marx und Engels sollte die reformistische gewerkschaftliche und parlamentarische Tagespolitik tagtäglicher Klassenkampf sein, "ohne dessen Fortschritt und Entwicklung es überhaupt keinen Weg zur Revolution geben konnte. Sie entwickelten eine Reformstrategie, die die unerläßlichen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution schaffen sollte, Voraussetzungen, ohne die auch die akute Krise nicht zum erstrebten Endziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen würde." In der "parteiamtlichen" Theorie und Ideologie der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der "Ära Kautsky", in der die kommende Revolution vom Tempo der kapitalistischen Entwicklung, vor allem der Verelendung des Proletariats, abhing, ging dieser Zusammenhang zwischen Reform und Revolution verloren. "Die 'revolutionäre Haltung' dieser Generation beschränkte sich also auf eine theoretische Affirmation, auf eine abstrakte Interpretation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die außer 'seid bereit' keine praktischen Anforderungen an die Gegenwart stellte." Erst der Denkanstoß Bernsteins und sein Zweifel an dem zwangsläufig kommenden gesellschaftlichen Umsturz führte bei Victor Adler zu einem neuen Verständnis für den historischen Zusammenhang zwischen Reform und Revolution, wie er auch im Wiener Programm der österreichischen Sozialdemokratie von 1901 zum Ausdruck kam. In der deutschen Partei

behielten allerdings "der passive Kautsky'sche Fatalismus und die Bebel'sche Revolutionsmythologie" die Überhand. Ein historisches Verständnis der Dialektik von Reform und Revolution findet sich nur bei Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit Bernstein. Jedoch unterließen es die Linke in der deutschen Sozialdemokratie und Victor Adler in der österreichischen Sozialdemokratie, revolutionäre Agrarprogramme einzubringen, was dem Industrieproletariat vielleicht die Unterstützung der Kleinbauern und Landarbeiter eingebracht hätte. So wurde die neu gewonnene Dialektik von Reform und Revolution in diesem Bereich nicht praktisch angewandt. Dieser Mangel rächte sich 1919.

Die **Diskussion** eröffnete Wangermann nach den Ausführungen zu seinem Referat, indem er Fricke vorwarf, Verallgemeinerungen "an den Haaren herbeigezogen" zu haben, z. B. die, daß der Revisionismus "gesetzmäßig" als immanente Auswirkung des Imperialismus auf die organisierte Arbeiterbewegung kommen mußte. Vielmehr steht der Revisionismus in einem engen Zusammenhang mit der Verflachung des Marxismus in der sozialdemokratischen Massenpartei. Diskutiert man die relative Erfolglosigkeit des Marxismus in einigen Ländern, so reicht der Hinweis auf Lenins theoretische Leistung und die 'Vorbildlichkeit' der Bolschewiki allein nicht aus. Dann muß auch auf das Fehlen einer wirksamen Agrarprogrammatik z. B. in Deutschland und Österreich hingewiesen werden.

Nachdem Jan GALANDAUER (Prag) kurz die Entwicklung der tschechischen Partei um die Jahrhundertwende skizziert und vor allem den Mangel an theoretischen Kenntnissen in der Parteimitgliedschaft hervorgehoben hatte, kritisierte Susanne MILLER das Referat von Fricke. Nach Fricke's Urteil war die SPD "vorbildlich marxistisch", weil sie straff und zentralistisch organisiert war. Aber dieses Kriterium traf auch auf die Lassalleaner zu. Außerdem wurde die Linke während des Ersten Weltkrieges gerade unter Hinweis auf die Einheitlichkeit der Partei mundtot gemacht. Daß Parteidisziplin und Zentralismus in so allgemeiner Form generelle Kriterien für den marxistischen Charakter einer Parteiorganisation sind, ist zu bezweifeln.

Georges HAUPT umriß die unterschiedlichen Vorstellungen, die hinter den spezifischen Organisationsbegriffen in einzelnen Ländern standen. Ein weiteres Problem ist die Frage, was "kollektive Mentalität" und was "kollektive Ideologie" ist. Bei der Analyse muß berücksichtigt werden, daß auch im Imperialismus das Bewußtsein der Arbeiter weitgehend durch die vor-imperialistische Epoche geprägt war. Der Marxismus wurde dann nicht en bloc rezipiert, sondern ungleichmäßig, selektiv. Das Jahr 1905 war ein entscheidender Einschnitt, danach lag in der Arbeiterbewegung der Akzent auf der Partei. Damit änderte der Organisationsbegriff seinen Inhalt. Insgesamt wird in der Diskussion dieser Konferenz zu sehr aus der Perspektive der Gegenwart abgeleitet und zu wenig aus der Terminologie und den Fakten des 19. Jahrhunderts deduziert.

Juhani PAASIVIRTA (Turku) skizzierte kurz die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Finnland. 1890 war die finnische Gesellschaft etwa auf dem Stand der deutschen Gesellschaft im Jahre 1840. Die französischen liberalen Traditionen wurden in Finnland erst später rezipiert. Liberalismus als politische Kraft gab es ebensowenig wie eine nennenswerte bürgerliche Reformbewegung. Der Marxismus war die vorherrschende theoretische Strömung in der Arbeiterbewegung, abweichende theoretische Strömungen existierten kaum. Bis 1907 entwickelte sich die finnische Sozialdemokratie zu einer starken Kraft, sie hatte zu diesem Zeitpunkt 40 % der Parlamentssitze inne. Der Aufstieg der Partei war insbesondere auf das in der finnischen Bevölkerung sehr stark verbreitete Bewußtsein von "Herren und Beherrschten" zurückzuführen.

Henryk SKRZYPCZAK (Berlin-West) nahm zu der von Matthias angesprochenen Frage nach verschiedenen 'Marxismen' Stellung, die ihm wie das Begriffspaar "Christentum/Christentümer" vorkomme. Marxismus ist kein bloßes Etikett ohne Inhalt. Schon zwischen Marx und Engels gab es eine Reihe von Differenzpunkten, z. B. in der Rezeption der Naturdialektik. In Anlehnung an Malysch kann man vielleicht alle jene als 'Marxisten' bezeichnen, die sich zu Marx und Engels und ihren Ideen bekannten. Im übrigen ist Marxismus "ein Vehikel des Proletariats", ein Punkt im "Selbstfindungsprozeß des Proletariats". Am Referat von Fricke ist die häufige und undifferenzierte Anwendung des 'Ideologie'-Begriffs zu kritisieren. Schon Victor Adler hat 'Theorie' als Handlungsanleitung klar von 'Ideologie' als falschem Bewußtsein unterschieden. Zu Susanne Millers Anmerkung über Spartakus und den Bruch der sozialdemokratischen Parteidisziplin ist zu sagen, daß sich Spartakus auf den vorherigen Bruch höherrangiger Parteiprinzipien durch die Parteileitung berief. An Fricke ist noch die Frage zu stellen, was unter "Reinhaltung" der Partei zu verstehen ist, ob und inwiefern die russische Revolution eine *Volksrevolution* war, wie lange ein oder der "Vorabend" (des Übergangs zum Sozialismus) dauert und ob es richtig ist, daß für die Entwicklung von der Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus Jahrtausende, vom Feudalismus zum Kapitalismus Jahrhunderte und vom Kapitalismus zum Staatskapitalismus nur Jahrzehnte nötig waren.

France KLOPČIČ nahm zu Wangermann Stellung, der in seinem Referat geäußert hatte, daß die Nationalitätenfrage von der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie nicht im marxistischen Sinne angesprochen wurde. Der Brünner Parteitag aller österreichisch-ungarischen sozialdemokratischen Parteien beschloß zwei Resolutionen zur Nationalitätenfrage; erst als sich später die auseinanderstrebenden nationalen Tendenzen in der Monarchie verstärkten, hat die Partei versagt, indem dieses Nationalitätenprogramm nicht im Sinne eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker radikalisiert wurde. Am Referat von Golikov/Tartakowsky ist der Darstellung Lenins als "einsame, herausgehobene Person" nicht zuzustimmen. Diese Darstellung tendiert zum Idealismus.

Annelies LASCHITZA (Berlin/DDR) betonte die Wichtigkeit des Prinzips der weltgeschichtlichen Einbettung der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Herausarbeitung der Abhängigkeit zwischen der Ausbreitung des Marxismus und dem Stand der kapitalistischen Entwicklung in den jeweiligen Ländern. Unverständlich ist, warum es immer als eine so offene Frage bezeichnet wird, was 'Marxismus' ist. Marx und Engels selbst haben Antworten auf die Frage gegeben, was ihre Lehre ist. Die eigentliche Entdeckung war nicht der Klassenkampf, sondern die Verbindung von Klassenkampf, Diktatur des Proletariats und revolutionärer Umwälzung, der objektive Prozeß der Vereinigung von Weltanschauung und Arbeiterklasse. Diese Dialektik muß unter dem hier gestellten Thema im Zusammenhang erforscht werden. In den Referaten und der Diskussion ist der Einschnitt von 1905 etwas sehr formal behandelt worden. Dabei war die Revolution von 1905 doch der Prüfstein für die Eindringtiefe des Marxismus. Außerdem sind eine Reihe von Persönlichkeiten und deren konkreter Standpunkt im politischen Kampf und in der Entwicklung der Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus zu wenig gewürdigt worden, so z. B. Rosa Luxemburg und Plechanow. Auch sollten die Erfahrungen und die kritischen und schöpferischen Beiträge anderer Marxisten und deren Bewegungen reflektiert werden.

Dieter BUSE (Sudbury/Kanada) wies darauf hin, daß es nicht nur eine, sondern mehrere Parteien neuen Typs gab. Zum Referat von Fricke ist zu bemerken, daß der Zentralismus der Opportunisten sich nicht vom Zentralismus Lenins unterschied. Das Anwachsen der

Mitgliederzahlen der SPD hatte Konsequenzen für die Organisation – Verflachung, abnehmende Geschlossenheit –, die Lenin in Rußland unter den dortigen Bedingungen nicht zu befürchten brauchte.

Narihiko ITO (Tokio) referierte die Entstehung und Entwicklung der japanischen Arbeiterbewegung von 1895 bis 1919. Die Unterdrückung der sozialreformerischen Arbeiterbewegung durch den japanischen Imperialismus (Streikverbot 1900, Verbot der sozialdemokratischen Partei sofort nach ihrer Gründung 1901) führte bis 1907 zu einer Radikalisierung der japanischen Sozialisten, die sich auf dem zweiten Parteitag der Japanischen Sozialistenpartei 1907 zur revolutionären Verwirklichung des Sozialismus bekannten. "Hinter dieser Radikalisierung der Bewegung . . . , vor allem in der jüngeren Generation, lagen die sozialwirtschaftlichen Umstände nach dem Krieg mit Rußland; dieser Krieg kostete unvergleichbar mehr als derjenige mit China und zwang die japanische Industrie zur Rationalisierung des Produktionssystems und zur Erhöhung der Produktivität, die aber zugleich die Erhöhung der Preise und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mitbrachten." Hinzu kam die brutale polizeiliche und militärische Unterdrückung der Arbeiterbewegung und ihrer Aktionen, so z. B. der Streiks (die im Jahre 1907 die höchste Rate in der modernen Geschichte Japans erreichten). Die Unterdrückung zwang die japanische Arbeiterbewegung in die Illegalität, es begann die sogenannte "Winterzeit" der japanischen Arbeiterbewegung, die bis in den Ersten Weltkrieg hinein andauerte.

Nachdem Maurice MOISSONNIER (Lyon) kurz über die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung und die Durchsetzung des Marxismus referiert hatte, ging Fritz KLEIN (Berlin/DDR) auf die Diskussion zum 'Marxismus'-Begriff ein. Marxismus ist als Begriff und Inhalt definiert, damit stellt sich die Frage nach dem 'richtigen' und 'falschen' Marxismus sehr wohl. Bei denjenigen, die das bestreiten, steht hinter der Argumentation auch ein fixierter 'Marxismus'-Begriff. Wangermann hat den gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus bestritten. Zu diesem Punkt ist zuerst auf den Grundsatz der materialistischen Geschichtsbetrachtung zu verweisen, wonach Phänomene im Zusammenhang mit der konkreten historischen Lage und den ökonomischen Umständen zu analysieren sind. Was passiert in der Epoche des Imperialismus? Die herrschende Klasse revidiert ihre Auffassungen über die Arbeiterbewegung zwischen 1890 und 1914. Bis 1890 glaubte sie dem Problem noch mit krasser Unterdrückung Herr werden zu können, aber 1914 will sie mit den Organisationen der Arbeiterbewegung in Deutschland zusammenarbeiten. Es muß sich also in dem dazwischenliegenden Zeitraum etwas geändert haben, um einen so radikalen Sinneswandel der Bourgeoisie herbeizuführen. Besonders die Interessenvertreter der neuen Industrien (Elektroindustrie, Chemie) hatten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Teilen der Arbeiterbewegung schon länger diskutiert. Mit dem Gesamtkomplex hängen auch Fragen der inneren Verschärfung der Gegensätze zusammen, die berücksichtigt werden müssen. Die adäquate Antwort auf die neue Lage im Imperialismus sind neue Organisationsformen. Das ist der Zusammenhang. Zur Verbreitung des Marxismus in den Massen: Eine entschiedene Parteinarbeit für das Proletariat und seine Interessen bedingte nicht zwingend eine hohe theoretische Bildung und ging auch nicht zwingend parallel damit. Insofern sind die Ausleihziffern von marxistischen Leihbibliotheken kein Indiz für den Stand der proletarischen Bewegung. Man darf ein solches Problem nicht zu sehr mit intellektuellen Maßstäben messen.

Herbert STEINER (Wien) verwies auf die Entwicklung des Klassenkampfes als Maßstab der Ausbreitung des Marxismus. Auflagenziffern sind ohne Aussagekraft für die Verbreitung des

Marxismus. Zu untersuchen sind zum Beispiel die Massenwirkungen der marxistischen Agitation, die Wirkung der Wahlrechtskämpfe und des 1. Mai. Zur Organisationsfrage in der österreichischen Sozialdemokratie ist zu sagen, daß der Neudörfler Parteitag 1874 nationale Sektionen beschloss, die Organisationskonferenz in Reichenberg kurz darauf als Organisationsprinzip den "demokratischen Zentralismus" festlegte und ihn auch so bezeichnete. Dieser Beschluß war aus der Praxis der Partei erwachsen und entsprach den damaligen ökonomisch-sozialen Bedingungen. Dennoch muß natürlich auch die Ausbreitung der marxistischen *Theorie* untersucht werden, jedoch nur im Zusammenhang mit der Analyse der Praxis des Klassenkampfes.

Georges HAUPT mahnte, nicht bekannte alte Probleme zu referieren, sondern lieber neue Probleme für die Forschung aufzuwerfen.

Dieter FRICKE ging in seinem Schlußwort noch einmal auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins als wesentliches Moment der Beurteilung der Ausbreitung des Marxismus ein und klärte einige – im Zusammenhang mit seinem Referat entstandene – Mißverständnisse auf. Der demokratische Zentralismus hatte sich in der deutschen Sozialdemokratie bis 1890 faktisch herausgebildet. Demokratischer Zentralismus kann nicht isoliert werden von der politisch-inhaltlichen Zielsetzung der Partei, also ihrer revolutionären Konzeption; erst beides zusammen – jedenfalls in der Epoche des Imperialismus – determiniert ihren Charakter als *marxistische* Partei.*

Erster Referent für das zweite Hauptthema der Tagung – **Die Möglichkeiten der EDV für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung** – war Friedrich LANG (Wien), der die Teilnehmer mit einem sehr ausführlichen Referat in die Grundprobleme der Informatik und die Technik der elektronischen Datenverarbeitung einführte. Das zweite, von Rober WHEELER (Los Angeles) vorgelegte Referat wird der Bedeutung dieses Problemkreises wegen im vorliegenden Heft der IWK** abgedruckt.

Die Generalversammlung der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH)*** beschloß, daß die Linzer Tagung 1974 vom 17. - 21. September stattfindet. Als erstes Hauptthema ist **Arbeiterbewegung und Faschismus** vorgesehen, wobei der zeitliche Schwerpunkt auf der ersten Hälfte der dreißiger Jahre liegen soll. Das Hauptthema wird voraussichtlich in vier Unterthemen und Referate untergliedert werden, für die die folgen-

* Der Konferenz lagen noch weitere Referate schriftlich vor, die wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht diskutiert werden konnten. Es waren dies: Lars BJÖRLIN/Claus BRYLD/Niels Finn CHRISTIANSEN/Uno GUSTAFSON, "Die Ausbreitung des Marxismus in Dänemark und Schweden"; Johanna WELCKER, "Marx, 'Marxismus' und die niederländische Arbeiterbewegung 1879 - 1894"; Frits de JONG Edz., "Der niederländische Marxismus 1894 - 1905"; Peretz MERCHAV, "Die Ausbreitung des Marxismus in den jüdischen werktätigen Massen und die Väter des jüdischen Sozialismus"; Tibor ERÉNYI, "Einige Bemerkungen zu den ideologischen und organisatorischen Problemen der sozialistischen Arbeiterbewegung in den Jahren von 1890 bis 1905"; Dieter BUSE, "Die Rolle der Parteisekretäre in der Entwicklung der SPD zu einer unrevolutionären Partei 1900 - 1914".

** Siehe S. 40 ff.

*** Anschrift der Geschäftsstelle: A 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Altes Rathaus.

den Arbeitstitel vorgesehen sind: Strukturfragen der Arbeiterklasse, der Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen den Faschismus, der Kampf der französischen Arbeiterklasse gegen den Faschismus und italienische Arbeiterklasse und Faschismus. Zweites Hauptthema werden **Die Februarkämpfe 1934 in Österreich** sein. Für 1975 sind als Tagungsthemen die russische Revolution 1905, die Nationalitätenfrage und die Bündnisfrage (Agrarfrage) in der Zweiten Internationale in Aussicht genommen worden.

FÜHRENDE KRÄFTE UND GRUPPEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERSCHAFT

BÜDINGER GESPRÄCHE

Von Gerhard Beier

Die Büdinger Gespräche unter Leitung von Prof. Dr. Hanns Hubert HOFMANN (Würzburg) befassen sich durch drei Jahre mit Führungsgruppen der Arbeiterbewegung. Dabei geht es um die Funktionärsschicht in Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften bis hin zu Einrichtungen der Arbeiterbildung, um berufliche Sondergruppen wie "Dienstboten" u. a. Die historische Zeitspanne reicht von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. "Ziel der Gespräche ist es, aus der Summe biographisch-prosopographischer Beobachtung der handelnden Kräfte und Gruppen in ihrer Verflechtung und somit gruppen- und schichtspezifische Momente erkennen zu lassen" (Hofmann).

In der ersten Veranstaltung (12. - 14. April 1973) sprachen u. a. Walter FABIAN, Werner CONZE, Eberhard KOLB und Kurt LENK über Themen wie: "Arbeiterführer und Arbeiterbildungswesen in Sachsen"; "Der Wandel der Familienverfassung des Arbeiters während der Industrialisierung"; "Die Mitglieder des Zentralrats 1918/20"; "Partei- und Gewerkschaftsführer in Bayern bis 1920". Dabei blieb umstritten, ob es sich um sogenannte "Gruppeneliten ad hoc" oder um eine mobile und demokratisch rotierende "Führungsschicht" handelte. In der Aussprache zeigten sich Spannungen auf Grund unterschiedlicher Auffassungen und begrifflicher Dissonanzen.

Zu den diesjährigen Gesprächen (4. - 6. April 1974) waren folgende Referate angekündigt: Karl BOSL, "Zur Problematik der historisch-soziologischen Begriffe Stand, Klasse, Gesellschaft, Arbeit und Mobilität", Gerhard BEIER, "Arbeiteraristokratie im 19. Jahrhundert"; Günter MÜLLER, "Das Bild des Arbeiterführers in der deutschen Literatur 1880 - 1933"; Wilhelm H. SCHRÖDER, "Die Struktur der Funktionärskader der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor 1914"; Georges HAUPT, "Internationale Führungsgruppen in der Arbeiterschaft"; Susanne MILLER, "Deutsche Arbeiterführer in der Emigration 1933 - 1966"; Werner LINK, "Führungseliten im ISK"; Jörg SCHADT, "Die sozialdemokratischen Mitglieder des Mannheimer Stadtrats von 1884 bis heute"; Hans WIEMANN, "Landarbeiter im Nordseeküstenraum"; Heinz HAUSHOFER, "Dienstboten in Altbayern"; Hans-Gerd SCHUMANN, "Die Führungsspitzen der Deutschen Arbeitsfront". Aus dringenden Gründen mußten die Beiträge von Karl Bosl und Hans-Gerd Schumann ausfallen. Von den Referaten, die tatsächlich gehalten werden konnten, seien drei kurz referiert:

Die nach EDV aufgearbeiteten Ergebnisse einer jahrelangen, sehr detaillierten Studie über die Funktionärskader der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung konnten von Wilhelm H. SCHRÖDER in einer überzeugenden Datendichte vorgetragen werden. Dabei beschränkte sich der Referent auf den Ausschnitt der Reichstagsfraktion und der Reichstagskandidaten. Er berief sich auf August Bebel, der die Wahlergebnisse als Gradmesser für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und als Grundlage mathematischer Aussagen angesehen hatte.

Schröder unterschied nach sicheren, aussichtsreichen und aussichtslosen Reichstagswahlkreisen und gelangte zu signifikanten Aussagen über die unterschiedliche Sozialstruktur der zugehörigen Kandidatengruppen. Eine Unterscheidung nach ursprünglich erlernten Berufen ergab die geringe Beteiligung ungelernter Arbeiter. Einzige Ausnahme: Tabakarbeiter, die bis zu 16 % der Reichstagsfraktion stellten. Die gelernten Arbeiter dominierten

sowohl bei den Kandidaten als auch bei den gewählten Abgeordneten. Auffällig hoch war der Anteil der Holzarbeiter, ferner der Buchdrucker und Metaller. Leider stellte Schröder diese Ergebnisse nicht in Relation zum jeweiligen Organisationsgrad und zum Anteil an den im Deutschen Reich beschäftigten Fachkollegen.

Erstaunlich detailliert konnte Schröder auch über die Rolle der Kleinhändler, der Gastwirte und Parteibudiker, über Redakteure, Akademiker und Handlungsgehilfen berichten. Besondere Aufmerksamkeit galt dem wachsenden Anteil der "Arbeiterbeamten", also den besoldeten, hauptberuflichen Funktionären. Viele waren gleichzeitig Redakteure. Deutlicher noch zeigte sich der starke gewerkschaftliche Einfluß auf die wachsende Gruppe der Verbandsgeschäftsführer, Arbeiter- und Parteisekretäre. Schröders Ergebnisse versprechen eine wesentliche Ergänzung, aber auch Korrektur der seit Robert Michels jahrzehntelang durch die sozialwissenschaftliche Literatur nachgeschleppten Daten und Aussagen zu dem wichtigen Phänomen der Bürokratisierung.

Anders als Schröder schöpfte Georges HAUPT nicht aus der quantitativen Analyse einer fest umgrenzten Führungsschicht, sondern aus souveräner Kenntnis der internationalen Führungsgruppen und -persönlichkeiten von der Internationalen Arbeiterassoziation über die Zweite Internationale bis zur Komintern. Untermauert wurden die Aussagen durch die klassischen Briefwechsel (Victor Adler) und die Arbeiten von Branko Lazitch und Jean Maitron. Haupt lehnte es ab, "einige Schnittmuster" aus den klassisch gewordenen Werken von Robert Michels zu wählen "und sie mit einem soziologisch gefärbten Vokabular zu verzieren". Ebenso verwarf er eine Orientierung an der "Elite"-Literatur, die zu falschen Wertsetzungen führen würde.

Nach einem gedrängten Überblick der zentralen Institutionen und historischen Perioden stellte Haupt drei Momente für die Ausbildung der internationalen Führungsgruppen heraus:

1. Das nationale Moment. Demnach ist "das Gewicht hegemonialer Parteien" ein bedeutender Faktor "für die Entstehung und das Funktionieren organisierter oder informeller internationaler Führungsgruppen". Nach Eric Hobsbawm zeigt sich eine regelrechte "internationale Rangordnung" der nationalen Parteien. Umgekehrt wirkt aber auch die Dispositionibilität der Kader schwacher nationaler Parteien bisweilen förderlich auf die internationale Stellung.

2. Das dynamische Moment. Die biographischen Daten der internationalen Führer bilden einen "repräsentativen Querschnitt, um die Dynamik der Generationen zu ermessen". Dabei überschneiden sich politische Generationen und Altersgenerationen, ohne daß dieser Zusammenhang zwangsläufig wäre. Die Fähigkeit der Führungsgruppen, sich zu regenerieren ist eine "Folge der Dynamik historischer Situationen".

3. Der Persönlichkeitsfaktor. An Beispielen wie Dimitri Manuïlski und Palmiro Togliatti demonstrierte Haupt, daß selbst in der stark reglementierten Welt der Dritten Internationale die persönliche politische Autorität von großer Wirkung sein konnte, bei Togliatti vor allem die Fähigkeit zur Analyse und Synthese.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren es "theoretische und organisatorische Fähigkeiten", die internationale Autorität verliehen. Um die Jahrhundertwende entwickelten sich "strategische und taktische Fähigkeiten zur wesentlichen Führungsqualität". Nach dem ersten Weltkrieg wurde es die "Auszeichnung durch Regierungstätigkeit", die zu internationaler Reputation verhalf. Durch diese Typologie will Haupt die überkommene Unterscheidung von Theoretiker, Organisator und Taktiker ersetzen, freilich nicht modellhaft, sondern behutsam charakterisierend.

Während Georges Haupt deutlich auf die "Ähnlichkeit zwischen kommunistischen Führungsgruppen und denen ihrer feindlichen Brüder" hinwies, bezog Susanne MILLER sich in ihrem Referat allein auf die sozialdemokratische Emigration von 1933 bis 1945, wobei sie auch Organisationen wie Neu Beginnen, SAP und ISK einbezog. Sie legte keinen Forschungsbericht vor, sondern referierte aus lebendigem Erlebnis einer Vergangenheit, deren wissenschaftliche Aufarbeitung noch in den Anfängen steckt:

Es gab nicht "den Typus des Emigranten", sondern sehr unterschiedliche Gruppierungen, denen jeweils charakteristische Ausnahmen zuzuordnen sind, die unter höchstem persönlichen Risiko im Reich verblieben. Das gilt auch für die einer doppelten Verfolgung ausgesetzten jüdischen Sozialisten, von denen viele, jedoch keineswegs alle, emigrierten. Andere hielten bis zum bitteren Ende in Deutschland aus wie Ernst Heilmann, der 1940 in Buchenwald ermordet wurde.

In der Gegenüberstellung von Otto Braun und Carl Severing zeigte Susanne Miller deutlich, daß der gleiche Typ des Parteiführers aus unterschiedlichen persönlichen Motivationsketten heraus einmal zum Emigranten werden konnte und ein andermal in Deutschland aushielt. Die Entscheidungsgründe reichten von politischen Erwägungen und unmittelbarer Gefährdung bis zu persönlichen Vorlieben und privaten Gewohnheiten, der einfachen Scheu, die Tapeten zu wechseln, dem sogenannten "Möbelkomplex", also der Abneigung, liebgewordenes persönliches Eigentum aufzugeben.

Der Entschluß zur Emigration hing nicht von der politischen Richtung, sondern von anderen Faktoren ab. Ältere Parteiführer trennten sich schwerer von der Heimat als jüngere. Einzelne, in der Widerstandsbewegung aktive Gruppen, die im Inland nur eine geringe organisierte Anhängerschaft besaßen, konnten in der Emigration größere Wirksamkeit erlangen. Gewerkschaftsführer beteiligten sich weit weniger an der Emigration als politische Führer der Arbeiterbewegung.

Nach 1945 gab es in der SPD keine politischen Differenzen zwischen Emigranten auf der einen Seite und den zu Hause Gebliebenen auf der anderen. Freilich wurden Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten, wie sie in einzelnen westdeutschen Städten zunächst zustande kamen, von den Emigranten konsequent abgelehnt. Die Rolle der Emigranten nach ihrer Rückkehr war dadurch gekennzeichnet, daß sie starken Anteil an Führungsfunktionen nahmen, aber nicht die Spitzenpositionen (Parteivorsitz, DGB-Vorsitz) besetzten. Es gab keine Front *der* Emigranten, aber auch keine Front *gegen* die Emigranten.

So unterschiedlich der methodische Ansatz in den verschiedenen Referaten auch war, verlief die Frontlinie in den Diskussionen doch nicht zwischen den Referenten, sondern zwischen ihnen und Teilen des Publikums, die sich nur schwer von überständigen Formen genealogischer, ja biologischer Geschichtsbetrachtung lösen konnten. Die Generaldebatte am dritten Tage machte deutlich, daß hier keine Kompromisse zu schließen waren. Geschichte der Arbeiterbewegung, die das historische Bewußtsein der Arbeiterschaft und ihrer Führungsgruppen zu erhellen versucht, steht im klaren Widerspruch zu genealogischen Positionen, zu biologischen Generationenfolgen und Schichtbegriffen. Überspitzt gesagt: Zwischen Geschichte als Sozialwissenschaft und Geschichte als Feudalwissenschaft gibt es keine Vermittlung, sondern Konfrontation.

Unter dieser Prämisse ist der wissenschaftliche Ertrag der Büdinger Gespräche nicht zu unterschätzen, denn nur selten haben Historiker der Arbeiterbewegung Gelegenheit, in so konzentrierter Form ein Teilgebiet ihrer Forschung im überregionalen und internationalen Zusammenhang zu erörtern. Die Gespräche sollen deshalb 1975 nochmals in ähnlicher Form bei gleichbleibender Thematik fortgesetzt werden.

4. JAHRESTAGUNG DER INTERNATIONAL ASSOCIATION OF LABOUR HISTORY INSTITUTIONS (IALHI)

VOM 5. - 7. SEPTEMBER 1973 IN BONN-BAD GODESBERG

Von Walter Momper und Sigrid Krüger

Die Jahreskonferenz 1973 der IALHI,¹ in der sich inzwischen 28 Bibliotheken, Archive und Forschungseinrichtungen Westeuropas zusammengeschlossen haben, die sich mit der Dokumentation und Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen, wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung als gastgebender Institution ausgerichtet. Thematische Schwerpunkte der Tagung waren neben der eigentlichen Jahresversammlung der IALHI die Materialien zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Anwendung der Elektronischen Datenverarbeitung im Archivwesen und neuere Forschungsergebnisse über Karl Marx' Zeit in Trier. Den Vorsitz der Jahrestagung 1973 führte Horst Ziska von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über die Geschichte und die Bestände des Archivs der sozialen Demokratie referierte Werner KRAUSE, der besonders auf das Schicksal des Parteiarchivs der SPD einging.² Aufbauend auf den Forschungen des verstorbenen Archivars und Historikers der deutschen Sozialdemokratie Paul Mayer stellte er einige Aspekte der Problematik des Verkaufs des Parteiarchivs an holländische Stellen, die damit den Grundstock für die Bestände des IISG in Amsterdam erwarben, zur Diskussion. Er erläuterte die Schwierigkeiten des Neuaufbaus eines sozialdemokratischen Parteiarchivs nach 1945 und die einzelnen Phasen der Erwerbspolitik des Parteiarchivs, das in den sechziger Jahren als Archiv der sozialen Demokratie in die Obhut der Friedrich-Ebert-Stiftung übergeben wurde. Ausführlich stellte Werner Krause einige besonders bedeutende Bestände des Archivs vor: neben einer ganzen Zahl von herausragenden Nachlässen, vornehmlich für den Zeitraum ab 1945 (NL Heinrich Deist, NL Wilhelm Dittmann, NL Fritz Erler, NL Paul Löbe, NL Walter Menzel, NL Karl Mommer, NL Fritz Sänger, NL Carl Severing), den 21 Archivmeter umfassenden 'Bestand Emigration', die Registraturen des sozialdemokratischen Parteivorstandes (SOPADE) aus den Prager, Pariser und Londoner Exiljahren, außerdem die Parteivorstandsakten für die Jahre ab 1945 und die Bestände von Parteigliederungen der SPD (Landesorganisationen, Bezirksverbände) und anderen sozialdemokratischen Organisationen (Arbeiterwohlfahrt, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Sozialistische Jugendinternationale). Neben diesen von der zähen und oft mühevollen Erwerbspolitik der Godesberger Archivare zeugenden Beständen

1 Vgl. auch den Bericht von Sigrid Krüger über die Jahrestagung 1972 in Zürich, in: *IWK*, Jg. 1972, H. 17, S. 111 f. IALHI-Sekretär ist Mrs. Irene Wagner, c/o The Labour Party, Transport House, Smith Square, London, S. W. 1.

2 In diesem Zusammenhang soll auf die neu erarbeitete und wesentlich erweiterte 3. Auflage der vorzüglichen Bestandsübersicht des Archivs hingewiesen werden: *Archiv der sozialen Demokratie. Übersicht über die Archivbestände*, bearbeitet von Werner Krause und Sheila Ochova, Bonn-Bad Godesberg 1973. Für die Teilnehmer der Tagung hatten die Gastgeber außerdem noch eine sehr informative, mit einigen abgedruckten Dokumenten aus den Beständen des Hauses ausgestattete kleine Materialauswahl zur Geschichte des Parteiarchivs vorbereitet, die den Vortrag Werner Krauses durch anschauliche Beispiele untermauerte.

ging Werner Krause kurz auf die Sammlungen des Archivs ein, u. a. auf die umfangreiche, ca. 2 000 Exemplare umfassende Flugblattsammlung, die auf ca. 7 000 Bilder angewachsene Fotosammlung zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Plakat- und Zeitungsausschnittsammlung. In diesem Zusammenhang referierte er den Stand der Ordnungs- und Verzeichnungsarbeit im Archiv und schilderte die Probleme der Bewältigung des enormen Aktenzugangs in dem relativ kurzen Zeitraum seit der Gründung des Archivs. Mit berechtigtem Stolz zählte Werner Krause die archivalischen Neuzugänge des vorangegangenen Jahres auf: die Nachlässe Willi Eichler und Arno Scholz, den aus New York zurückerworbenen, für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ganz zentralen Nachlaß Paul Levi und die vom Archiv als Depositum verwahrten privaten Akten Gustav Heinemanns.

Im Anschluß an das Referat wurden vor allem die sehr langen Sperrfristen für die Archivbenutzung in verschiedenen Mitgliedsinstitutionen kritisch diskutiert. Während z. B. das Arbetarrörelsens Arkiv in Stockholm und die Labour Party Archives in London nach Ablauf einer Sperrfrist von 15 Jahren Benutzern unbegrenzten Zugang zu den Archivalien gewähren, beträgt die Sperrfrist beim Archiv des Trades Union Congress in London 50 Jahre; beim Archiv der sozialen Demokratie wird dem Benutzer unbeschränkter Zugang zu den vor 1933 entstandenen und beschränkter Zugang zu den zwischen 1933 und 1945 entstandenen Archivalien gewährt. Nach der Diskussion besichtigten die Teilnehmer die Magazine und sonstigen Einrichtungen des Archivs und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den "Einsatz von EDV-Anlagen im Archivwesen der Bundesrepublik Deutschland – Stand und Erfahrungen" referierte Heinz BOBERACH vom Bundesarchiv Koblenz. Er führte aus, daß die Hauptaufgabe der Archive die Verwaltung von Informationen sei. An einigen Beispielen erläuterte er die Größenordnungen von zur Erschließung von Archivalien aufzubereitenden Zahlen. Um z. B. das Material für Recherchen über das beamtete Personal im deutschen Heer zu bekommen, müssen ca. 10 000 Informationen (Personenindizes) aus Sachakten von Heereseinheiten unterhalb der Divisionsstufe nach alphabetischen und anderen Ordnungskriterien aufbereitet werden. Das Staatsarchiv Marburg hat auf ähnliche Weise alle Soldaten der hessischen Legion im amerikanischen Bürgerkrieg nach mehreren Kriterien (Name, Geburtsjahr, Geburtsort, militärische Einheit, Aktenfundstelle) erschlossen. Zur Zeit arbeitet das Bundesarchiv an der Erfassung aller im Jahre 1940 im Bereich des heutigen Bundesgebietes lebenden jüdischen Mitbürger und deren weiterem Schicksal. Bei diesem Projekt müssen ca. 400 000 Daten aus Akten erfaßt werden. Die beschriebenen Datenmengen können nur noch mit Hilfe der EDV rationell und umfassend zugänglich gemacht werden, zumal dem gewachsenen Informationsbedürfnis einer sich wandelnden Geschichtswissenschaft spezifizierte Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Unterscheiden muß man zwischen formaler und inhaltlicher Datenerfassung. Die angeführten Beispiele erfassen nur formale Kriterien. Bei der inhaltlichen Erschließung von Archivalienbänden wird der einzelne Band oder Akt beschrieben, indem der Empfänger, der Absender, der oder die Bearbeiter, vorkommende Sachbegriffe, der Entstehungszeitpunkt oder der in der Archivalie beschriebene Zeitraum, das Aktenzeichen usw. erfaßt werden. Mit den so angenommenen Daten lassen sich Findbücher auf elektronischem Wege herstellen und ausdrucken. Das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf hat beispielsweise das Findbuch für den Bestand Kultusministerium auf elektronischem Wege erstellt. Direkt aus den elektro-

nisch gespeicherten Daten lassen sich auch Sach-, Personen- und Ortsindices herstellen, wobei der Ausdruck des Findbuches ebenfalls direkt durch den elektronischen Datenträger erfolgen kann, was den Vorteil bietet, daß ohne Schwierigkeiten eine beliebige Zahl von Exemplaren gedruckt werden kann, die dann an mehreren Stellen und nicht nur in der archivischen Verwahrstelle verfügbar sind.

Allerdings müssen die relevanten Daten der Archivalien erst einmal in maschinenlesbarer Form nach einheitlichen Kriterien in den verschiedenen Archiven auf Datenerfassungsbögen aufgenommen und dann in die EDV-Anlage eingegeben werden. Danach können die Daten beliebig ergänzt und korrigiert werden. Auf diesem Wege hergestellte und kumulierte Übersichten, wie sie beispielsweise in England beim Public Record Office, London, zur Verfügung stehen, gibt es in der Bundesrepublik bisher noch nicht, es bestehen aber Bestrebungen, auf Bundesebene ein einheitliches System festzulegen. Die Speicherung von Bestandsübersichten ermöglicht die Kumulation vieler, bislang nur in verschiedenen Findbüchern gespeicherter Daten und die Erstellung von Generalübersichten und Sachinventaren. Die Datenerfassung ist dafür nur *einmal* erforderlich. Im Bibliotheks- und Dokumentationsbereich hat man zum Teil mit finanzieller Hilfe der DFG bereits einen gemeinsamen Datenteppich und ein als verbindlich für deutsche Bibliotheken gedachtes Austauschformat der bibliographischen Daten erarbeitet.

Das Problem der inhaltlichen Erfassung archivalischer Daten besteht allerdings darin, daß zuvor ein umfassender Thesaurus, also eine alle Bereiche abdeckende Systematik, erarbeitet werden muß – eine Problematik, mit der Bibliothekare und Dokumentare bestens vertraut sind. Bei der Erfassung von Archivalien sind wegen des ständigen Bedeutungswandels von Begriffen zweckmäßigerweise Thesauri für bestimmte abgegrenzte Zeiträume aufzustellen, die dann der Aktenerschließung der betreffenden Zeit dienen (das Bundesarchiv arbeitet zur Zeit an einem Thesaurus für die Zonenzeit 1945 - 1949). Zweck und Fernziel der Erarbeitung von Thesauri ist die Schaffung eines zentralen Informationspools, wie er für Gesetzesmaterialien beim Deutschen Bundestag und beim Bundespresamt bereits existiert. Mit Hilfe eines Informationspools zu Archivbeständen würden sich die Daten aller in Archiven verwahrten Archivalien zu einem bestimmten historischen Vorgang, Thema oder Themenbereich automatisch in einer Zugriffszeit von 5-6 Minuten abrufen lassen. Langwierige Korrespondenzen und das Nachschlagen in Bestandsübersichten würden sich für den forschenden Historiker damit erübrigen. Ein weiterer Schritt wäre die – angesichts der steigenden Aktenmassen ohnehin bald notwendig werdende – Verfilmung von Akten auf Mikrofilm, die dann auch eine Beschleunigung des Zugriffs auf die Akten selbst ermöglichen würde. Eine weitere Rationalisierungsmöglichkeit wäre der Zugriff über Datenterminals mit Bildschirm und Reader-Printer. Nach wenigen Minuten wäre dann ein Dokument für den Benutzer greifbar.

Heinz Boberach schloß sein Referat mit einigen Hinweisen auf öffentliche Förderungsprogramme des Bundesforschungsministeriums zur Datenerfassung im Bibliotheks- und Archivwesen und den vom Bundesarchiv beabsichtigten Fachinformationspool zur Geschichte der Freiheitsbewegungen in der Freiheitsforschungsstätte Rastatt/Baden.

Hans PELGER vom Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Trier referierte neuere Forschungsergebnisse über Karl Marx' Zeit in Trier. Im Mittelpunkt des Referats stand Karl Marx' Stellungnahme zur Verelendung der Weinbauern im Jahre 1828 und der Einfluß

dieser Ereignisse auf seinen weiteren Lebensweg.³ Im Zusammenhang mit diesem Referat besichtigten die Teilnehmer der Konferenz das Karl-Marx-Haus in Trier und die dort verwahrte Sammlung und Spezialbibliothek zu den Themenbereichen Karl Marx und Marxismus.

Auf der eigentlichen Jahresversammlung der IALHI wurde – wie schon im Vorjahr – über die Frage der Mitgliedschaft osteuropäischer Institutionen diskutiert. Außerdem wurde beschlossen, daß, koordiniert von der Sekretärin der IALHI, Mrs. Irene Wagner, eine Bibliographie der jeweils zehn wichtigsten Handbücher zur nationalen Geschichte der Arbeiterbewegungen der Länder der Mitgliedsinstitutionen erstellt werden soll. Allgemein begrüßt wurde das vom IALHI-Sekretariat herausgegebene Directory der Mitgliedsinstitutionen, das u. a. auch Angaben über die Bibliotheks- und Archivbestände der Institutionen enthält.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren finanzielle Lage und Vertrieb der von der IALHI herausgegebenen "Bibliographischen Information Arbeiterbewegung, Marxismus-Sozialismus, Revolutionäre und Befreiungsbewegung, Dritte Welt" (BI), die als wichtiges Hilfsmittel für die Anschaffungspolitik entsprechend spezialisierter Bibliotheken dient.

Auf Einladung des Arbeiterbevegelsens Arkiv wird die nächste IALHI-Jahrestagung im Juni 1974 in Oslo stattfinden. Die Jahrestagung 1975 wird vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und die Jahrestagung 1976 vom Istituto Giangiacomo Feltrinelli in Mailand ausgerichtet werden.

3 Siehe Hans Pelger, *Karl Marx und die rheinpreußische Weinkrise. Ein Beitrag zur Lage der Moselwinzer um 1840 und zu Marx' erster Auseinandersetzung mit sozial-ökonomischen Fragen, mit sechs unbekannten Marx-Artikeln*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 13 (1973), S. 309-375.

Am 7. Januar dieses Jahres ist der Direktor des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig und des Instituts für Sozialgeschichte seiner fruchtbaren Lebensarbeit durch einen seine vielen Freunde bestürzenden Tod entrissen worden.

Georg Eckert wurde am 14. August 1912 in Berlin als Sohn eines Chefredakteurs geboren. Nach Studien an der Universität Berlin und Bonn promovierte er 1935 und habilitierte sich dann in Bonn für Völkerkunde, Geschichte und Politik. Seit 1946 Professor für Geschichte und Pädagogik in Braunschweig, hat er hier bis zu seinem Ausgang eine überaus fruchtbare Arbeit entwickelt, die ihm zahlreiche Ehrenstellungen und Kooperationsmöglichkeiten ermöglicht hat. Zwei Arbeitsthemen haben ihn vor allem auf dieser Höhe seines Lebens gefesselt und ihm eine weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehende Wirkung verschafft.

Georg Eckert ist, ausgehend von den Problemen des deutschen Schulbuches, Träger und Seele aller Bemühungen gewesen, auf dem Gebiet der Schulbuchentwicklung enge nationale Grenzen zu überwinden und sie unmittelbar dem Ziele einer weltweit gespannten Arbeit des Ausgleichs und der Versöhnung der Völker dienstbar zu machen. Niemand, der ihm durch diese Jahrzehnte nahegekommen ist, wird die Feinfühligkeit und den unbegrenzten Idealismus vergessen können, mit dem Georg Eckert dieser Aufgabe gedient hat. Er mochte dabei vielleicht gelegentlich die Grenzen vergessen, die bei Lehrern wie Schülern der Rezeption und Verarbeitung aller seiner Anregungen gesetzt waren. Aber es war gerade dieser unbedingte Idealismus, dem wir auch alle damit verbundenen Folgen seiner Flexibilität und des von ihm ausgehenden Reichtums von Anregungen verdanken. Es war also wohlverdient, daß gerade diese seine Arbeit nicht nur in Deutschland, sondern auch weit über die deutschen Grenzen hinaus Anerkennung und Unterstützung, auch finanzieller Art, gefunden hat.

Sein zweites großes Arbeitsgebiet ist dann in Braunschweig mit immer steigendem Gewicht die Arbeit zur Geschichte zur deutschen Sozialdemokratie, und zwar vor allem den inhaltsreichen Beiträgen, die auf diesem Felde in Braunschweig möglich waren, gewidmet. Auch hier hat sein unermüdlicher Fleiß und seine unbedingte wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit ohne jeden Zweifel Bleibendes geschaffen. In seinem Falle haben sich so Reinheit des Herzens und Energie der Arbeitsleistung in einer selten symphatischen Weise miteinander verbunden, die niemand vergessen wird, der seit dem Ende des 2. Weltkrieges immer wieder in enger vertrauensvoller Verbindung zu ihm gestanden hat.

Die IWK ist stolz darauf, mit ihm in tätiger Zusammenarbeit gestanden zu haben.

Hans Herzfeld

WORKING PAPERS ON THE
KAPITALISTSTATE

Heft 2/1973

Enthält u.a.

Jim O'Connor:

Nixon's Other Watergate:
The Federal Budget for Fiscal 1974

Tasuku Noguchi:

Recent Japanese Speculation

Bertell Ollmann:

State as a Value Relation

Wolfgang Hein/ Konrad Stenzel:

The Capitalist State and Underdevelopment in
Latin America The Case of Venezuela

Hugo Radice:

The Conference of Socialist Economists (C.S.E.)

Elmar Altwater:

Notes on Some Problems of State Interventionism (II)

Stephan Leibfried:

Reform of the U.S. Central Governments' Administrative
Structure During the Ash-Period (1968-1971)

Sabine Sardei-Biermann/ Jens Christiansen/ Knuth Dohse:

Class Domination and the Political System: A Critical Inter-
pretation of Recent Contributions by Claus Offe

Claus Offe:

The Abolition of Market Control and the Problem of
Legitimacy (II)

Folgende Schwerpunktnummern sind geplant:

The Structure of Regional Planning and Local Problems and Capitalist Reproduction

The Theory of State Monopoly Capitalism

The State and the Labor Market and Labor Conflict

The Role of the State in Mediating the System of Social Work and of Public Qualification
(School, University etc.)

Multinational Corporations and the State

Papiere zur Vorbereitung der Schwerpunkte (z.Zt. erst Stadt- und Regionalplanung; Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem; demnächst auch: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) sind über Knuth Dohse (1 Berlin 41, Wielandstr.42b) erhältlich.

Die Nummern 1 und 2 von Kapitalistate sind im Buchhandel erhältlich und außerdem im Postversand des Politladen Erlangen. Zur Bestellung eines Einzelheftes im Postwege reicht eine Überweisung von DM 9,00 auf das Postscheckkonto Nr. 3234-850 Nürnberg (Politladen GmbH, 852 Erlangen) unter Namens-, Adressen- und Heftangabe aus.

Abonnements können nur direkt bei der Redaktion bestellt werden. Hierzu reicht die Überweisung von DM 25,00 für vier Hefte auf das Postscheckkonto Gero Lenhardt, Sonderkonto K, Kto.-Nr. 359436-100 Berlin-West unter Namens- und Adressenangabe aus; desgleichen auch die Übersendung eines Schecks an: Gero Lenhardt, 1 Berlin 12, Grolmannstr.23. Institutionelle Abonnements kosten DM 38,00.

